Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. Juni 1980
Jg.8 Nr.24

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

USA: Tarifabschluß für 64000 Aluminiumarbeiter

z.rül. Die Gewerkschaften von 64000 US-Aluminiumarbeitern schlossen vorletzte Woche ein dreijähriges Tarifabkommen mit den vier größten Aluminiummonopolen ab. Das Abkommen sieht vor, daß die Monatslöhne jährlich zwischen 39 und 156 Dollar – je nach Lohngruppe – steigen. Der durchschnittliche Lohn eines Aluminiumarbeiters beträgt gegenwärtig unter Einschluß aller Zuschläge für Schichtarbeit, Überstunden etc. 1712 Dollar. Zusätzlich vereinbarten die Gewerkschaften eine Verbesserung der sogenannten COLA-Klausel, nach der die Löhne vierteljährlich um einen einheitlichen „Inflationszuschlag" angehoben werden und durch die die weitere Lohnspreizung wieder etwas gemildert wird. Bisher beträgt der COLA-Zuschlag 1 Cent/Stunde für je 0,3% Preissteigerung. Ab 1983 soll er auf 1 Cent je 0,26% Inflation steigen.

Tarifverhandlungen für 700000 US-Fernmeldearbeiter begannen

z.rül. Am 4. Juni haben die Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften der 700000 Lohnabhängigen von American Telephone & Telegraph und den Kapitalisten begonnen. Der Vertrag der Fernmeldearbeiter – die meisten sind als Vermittler, Fernmeldetechniker etc. beschäftigt, nur etwa 50000 arbeiten in den Fabriken des ATT-Monopols – ist der größte der dieses Jahr in den USA auslaufenden Tarifverträge. Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen für den am 9. August auslaufenden Vertrag vor wenigen Monaten auf speziellen Konferenzen festgelegt (s. KVZ 13/80). Sie fordern u.a. 18% Lohnerhöhung über drei Jahre plus 100% „Inflationsanpassung", höhere betriebliche Renten wie z.B. eine Mindestrente von 370 Dollar statt bisher 200 bis 275 Dollar, höhere Zahlungen der Kapitalisten für die Gesundheitsversorgung.

Papierarbeiter Kanadas bereiten Streik vor

z.elf. Gegen den größten Zeitungspapierkapitalisten der Welt, Abitibi Price Ltd. in Kanada mit Hauptwerken in Quebec, Ontario und Neufundland, will die kanadische Papierarbeitergewerkschaft CPU den Streik organisieren, falls die kanadischen Papierkapitalisten nicht bis Anfang der Woche in Verhandlungen auf die Forderung nach 31% Lohnerhöhung für den Verlauf der nächsten zwei Jahre eingehen. Die US-Zeitungskapitalisten beziehen zwei Drittel ihres Zeitungspapiers aus Kanada. Sie brauchen in diesem Sommer wegen des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes mehr Papier als sonst. Schon jetzt haben sie die Lagerbestände auf Papiervorräte für über einen Monat erhöht für den Fall, daß die ca. 35000 Papier- und Pappearbeiter, deren Tarife Ende April/Ende Mai ausgelaufen sind, Kampfaktionen organisieren.

Streik gegen Rationalisierung in australischer Marinewerft

z.mat.Sydney. Gegen den Versuch der Betriebsleitung, an einer neuen Plattenkonservierungsanlage zwei Arbeiter abzuziehen und den Lohn zu senken, haben die 1600 Arbeiter der Marinewerft Williamstown bei Melbourne fünf Wochen lang gestreikt. Mit der neuen 2-Millionen-DM-Anlage wird die Arbeit, die nach altem Verfahren von 50 Arbeitern gemacht worden wäre, von 10 Arbeitern erledigt. Nach 18 Monaten stellte die Betriebsleitung fest, 8 Arbeiter seien auch ausreichend. Um die mit einer Gewerkschaft abgeschlossene Prämie von 20 Dollar pro Woche senken zu können, besetzte sie die Anlage mit Arbeitern einer anderen Gewerkschaft. Jetzt soll die Arbeit mit einem „Versuch" wieder aufgenommen werden: 4 Tage mit 10 Arbeitern und 20 Dollar Prämie, 4 Tage mit 8 Arbeitern und 11 Dollar Prämie.

Die SPD will Steuer- und Rentenbetrug verschleiern

Wahlparteitag in Essen / Friedens- und Sozialpolitik

z.brr. Vor drei Wochen hat der Kanzlerkandidat Strauß auf dem CDU-Parteitag in Westberlin seine „realistische Friedenspolitik" umrissen. Offen verlangen die Unionsparteien eine vollständige Unterordnung der sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung zugunsten „verstärkter Anstrengungen der Verteidigung von Frieden und Freiheit". Diese verlangte Unterordnung der Forderungen der Arbeiterbewegung sozusagen unter die Erfordernisse des Militärhaushalts zielt auf politische Unterwerfung der Arbeiterbewegung. Ab Montag nun findet der SPD-Wahlparteitag in Essen statt. Unter dem Motto „Sicherheit für Deutschland" steht an erster Stelle „Friedenspolitik" unter Kanzler Schmidt. Als fünften Grund, der für die Wahl der SPD spricht, ist in dem Wahlplattformentwurf genannt: „Die SPD ist die Partei der arbeitenden Menschen". Dementsprechend werden Vorstandsmitglieder der SPD als Anwalt der Interessen der arbeitenden Menschen auftreten. Helmut Schmidt propagiert seine Friedenspolitik auf der Basis von wirtschaftlicher Stärke und militärischer Stärke. Ohne Erhaltung des Friedens als das Grundlegende keine Entwicklung der Arbeiterbewegung, deshalb Unterstützung von Helmut Schmidt. Das ist die Propaganda gegenüber der Arbeiterbewegung. In der Wahlplattform ist sie zusammengefaßt in dem Satz: „In schwierigen Zeiten verlangt der soziale Friede mehr und nicht weniger Solidarität." Damit können natürlich allerhand Maßnahmen gerechtfertigt werden.

Die bisherige Praxis sozialliberaler Gesetzestätigkeit erfordert jedenfalls alles andere als „sozialen Frieden". Seit Mitte letzten Jahres wird das Steuerentlastungsprogramm immer weiter in die Zukunft geschoben. Nun ist „Entlastung" vorgesehen für 1981 und 1982. 5 Mrd. DM mehr Steuer ist seit 1979 kassiert worden. Die Anfang des Jahres erkämpften Lohnerhöhungen erleiden eine Besteuerung, durch die die Steuerlast der Lohnabhängigen weiter steigt. Der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen wächst weiter. 17,5 Mrd. DM Steuerentlastungen für 1980/81 ward von der SPD/FDP in Aussicht gestellt. Sie gleichen den Verlust der Lohnabhängigen durch wachsende Steuerlast nicht aus. Und was kommt dann für eine „Entlastung". Für 1980 ist übriggeblieben die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages auf 600 DM. Geplant ist die Einführung eines Kindergrundfreibetrages. Der bringt zwar gleiche Entlastung für alle Einkommensklassen, vorausgesetzt, man hat Kinder. Insgesamt bewirkt die Reform der SPD/FDP aber wachsende Entlastung mit wachsendem Einkommen. An die Abschaffung des Übels, daß jede Lohnerhöhung einer progressiv steigenden Belastung unterliegt, ist nicht gedacht. Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn entlastet tatsächlich die Lohnabhängigen, jedenfalls die in den unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Bezüglich der Alterssicherung soll der Entwurf der Wahlplattform auf dem Parteitag erweitert werden. Neben Anerkennung der Zeiten der Kindererziehung für die Rentenberechnung, flexiblen Übergang vom Erwerbsleben in die Rente, Behindertenrente, will die Wehner-Kommission die Einführung einer „bedarfsorientierten Mindestrente" vorschlagen. Bei bereits Gesetz ist, daß die Rentner ab 1982 Krankenversicherungsbeiträge zu entrichten haben, daß die zum Juni 1978 fällig gewordene Rentenanpassung um über ein halbes Jahr verschoben wurde und dann um 4,5% und 4% erhöht, statt wie vorher auf den Bruttolohn bezogen wurde, findet keine Erwähnung in der Leistungsstatistik der SPD-Wahlplattform. Daß die gesetzliche Rente für viele nicht zum Notwendigsten reicht, zeigt Wehners Begründung für die Mindestrente. Zusätzliche Inanspruchnahme von Sozialhilfe soll damit überflüssig gemacht werden. Nach wie vor steht die sogenannte „Generationensolidarität" im Mittelpunkt. Nicht Reproduktion der Arbeitskraft als ausschließlicher Zweck der Versicherungen, Kontrolle der Arbeiter über ihre Versicherungen und Verpflichtung der Kapitalisten, für die Kosten der Rente als Teil des Lebensarbeitslohnes aufzukommen, verfolgt die SPD, sondern die Verpflichtung der jeweils Erwerbstätigen, mit ihren Beiträgen die Renten der „älteren Bürger" zu finanzieren. Die Forderung des DGB nach Ausdehnung der Betriebsrenten auf alle Arbeiter und Unverfallbarkeit dieser Renten ist in diesem Zusammenhang wichtig.

Für die Rechte der „arbeitenden Menschen" an ihren Arbeitsplätzen einzutreten, gibt die SPD vor. Die Lage der Schichtarbeiter solle erleichtert werden, die Regelarbeitszeit dürfe 40 Stunden nicht überschreiten, mehr persönlicher Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitszeit soll geschaffen werden. 42 Tagungen mit Betriebs- und Personalräten hat die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD mit 1400 Teilnehmern im letzten Jahr durchgeführt. Es können ihnen die Probleme der Betriebsräte nicht entgangen sein, wenn Überstunden angesetzt werden unter dem erpresserischen Druck, daß, wenn der oder der Auftrag nicht termingerecht ausgeführt werden kann, Verlust von Arbeitsplätzen droht. Gesetzliches Verbot von Überstunden ist erforderlich. Es kann ihnen nicht entgangen sein, daß Erleichterung der Lage der Schichtarbeiter (von Nachtarbeit ist gar keine Rede in der Wahlplattform) nicht erreicht werden kann ohne gesetzliches Verbot der Arbeit in Schichten, an Sonn- und Feiertagen sowie bei Nacht. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt zwingt immer mehr Akkordarbeiter, die hohe Arbeitsintensität über mehr und mehr Jahre hinzunehmen mit dem Preis des frühen Verschleißes der Arbeitskraft. Verbot der Akkordarbeit per Gesetz ist unverzichtbare Forderung. Dies alles zurückstellen zugunsten eines „sozialen Friedens" oder den Forderungen entgegengesetzte Maßnahmen hinzunehmen zur Sicherung der Politik des Kanzlers, ist Verzicht auf die Unabhängigkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegenüber allen bürgerlichen Parteien. Solcher Verzicht hat den Arbeitern stets geschadet.

USA: Kampf gegen das imperialistische Kernenergieprogramm



Vom 24. bis 26.5. belagerten 1400 Demonstranten die Baustelle des Kernkraftwerkes Seabrook im Bundesstaat New Hampshire, um sie zu besetzen und die Einstellung der Bauarbeiten zu erzwingen. Für die Aktion hatten sich am 28.4. 50000 Teilnehmer einer nationalen Demonstration in Washington ausgesprochen. Sie forderten die Schließung aller bestehenden Kernkraftwerke und die Vernichtung aller Kernwaffen. Die US-Regierung stationierte in Seabrook Polizei und Nationalgarde aus allen Bundesstaaten, die die Demonstranten mit Pfeffergas, Chemical Mace und Gummigeschossen angriffen und die Besetzung verhinderten. Energieminister Duncan kündigte jetzt an, für den Bau neuer Kernkraftwerke bis 1985 statt wie geplant 7,8 Mrd. $ 10,2 Mrd. $ zu veranschlagen.

WEU hebt Rüstungsbeschränkungen bei BRD-Kriegsschiffen auf

BRD-Imperialisten dürfen in Zukunft Kriegsschiffe jeder Größenklasse bauen

z.elb. „Die deutsche Flotte im Indischen Ozean. Ein Verband der Bundesmarine zeigt Flagge auf den Weltmeeren", erklärte stolz der ZDF-Korrespondent Brieger am letzten Donnerstag. Apel gab die Auszahlung einer Erschwernisvergütung für 6100 der Marinesoldaten bekannt, von denen er bald mehr brauchen wird. Denn letzte Woche sprach sich die beratende Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU), dem militärischen Beistandspakt von sieben westeuropäischen Ländern, mit großer Mehrheit dafür aus, den BRD-Imperialisten die Rüstungsbeschränkungen bei Kriegsschiffen zu erlassen, die ihnen beim Beitritt zur WEU 1954 auferlegt worden waren. Aufgrund des verlorenen zweiten imperialistischen Weltkrieges und dem damit verbundenen Verlust eines Großteils ihrer strategischen Basis, aber mit dem Interesse, wieder eine Militärmacht aufzubauen, schlossen sich die BRD-Imperialisten der WEU an.

Die Rüstungsbeschränkungen, die sie wegen ihrer Niederlage im Krieg hinnehmen mußten, umfaßten im wesentlichen das Verbot der Produktion von ABC-Waffen, von Zerstörern über 3000 t mit Ausnahme von acht zu 6000 t, von U-Booten zu 350 t und von Bombenflugzeugen für strategische Zwecke. Von Anfang an versuchten die BRD-Imperialisten, diese Fesseln abzustreifen und setzten Schritt für Schritt ihre Lockerung durch.

Zu Beginn der 60er Jahre schwangen sich die BRD-Imperialisten zur größten westeuropäischen Handelsmacht auf. Der Export von Kapital stand auf der Tagesordnung. Die US-Imperialisten, die in der Sowjetunion den schärfsten Konkurrenten im Kampf um die Weltherrschaft bekommen hatten, unterstützten die weitere Aufrüstung der BRD-Imperialisten. Die beantragten und erhielten 1961 von der WEU das Recht, zukünftig generell Kriegsschiffe von 6000 t zu bauen. Ein Jahr später wurde die Größe beim Bau von U-Booten auf 450 t heraufgesetzt, in einem weiteren Jahr auf 1000 t und gleichzeitig der Bau sechs solcher U-Boote in westdeutschen Werften gebilligt. Später durften die BRD-Imperialisten 1800-t-U-Boote bauen.

1975 haben die BRD-Imperialisten in über 100 Länder außerhalb des Geltungsbereichs der NATO Kapital exportiert. Um sich das erworbene Anrecht auf Ausbeutung der dortigen Arbeiter zu sichern, beim Kampf um die stetige Zufuhr von Rohstoffen auch selbständig eingreifen zu können, bedurften die BRD-Imperialisten einer schlagkräftigeren See- und Luftflotte. Zwar wurde die Rüstungsbeschränkung für Bombenflugzeuge nicht aufgehoben, aber die BRD-Imperialisten konnten sie unterlaufen: Sie sicherten sich den Bau der wichtigsten Teile des MRCA-Flugzeuges, das als Kampfbomber mit weitem Aktionsradius eingesetzt werden kann. Der Bau von sechs Fregatten wurde begonnen.

US-Verteidigungsminister Brown drängte letzte Woche die britische Premierministerin Thatcher, chemische Waffen in Westeuropa zu produzieren. Eine weitere Rücknahme der Rüstungsbeschränkungen für die BRD-Imperialisten zeichnet sich ab. Ebenfalls letzte Woche gab Apel die Änderung der Reservistenkonzeption bekannt, die ein schnelleres Auffüllen des Heeres in Krisenzeiten ermöglicht. Die Kriegsvorbereitungen sind in vollem Gang.

El Salvador: Revolutionäre Volksunion ruft zu Volksaufstand und Sturz der Junta auf



Am 1.6. stürmten Regierungstruppen ein Guerillalager 120 km vor San Salvador. 12 Personen wurden getötet. Die Revolutionäre Volksunion besetzte daraufhin 6 Rundfunkstationen und rief zum Generalstreik und Sturz der Junta auf.

z.frb. **Mit ihrem Finanzkompromiß haben die in der EG zusammengeschlossenen Mächte die Entscheidung über den Fortbestand ihrer Agrarpolitik um ein Jahr hinausgeschoben.** Großbritannien wird für 1980 und 81 um 6,5 Mrd. DM entlastet. 1980 hätte Großbritannien etwa 4,4 Mrd. DM netto zahlen müssen, jetzt werden es ca. 1,5 Mrd. DM sein; 1981 wären 5,3 Mrd. DM fällig geworden, jetzt noch 1,8 Mrd. DM. Die BRD übernimmt 2,6 Mrd. DM von dem Ausgleich, wovon 1,2 Mrd. 1980 und 1,4 Mrd. 1981 fällig werden. Mit Großbritannien bleibt sie der größte Nettozahler in der EG. Matthöfer hatte für 1980 ca. 600 Mio. im Haushalt eingeplant, fehlen weitere 600 Mio. DM. – Die Auseinandersetzung ist tief und wird seit dem Beitritt Großbritanniens zur EG schärfer. Das EG-System hebt die Weltmarktpreise für Agrargüter bei der Einfuhr in ein Land der EG auf EG-Preise. Die Einnahmen aus dieser Abschöpfung stehen dem EG-Haushalt zu. Agrarexporte werden auf Weltmarktniveau hinabsubventioniert. Die Gelder kommen aus dem EG-Haushalt. Länder mit hohen Einfuhren und geringen Agrarexporten müssen viel zahlen. Dazu gehört Großbritannien. 65% seines Agrarhandels kommt von außerhalb der EG: aus den ehemaligen Kolonien. Sein Selbstversorgungsgrad ist niedrig; 20% bei Butter, 65% bei Getreide, 64% bei Rind- und Kalbfleisch. Die britischen Imperialisten wollen die alten Handelsbeziehungen halten, ohne die Extraprofite daraus abzuliefern. Auf diese Profite schielen die Konkurrenten. Trotzdem, Matthöfer konnte den Kompromiß nicht platzen lassen. Er wollte den Boden bereiten für die angekündigten Steuererhöhungen.

z.düb. **Am 4.6. hat der Niedersächsische Innenminister Möcklinghoff den an der Bohrstelle 1004 besetzten Bauplatz Gorleben räumen lassen, nach Absprache mit Baum.** 7000 Polizisten und BGS-Truppen, schwere Lastwagen, Planierraupen und Panzerwagen, eine Reiter- und Hundestaffel, 16 Hubschrauber waren im Einsatz. Im Umkreis bis zu 20 km wurde das Gebiet um den Bauplatz abgeriegelt. Presse und die parlamentarischen Wortführer der Grünen haben betont, wie gewaltfrei es zuging, daß Konfrontation auf beiden Seiten vermieden wurde. Der Liberalismus soll unter den Gegnern des Energieprogramms der Regierung an Boden gewinnen. Angesichts der eingesetzten Gewaltmittel war die Besetzung von den 5000 anwesenden Gegnern des Baus der Wiederaufbereitungsanlage nicht zu halten. Die Bauern und die BI-Lüchow haben ihre Forderungen am Tag der Räumung in einer Anzeige bekräftigt.

z.brp. **Mit einem Bundeszuschuß von 24 Mio. DM wird in Aachen eine der größten überbetrieblichen Ausbildungsstätten errichtet:** 30 Werkstätten für die Berufsfelder Metall, Elektro, Textil/Bekleidung, Farb- und Raumgestaltung, Gesundheits- und Körperpflege sowie ein Hörsaal. Bis zu 496 Auszubildende sollen hier Lehrgänge zwischen 8 Wochen (1. Lehrjahr) und 2 Wochen (3. Lehrjahr) absolvieren. Offensichtlich wird versucht, die überbetriebliche Ausbildung zu verkürzen, denn bislang dauert sie im Schnitt zwischen einem halben und einem Jahr. Das entspricht den Interessen der Handwerkskapitalisten (68% aller Auszubildenden aus Handwerksbetrieben, die knapp die Hälfte aller Auszubildenden beschäftigen, kamen 1977 in überbetriebliche Ausbildung), von denen 45% als Nachteil der überbetrieblichen Ausbildung „Fehlen der Auszubildenden während der Arbeitszeit" angeben.

z.brp. **Die monatliche Belastung aus einem Einfamilienhausbau beträgt inzwischen durchschnittlich 1688 DM, das sind 32% mehr als 1977.** Die höheren Kosten entstehen aus den gestiegenen Baupreisen (1979 zu '78 +14%), Preisen für baureife Grundstücke (1979 zu '78 +12%) sowie aus den angehobenen Hypothekenzinsen. Diese gingen 1977 von durchschnittlich 7,1% auf 6,4% zurück und stiegen inzwischen auf 8,9% an. Eine Steigerung der Hypothekenzinsen allein um 1% verteuert das Bauen um durchschnittlich 8%. – 1979 wurden neue Darlehenszusagen für Wohnungsbauten in Höhe von 58,5 Mrd. DM von den Kreditinstituten gemacht, das war seit Jahren erstmalig ein Rückgang von 2% gegenüber dem Vorjahr. Bei den privaten und öffentlichen Bausparkassen stieg die Summe der neuabgeschlossenen Bausparverträge zwar noch um 6% auf 100 Mrd. DM, jedoch war auch hier die Steigerungsrate deutlich niedriger als im Vorjahr. Für 1980 rechnet die Bauwirtschaft mit einem weiteren Rückgang von Ein- und Zweifamilienhausbauten, 1979 wurden bereits 9% weniger gebaut als 1978.

z.mac. **Seit dem 21.5. ist das alte Stollwerck-Fabrikgebäude in der Kölner Südstadt besetzt.** Mit der Räumung will die Stadt ihre Sanierungspläne für das Viertel insgesamt durchsetzen: durch Modernisierung und Neubau Mietsteigerungen bis 405% bei freifinanzierten Wohnungen, Kostenmieten über 15 DM/m² bei Sozialwohnungen. Der Umbau des Gebäudes nach dem Vorschlag der Bürgerinitiative „südliche Altstadt" käme um 40–50 Mio. DM billiger (damit auch die Mieten). 1000 unterstützten auf einer Veranstaltung am 2.6. die Forderungen: Kein Abriß! Bau von Musterwohnungen! Besichtigung und Entscheidung über Bau durch die Bewohner!



z.rik. **Am Samstag, den 31.5., fand in Köln die 2. bundesweite Konferenz von Umschülervertretern statt.** Erschienen waren 57 Vertreter von 30 Umschulungseinrichtungen. Im letzen halben Jahr seit der 1. Konferenz konnten Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisierung der Umschüler gemacht werden. Dem Gewerkschaftstag der IG Metall liegen Anträge zur Unterstützung der Forderungen der Umschüler vor, ebenso dem ÖTV-Gewerkschaftstag. Die 2. Konferenz ruft alle Umschülervertretungen auf, bis zu den Sommerferien eine Kampagne durchzuführen für die Forderungen nach Weiterzahlung des Unterhaltsgeldes im Krankheitsfall und Anerkennung des Bundessozialgerichtsurteils durch die Bundesanstalt, nach dem Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld für die Berechnung des UHG berücksichtigt werden müssen. Sie ruft dazu auf, in der Woche vom 22.-26.9. für diese Forderungen landesweite Demonstrationen durchzuführen.

z.frb. **Ein Gesetzentwurf über Zulagen für Wechselschichtdienstleistende in der Polizei ist im Innenausschuß des Bundestags auf Ablehnung gestoßen.** CDU/CSU-Abgeordnete hatten den Entwurf im März im Bundestag eingebracht. Keineswegs sah er eine Erhöhung der Zulagen vor, sondern lediglich eine Pauschalierung der gegenwärtig auf Einzelabrechnung gezahlten Zulage von durchschnittlich ca. 75 DM monatlich. Die Regierungsparlamentarier wollen zuerst eine Liste erstellen lassen über alle Zweige des öffentlichen Dienstes mit Wechselschichtdienst. Dabei soll die Möglichkeit der Pauschalierung geprüft werden. Rund 63% der Polizeibeamten arbeiten in Wechselschicht mit Nachtdienst, weitere 9% in Wechselschicht aber ohne Nachtschicht. Zur Durchsetzung von Verbesserungen im Schichtdienst, Ausgleichsregelungen und Erhöhung der Zulage hatte die Gewerkschaft der Polizei Anfang März mit der Sternfahrt nach Bonn die bislang deutlichste Demonstration durchgeführt. Forderungen sind 5 DM für jede Stunde zu ungünstigen Zeiten und Verdopplung der Polizeizulage auf 250 DM pro Monat.

z.jös. **Am 178. Verhandlungstag präsentierte Fritz Teufel sein Alibi.** Die Bundesanwaltschaft hatte bereits plädiert und 15 Jahre Haft beantragt. Zu ihrer sicheren Überzeugung hatte die Beweisaufnahme die maßgebliche Beteiligung Teufels an der Entführung von Peter Lorenz ergeben. Teufels Verurteilung galt als sicher. Fest steht nunmehr, daß Fritz Teufel „an jenem schönen Donnerstag, als Peter Lorenz in Berlin-Zehlendorf geklaut wurde" auf dem Weg zur Mittagsschicht in der Presswerk AG Essen war. Die Bundesanwaltschaft reagierte in der ihr eigenen Weise, nachdem herausgekommen war, daß sie Teufel 4,5 Jahre zu Unrecht in Haft gehalten hatte: Sie regte an, den Alibibeweis als Prozeßverschleppung zu verwerfen. Außerdem sollen jetzt vorläufig eingestellte Ermittlungen wieder aufgewärmt werden. Damit unterstrich sie Teufels Enthüllungen über den unbedingten Verurteilungswillen der Strafjustiz in diesen Verfahren, in denen „Indizien" und Theorien schon lange an die Stelle von Beweisen getreten sind.

z.hev. **Das am 21.3. im Bundestag verabschiedete Krankenhausfinanzierungsgesetz (s. KVZ 14/80) war am 18.4. im Bundesrat gescheitert und an den Vermittlungsausschuß verwiesen worden.** Es wird erwartet, daß der Bundesrat es am 13.6. erneut ablehnt. Die CDU-Länder haben inhaltlich zur Regierungsposition kaum Differenzen. Beide sind für direktes Aushandeln der Pflegesätze zwischen Kassen und Krankenhausträgern, die die laufenden Betriebskosten (1979: 23,2 Mrd. DM) „eines sparsam wirtschaftenden" Krankenhauses decken sollen, und für Bettenstreichungen. Die CDU will aber den Ländern die volle Kompetenz bei der Aufstellung der Bedarfspläne und der Vergabe der Investitionsgelder (1979: 3,7 Mrd. DM) erhalten, während die Bundesregierung und der Bundesverband der Ortskrankenkassen die Entscheidung über Krankenhausneubau und -schließungen stärker bei sich zentralisieren wollen, andernfalls sei die „Kostendämpfung im stationären Bereich" gefährdet.

z.rua. **605 Mio. DM stellt der 1975 gegründete EG-Regionalfonds 1980 als nichtrückzahlbare Zuschüsse „strukturschwachen Gebieten" zwecks Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung.** Bisher hatte die BRD an den Zuschüssen des EG-Fonds nur einen Anteil von 6%; in diesem Jahr erhält sie mit 64,8 Mio. DM 11% der Gesamtsumme. Hauptinvestitionsgebiete sind Westberlin sowie die Grenzgebiete zur DDR und CSSR. In den Ausbau des Westberliner Messegeländes und des 1979 gegründeten Internationalen Congress Centrums (Bild) werden 39,75 Mio. DM gepumpt.



z.ebk. **29,6% der Erwerbstätigen in der BRD müssen täglich über ihre Wohngemeinde hinaus zum Arbeitsplatz pendeln, 30,2% von ihnen mehr als 10 km einfachen Weg.** Die Zahl der Pendler nimmt zu. Die statistisch erfaßte Zunahme von 1,6% von 1970 bis 1978 berücksichtigt nicht die Gemeindereform. Für immer mehr Werktätige ist es nicht mehr möglich, in der Nähe des Arbeitsplatzes zu wohnen, weil die Mieten dort, wo das Kapital sich zusammenballt, nicht zu bezahlen sind. Dazu kommt häufig erzwungener Wechsel des Arbeitsplatzes. 18% der Erwerbstätigen sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, 51% auf private Fahrzeuge. Die Kosten für beide sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Diese Kosten müssen aus dem Lohn gezahlt werden.

z.inh. **Am 7.6.1980 begann in Mainz das Studentenfestival der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds).** Die Demonstration mit abschließender Kundgebung in der Innenstadt hatte ca. 8000 bis 9000 Teilnehmer. Die mitgeführten Transparente zeigten zahlreiche Forderungen der Vertretungsorgane, vor allem für 750 DM / 1520 DM BAFöG und die Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft. Etwa gleichstark waren die vom MSB und Jusos vertretenen Forderungen nach Frieden und Entspannung und gegen Strauß. In seiner Rede forderte der vds-Vorsitzende Hahn (SPD) die Abschaffung der Regelstudienzeit der Studien- und Zwischenprüfungen, Abschaffung des Grunddarlehens bei BA-

Berufskrankheiten, Arbeits- und Wegeunfälle
Tribut für gesteigerte Ausbeutung

z.rua. Vom 6. bis 9.5. tagte in Amsterdam der IX. Weltkongreß für die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, veranstaltet vom Internationalen Arbeitsamt und der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit. Am 2. Juni fand in Dortmund der Kongreß „Sicherheit '80" statt, veranstaltet von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz. Schwerpunkt war die Beratung über ein „Sicherheitsprogramm", um die Häufigkeit der Wegeunfälle zu senken. Nicht die zunehmende Verdichtung des Arbeitstages durch die Kapitalisten und der Zwang für den Arbeiter, immer größere Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsplatz zurücklegen zu müssen, wurden als Gründe für die drastische Zunahme der Wegeunfälle herausgearbeitet. Alkohol am Steuer, Nichtbenutzung von Gurten und Helmen – also die Fahrlässigkeit der Arbeiter – seien die Ursachen. Verwunderlich dann nur, daß die Verkehrsunfälle insgesamt 1978 gegenüber 1977 konstant blieben, die Wegeunfälle jedoch um 4,2% zunahmen. Der Anteil der Wegeunfälle an den Arbeitsunfällen macht mittlerweile 10% aus; bei den tödlichen Unfällen ist der Anteil von 31% (1978) auf knapp 50% (1980) gestiegen.

Nicht die Sorge um das Schicksal des Arbeiters, der im kapitalistischen Produktionsprozeß seine Arbeits- und Lebenskraft ruiniert, treibt die Kapitalisten zu Sicherheitsprogrammen. Es ist die Sorge um ihren Profit. Der Unfallbericht der Bundesregierung vom Februar 1980 weist für 1978 eine Steigerung der Berufskrankheiten, Arbeits- und Wegeunfälle um 0,7% gegenüber 1977 aus. Die dadurch ausgefallenen Arbeitsstunden stiegen im selben Zeitraum um 2,6% auf 133,4 Mio. Die von den Unfallversicherungen zu zahlenden Ausgaben stiegen gar um 5,6% auf 9,755 Mio. DM.

Deutlich stiegen über Jahre hinweg sowohl Berufskrankheiten als auch Arbeitsunfälle in der Textil-, Leder-, Holz-, Nahrungsmittelindustrie und im Handel – Branchen, deren Löhne zu den niedrigsten gehören und in denen die Gewerkschaftsbewegung noch relativ jung ist. Die Arbeiterklasse hat Gesetze und tarifvertragliche Regelungen erkämpft, die dem Raubbau an ihrer Gesundheit Schranken setzen. So unzureichend diese auch sind, werden sie von den Kapitalisten durch Druck auf den Lohn durchlöchert. Nur durch das Inspektionsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben, durch die Selbstverwaltung der Versicherungen und deren Bezahlung durch die Kapitalisten können wirkungsvolle Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskraft durchgesetzt werden.



Verladearbeiten im Hamburger Hafen. Jedes Faß wiegt etwa 200 kg. Es muß umgeworfen, unter Deck gerollt, dort wieder aufgestellt werden. Am häufigsten sind Bein- und Fußverletzungen durch Einbruch in schlecht abgedeckte Faßlagen.

Bedingungsloses Asylrecht!
Regierung und Opposition: Mit Arbeitsverbot, Grenzrichtern, Sammellagern gegen Asylrecht

z.vip. Am Mittwoch dieser Woche soll das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf Innenminister Baums zur Einschränkung des Asylbewerberstroms beschließen. Der Entwurf sieht zum einen die Beseitigung der Arbeitsmöglichkeit für Asylantragsteller vor. Bis zur Behördenentscheidung über den Antrag bzw. mindestens ein Jahr lang soll keine Arbeitserlaubnis erteilt werden. Davon verspricht sich Baum die Abschreckung potentieller Bewerber schon in ihren Heimatländern. Zum anderen soll das Asylverfahren drastisch verkürzt werden. Anstelle von den Ausschüssen sollen Einzelbeamte entscheiden. Und gerichtliche Instanz soll es nur noch eine einzige geben.

Die Opposition macht im wesentlichen gleiche, nur weniger verhüllte Vorschläge. Mit Hilfe von „Grenzrichtern" will die CDU/CSU Zurückweisungen des Bundesgrenzschutzes legitimieren. Im Prinzip so, wie das an der bayrischen Grenze mit tschechoslowakischen Flüchtlingen schon praktiziert wurde. Die nicht Zurückgewiesenen kommen in Sammellager, damit sie weder arbeiten noch schwarzarbeiten können.

Bundesregierung und Opposition verfolgen zweierlei Ziele: Angeblich soll das Asylrecht zugunsten „echter" politischer Flüchtlinge vor Mißbrauch geschützt werden. Das ist schlicht gelogen. In jüngster Zeit hat sich die Anerkennungspraxis des Bundesamtes in Zirndorf gegen fortschrittliche Antragsteller erheblich verschärft. Heute werden z.B. türkische Oppositionelle abgelehnt, oder wenigstens hingehalten, die unter der Demirel-Regierung inhaftiert, gefoltert und nach §§ 141, 142 türkisches Strafgesetzbuch („kommunistische Propaganda") vor Sondergerichte gestellt wurden. Das zweite vorgründige Ziel des Baum'schen Sofort-Programms ist es, den Arbeitsmarkt auch künftig willkürlich regulieren zu können. Die Bundesregierung hatte das mit dem Anwerbestopp vom November 1973 und der Stichtagsregelung vom November 1974 (keine Arbeitserlaubnis für Nicht-EG-Ausländer, die nach dem 30.11.1974 eingereist waren) erreicht. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 2,3 Mio. ausländische Arbeitskräfte (10,5% der Beschäftigten) durch westdeutsche Anwerbekommissionen in den süd- und südosteuropäischen Ländern ausgesucht und mit Legitimationskarten an Arbeitsplätze geschickt worden.

Von 1974 an sank die Zahl ausländischer Arbeiter und stieg erst 1978 wieder kräftig an, woran die Asylbewerber einigen Anteil hatten: 1979 waren es 42000, im ersten Quartal 1980 32700, im April 13000. Daß die Türken hierbei mit 70% den Löwenanteil ausmachen, sollte nicht wundern. Seit die Türkei straffer an die Kandare vor allem des US- und BRD-Finanzkapitals genommen wird, mit Mitteln aus dem Internationalen Währungsfonds und unter dem Schutz des gegen die aufständischen Arbeiter und Bauern verhängten Kriegsrechtes „saniert" wird, wächst auch das Elend unter den Massen und der politische Terror gegen sie. Beidem versuchen die Asylantragsteller in der BRD zu entkommen.

Art. 16 II 2 Grundgesetz – Politisch Verfolgte genießen Asylrecht – ist direkt Ausfluß des Kampfes gegen den Hitler-Faschismus. Im Parlamentarischen Rat konnte die Auffassung durchgesetzt werden, das Asylrecht müsse *bedingungslos* gewährt werden. Darum enthält Art. 16 II 2 im Gegensatz zu den meisten anderen Grundrechten keinen Gesetzesvorbehalt, d.h. keine Möglichkeit der Einschränkung durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes. Eben dies durch Grundgesetzänderung einzuführen, dazu blasen die Bürgerlichen, und sie haben im Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Zeidler, bislang ihren würdigsten Fürsprecher gefunden.

EG operiert gegen Carters Nahostpolitik

,,Europa hat im Nahen Osten eine Rolle zu spielen" / Sprunghafter Kapitalexport

z.mif.London. Vom 10. bis 13. Mai war der stellvertretende britische Außenminister Lord Ian Gilmour zu Besuch in Ägypten. Zweck war die Erörterung möglicher Waffengeschäfte. Vor dem 26. Mai aber, so erklärte er, wolle die EG nicht tätig werden. Am 26. Mai ist die Frist, die die US-Imperialisten für Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten über Autonomierechte der Palästinenser gesetzt hatten, abgelaufen. Die Erwartung, daß die palästinensischen Massen bei weiterer Verschärfung des zionistischen Terrors schließlich doch Sadat die Wahrnehmung ihrer Interessen anvertrauen würden, schien den europäischen Imperialisten von vornherein unrealistisch. Am Montag und Dienstag dieser Woche berieten die Geschäftsführer der westeuropäischen Kapitalisten in Venedig, welcher Art ein gemeinsamer Vorstoß sein müsse, der den festgefahrenen Vorstoß der US-Imperialisten, wie ihn Carter mit dem Camp-David-Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten gemacht hat, ablösen könnte. Lord Carrington, die britische Kolonialerfahrung im Kreuz, hat eine Ergänzung der Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrates von 1967 vorgeschlagen. In dieser Resolution kommt das palästinensische Volk nur als ,,Flüchtlinge" vor. Durch die Ergänzung will Carrington die Existenz des palästinensischen Volkes anerkennen und ihm begrenzte Selbstverwaltungsrechte zuerkennen. Der Preis, den Palästina dafür zahlen soll, ist die Garantie der israelischen Grenzen, das heißt Anerkennung des zionistischen Siedlergebildes auf palästinensischem Boden.

Der US-Präsident Carter hat Anfang letzter Woche die EG-Imperialisten scharf verwarnt und öffentlich erklärt, die USA würden ihr Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat ohne Zögern nutzen, um eine ihnen nicht genehme Resolution abzuwürgen. Die EG erwägt deshalb jetzt, stattdessen eine hochrangig besetzte Delegation in den Nahen Osten zu schicken. Die EG-Imperialisten haben die Lage ausführlich erforscht. Im Frühjahr waren der französische Präsident und der britische Außenminister auf Rundreise. Vom 7. bis 13. Mai weilte der französische Landwirtschaftsminister Fouchier in Ägypten. Die EG hat vergangenen Oktober – per Besuch des EG-Kommissars Jenkins bei dem ägyptischen Außenminister – die Errichtung eines EG-Büros in Kairo durchgesetzt. Vom 2. bis 5. Juni veranstaltete die EG in Kairo ein Seminar über die Verbesserung der Produktionstechnik und Exportverarbeitung von Blumen, Früchten und Gemüse.

Wo Geschäfte winken, lassen sich die westeuropäischen Bourgeois durch Drohgebärden Carters nicht abhalten. Der britische Altpremierminister Heath fand in einem Vortrag vor dem außenpolitischen Ausschuß des britischen Parlaments am vergangenen Mittwoch kräftige Worte. Er erklärte, Europa habe im Nahen Osten eine Rolle zu spielen. ,,Angesichts der unmittelbar anstehenden Probleme müßte Europa zur Hilfe imstande sein, bevor in den Vereinigten Staaten die Wahlen stattgefunden haben."

Die britischen und französischen Imperialisten können sich bei der jetzigen ,,Nahostinitiative" auf frühere stützen, es ist ihr altes Kolonialgebiet. Im ersten imperialistischen Weltkrieg hatten England und Frankreich die Feldzüge, die der deutsche Imperialismus unter türkischer Flagge durch Palästina gen Suez unternahm, zerschlagen. In einem Geheimabkommen 1916 grenzten England und Frankreich ihre Nahostinteressen ab und ließen sich 1920 vom Völkerbund die ganze Region überschreiben: Frankreich erhielt das Mandat für Syrien, Libanon und Teile der Türkei, Britannien beanspruchte Irak, Transjordanien (das heutige Jordanien) und Palästina. Ägypten war britische Kolonie seit 1882. Zypern hatten die britischen Imperialisten 1914 formell besetzt und kolonisiert, es ist als einziger Nahoststaat noch heute Teil des britischen Commonwealth. Die Kolonialherrschaft zwar haben die europäischen Imperialisten eingebüßt und die ökonomisch und politisch führende Rolle an die US-Supermacht abgeben müssen. Aber nach wie vor haben sie zahlreiche Verbindungen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art.

In den Libanon, wo die Staatsbank ihren Jahresbericht neben arabisch in französisch veröffentlicht, sind mit den UNO-Truppen französische und irische Soldaten eingerückt. Der einzige offizielle militärische Stützpunkt der britischen Bourgeoisie im Nahen Osten ist Zypern, wo sie sowohl Truppen unter eigenem Kommando als auch in die UNO-Truppen eingegliederte Streitkräfte stationiert haben. Aus Oman sind sie offiziell abgezogen; tatsächlich haben sie den militärischen Oberbefehl und die gesamte Luftwaffe mittels ihrer vom Sultan Qaboos gezahlten Söldner in der Hand. Über das militärische Personal hinaus verfügt die britische Armee über 5574 Zivilbeschäftigte in der Region ,,Mittelmeer, Naher Osten und Golf".

Das britische imperialistische Kapital ist nicht überall enteignet worden, und auch wo dies der Fall war, wie in Ägypten 1956, befinden sich heute die britischen und anderen westeuropäischen Bourgeoisien wieder in scharfer Konkurrenz zur US-Supermacht. Ende 1979 bezifferte ein britischer Wirtschaftsnachrichtendienst das in den letzten Jahren in Ägypten investierte ausländische Kapital auf 1,4 Mrd. DM, davon sind nach einer Äußerung des britischen Handelsministers Parkinson 200 Mio. britisches Kapital, meist in ,,Gemeinschaftsunternehmen" mit ägyptischem Kapital angelegt und somit in der Lage, ein etwa doppelt so hohes Gesamtkapital zu kommandieren.

Die EG-Imperialisten können es, was die Erpressung der arabischen Regierungen und auch der Zionisten angeht, nicht mit den beiden Supermächten aufnehmen. Den Kampf der arabischen Nation gegen diese Erpressung suchen sie sich zunutze zu machen und in Profit umzusetzen.

Erklärung der in der Bundesrepublik Deutschland akkreditierten arabischen Botschafter und des PLO-Vertreters in Bonn

Die in der Bundesrepublik Deutschland akkreditierten arabischen Botschafter und der PLO-Vertreter in Bonn haben sich am 3.6.1980 in der Arabischen Liga in Bonn getroffen, um über die gestrigen Anschläge auf die Bürgermeister der palästinensischen Städte Nablus, Rammallah und Al-Bireh zu beraten. Sie sehen in diesen Anschlägen das vorerst letzte Glied einer langen Kette von Maßnahmen der israelischen Besatzer, die darauf hinzielen, die Repräsentanten der palästinensischen Bevölkerung auf dem besetzten Westufer zu beseitigen. Zu einem Zeitpunkt, wo die ,,Autonomie"-Verhandlungen geplatzt sind, soll das besetzte Westufer von den politischen Führern gesäubert werden, die in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und gegen die Camp David Beschlüsse eingetreten sind.

Nach der Ausweisung der Bürgermeister von Hebron und Halhul am 2.5.1980 gehen die israelischen Besatzer nun dazu über, palästinensische Repräsentanten physisch zu liquidieren. Sie bedienen sich dabei derselben Mittel, mit denen der israelische Geheimdienst Mossad in den vergangenen Jahren eine große Zahl von PLO-Vertretern in Rom, Paris, London, Beirut und in anderen Städten ermordet hat. Die gestrigen Anschläge zeigen erneut, daß der Terror gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung ein integraler Bestandteil zionistischer Politik ist. Eine Erfahrung, die die palästinensische Bevölkerung seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts gemacht hat. Heute wie damals hieß der Verantwortliche für den israelischen Terror – Menachem Begin.

Die Anschläge auf die Bürgermeister sind auch als die israelische Antwort auf alle Ansätze für eine politische Lösung, darunter die geplante Initiative der Europäischen Gemeinschaft, anzusehen.

Vor diesem Hintergrund appellieren die arabischen Botschafter und der PLO-Vertreter in Bonn an die Bundesregierung, an alle politischen Parteien und an die Massenmedien, die israelischen Anschläge zu verurteilen und Israel zu zwingen, endlich die Besatzung zu beenden und alle besetzten Gebiete zu räumen.

Bonn, 3. Juni 1980

Zwei Raketenzerstörer der sowjetischen Mittelmeer-Eskadra mit einem Versorgungsschiff. Seit dem Verlust des Flottenstützpunktes Alexandria in Ägypten 1972 kann die Kriegsflotte der UdSSR nur mit solch aufwendigen Operationen ihre dauernde Präsenz im Mittelmeer aufrechterhalten.

Nahost-Politik der UdSSR 1947 – 1980 – Vom Opportunismus über Einmischung zur Aggression

z.gek. **1947** stimmt die Sowjetunion dem Plan der UNO zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat zu. Die Sowjetunion verurteilt jedoch die weiteren Annexionen der Zionisten ab 1949.

1956 nutzen die zur Macht gekommenen bürgerlichen Machthaber der UdSSR die bedrängte Lage Ägyptens, das von britischen, französischen und israelischen Streitkräften gleichzeitig überfallen wird, um es in ein immer enger geknüpftes Netz wirtschaftlicher und militärischer Verpflichtungen einzubinden. Ägypten wird nach und nach zum Hauptstützpunkt der sowjetischen Nahostpolitik.

1965 nimmt die neugegründete Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ihren bewaffneten Kampf zur Zerschlagung des Kolonialstaats Israel auf. Die Iswestija vom 8.5. zetert gegen ,,die Aktivitäten mythischer Terrorgruppen". Die VR China erkennt die PLO sofort nach ihrer Gründung an.

1967 Nach dem neuerlichen Aggressionskrieg Israels gegen Ägypten unterstützt die UdSSR ausdrücklich die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats, in der lediglich die Rückgabe der zusätzlich von Israel okkupierten Gebiete gefordert wird, gegen ,,internationale Garantien" für seine koloniale Fortexistenz. Die Palästinenser werden als ,,Flüchtlingsproblem" behandelt.

1968 muß die Sowjetunion auf Drängen der arabischen Staaten ihre Angriffe auf die PLO einstellen. Arafat begleitet Nasser inkognito nach Moskau. – Ägypten wird danach als sowjetischer Luft- und Flottenstützpunkt ausgebaut, seine eigenen Rüstungen zur Rückeroberung der okkupierten Gebiete dagegen behindert.

1971 wirft der Sudan nach einem fehlgeschlagenen Putschversuch die sowjetischen Militärs hinaus. 1972 folgt Ägypten diesem Beispiel.

1973 hat Ägypten freie Hand, um im Oktoberkrieg den Zionisten einige Schläge zu versetzen. Die Sowjetunion schürt die Differenzen speziell zwischen Ägypten und Syrien. Syrien erhält modernste Waffen in großem Umfang. Jetzt erst erkennt die Sowjetunion die PLO offiziell an und beginnt ihre Umarmungspolitik.

1976 tritt Breschnew mit einer ,,Nahostnote" hervor, worin er die Einberufung einer Genfer Konferenz fordert, der die USA und die UdSSR als Ko-Präsidenten vorsitzen sollen, und die auf Basis der Sicherheitsratsresolution 242 internationale Garantien der Unverletzlichkeit der Grenzen aller Nahost-Staaten, speziell auch Israels, beschließen soll. Die Palästinenser sollen in einen winzigen Klientenstaat auf den Westbanks eingesperrt werden.

1977 Im März hält Breschnew im selben Sinne eine Rede, noch vor Abschluß des in Kairo tagenden Palästinensischen Nationalrats, der ausdrücklich die Programmforderung der PLO nach einem einheitlichen palästinensischen Staat für Araber und Juden bekräftigt. – Breschnews Vorstoß erfährt teilweise scharfe Zurückweisung durch die arabischen Staaten: Kuweit z.B. erklärt, die UdSSR übertreffe noch die USA in bezug auf Garantien für Israel. Ägypten verwahrt sich vor allem gegen die Forderung der UdSSR nach internationaler Kontrolle des Suez-Kanals. – Im Oktober 1977 folgt eine gemeinsame Erklärung der USA und UdSSR auf derselben Linie. Den Sozialimperialisten dient sie jedoch nur noch zur Bemäntelung ihrer militärischen Aggressionspläne in der Region.

1978 beginnt die Sowjetunion zusammen mit Kuba und der DDR ihre offene Intervention in Äthiopien. Im Mai verhandelt Admiral Gorschkow mit der DVR Jemen über die Gewährung von Stützpunktrechten für seine Flotte. Aden wird zum Hauptquartier der Eritrea- und Ogaden-Feldzüge, mit 1500 sowjetischen, 1000 kubanischen und 500 ostdeutschen Offizieren als Stab. Auf der Insel Socotra im Roten Meer werden elektronische Leit- und Überwachungsanlagen installiert. – Ägypten wirft sich in Camp David dem US-Imperialismus in die Arme. Den Bemühungen der UdSSR, eine separate ,,Standhaftigkeitsfront" der sog. progressiven arabischen Regierungen zu bilden, setzen die einmütigen Beschlüsse der gesamtarabischen Konferenz in Bagdad Schranken.

1979 Mit der Invasion Afghanistans am 25. Dezember wird zugleich eine neue, aggressivere Nahostdoktrin der SU, der ,,Carter-Doktrin" direkt entsprechend, verkündet: eine umfassende Nahostregelung müsse nun auch internationale Garantien ,,der Sicherheit der Öltransportwege und des gleichberechtigten kommerziellen Zugangs zu den Erdölquellen" (Tass-Kommentar vom 28.2.1980) umfassen.

FöG und Änderung des Elternfreibetrages.



z.gab. **Argentiniens Wirtschaftsminister Martinez de Hoz ist am 2./3. Juni als dritter lateinamerikanischer Staatsbesuch innerhalb von 3 Wochen bei Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff angetreten.** Den ,,Möglichkeiten verstärkter Kapitalanlagen in Argentinien", insbesondere ,,Kooperationsobjekten auf dem Energiesektor" gilt das Interesse der westdeutschen Imperialisten. 1979 hatte die argentinische Regierung die Auslandsinvestitionsgesetzgebung den Wünschen der Imperialisten angepaßt. Die BRD-Imperialisten haben seither ihre Direktinvestitionen auf 730 Mio. DM erhöht. Im August '79 hatte Lambsdorff der Kraftwerksunion KWU den Auftrag für das 3. argentinische Kernkraftwerk Atucha II gesichert. Jetzt gab Lambsdorff ,,am Rande des Besuchs" die Exportgenehmigung für den Schwerwasserreaktor bekannt: Argentinien habe dem ,,umfangreichen Kontrollsystem" endlich zugestimmt. Das imperialistische Monopol über die Nukleartechnik soll damit gesichert werden.

z.rua. **Seit dem 16.5. verhandelt ein Konsortium von 47 westeuropäischen Banken mit dem US-Schatzamt und dem Chrysler-Konzern über Kredite.** Die US-Regierung übernahm die Bürgschaft für Kredite von 1,5 Mrd. $ um den Automobilkonzern vor dem Bankrott zu retten. 300 Banken sollen die Kreditsumme erbringen. Das europäische Konsortium verlangte Offenlegung der Bücher und Pläne des US-Konzerns. 1979 machte Chrysler 1 Mrd. $ Verluste; im ersten Quartal 1980 ging der Umsatz um 29% zurück. Die Chrysler-Kapitalisten planen, ab Herbst 1980 mit einem neuen energiesparenden Kleinwagentyp wieder in die schwarzen Zahlen zu kommen. Das westeuropäische Konsortium läßt Chrysler erst mal zappeln. Schließlich wollen die europäischen Automobilkapitalisten gerade mit Kleinwagen ihren Anteil am US-Markt steigern.

z.gkr. **Mitte vergangener Woche trafen die Zerstörer ,,Lütjens" und ,,Hessen" und das Versorgungsschiff ,,Coburg" zu ungebetenem Besuch im Hafen von Karatschi (Pakistan) ein.** Einen Tag später traf das bei der Kollision vor Toulon demolierte Tankschiff ,,Spessart" ein. Die BRD-Imperialisten versuchen, die Bedeutung der Fahrt herunterzuspielen, wobei der Fernsehkommentator darauf hinweist, daß ,,manche Regierung in Asien diesen Marinebesuch nur zu gerne als militärische Parteinahme werten" möchte. Scheinheilig stellt er fest, der Indische Ozean sei leider keine Zone des Friedens und der Entspannung mehr. Die Fahrt der Kriegsschiffe der BRD-Imperialisten trägt dazu bei. Diese beteuern krampfhaft, an gemeinsame Übungen mit der US-Flotte sei nicht gedacht. 26 US-Kriegsschiffe sind im Indischen Ozean, die Sozialimperialisten haben dort 28 Kriegsschiffe. – Auf der Bremer Vulkan-Werft wurde jetzt mit den Aufbauten für die zweite der 6 Fregatten vom Typ F 122, die zunächst von der Bundesmarine in Dienst gestellt werden sollen, begonnen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

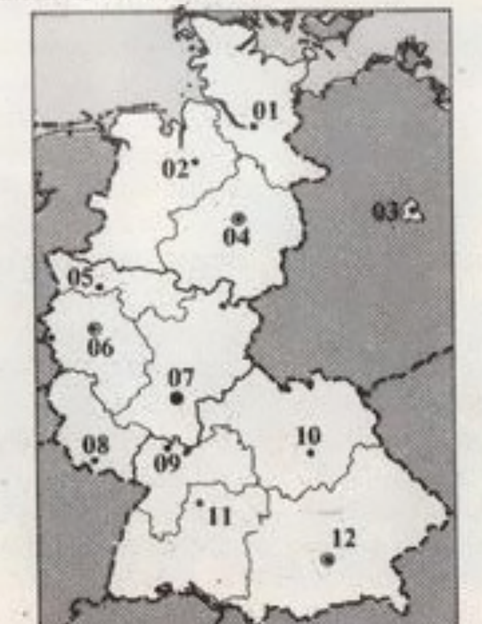
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481





r.hek. **Vorschnell mußte Helmut Schmidt die Veranstaltung der SPD in Bad Segeberg verlassen.** Die schleswig-holsteinische SPD-Spitze sollte dort mit Hilfe von Udo Lindenberg die Widersprüche, die in der SPD immer tiefer hervorbrechen, vertuschen. Gelingen konnte das nicht. So sprach Schmidt in seiner halbstündigen Rede lange zu Karl May und nicht zu den öffentlichen Vereidigungen und zur Kernenergie, der Auseinandersetzung konnte er sich aber nicht stellen. Und so reiste er auch danach sofort ab, anstatt wie geplant noch bei dem anschließenden Musikprogramm für Fragen zur Verfügung zu stehen. Egon Bahr, Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein, konnte nur mit Mühe den Schein wahren. Wo Lindenberg Einigkeit mit der Außenpolitik der Regierung demonstrierte, im Gegensatz zum Juso-Bundeskongreß, konnte er doch nicht umhin, gelinde Kritik zur Frage der Kernenergie zu äußern. Bahrs Antwort fiel darauf dann auch kümmerlich aus. ,,Wir von der SPD brauchen Kritik, denn sie gibt uns Anregungen.“

r.ulw. **Am 2. Juni begann vor dem Seeamt Bremerhaven die Untersuchung über den Untergang des Leichter-Träger-Schiffes MS München der Hapag-Lloyd-Reederei.** Die München war im Dezember 1978 mit 28 Menschen an Bord im Nordatlantik gesunken. Das Seeamt, bestehend aus einem ehrenamtlichen Vorsitzenden, einem Juristen, und vier Kapitänen als Beisitzer, stützt sich bei seinen Untersuchungen im wesentlichen auf einen umfänglichen Aktenberg, der von Hapag-Lloyd zusammengestellt wurde. Nicht aus dem Verfahren heraushalten konnte das Gericht die Frage, ob Fahrplan vor

Anregungen.“

r.ulw. **Am 2. Juni begann vor dem Seeamt Bremerhaven die Untersuchung über den Untergang des Leichter-Träger-Schiffes MS München der Hapag-Lloyd-Reederei.** Die München war im Dezember 1978 mit 28 Menschen an Bord im Nordatlantik gesunken. Das Seeamt, bestehend aus einem ehrenamtlichen Vorsitzenden, einem Juristen, und vier Kapitänen als Beisitzer, stützt sich bei seinen Untersuchungen im wesentlichen auf einen umfänglichen Aktenberg, der von Hapag-Lloyd zusammengestellt wurde. Nicht aus dem Verfahren heraushalten konnte das Gericht die Frage, ob Fahrplan vor
Sicherheit ging, als das Schiff in einem Orkan in ein Gebiet mit schwerstem Seegang hineinlief. Er habe schon oft Verspätungen gehabt und nie von der Reederei Druck bekommen, sagte ein Kapitän von Hapag-Lloyd aus. Damit war das Thema erledigt. Ähnlich schnell wurde die Zeugenaussage eines ehemaligen Offiziers der München abgetan, der über den schlechten Sicherheitszustand der Rettungsboote berichtete. War so die Profitproduktion erst einmal aus der Schußlinie, konnten die Vertreter von Hapag-Lloyd ihre Untersuchungen über mögliche Unfallursachen präsentieren: Wahrscheinlich eine Jahrhundertwelle, vielleicht aber auch ein Kriegsschiff in geheimer Mission. Der Spruch des Seeamtes soll am Mittwoch verkündet werden.

b.hew. **Schulsenator Grolle wird auf der Elternvollversammlung der Gesamtschule Mümmelmannsberg vom 29.5. wegen hohen Unterrichtsausfalls angegriffen.** Nach Schätzungen des Elternrates fallen mehr als 10% des Unterrichts aus. Die Eltern hatten zum großen Teil ihre Kinder auf der Gesamtschule angemeldet, weil sie als Ganztagsschule geführt wird. Tatsächlich werden jedoch die Kinder nach Mittag oder zwischendurch nach Hause geschickt und sind dann sich selbst überlassen. Der Elternratsvorsitzende forderte von Grolle, mindestens 10 weitere Lehrer einzustellen. An der Gesamtschule liegt der Krankenstand unter den Lehrern mit ca. 9% über dem Hamburger Durchschnitt. Es fehlen Vertretungslehrer. 2 weitere Lehrerstellen sind nicht besetzt, weil die Behörde 2 Lehrwerkmeister, die mit der Bereitstellung von Material für den Werkunterricht beauftragt sind, auf den Lehrerstellenplan anrechnet. Grolle erklärte, er habe die Bewilligung für 20 weitere Aushilfslehrer *in Hamburg*, weitere 70 habe er *beantragt*, machte den Eltern aber keine feste Zusage über die Einstellung von mehr Lehrern. Die einzige Zusage war, daß ab dem nächsten Schuljahr wieder Chemieunterricht erteilt werden soll. Der ist jetzt 6 Jahre ausgefallen, weil die Schulbehörde sicherheitstechnische Auflagen in den Labors nicht erfüllte.

b.pet. **Für die Erweiterung des Toller-ort-Terminals im Hamburger Hafen gibt der Senat 15 Mio. DM aus Steuergeldern.** Begründung: Sicherung von Arbeitsplätzen im Hafen. Dafür wird im Kohleschiffhafen eine neue Böschung geschaffen und Land aufgeschüttet. Die Lager- und Speditions-GmbH will eine dritte Containerbrücke und auf dem neuen Gelände eine Container-Stapelkran-Anlage bauen. Das verschärft die Konkurrenz der Hafenkapitalisten, und die chaotische Organisierung des Umschlags durch die Kapitalisten tritt deutlich hervor. Ein Teil der Containerbrücken steht oft tagelang still. Sie werden in Betrieb gesetzt, wenn Schiffe kommen, meist nachts oder an Sonn- und Feiertagen. Das zwingt die Hafenkapitalisten, auf Einführung der Contischicht zu drängen. Diese Arbeitsplätze will der Hamburger Senat sichern.

b.uwz. **Betriebsversammlung AEG N4.** Aus dem Referat der Betriebsführung konnte die Belegschaft zweierlei folgern: Einmal, daß die AEG Kapitalisten verstärkte Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung unternehmen müssen, da der ,,internationale Wettbewerb und insbesondere der Druck der Billiglohnländer“ sie dazu zwingt, andererseits, daß gerade im Bereich N4 (Nachrichten, Flugwesen und Sondertechnik) hohe Extraprofite aus den Rüstungsaufträgen (z.B. Leopard, Fregatte, Troika) für sie winken. Sparsam und rationalisierungswillig soll die Belegschaft eine intensivere Ausbeutung hinnehmen. Bei genauer Betrachtung konnte man feststellen, daß der Zeitpunkt jetzt günstig ist die Betriebsführung zu diesem oder jenem zu zwingen, weil sie unter Druck steht. Arbeiter im Prüffeld Schenefeld forderten Angleichung der Löhne auf Wedeler Niveau, mindestens 2 DM mehr die Stunde. Den Rationalisierungswillen der Betriebsführung bremste der Betriebsrat etwas, indem er erst den Einbau von Nutzungsschreibern an NC-Maschinen mit Kollegen verhinderte und jetzt in einer Vereinbarung Bedingungen diktierte (keine Personenkontrolle, keine Abgruppierungen), unter denen sie nur eingesetzt werden dürfen. Der IGM VK fordert die Anhebung aller auf mindestens Lohngruppe IV. Ein VK-Leitungsmitglied forderte die Belegschaft zum verstärkten gewerkschaftlichen Zusammenschluß auf.

Angleichung der Löhne auf Wedeler Niveau, mindestens 2 DM mehr die Stunde. Den Rationalisierungswillen der Betriebsführung bremste der Betriebsrat etwas, indem er erst den Einbau von Nutzungsschreibern an NC-Maschinen mit Kollegen verhinderte und jetzt in einer Vereinbarung Bedingungen diktierte (keine Personenkontrolle, keine Abgruppierungen), unter denen sie nur eingesetzt werden dürfen. Der IGM VK fordert die Anhebung aller auf mindestens Lohngruppe IV. Ein VK-Leitungsmitglied forderte die Belegschaft zum verstärkten gewerkschaftlichen Zusammenschluß auf.

b.job. **In Buchholz und Neu-Wulmstorf versuchte die Polizei mit Personalienkontrolle die Unterschriftensammlung des KBW zu den Bundestagswahlen zu behindern.** Den Grund dafür lieferte die Landkreisverwaltung Harburg durch Nichtbehandlung des Antrags auf Megafonbenutzung. Sie konnte nicht verhindern, daß bis zum 1. Juni bereits 132 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten die Kandidatur des KBW unterstützten.

b.sah.Schleswig. **Die ÖTV Kreis Schleswig fordert von der Landesregierung, kurzfristig weitere Planstellen für die Landeskrankenhäuser zu schaffen.** Nachdem seit Jahren kein neues Personal bewilligt war, wurden 1980 ganze 3 neue Planstellen geschaffen. Zur Zeit werden im LKH Stadtfelt rund 1400 Patienten von 425 Pflegekräften am Bett versorgt. Im LKH Hesterberg (Kinder und Jugendliche) 535 Patienten von 256 Pflegekräften, rund um die Uhr. Die Versorgung bleibt auf das Notwendigste beschränkt. Durch die Durchsetzung von Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung des Erholungsurlaubes, Verkleinerung der Stationen sei jetzt ein noch größerer Personalbedarf erforderlich. Gegenwärtig besteht die Pflicht zu Überstunden, die bezahlt werden, ohne Freizeitausgleich. Folge: der Krankenstand der Pflegekräfte ist überhöht, was zu weiteren Folgebelastungen führt. Die 3 Planstellen sind demgegenüber ein Hohn.

b.thc. **Gegen die Ausdünnung des Busverkehrs der Kieler Verkehrs AG auf der Linie 14 wurde auf einer Sitzung des SPD-Ortsvereins Projensdorf beschlossen, einen Protestbrief an die KVAG zu schicken.** Die Busse fahren abends nur noch stündlich und ab 22 Uhr gar nicht mehr. Die KVAG erklärte daraufhin, daß unwirtschaftliche Strecken eben ausgedünnt werden müßten. Bereits im letzten Jahr hat es bei der Strecke nach Holtenau eine Leserbriefaktion und Protestbriefe an die SPD-Ratsfraktion und die KVAG gegeben, worauf dieses Jahr wieder ½-stündlich gefahren wird.

b.mee.Schleswig. **Der Hauptausschuß des Kreisbauernverbandes Schleswig hat beschlossen, Demonstrationen gegen die schlechte Lage der Bauern einzuleiten.** Er forderte die höheren Organe des Bauernverbandes auf, dies zu organisieren. Kreisbauernverbandsvorsitzender Max Werner Detlefsen betonte, die Lage der Bauern habe sich durch die überfälligen Preisbeschlüsse sowie durch die Nichtanpassung der Mehrwertsteuer so zugespitzt, daß weitere Belastungen untragbar sind. Gegenwärtig ist der Preis für Schweine- und Bullenfleisch so zusammengebrochen, daß die Bauern ihren Einsatz nicht wieder herausbekommen. H.J. Klinker, Präsident des Landesbauernverbandes Schleswig-Holstein, erklärte demgegenüber, daß sich die Einkommen zwar rechnerisch gehalten hätten, aber nur durch erheblichen Mehraufwand an Arbeitsstunden. Die 5%-ige Agrarpreisanhebung bringt noch nicht einmal einen Ausgleich der Inflationsrate, zumal noch 1% durch den Währungsausgleich abgeschöpft werden. Deswegen fordert der Bauernverband die 1%ige Erhöhung der Vorsteuerpauschale. H.J. Klinker und S. Paulsen von der schleswig-holsteinischen Bauernverbandsspitze treten gegen Demonstrationen der Bauern zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf. Klinker äußert die Sorge, daß Demonstrationen zur Zeit staatsgefährdend seien. Er ist damit in Schleswig nicht durchgekommen. Der Schleswiger Kreisverbandsdirektor Lund erklärte: ,,Wenn wir uns jetzt nicht wehren, wann denn dann?“ Der 4- bzw. 5% EG Preisbeschluß ist nicht gegessen. Heeremann hat nationale Ausgleichsmaßnahmen gefordert.

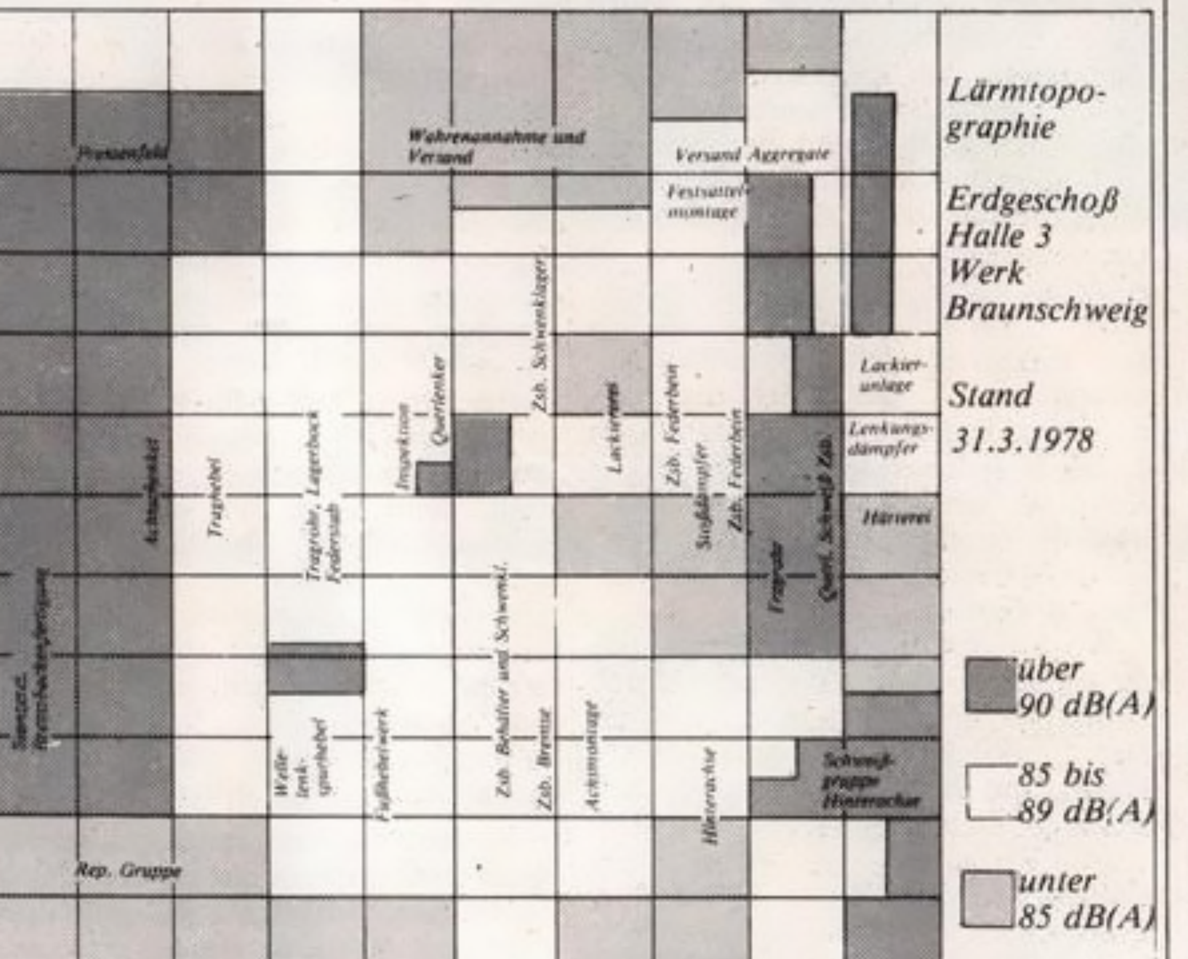
b:brb.Kiel. **Ca. 25 Vertreter von Fachschaftsgruppen, Uni-ASTA, Landes- und Kreisschülervertretung, BI, 3.-Weltladen, Volksfront, KPD/ML, KBW einigten sich am 3.6. auf Aktionen gegen die Kriegspropaganda** im Rahmen der Kieler Woche. Beschlossen wurde ein vorläufiger Aufruf, der u.a. die Forderungen enthält: Sofortiger Abzug aller fremden Truppen aus fremden Territorien – Aufhebung des Beschlusses, Mittelstreckenraketen in der BRD zu stationieren – BRD raus aus der NATO – Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt. Endgültig beschlossen werden Aufruf und Aktionen (gegen die Eröffnung durch Carstens; Demonstration gegen die Flottenparade) am 10.6. nach Rücksprache der Vertreter mit ihren Organisationen.

b.sah. **Bei der Vereidigung von 402 Rekruten in Kappeln kündigte der Kommandeur der Marinewaffenschule, Nippe, an, daß am 21.8. eine öffentliche Rekrutenvereidigung dort stattfinde.** Die Bundeswehr lasse sich nicht vorschreiben, wo und wie die Rekruten aufgenommen werden. Zuerst sollte am 13. 5. ja in Schleswig öffentlich vereidigt werden, dies wurde aber wegen Bremen abgesagt und im Felde vollzogen. Dies sei schon länger geplant gewesen, hieß es, obwohl noch eine Woche Plakate zum Mobilisieren hingen. Apel will sein Programm der Kriegsvorbereitungen durchdrücken, daher werden überall öffentliche Vereidigungen angesetzt, wie jetzt am 12.6. in Heide. Die Schleswiger Initiative ,,Nie wieder Krieg“, die sich mit 20 Personen gegründet hat, will über ein Flugblatt mobilisieren. Untersucht werden sollen u.a. Geschichte und Tätigkeiten, Fahrten des Marinefliegergeschwaders in Kappeln.

b.ros.Kiel. **Rückwirkend zum 1.3.80 übernimmt die Nordelbische Kirche für ihre rund 7000 Beschäftigten die Tariferhöhung aus dem Öffentlichen Dienst.** Durch den Kampf der Beschäftigten wurde die Kirche zu diesem Ergebnis gezwungen. Nach Abschluß des Rahmentarifvertrages für kirchliche

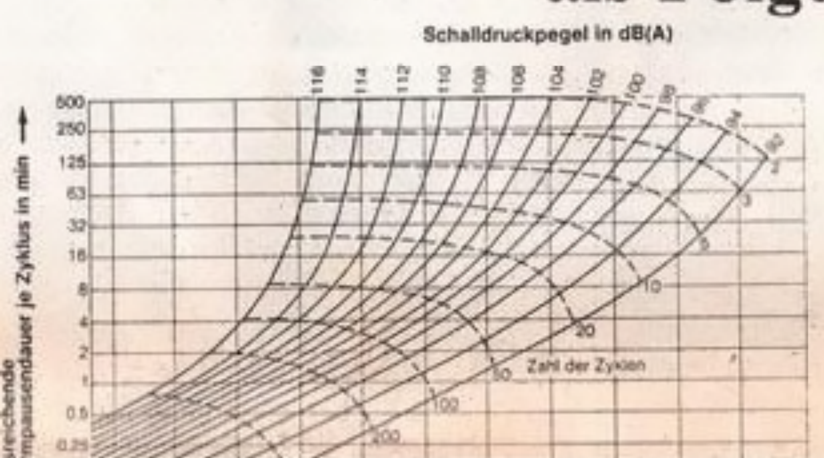
Lärmschäden einkalkuliert – Lärmschutz bei VW Braunschweig

r.mar. ,,Lärmschäden vermeiden“ und ,,Niemals oben ganz ohne“, gemeint ist ohne Gehörschutz, lautet eine Plakatkampagne der Arbeitssicherheit in den VW Werken. Welchem Lärm die VW Arbeiter in den Produktionshallen ausgesetzt sind, darüber gibt die unten aufgeführte Lärmkarte der Halle 3, Werk Braunschweig, Auskunft. Es gibt in der Halle 3 kaum einen Arbeitsplatz, an dem nicht unter einem Dauerschallpegel von über 85 dB (A) gearbeitet werden muß. Mehrere Kilometer Transportketten, das Betriebsgeräusch der Maschinen und die Gebläse der Trockner an den beiden großen Tauchlackieranlagen erzeugen einen dumpf dröhnenden Dauerton, auch ohne den Produktionsbetrieb. Nach der Unfallverhütungsvorschrift ,,Lärm“ der Berufsgenossenschaft müssen Bereiche, in denen ein Dauerschallpegel von über 90 dB erreicht wird, zu Lärmbereichen erklärt werden. Allerdings sind die Kapitalisten dadurch nicht gezwungen, in diesen Bereichen lärmdämpfende Maßnahmen zu ergreifen. Ein Lärmbereich verpflichtet lediglich die dort beschäftigten Arbeiter dazu, die vom Kapitalisten zu stellenden Gehörschutzmittel,



wie Gehörschutzwatte, Stöpsel oder kopfhörerähnliche Ohrkapseln, zu tragen. Bei der letzten Gehöruntersuchung beim werksärztlichen Dienst mußten 2 Arbeiter aus dem Lärmbereich der Lackiertauchanlage versetzt werden, wegen Lärmschäden. Auf der letzten Betriebsversammlung hat ein Arbeiter von der Lackiererei das Auslegen der Behälterkisten mit schalldämmendem Material gefordert. Lediglich 9 Behälterkisten wurden ausgelegt. Eine Lärmschutzmaßnahme, so meinen die Arbeiter, wäre, wenn beim Abhängen der fertig lackierten Teile noch ein zusätzlicher Arbeiter dazu käme. Dann könnte man in einem Takt die Teile auch behutsamer in die Kisten packen, wozu jetzt überhaupt keine Zeit bleibt. Daß die Betriebsführung von solchen Maßnahmen gar nichts hält, weil sie ihnen an den Profit gehen, zeigt die Aufstellung der vollautomatischen Bremstrommelpresse im Bereich der Hinterachsenmontage. Damit sie jederzeit bei einer Störung sofort geöffnet werden kann und eine Störung schon bei Betrieb gesehen werden kann, ist sie völlig offen, nur durch ein Gitter abgeschirmt. Das fortlaufende, schrille Anstoßen der Trommeln überschreitet den Dauerschallpegel von 90 dB.

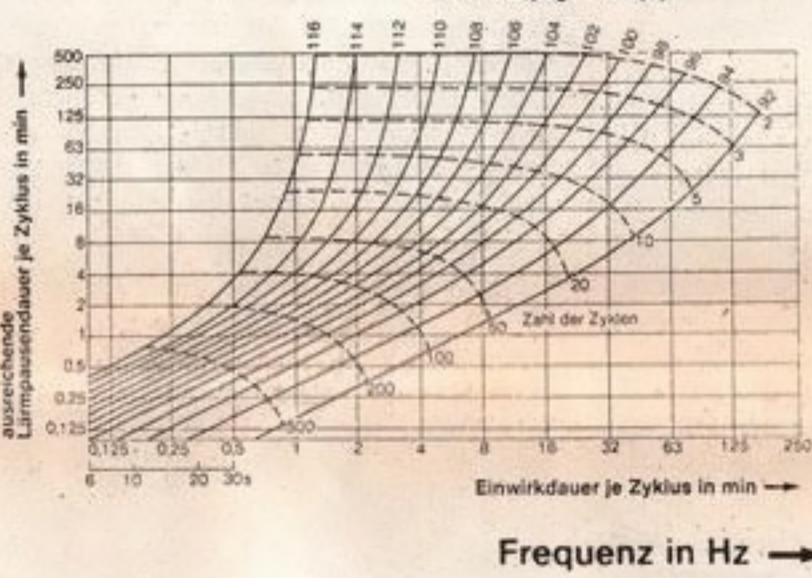
Vorübergehende und dauernde Schwerhörigkeit als Folge von Lärm



r.scm. In der Broschüre ,,Lärm, Lärmschwerhörigkeit, Lärmbekämpfung“ befaßt sich die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik mit der Vertäubung des Gehörs durch Lärm. Man muß bei den Ergebnissen dieser Untersuchung berücksichtigen, daß sie von einer Organisation stammen, die von den Kapitalisten kontrolliert wird, die Kreislauferkrankungen und Magengeschwüre als Folge von Lärm am Arbeitsplatz nicht als Berufskrankheiten anerkennt, die also bestrebt sein wird, die tatsächlichen Verhältnisse zu beschönigen.

Bei andauerndem oder großem Lärm (gemessen in dB, d.h. Dezibel) erhöht sich die Hörschwelle (TTS) zunächst

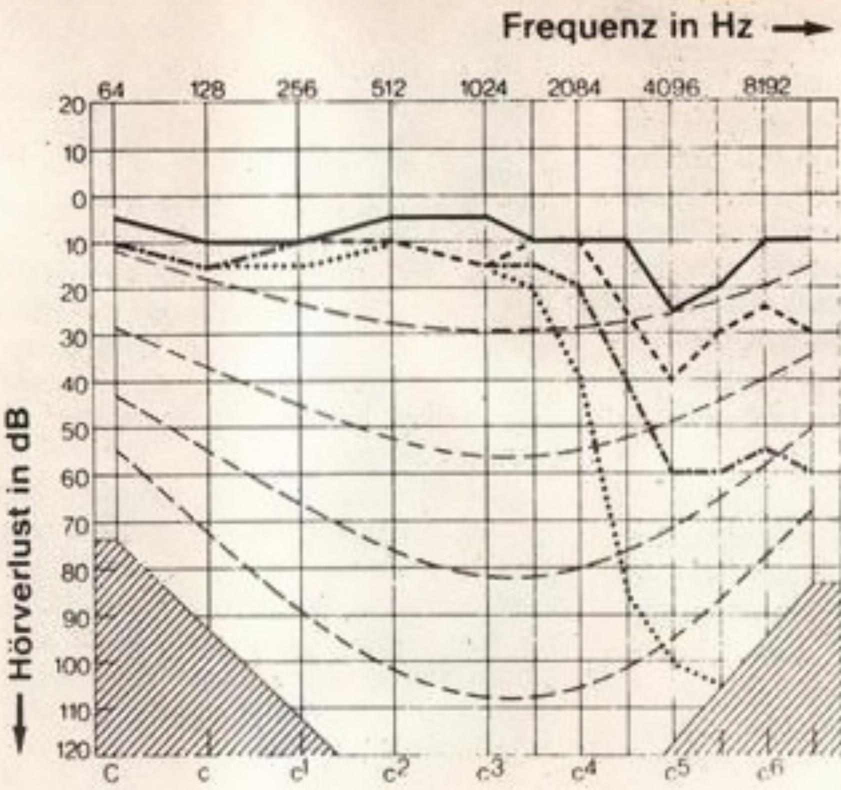
Vorübergehende und dauernde Schwerhörigkeit als Folge von Lärm



r.scm. In der Broschüre ,,Lärm, Lärmschwerhörigkeit, Lärmbekämpfung“ befaßt sich die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik mit der Vertäubung des Gehörs durch Lärm. Man muß bei den Ergebnissen dieser Untersuchung berücksichtigen, daß sie von einer Organisation stammen, die von den Kapitalisten kontrolliert wird, die Kreislauferkrankungen und Magengeschwüre als Folge von Lärm am Arbeitsplatz nicht als Berufskrankheiten anerkennt, die also bestrebt sein wird, die tatsächlichen Verhältnisse zu beschönigen.

Bei andauerndem oder großem Lärm (gemessen in dB, d.h. Dezibel) erhöht sich die Hörschwelle (TTS) zunächst
im Bereich von 4000 Herz, mitten im Frequenzbereich der Sprache. Sofern nicht das Gehörorgan bereits teilweise zerstört ist, erholt es sich etwa im Verlauf von acht Stunden. Die Berechnung der Berufsgenossenschaft zeigt, welche Lärmpausen mindestens notwendig sind, damit sich das Gehör bis zur erneuten Lärmeinwirkung erholen kann (oberes Schaubild). Die vielen individuellen und äußeren Faktoren, die einer Erholung entgegenwirken, sind in dieser Berrechnung noch gar nicht erfaßt. Hat sich das Gehör bis zur erneuten Lärmeinwirkung nicht vollständig erholt, so überlagert die neuerliche Hörschwellenverschiebung die Resthörschwellenverschiebung. Bei ständiger Wiederholung sterben die Hörzellen infolge von Stoffwechselüberlastung ab, ohne daß dieser Prozeß rückgängig zu machen ist.

Das untere Schaubild zeigt, in welchem Frequenzbereich sich die zunehmende Vertäubung des Gehörs bewegt. Die höheren Frequenzen sind u.a. zur Unterscheidung verschiedener Stimmen erforderlich. In einem Raum, in dem mehrere miteinander sprechen, einem Einzelnen zuzuhören, wird für einen Schwerhörigen nicht selten auch mit Hörgerät zur Unmöglichkeit, abgesehen von der Verzerrung der Sprache überhaupt. Auch laute Sprache kann die Schwerhörigkeit nicht ausgleichen, da die tieferen Frequenzen besser wahrgenommen werden und die Lautstärke in diesem Frequenzbereich den Schwerhörigen weiter belastet.



Bürgerkriegsmanöver in Lüchow-Dannenberg



In vielen Städten wurde am 4. Juni gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung und die Räumung der besetzten Bohrstelle in Gorleben durch Polizei und BGS demonstriert. Das Bild zeigt die Demonstration in Hamburg, an der 7000 teilnahmen.

r.thr. Mit einem großen Bürgerkriegsmanöver wurde am 4.6. der Weg für die Fortsetzung der Tiefbohrungen im Gorlebener Salzstock freiplaniert. 7000 Polizisten und BGS Truppen waren im Einsatz, um die besetzte Bohrstelle 1004 zu räumen. Die bäuerliche ,,Notgemeinschaft“ und die BI Lüchow-Dannenberg hatten die Besetzung unterstützt. Am Tage der Räumung hatten sie in einer Anzeige erneut ihre Forderungen bekräftigt: ,,Einfrierung aller Genehmigungsverfahren und Ausbaubestrebungen für Zwischenlager!“, ,,Stopp sämtlicher Bohrungen am Gorlebener Salzstock!“.

Neben der Räumung der Bohrstelle wurde gleich noch die Abriegelung eines großen Gebietes erprobt. Kurz hinter Lüchow bis nach Dannenberg wurden in der Jeetzel-Niederung im Morgengrauen sämtliche Brücken, selbst die der kleinsten Feldwege, besetzt (teilweise 20 km von 1004 entfernt). Alle Fahrzeuge wurden kontrolliert. Selbst Ortsansässige hatten z.T. Schwierigkeiten mit der ,,Aus- bzw. Einreise“ in das besetzte Gebiet. Einen Zahnarzttermin könne man verschieben, wurde beschieden. Besprechung im Finanzamt Lüchow mußte man nachweisen. Nur 3000 der 7000 Mann starken Truppe waren ,,vor Ort“ eingesetzt. Ab 2 Uhr wurden die Anwohner in Lüchow und den anderen Orten der Polizeiroute um ihren Schlaf gebracht. Ein Konvoi nach dem anderen mit schweren Lastwagen, Wasserwerfern, Planierraupen und Panzerwagen rollte durch die Straßen. Ab 5.30 Uhr kreiste der Polizeihubschrauber über Lüchow. Einige Konvois mußten die Frage nach dem Weg mit einem Umweg bezahlen. Um 7 Uhr waren die Truppen dann aufgestellt und hatten zwei Ringe um 1004 gelegt. Neben den erwähnten Truppenteilen waren noch eine Reiter- und Hundestaffel sowie 16 Hubschrauber im Einsatz. Um 11 Uhr ging die Räumung los.

Während die ,,Besetzer“ weggetragen wurden – der Polizeieinsatz war keinesweg sanft, wie behauptet wird – planierten die Raupen Reihe für Reihe den Platz. Obwohl offiziell bekannt gegeben wurde, daß größere Reservetruppen in der Nähe des Platzes bereitgehalten wurden, ordneten der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff und Lüneburgs Regierungspräsident Wandhoff Truppenauswechselung von weit her mittels Hubschrauber an, um auch diese Seite des Bürgerkriegsmanövers zu erproben. Der Einsatz ging bis zum Abend.

,,Bohrbeginn ist Baubeginn“, haben die Bauern und die BI seit der ersten Bohrung gesagt. Innenminister Baum stellt weiter vollendete Tatsachen her, obwohl die ersten Bohrergebnisse die Verbindung des Salzstockes mit dem Grundwasser sehr nahelegen. Dies bekräftigt, neben der ohnehin vorhandenen Ruinierung der Landwirtschaft, die Forderung nach Einstellung der Bohrmaßnahmen. Baum manövriert weiter. Jetzt hat er ein Hearing über die Bohrergebnisse angeboten. Die Bauern und die BI hatten dies gefordert. Aber die Bedingungen der Bauern und der BI – keine weiteren Bohrungen, keine Genehmigung vom Zwischenlager, Klärung der Teilnehmer – hat er nicht akzeptiert. Ebensowenig den Antrag, den Innenausschuß des Bundestages öffentlich beobachten zu lassen. Das ist klar, denn im Innenausschuß wird die zügige Durchführung des Kernenergieprogramms geplant. So hat denn auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg den baldigen Weiterbau des KKW Brokdorf bekannt gegeben, da die Voraussetzung des ,,Baustopp“-Urteils – Zwischenlagerantrag und Einleitung von Endlageruntersuchungen – erfüllt seien. Daß damit die Entsorgungsfrage ,,gelöst“ ist, zeigt sowohl wie abenteuerlich vorgegangen wird als auch, daß ,,Erkundungsbohrungen“ und ,,Hearing“ nur der Rauchvorhang vor den Baumaßnahmen ist. Mit erneuten Kämpfen gegen das KKW Brokdorf rechnet die Landesregierung. Das Bürgerkriegsmanöver bei Gorleben dient der Einschüchterung.

SRK-Prozeß: Nach 4 Monaten ist nur bewiesen, daß der Verfassungsschutz lügt

b.hoo. Auch im 3. Anlauf des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen Claus Udo Monica sieht es für die Staatsschutzkammer unter Richter Sauer nicht gut aus. Seit insgesamt 35 Verhandlungstagen müht sich das Gericht vergeblich, dem Angeklagten die Verantwortlichkeit für den Inhalt von zwei ,,Volksmilizen“, Zeitschrift des Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK), im Herbst 1977 nachzuweisen. Juristisches Hauptproblem: Die bloße Namensnennung als presserechtlich Verantwortlicher auf den Druckschriften reicht für eine Verurteilung nicht aus; es sind Beweise für eine wirkliche Verantwortlichkeit erforderlich.

Anfang März meinte das Gericht, den richtigen Dreh gefunden zu haben. Es startete Anfragen beim Verfassungsschutz und MAD in Kiel. Mit breitem Grinsen verlas Richter Sauer in der Verhandlung die Antworten: Danach sollte Claus Udo Monica im Zeitraum 1977/78 nach ,,Berichten von Teilnehmern“ an etlichen, im einzelnen mit Ort und Datum genannten Veranstaltungen des SRK teilgenommen haben.

Alle Anträge der Verteidigung, die hinter den ,,Berichten“ stehenden Spitzel als Zeugen zu vernehmen, wurden abgelehnt. Eigene Ermittlungen mußten parallel zum weiterlaufenden Prozeß angestellt werden. Schon die erste Überprüfung rückte die ,,Augenzeugenberichte“ ins Zwielicht: eine angebliche Veranstaltung am 22.5.78, die der Angeklagte sogar ,,geleitet“ haben sollte, hatte gar nicht stattgefunden.

Mit den Beweisen dafür konfrontiert, ließ der Verfassungsschutz diese peinliche Tatsache als ,,Versehen“ korrigieren; es sei der 4.5.78 gemeint gewesen. Leider haute es auch mit dem 4.5. nicht richtig hin: 3 Zeugen konnten ausschließen, daß der Angeklagte an der Veranstaltung auch nur teilgenommen hatte. Richter Sauers Grinsen gefror bereits leicht. Noch länger wurden die Gesichter der Richter, als sich nach Auskunft der Deutschen Bundesbahn herausstellte: eine weitere angebliche Veranstaltung des SRK im Jahre 78 in der Bahnhofsgaststätte Flensburg war ebenfalls der freien Erfindung der Staatsschützer entsprungen. Nun dämmerte dem Gericht, daß hier ,,zuverlässige Augenzeugen“ sich leichtes Spitzelgeld verdient hatten, indem sie getürkte Berichte geschrieben hatten.

Nicht leichter wurde es für Richter Sauer, daß die Verteidigung einen Spitzel benennen konnte und desses Ladung über den Verfassungsschutz forderte. Der Leiter des schl.-holst. Verfassungsschutzes, Kuhn, half dem Gericht zunächst aus der Patsche: der benannte Zeuge sei bei seiner Behörde nicht bekannt und könne über sie daher nicht geladen werden.

Jetzt hat sich auch diese Auskunft als Lüge herausgestellt. Im Prozeß wurde bewiesen, daß der Verfassungsschutz ständigen Kontakt mit jenem Spitzel unterhält und beim Einwohnermeldeamt eine Auskunftssperre über seinen derzeitigen Aufenthalt hat eintragen lassen. Als das herauskam, vollzog das Gericht am letzten Dienstag einen regelrechten Schwenk. In mehreren Beschlüssen erklärte es alle Informationen der Staatsschutzbehörden samt und sonders für unglaubwürdig. Anders wäre bei den offensichtlichen Lügen die Vernehmung von Verfassungsschützern nun unumgänglich geworden. Das aber hätte Richter Sauers Karriere mit Gewißheit ruiniert. Ihm haftet schon der Ruf an, mit der Welle der Wehrkraftzersetzungsprozesse nicht voranzukommen. Er kann sich nicht noch den Ruf leisten, daß in seinen Prozessen die dunklen Machenschaften des Verfassungsschutzes ins Licht geraten und gar noch Spitzel in den Zeugenstand müssen.

Das Gericht ist nun allerdings wieder dort, wo es vor 3 Monaten war: nämlich gänzlich ohne Beweise. Verurteilen wollen sie, aber wie? Da hat es die Staatsanwaltschaft leichter: Sie hat in ihrem Plädoyer am 3.6. ,,zur Verteidigung der Rechtsordnung“ ein Jahr Gefängnis zur Bewährung gefordert. Am 2.7. geht das Verfahren weiter.

Nicht die Krankenkassen, sondern Ehrenberg ist zuständig für die Kostendämpfung

b.sul. ,,Die Krankenkassen sind schuld an der Misere im Gesundheitswesen...!“ Mit dieser Linie tritt die Gesundheitsbehörde auf gegen die Bewegung, die die Kostendämpfungspolitik Ehrenbergs bekämpft. Die Forderung nach Planstellen wird abgebügelt mit dem Hinweis, die Krankenkassen seien zuständig, die bei den Pflegesatzverhandlungen zu hohe Personalkosten nicht zahlen wollten, bzw. dann auf einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge bestehen würden. (z.B. Personalversammlung UKE Ende April) Die Mitbestimmungspropaganda anläßlich der Sozialwahlen wird auch in dieser Richtung genutzt, um den Versicherten die Schuld an den Problemen im Gesundheitswesen in die Schuhe zu schieben.

Aber die Gesetzgebung für die Krankenversicherung ist so festgelegt seit Hitlers Zeiten (1934): Im Gesetz 27 über den Aufbau der Sozialversicherung heißt es im §1 (2) ,,Was Gemeinschaftsaufgaben der Krankenversicherung sind, bestimmt der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichswirtschaftsminister.“

Wenn in der Neufassung von 1980 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) von 1972 die Festlegung der Pflegesätze von den Landesbehörden auf die Krankenkassen abgewälzt wird, ist das eine reine Formsache, denn die Grundlage dafür ist gesetzlich festgelegt: ,,Sie (die Pflegesätze) müssen auf der Grundlage der Selbstkosten (= sämtliche Ausgaben für Personal, Energie, Sachkosten einschließlich Medikamente, Abschreibung für Wirtschaftsgüter bis 3-jähriger Dauer, Instandhaltung und Instandsetzung von Anlagegütern nach festgelegter Bemessungsgrundlage, d.V.) eines sparsam wirtschaftenden, leistungsfähigen Krankenhauses und einer Kosten- und Leistungsrechnung eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglichen und die medizinisch und wirtschaftlich rationelle Versorgung durch die Krankenhäuser sichern.“ (KHG, §22) Früher waren erhebliche Anteile dieser Kosten aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden. Aber selbst die Zuschüsse für Investitionen gingen erheblich zurück: 1976 waren es noch 404 Mio DM aus Bundesmitteln, 1979 nur noch 213 Mio DM, was jeweils ⅓ der aus dem Landeshaushalt gezahlten Investitionskosten ausmacht.

Die Krankenkasse wird auch vorgeschickt, um für das Ehrenberg-Ministerium die nötigen Auskünfte einzuholen. ,,Insbesondere kommen in Betracht der Personal- und Sachaufwand der Krankenhäuser, die Verweildauer der Benutzer, die geleisteten und in Anspruch genommenen Pflegesätze sowie allgemeine statistische Angaben über die Benutzer, ihre Erkrankungen und ihre örtlichen Beziehungen zum Krankenhaus.“ (KHG §28)

So schickt z.B. die AOK Fragebögen (siehe Kasten) an die Krankenhäuser, um je nach der Beantwortung die Kostenverpflichtung für den einzelnen Patienten zu ,,entscheiden“ entsprechend der Richtlinien aus dem Ehrenbergministerium.

Die Krankenkassen hat die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Ruinierung im Kapitalismus aufgebaut. Die Bourgeoisie hat sie sich einverleibt. Durch die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten und Bezahlung der Kosten durch die Kapitalisten kann sie die Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen einsetzen und mit diesen Forderungen kann das Manöver der Gesundheitsbehörden, den Krankenkassen die Schuld an der Misere im Gesundheitswesen zuzuschieben, auch zunichte gemacht werden.

Mitarbeiter bereitet die ÖTV die Verhandlungen um einen verbesserten Eingruppierungstarifvertrag für kirchliche Angestellte vor.

b.jkr. **Die Hausbesitzer kassieren Zuschüsse und die Mieter zahlen anschließend Mieterhöhungen.** Hausbesitzer mit bis zu 50 Wohnungen werden zukünftig mit 28000 DM pro Wohnung (bisher 20000 DM) gefördert, wenn sie ihre Häuser modernisieren lassen. Für Instandsetzung gibt es nochmal 15000 DM (bisher 10000 DM) dazu. Als Altbau gelten hier alle Häuser, die vor 1965 gebaut wurden. Dringlichkeitsgebiete sind Eimsbüttel und Rothenburgsort, wo es viele kleinere Hausbesitzer gibt. Die Mieten für 2-Zimmer-Altbauwohnungen, ohne Bad und mit Ofenheizung stiegen in Hamburg von 1974 bis 1979 von 137 DM auf 209 DM, also um 35,5%. Ein Hausbesitzer mit 50 Wohnungen, der Jahrzehnte nichts in seine Häuser investiert hat, bekommt jetzt bis 2,15 Mio. DM Steuergelder vom Hamburger Senat zugeschoben, um die längst fälligen Bauarbeiten vornehmen zu lassen. Die Miete wird anschließend je nach Umfang der Modernisierung und Wohnumfeld zwischen 1 und 2 DM/m² erhöht.

r.wal. **Land Niedersachsen mußte mit den studentischen Extrawächtern verhandeln.** Am 2.6. statteten etwa 40 Extrawachen der Medizinischen Hochschule Hannover und der Unikliniken Göttingen dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst einen Besuch ab, um ihre Forderung nach tariflicher Bezahlung (10,70 DM/h gegenüber jetzt 6,50 bis 8,60 DM/h) zu bekräftigen (Bild). Das Land sicherte in einstündiger Verhandlung ,,strukturelle Erhöhungen“ zu, ohne jedoch ein konkretes Angebot zu machen oder einen Zeitpunkt zu nennen. Am 16.6. sind erneute Verhandlungen. Liegt bis dahin kein konkretes Angebot vor, soll am 17.6. an der MHH ein Warnstreik durchgeführt werden.



Veranstaltungskalender

17. Juni – Wie sich die Bourgeoisie die ,Wiedervereinigung' denkt. Aber nicht die ,Einheit der Nation', sondern die Beseitigung der Vorherrschaft der Supermächte ist notwendig, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen.

Hamburg-Wilhelmsburg, 17.6.80, 9 Uhr, Gaststätte ,Bachmann und Griep', Veringstraße / Ecke Neuhöfer Straße

Bezirk Holstein, 17.6.80, 10 Uhr, Eutin, Gasthaus am See,

Flensburg, 17.6. 10 Uhr, Apenrader Hof.

Seminar zur Kritik des Volksbildungswesens und der Programme der bürgerlichen Parteien

Flensburg, 15.6.80, 19 Uhr, Apenrader Hof.

Preetz, 15.6.80, 10 bis 16 Uhr, Gaststätte Schellhorner Berg, Schellhorn/-Preetz

Hamburg, 15.6.80, 10 Uhr, Zum Schützenhof, Moorburger Kirchdeich ü. Waltershof.

Dia-Veranstaltung über das Demokratische Kampuchea

Kiel, 10.6.80, 20 Uhr, ,,Räucherei“, Preetzer Straße

Informations- und Kulturabend des Eritrea-Hilfswerks

Hamburg, 11.6.80, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32. Thema: ,,Eritrea – Ein vergessener Krieg?“. Es singt und tanzt eine Kulturgruppe der EPLF

Verfahren wegen ,,Widerstands gegen die Staatsgewalt“ beim Zanu-Sportfest 1978

Kiel, 12.6.80, 9.00 Uhr, Amtsgericht Kiel, Zimmer 112

Ehrenbergverfahren gegen C. Wulf

Bergedorf, 10.6.80, 9 Uhr, Amtsgericht Bergedorf, Ernst-Mantiusstr. 8

Prozeß wegen Plakatieren gegen B. Mehnke und H. Elvers

Hamburg, 9.6.80, 11 Uhr, Jaenckelhaus, Max-Brauer Allee 134

Prozeß wegen Sachbeschädigung (Unterstützung des Fährarbeiterstreiks) gegen L. Rister

Niebüll, 13.6.80, 8.30 Uhr, Amtsgericht

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6. – 11.6.80: Stimmausbildung

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Sportkurs Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung / Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

Zeichenkurs

Hamburg, 13.6.80, 18 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a

Kündigung eines Vertrauensmannes soll Erfolge im Zusammenschluß behindern

b.güj. Die dritte IGM-Mitgliederversammlung innerhalb dieses Jahres bei Lumoprint behandelte am 20.5. die fristlose Kündigung des Vertrauensmannes Günter Jacob, Reparaturmechanikers am Band II. Die Versammlung wählte einen 5-köpfigen Wahlausschuß, der die Bemühungen um den Aufbau eines aktiven Vertrauensleutekörpers trotz der Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalisten voranbringen soll.

Was war der fristlosen Kündigung vorangegangen? Der Dreh- und Angelpunkt der Interessen der Pelikan-Kapitalisten ist, in der Abteilung Band II in der Montage bei kleiner Lohnsumme produzieren zu lassen. Die Kapitalisten setzen auf die segensreiche Wirkung der Lohngruppe II und IIIa (je 50%) bei blankem Tarif. In dieser Abteilung soll ein neuer Normalpapierkopierer produziert werden – technisch in etwa auf Durchschnittsniveau – und zu niedrigem Verkaufspreis einen guten Marktanteil erobern. Die Abteilung Band II entwickelte sich innerhalb eines Jahres zum Zentrum der Auseinandersetzung zwischen Belegschaft und Betriebsführung. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad konnte gegenüber dem Betriebsdurchschnitt von 20% auf 60% erhöht werden. Die unversöhnlichen Interessen von Kapital und Lohnarbeit prallten vor allem in folgenden Punkten aufeinander: 1. Einstufung in Lohngruppen und Leistungszulagegruppen. Die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe II und IIIa wurde heftiger erhoben. 2. Stückzahl: Dem Bestreben der Betriebsführung stetig die Stückzahl zu erhöhen, wurde durch Absprachen über die oberste Grenze und die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe II und IIIa wurde heftiger erhoben. 2. Stückzahl: Dem Bestreben der Betriebsführung stetig die Stückzahl zu erhöhen, wurde durch Absprachen über die oberste Grenze und die Forderung nach mehr Springerinnen entgegnet. 3. Überstunden: Lumoprint erwartete von den Reperaturmechanikern, daß die aus dem Band genommenen defekten Geräte durch Überstunden noch am selben Abend wieder eingeschleust werden, was für die Kolleginnen am Band erhöhte Stückzahl brachte. Die Überstunden wurden zunehmend abgelehnt. 4. Krankenstand: Temperatursteigerungen durch Wärmeabgabe der laufenden Geräte, hohe nervliche Belastung und schlechte Reproduktionsbedingungen (1000 DM netto am Band) führten zu einem Krankenstand und Fehlzeiten bis zu 20%. Die Unterdrückungsversuche der Betriebsführung (Verweise, Versetzungen, Kündigungen) wurden offen kritisiert und beim Betriebsrat vorgetragen. Der Krankenstand blieb wie er war. Die Betriebsführung ließ das Band II 6 Monate lang genau beobachten. Die Durchführung der Wahl eines Vertrauensmannes am Band II bemerkten die aufmerksamen Kontrolleure trotzdem erst, als die Wahl beendet war und das Ergebnis per Kopie verbreitet wurde. Zwei Tage später bekam dieser erste gewählte Vertrauensmann, G. Jacob, Hausverbot und die fristlose Entlassung. Der Betriebsrat widersprach der Kündigung. Die Kollegen forderten in einer Erklärung die Wiedereinstellung. Die IGM-Ortsverwaltung Hamburg enthüllte in einem Flugblatt die Absichten der Pelikan-Kapitalisten und berief eine Mitgliederversammlung ein. Gegenüber den Beschäftigten nannte die Betriebsführung als Kündigungsgrund: Herausgabe der KVZ-Betriebsausgabe. Gegenüber dem Betriebsrat gab sie an: Agitation gegen Überstunden, Schuld am hohen Krankenstand und Fluktuation.

Die Stadt Flensburg kann mit Hilfe des Rechtsgutachtens die Klinik Ost erhalten!

b.beu. Betrachtet man die Politik der Stadt Flensburg zur Krankenhausfrage im Laufe von mehreren Jahren, so wird deutlich, daß die Stadt von Anfang an für die Aufgabe der Klinik Ost war.

1969 hat sie beim Krankenhauswissenschaftlichen Institut, Dr. Petri, in Köln ein Gutachten angefordert, in dem geprüft werden sollte, ob eine Koordination (Verbundsystem) mit den beiden freigemeinnützigen Krankenhäusern Franziskus und Diakonissenanstalt nicht ein „wirtschaftlich" besseres Ergebnis erzielen würde. (Aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg 1966 – 1969). Dr. Petri kam jedoch zu dem Ergebnis, einen Neubau mit 370 Betten an der Eckernförder Landstraße zu bauen. Die Bettenzahl wurde von der Stadt später auf 500 Betten erhöht. Dieser Plan wurde bis 1976 beibehalten.

Ein weiteres Gutachten wurde erstellt. Dieses schlug das Verbundsystem mit den beiden anderen Krankenhäusern auf Duburg vor. Eine Dreiteilung der Krankenhäuser bei einer Gesamtbettenzahl von unter 1000 wird hierin nicht befürwortet. Zur gleichen Zeit war aber ein neuer Bettenschlüssel von 5,5 bis 5 Betten pro 1000 Einwohner festgesetzt worden, was sich ja beides in Richtung Kostendämpfung gut entsprach. Der unterste Wert von 5 Betten wurde veranschlagt und 168000 Einwohner für Flensburg und Umgebung als zukünftige Entwicklung angenommen. Die Bettenzahl von 840 aus dem Bettenschlüssel 5 pro 1000 (5,5 pro 1000 würden 925 Betten ergeben) wurde auf 870 DM erhöht. Zwar stimmt das Argument, daß die Einwohnerzahl Flensburgs sinkt, aber nicht zu leugnen ist, daß Flensburg Teile des Kreises Schleswig-Flensburg mitversorgt. 1971 gab es in den 3 Allgemeinen Krankenhäusern noch 1030 Betten.

Das Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein als zuständige Behörde für die Krankenhausbedarfsplanung hat als Grenze festgelgt, von Krankenhäusern unter 300 Betten abzugehen, weil ihm diese zu teuer sind. Die Klinik Ost hat 172 Betten, die Klinik Süd 68 Betten.

Im März 1980 beschloß die Ratsversammlung dann die Pläne, nach denen im Verbund mit den freigemeinnützigen Krankenhäusern eine Frauenklinik mit 110 Betten und eine Kinderklinik mit 70 Betten gebaut werden sollen und die restlichen Betten (60) in den bestehenden Räumlichkeiten unterzubringen. Der Träger für dieses Verbundsystem ist das Land Schleswig-Holstein. Jetzt standen also nicht mehr 370 Betten oder gar 500 zur Debatte, sondern nur noch 240, wobei diese Bettenzahl bis 1986 wegen der „Wirtschaftlichkeit im Verbund" auf 180 gekürzt werden soll.

Aus dieser Entwicklung wird deutlich, daß die beabsichtigte Schließung der Klinik Ost Ergebnis der Pläne der Landesregierung ist, Betten zu streichen. Mit der Schließung der Klinik sollen dann noch einmal Betten wegfallen. Nach Meinung der Ärzte und Schwesternschaft wird die Stadt so vorgehen, daß ein halbes Jahr vor Inkrafttreten des Verbundmodells ein Teil der chronisch Kranken in die bestehenden Häuser übersiedelt und der Rest nach und nach sterben wird.

Zum Rechtsgutachten, das vom „Verein der Freunde der Städtischen Krankenanstalten" kurz vor dem Beschluß der Ratsversammlung eingeholt wurde, hat die Stadt bisher mit keinem Wort Stellung genommen. Im folgenden bringen wir Auszüge aus dem Gutachten „zur Frage der Bedarfsgerechtigkeit des Städtischen Krankenhauses Ost in Flensburg und seiner weiteren Berücksichtigung als planmäßiges Krankenhaus im Krankenhausbedarfsplan des Landes Schleswig-Holstein". In der Zusammenfassung heißt es: „1. Das Städtische Krankenhaus Ost ist als Krankenhaus der Regelversorgung mit den Fachrichtungen Chirurgie und Innere Medizin aufgrund seines Standorts für die bedarfsgerechte Bevölkerung im östlichen Stadtbereich Flensburgs und im angrenzenden Umland im Sinne des §1 KHG erforderlich... 3. Der Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein als zentrale Planungsbehörde für die Krankenhausbedarfsplanung ist rechtlich nicht in der Lage, gegen die Vorstellungen der Stadt Flensburg als Standort der künftigen planmäßigen Krankenhausversorgung auf der Stufe der Regelversorgung ausschließlich den Westen der Stadt zu bestimmen. 4. Erachtet die Stadt Flensburg das Städtische Krankenhaus Ost aufgrund der krankenhausfachlichen und stadtentwicklungspolitischen Gegebenheiten für eine Klinik, die zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung im Sinne des §1 KHG notwendig ist, so kann sie ihren Standpunkt, der ein Rechtsstandpunkt ist, gerichtlich gegenüber dem Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein durchsetzen."

Dieses Rechtsgutachten kann in den Gewerkschaften als gutes Argument verwandt werden, die Stadt aufzufordern, ihren Beschluß zur Schließung der Klinik Ost zu revidieren.

Die Autorennstrecke Schachtholm ist noch nicht aus der Welt

b.stb. In der Sitzung des Rendsburger Stadtrats vom 29.5. wurde mit den Stimmen der SPD und FDP beschlossen, den Pachtvertrag mit dem ADAC zu kündigen, nach welchem dieser auf dem Spülfeld am Nord-Ostsee-Kanal bei Schachtholm eine Autorennstrecke, genannt Motorsport- und Verkehrsübungsanlage bauen darf. Dieses Gelände gehört zwar der Stadt Rendsburg, liegt aber ca. 10 km südwestlich Rendsburgs am Kanal, in der Nähe der Gemeinden Jevenstedt und Schülp. Der Ratsbeschluß ist ein Erfolg der Bewohner dieser Gemeinden, die erst vor kurzem vor dem bevorstehenden Baubeginn erfahren haben. Organisiert durch die Interessengemeinschaft Rennplatzgegner ist eine Unterschriftensammlung durchgeführt worden. Dabei wurden in Jevenstedt und Schülp kurzfristig 531 bzw. 320 Unterschriften gegen die Rennstrecke gesammelt. Nur 10% der Befragten waren für den Bau.

Der Pachtvertrag mit dem ADAC war 1975 vom Rat der Stadt Rendsburg einstimmig beschlossen worden. Dazu gehörten der Bau der 3 km Rennstrecke, Tribünen für 38000 Zuschauer und eine Stichstraße zur B 77. Die anliegenden Gemeindevertretungen hatten nachträglich zugestimmt. Die Interessengemeinschaft wendet sich jedoch dagegen, daß dadurch das Naherholungsgebiet um Schachtholm weiter zerstört wird und eine unerträgliche Verkehrsbelastung in die angrenzenden Ortschaften eintritt. In unmittelbarer Nähe der Rennstrecke befindet sich schon der Flugplatz Schachtholm, ursprünglich für Segelflugzeuge ausgegeben, jetzt hauptsächlich benutzt von Bundeswehr und Privatjets. Das Projekt ist aber noch keineswegs vom Tisch. Die Rendsburger SPD kehrt aus den Gründen der Interessengemeinschaft nur die Energieverbeudung hervor. MdL Neugebauer: „...geradezu erschütternd, daß in der größten energiepolitischen Bewährungsprobe seit dem letzten Krieg von der Landesregierung die erste Autorennstrecke nach dem Krieg genehmigt worden ist." (KN, 14.5.) Auf *der* Grundlage läßt sich natürlich noch verhandeln, wenn der ADAC jetzt hohe Schadensersatzforderungen stellt und so Seite an Seite mit der CDU Auftrieb bekommen will. Deshalb wäre es jetzt gut, wenn die Gemeinderäte der angrenzenden Gemeinden, gestützt auf ihre berechtigten Interessen, den Bau der Rennstrecke ausdrücklich ablehnen und ihr Recht auf Entscheidung darüber einfordern.

Hamburg: Die Reform des Physikstudiums betreiben die Professoren gegen die Interessen der Studenten

b.hee. Am 16.1. hat der Studienreformausschuß des Fachbereichs Physik der Universität Hamburg für den Diplomstudiengang einen Studienplanvorschlag sowie einen Vorschlag zur Struktur der Prüfungen vorgelegt. Die Studenten lehnen diese Vorschläge ab, weil diese die Verkürzung der Studiendauer von jetzt 14 auf 11 Semester erzwingen wollen. Die Professoren im Studienreformausschuß haben sich die „Straffung des Diplom-Studienganges" seit 1978 vorgenommen. Das einzige, was sie bisher getan haben ist, die Entschließung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft nachzuplappern und Reformvorschläge aus deren Organen, den Physikalischen Blättern, abzuschreiben.

Die Mitglieder im Studienreformausschuß fordern: 3 Klausuren a 3 Stunden für die Vorlesungen Physik I bis III, mündliche Prüfungen in Physik IV; in Mathematik und Nebenfach möglichst auch studienbegleitende Prüfungen und das Abfragen eines erheblich größeren Stoffvolumens. Im Hauptstudium wollen sie 5 statt bisher 2 Scheine verlangen. Insgesamt soll die zeitliche Belastung der Studenten von jetzt durchschnittlich 15 Semesterwochenstunden auf 21 heraufgesetzt werden.

Die Studenten sind gegen diese Vorhaben, weil sie lediglich dazu geeignet sind, die Aussiebung und die Arbeitsbelastung weiter zu verschärfen. Um eigene Forderungen zu entwickeln, haben sie am 17.5. ein Seminar durchgeführt und diesen Erfahrungsaustausch in Thesenform zusammengefaßt. Herausgestellt wird, daß die Reform Randbedingungen berücksichtigen muß: „a.) die materielle Situation der Studenten b.) die individuelle Lernart jedes Studenten c.) die Rechtslage d.) die zeitliche Belastungsmöglichkeit (40-Std.-Woche)"! In Vorlesungen soll ein Überblick vermittelt und der Stoff in Kleingruppen erarbeitet sowie in Seminaren vertieft werden. Bei gleichbleibender Zeitbelastung fordern die Studenten eine merkliche Senkung der Versuchsanzahl in den Praktika, um eine intensive Auseinandersetzung mit den Experimenten zu ermöglichen.

„Der Lernstoff muß in einem angemessenen zeitlichen Rahmen zu bewältigen sein; dazu sollte er didaktisch besser aufgearbeitet und auf das Nötige beschränkt sein ... Die Prüfungen sollten in erster Linie jedem Studenten die Möglichkeit geben, sich selbst zu prüfen, d.h. seinen Wissensstand zu bestimmen... Dazu ist es notwendig a.) den zu prüfenden Stoff zu begrenzen und festzulegen b.)den Studenten die Freiheit der Wahl des Termins und des Prüfers zu geben. Als mögliche Formen der Prüfung lassen sich denken: Aufgaben, anonyme Klausuren, Referat, Gespräch... Die Diplomprüfung sollte im Rahmen der Diplomarbeit stattfinden (wissenschaftliches Gespräch). Es sollten Möglichkeiten bestehen, Lernleistungen bescheinigt zu bekommen, die bei einem Wechsel in einen anderen Studiengang oder Berufsausbildung angerechnet werden können". Um den nötigen Druck gegen die Vorschläge der Professoren zu entfalten hat der Fachschaftsrat eine Unterschriftensammlung beschlossen.

Dadurch sollen die Professoren zur Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung bewegt werden.

Heider Jugendliche sammeln Unterschriften gegen Entlassung der Jugendzentrumsleiterin

b.sal. Der Magistrat der Stadt Heide hat der Leiterin des Jugendzentrums zum 1.6. gekündigt. Begründung: Auch während ihres Mutterschaftsurlaubs sei die ausreichende Betreuung der Jugendlichen möglich gewesen. Die Jugendlichen sind dem entgegengetreten, haben einen Informationsstand durchgeführt und Flugblätter verteilt. Sie sammeln Unterschriften für die Erhaltung der Planstelle und die Weiterbeschäftigung der Leiterin, weil „...die Mitarbeiter sichtlich überfordert sind, ...die verbleibenden Mitarbeiter müßten noch mehr Überstunden machen und eventuell würden sogar Aktivitäten wie Schularbeitenhilfe und Modellbaugruppe eingestellt werden." Zwei Kollegen mußten von November bis Mai allein 300 Überstunden leisten und haben keinen Pfennig dafür erhalten.

„Abfeiern", schlägt der Magistrat vor, und wenn das JZ geschlossen werden muß. Ohnehin hat er es nur aufgrund der Kämpfe der Heider Jugendlicher 1976/77 widerwillig bereitgestellt. Die anfallenden Lohnkosten hat die Stadt dabei auf ein Mindestmaß gesenkt: Eine ABM-Kraft, ein Zivildienstleisten- der und eine Praktikantin arbeiten dort. Der höchste Lohn, der der Leiterin, soll auch noch eingespart werden.

Ebenso ist es den Beschäftigten und Jugendlichen verboten, sich im JZ politisch zu betätigen, was heißt, sich für ihre Interessen zusammenzuschließen.

Ebenso ist es den Beschäftigten und Jugendlichen verboten, sich im JZ politisch zu betätigen, was heißt, sich für ihre Interessen zusammenzuschließen.

Am 18.6. übergeben die Jugendlichen öffentlich die Unterschriften an die Stadtverordnetenversammlung, um ihre Forderungen durchzusetzen. Der Zusammenschluß für die Selbstverwaltung des JZ wäre der nächste wichtige Schritt, damit die Jugendlichen zur Beratung und Organisierung ihrer Kämpfe sich dort treffen können. Z.B. planen sie eine Demonstration gegen die öffentliche Vereidigung auf dem Heider Markt am 12.6., um der wachsenden Kriegsgefahr und der propagierten Bevölkerungsnähe der Armee entgegenzuwirken. Augenblicklich sind die Jugendlichen noch gezwungen, zur Vorbereitung solcher Aktionen sich an anderen Orten zu treffen.

„Hafenuntauglich entlassen": Die Urteile des Bundesarbeitsgerichtes decken die Kapitalisten

b.ruo. Rund 5% der Gesamthafenarbeiter werden pro Jahr entlassen mit der Begründung „zu lange krank" und „untauglich aus gesundheitlichen Gründen". (Geschäftsberichte des GHB). Gründe: Die Arbeitskraft der Schauerleute ist oft nach wenigen Jahren schon schwer geschädigt. Untersuchungen von Jeanmart, 1973, zeigen, daß 50% aller Schwerlastträger als Ursache langer Arbeitsunfähigkeit bereits mit 30 Jahren Störungen im Bereich der unteren Brustwirbelsäule und oberen Lendenwirbelsäule haben mit arbeitsbehindernden Schmerzen. Obwohl der Kapitalist die Arbeitskraft vernutzt hat, ist damit keinesfalls ein gesetzlicher Schutz vor Kündigung gegeben. Im Arbeitsrecht heißt es, daß die Interessen der Arbeiter gegen diejenigen des Arbeitgebers abgewogen werden müßten. „Der wirtschaftliche Sinn des Arbeitsverhältnisses ... wird entwertet, wenn der Arbeitnehmer innerhalb eines jeden Jahres viele Wochen oder gar Monate ausfällt". (Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichtes, Arbeitsrechtliche Praxis, Urteil vom 12.10.76, Nr. 3) Eine Kündigung ist danach gerechtfertigt, wenn dem Kapitalisten „die krankheitsbedingten wirtschaftlichen und betrieblichen Auswirkungen" nicht zuzumuten sind. (a.a.O.) Sofern es innerbetrieblich möglich ist, bleibt dem Arbeiter gerade noch die Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz, für den er noch „voll leistungsfähig" ist. Gegenwärtig gelingt es vielen Arbeitern noch, den hohen Verschleiß durch entsprechend hohe Krankheitstage (z.T. über 20%) zu mindern. Ohne Anerkennung bestimmter Krankheiten als Berufskrankheiten, wird jedoch den Folgen der Entlassungen zerstörter Arbeitskraft nicht entgegenzuwirken sein.



Tiefgefrorene Rinderviertel werden im Schiff gestaut. 3 Mann müssen zufassen, hochheben und je nach Höhe der Luke bis über Kopfhöhe vollmachen. Pensum ist 80 Tonnen für 6 bis 8 Mann. Es gibt häufig Unfälle.

1046 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag

Ergebnisse des Bauernlegens in den Kreisen Stormarn und Lauenburg

b.wot. „Die Stormarner Wirtschaft hat die große Bedeutung, die der Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses im Rahmen einer langfristigen Zukunftsplanung zukommt, stets richtig einzuschätzen gewußt." So schreibt Dr. Pratje, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, in den Stormarner Heften 4/77 und fährt wenig später fort: „Die zahlreichen Veränderungen des Ausbildungsstellenangebotes während der letzten 25 Jahre spiegeln ebenso wie die während dieses Zeitraumes eingetretenen strukturellen Veränderungen deutlich die wirtschaftliche Entwicklung im Kreis wider."

Wie auch in Lauenburg geht es den Kapitalisten nach der Einreihung von ruinierten Bauern aus den beiden Kreisen und umgesiedelten ehemaligen Bauern bzw. Landarbeitern aus der DDR in den Arbeiterkörper um die Verfügbarkeit derer Kinder als zusätzliche billige Arbeitskräfte für ihre expandierende Industrie. Das Schaubild 1 über Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag liefert ein beredtes Bild davon. 598, d.h. 24% aller Berufsschüler in Lauenburg, und 448, d.h. 19% aller Berufsschüler in Stormarn, sind im Schuljahr 1976/77 ohne Ausbildungsvertrag – Zahlen, die weit über vergleichbaren Zahlen von Städten wie etwa Lübeck (1021 = 10,6%) oder Schleswig-Holstein (8699 = 13,3%) liegen.

Schaubild 2 verdeutlicht am Beispiel des Kreises Stormarn (in Lauenburg stellt sich die Situation ähnlich) die Grundlage für die von 1973/74 bis 1976/77 in Stormarn um 20,4% und in Lauenburg um 14,9% gestiegenen Berufsschülerzahlen. (vergleichsweise Steigerungsraten: Kiel +0,4%, Lübeck + 5,1%, Flensburg - 3,3%, Neumünster + 7%, Schleswig-Holstein + 5,5%): Ruiniert worden sind im Kreis Stormarn im wesentlichen Höfe von 0,5 - 40 ha Nutzfläche, wobei Höfe von 0,5 - 10 ha vergleichsweise nicht, Höfe von 10 - 20 ha vergleichsweise stark betroffen sind – erstere können noch als Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaftet werden, bei letzteren geht das nicht mehr. Konkret sind in diesem Zeitraum in Stormarn kaputtgemacht worden: 103 Höfe von 0,5 - 10 ha, 118 Höfe von 10 - 20 ha und 180 Höfe von 20 - 40 ha.

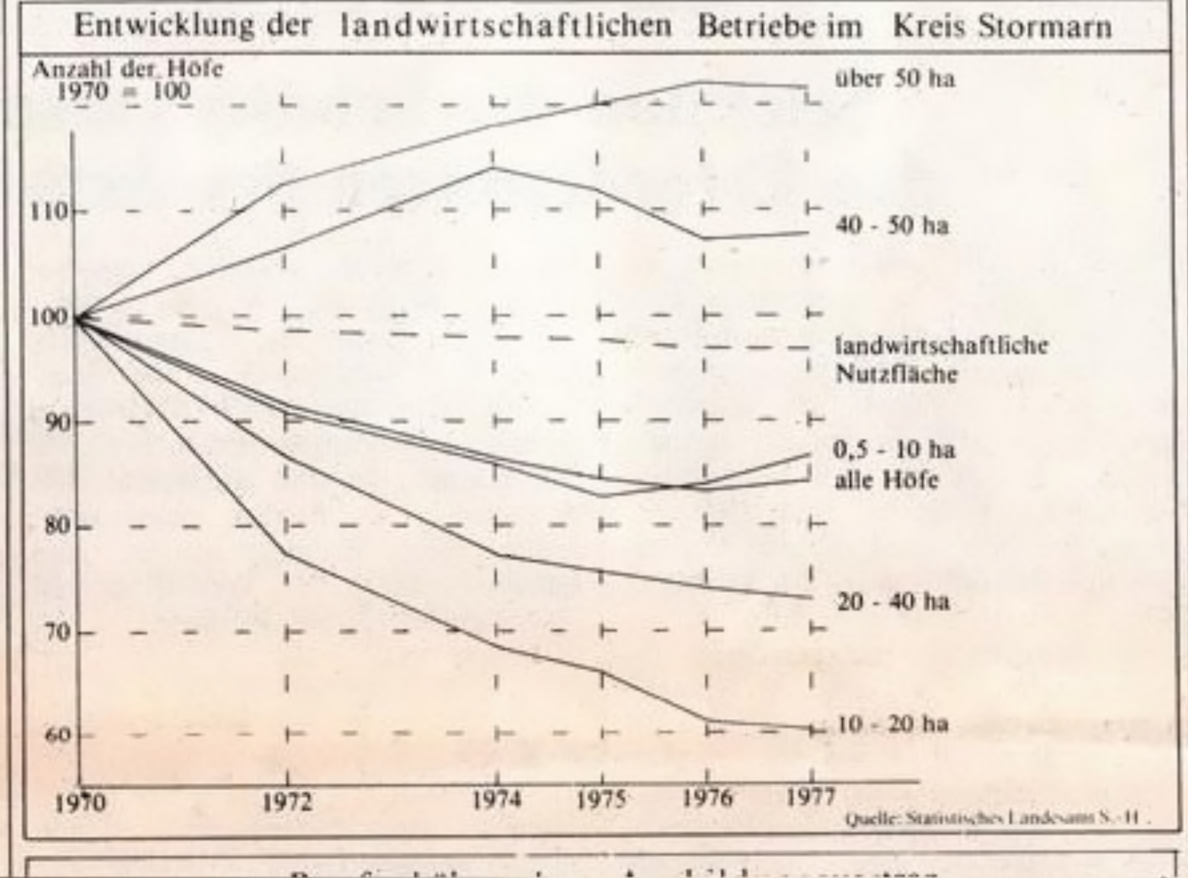
In Schleswig-Holstein haben von 1975 - 1979 in der Landwirtschaft auf den Betrieben lebende Betriebsinhaber und Familienangehörige und im Betrieb oder Haushalt beschäftigte ständige familienfremde Arbeitskräfte um 15400, d.h., um durchschnittlich 2,7% jährlich abgenommen.

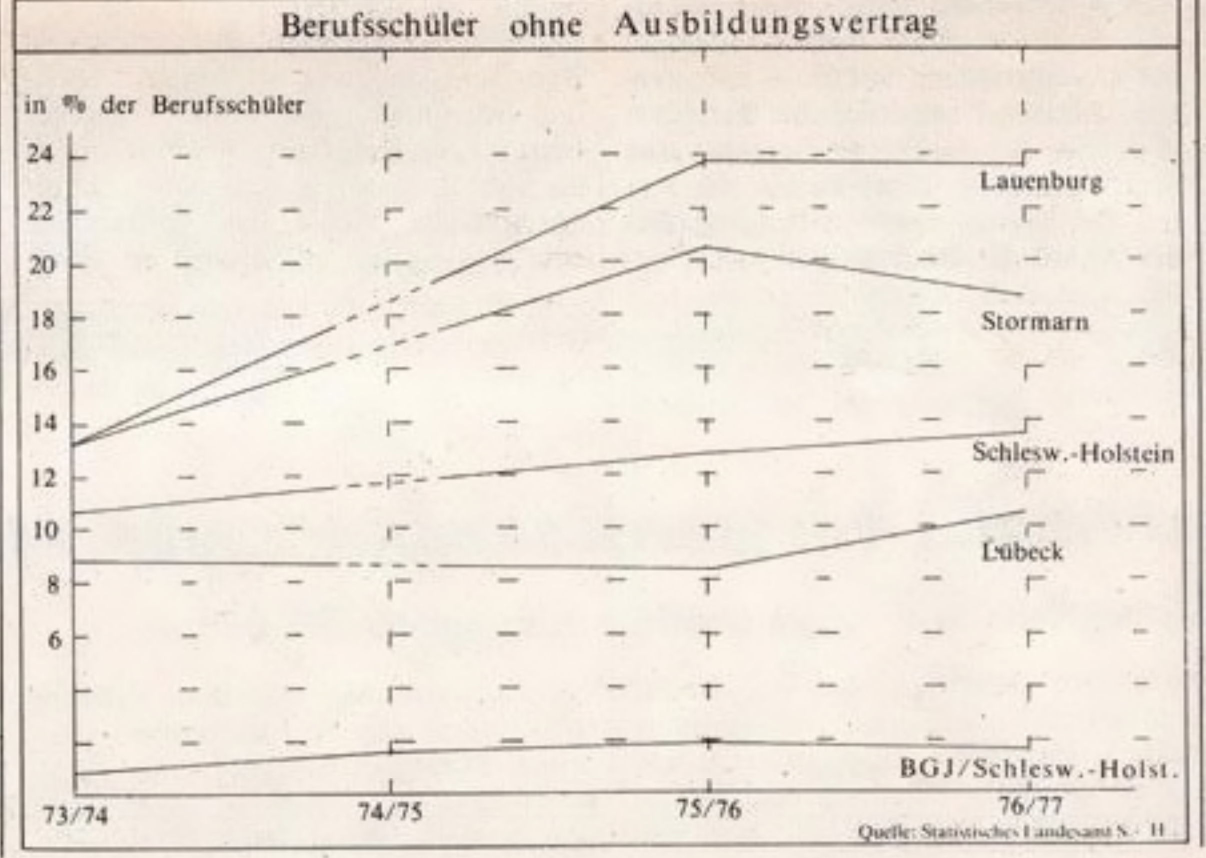
14100, d.h. 91,6% davon, gehörten zu den Familien der betroffenen Bauern. Bei einer Abnahme der Betriebsinhaber, daraus kann man schließen auch der Betriebe, um 2900 ergibt sich, daß pro aufgegebenen Betrieb 4,86 Personen potentiell für den Arbeitsmarkt freigesetzt worden sind.

Zunehmende Verschuldung verhindert mehr und mehr die Beschäftigung von Arbeitskräften, d.h. die ganze Familie muß ran, aber auf die Dauer langt das auch nicht, der Betrieb muß aufgegeben werden. Die Eltern, nahezu durchgängig ohne verbriefte Ausbildung, obwohl sie sich in der Landwirtschaft sicherlich vielfältige und fundierte Kenntnisse erworben haben, werden als unqualifizierte Kräfte auf den Arbeitsmarkt geworfen. Die Kapitalisten versuchen, sie dazu zu benutzen, den Lohn zu drücken. Die Kinder müssen versuchen, eine Ausbildung zu bekommen. Daß das äußerst schwierig ist, zeigen die Zahlen der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag. Diese haben natürlich ein Interesse an Ausbildung, weil sie wissen, daß sie mit einer qualifizierten Ausbildung ihre Arbeitskraft besser und teurer verkaufen können – von Ausbildung in Form einer Anwesenheitspflichtübung in der Berufsschule einen Tag die Woche halten sie verständlicherweise nicht viel, sie wollen eine richtige Facharbeiterausbildung.

Die Bourgeoisie versucht, dieser Forderung mit der Einführung des BGJ (Berufsgrundbildungsjahr) entgegenzutreten. Dieses BGJ gibt es in Stormarn und Lauenburg bisher noch nicht, die Landesregierung plant eine fächendeckende Einführung. 2 Fliegen sollen mit einer Klappe geschlagen werden: teilweise wird praktiziert, das BGJ bei einer nachfolgenden Ausbildung nicht als erstes Lehrjahr anzuerkennen, d.h. die Lehrlinge stehen den Kapitalisten dann 3 Jahre uneingeschränkt (ohne Freistellung für die Berufsschule) zur Ausbeutung zur Verfügung. Insgesamt ist geplant, über das BGJ die Facharbeiterausbildung zu reduzieren und damit den Lohn zu drücken. So soll laut Plan von 1982/83 bis 1994/95 die Anzahl der BGJler von 5000 auf 14500, d.h. um 290%, wachsen, die Zahl der Berufsschüler in Facharbeiterklassen um 80500 auf 31500, d.h. um 61%, sesenkt werden, bei einem Rückgang der Gesamtschülerzahl der Sekundarstufe II von 115000 auf 64000, d.h. um 44%.

Durchgesetzt werden muß die uneingeschränkte Anerkennung des BGJ als erstes Lehrjahr und für die Jugendlichen, die anschließend keinen Ausbildungsplatz erhalten, die Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl, noch besser die Einheitsschule unter Volkskontrolle bis zum 18. Lebensjahr für alle Jugendlichen und Bezahlung der Ausbildung durch den bürgerlichen Staat.





Schulmilchprogramm: Viel Arbeit für die Eltern – Billig für den Hamburger Senat

b.hel. Seit Januar 1980 läuft in Hamburg das Schulmilchprogramm. 1978 hatten die Alstermilchwerke am Gymnasium Rahlstedt einen Modellversuch mit verbilligtem Milchausschank an Schüler gestartet. In den 2 Jahren stieg die Nachfrage. In vielen Familien müssen beide Elternteile arbeiten, 16,8% der Schüler frühstücken nicht und 41,5% nahmen kein Pausenbrot mit. Daher entspricht die Ausgabe von Milch und Milchprodukten in der Schule einem dringenden Bedürfnis.

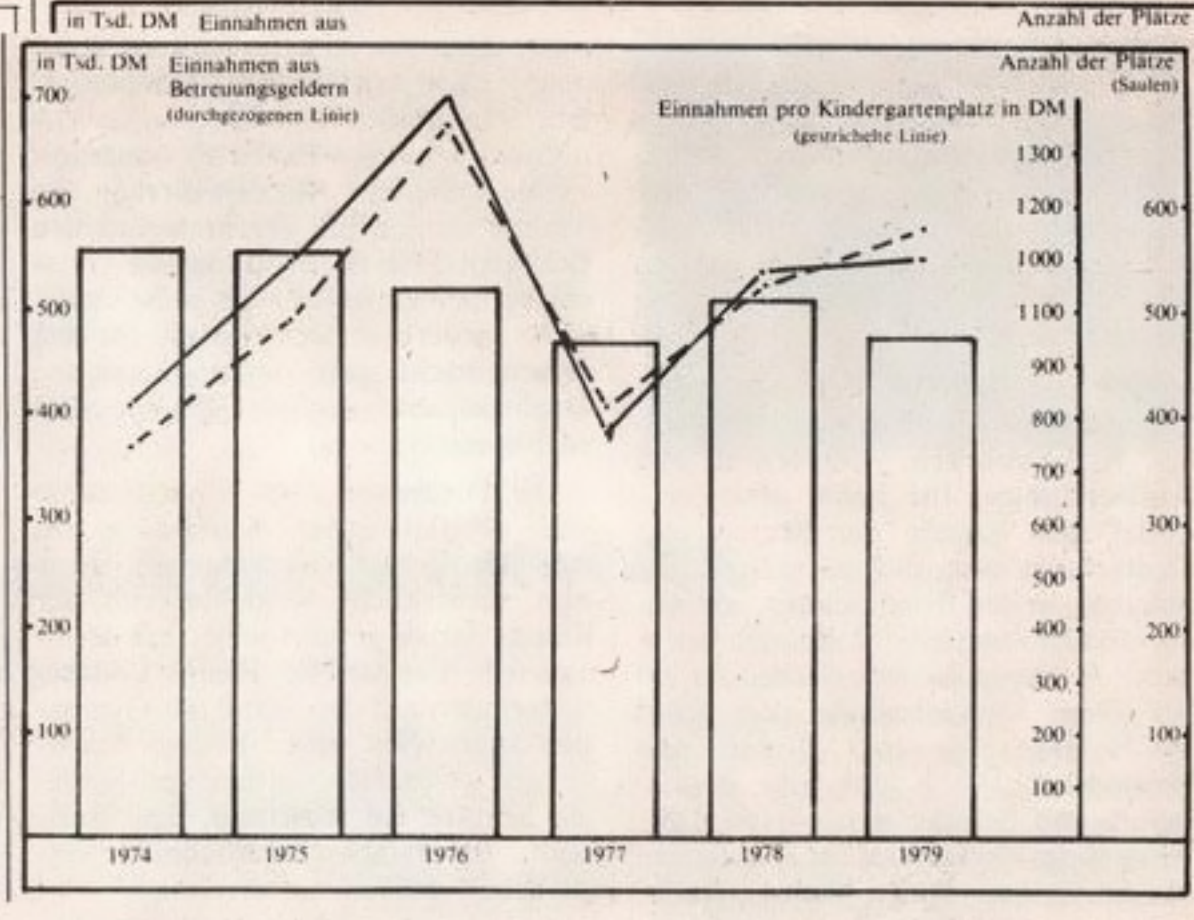
Das berechtigte Interesse der Eltern an gesunder Ernährung ihrer Kinder greift der Senat mit dem Schulmilchprogramm auf. Bezahlen will er allerdings möglichst wenig: ausgegeben wird verbilligte EG-Milch wobei pro Liter aus EG-Mitteln ca. 60 Pf., aus Hamburger Mitteln ca. 15 Pf. Zuschuß gewährt werden. Pro Schüler kann kostenlos bis zu 0,25 l pro Tag abgegeben werden, damit gibt der Hamburger Senat knapp 4 Pf. je Schüler dazu – sofern die *Verteilung* ihn nichts kostet, sondern ehrenamtlich von Eltern oder Schülern übernommen wird und die Schüler eigene Trinkgefäße organisieren.

Auf diese Weise wird an 60000 Hamburger Schüler an 250 Schulen von ca. 1000 Müttern abwechselnd Milch ausgegeben – im vergangenen Monat über 1 Million Milchportionen. Eltern spendeten sogar die notwendigen Kühlschränke. Kostenlos verteilt wird Milch aus 1 Liter-Schläuchen, die Ausgabe artet bei 500 - 1000 Schülern zwangsläufig in eine Milchpanscherei aus. Daher weigern sich z.B. an der Peter-Petersen-Gesamtschule die Eltern, diese Milch an die Mittel- und Oberstufe auszugeben; sie verkaufen lieber die ebenfalls subventionierten abgepackten Milchportionen (Vollmilch 15 Pf., H-Milch mit Vanille-, Schoko- und Bananengeschmack 20 Pf.). Besonders an Grund- und Sonderschulen, für die Vorschul- und Ausländerklassen unternehmen Eltern und Schüler größte Anstrengungen, um die kostenlose Milchverteilung zu organisieren. An der Sonderschule Heidstücken gibt es 216 Schüler und es werden auf Beschluß des Elternrates 216 Portionen Schulmilch am Tag von den älteren Schülern ausgegeben. Notwendig ist, daß die Versorgung der Schüler mit Milch und Essen kostenlos erfolgt und staatlich organisiert wird; bzw. daß die Eltern, die die Verpflegung übernehmen, diese Arbeit bezahlt bekommen.

Kindergartenbeiträge: Bis heute konnte der Lüneburger Stadtrat sich nicht durchsetzen

b.irs. 1980 will der Lüneburger Stadtrat 605100 DM Kindergartenbeiträge einziehen. Sie decken 22% der Ausgaben der Stadt für die Kindergärten. Seit 1975 ist es erklärtes Ziel des Stadtrates, ein Drittel der Ausgaben durch Beiträge zu decken. Dies sollte 1975 erreicht werden durch saftige Beitragserhöhungen über Einführung einer Sozialstaffel. Betrug bis dahin der Tagessatz pro Kind 4,50 DM, mußte nun ein fester Monatsbetrag, gestaffelt nach Bruttoeinkommen bezahlt werden. Allein 72,2% konnte die Stadt von 1974 bis 1976 damit kassieren.

Eine Frau mit 2370 DM brutto z.B. sollte statt 190 DM monatlich für ihre beiden Kinder nun 305 DM bezahlen. Zudem wäre durch die Bruttoeinkommensstaffelung der Anteil des Kindergeldes an den Gesamtausgaben des Arbeiterhaushalts jährlich gewachsen. Gegen diese Plünderung haben die Eltern einen entschlossenen und erfolgreichen Kampf geführt. Sie konnten per Gerichtsbeschluß des OLG Celle die Stadt zwingen, die Sozialstaffel zurückzunehmen. Die Stadt mußte den Klägern die überhöhten Beiträge zurückzahlen. Beitragssteigerungen konnten jedoch nicht verhindert werden. Trotzdem liegen die Einnahmen der Stadt um 150000 DM unter den Einnahmen von 1976, dem Jahr der Sozialstaffel. Von 1975 bis 1977 wurden 85 Kinder aus den Kindergärten herausgenommen. Dies zeigt, wie entscheidend die Beitragserhöhung auf den Arbeiterhaushalt gewirkt hat.



Tarifkündigung für Löhne und Gehälter im Großhandel

b.dam. Tarifkündigung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten des Großhandels in Schleswig-Holstein am 31.5.80. Die meisten der Arbeiter und Angestellten arbeiten in Betrieben unter 20 Beschäftigten. Wie man der Tabelle entnehmen kann, sind insgesamt 1262 Großhandelsbetriebe in Schleswig-Holstein von 1961-1971 ruiniert worden, die meisten waren Betriebe bis zu 20 Beschäftigten. Viele der kleineren und mittleren Großhandelskaufleute haben versucht, die Niederkonkurrierung aufzuhalten einerseits durch die gleichzeitige Einführung des Einzelhandels und Ausnutzung der Preisspanne und andererseits durch die Weiterverarbeitung und Reparatur der jeweiligen Produkte. 1970 sind dies über 21% der Betriebe gewesen, 1978 schon über 36%. Der Fahrradgroßhandel Wilhelm Maier in Flensburg konnte gegen die großen Fahrradringe wie den ABC-Ring nur bis jetzt konkurrieren, weil seit sechs Jahren gleichzeitig Einzelhandel betrieben wird und Zweiradreparaturen ausgeführt werden.

Um bei der Belegschaft von fünf Arbeitern und Angestellten einen weiteren Verkäufer einzusparen, arbeitet der Großhandelskaufmann selbst in der Woche 60 Stunden und mehr. Für die Beschäftigten in solchen kleineren Betrieben heißt die Arbeit einerseits eine Intensivierung der Arbeit, andererseits ist vieles tariflich Abgesicherte für den Betrieb nicht durchgesetzt. Zum Beispiel wird bei Maier 42,5 Stunden die Woche gearbeitet. Neben den Aufträgen für die Händler muß im Einzelhandel verkauft werden. Es gibt einen ständigen Kampf um die Einhaltung der Frühstückspause, das rechtzeitige Schließen des Einzelhandels für eine halbe Stunde Mittag und den pünktlichen Feierabend um 16.30 Uhr, auch wenn der Laden noch voll steht. Bei solch kleineren Betrieben ist im Augenblick noch nicht gesichert, ob der Abschluß der tariflichen Erhöhung der Löhne und Gehälter auch hier durchgesetzt wird. Im letzten Jahr haben in der Firma Wilhelm Maier noch nicht einmal alle eine Lohnerhöhung bekommen. Die Forderung, die die Gewerkschaft aufgestellt hat, nach 11% und besserer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, muß in solchen Betrieben debattiert werden.

Großhandelsbetriebe 1951-1971 nach Beschäftigtengrößenklassen

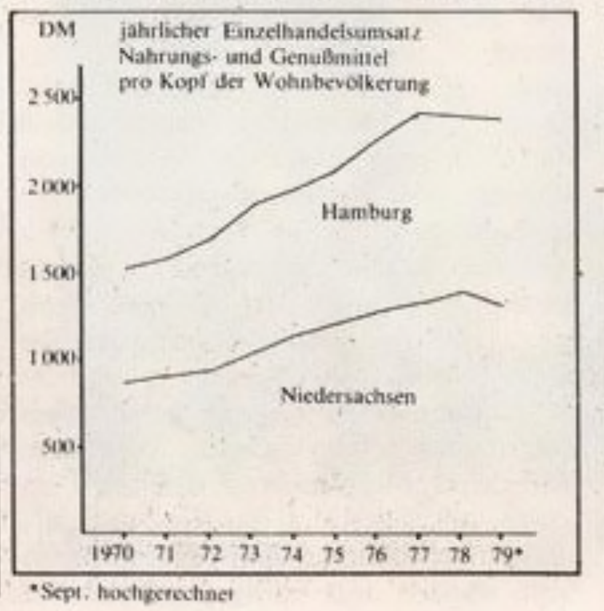
Besch.	1951	1961	1971
2 – 4	1990	1907	1439
5 – 9	862	890	748
10 – 19	476	590	477
20 – 49	223	388	359
50 – 99	48	88	86
100 – 199	9	20	32
200 – 499	–	6	8
500 u.m.	–	–	–
insgesamt	5145	5258	3996

Alle Daten aus: Die Arbeitsstätten, Unternehmen und Beschäftigte in Schleswig-Holstein 19, 51, 1961, 1971.

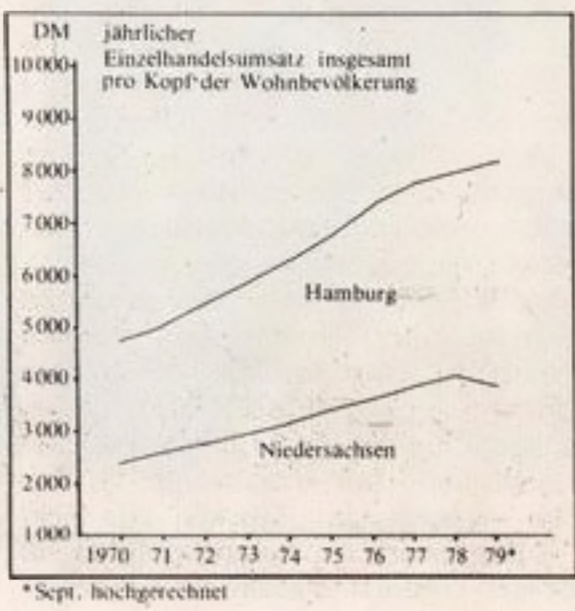
Einzelhandelsumsatz in Niedersachsen erheblich niedriger als in Hamburg

b.clc. Ein Ergebnis der Kreisuntersuchung für Lüchow-Dannenberg (KVZ Nr.22) war, daß die Reproduktion der Bevölkerung in erheblichem Umfang durch eigene Arbeit neben der Lohnarbeit gesichert werden muß. Der Vergleich des Einzelhandelsumsatzes von Niedersachsen, für Lüchow-Dannenberg lagen uns keine Zahlen vor, mit Hamburg ergibt, daß in erheblichem Umfang in Niedersachsen die Reproduktion über den Markt abgewickelt wird. Der Anteil der eigenen Arbeit neben der Lohnarbeit wird in den ländlichen Gebieten höher sein als im Landesdurchschnitt. Bei den Einzelhandelsumsätzen sind die Preisunterschiede unberücksichtigt geblieben. Man kann aber davon ausgehen, daß diese Unterschiede sich im wesentlichen ausgleichen werden.

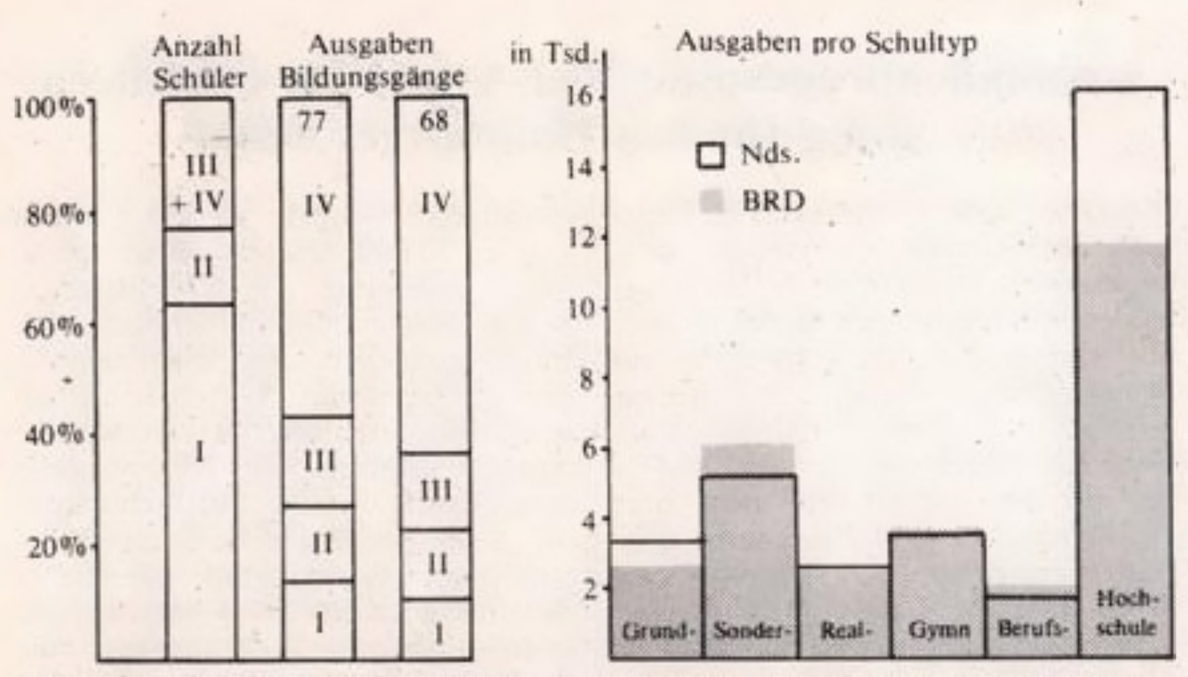
Quellen: Statistik des Hamburger Staates Heft 102 Statistische Berichte Hamburg, Land Niedersachsen



*Sept. hochgerechnet



*Sept. hochgerechnet



Links: Anzahl der Schüler nach Schultypen zu öff. Ausgaben nach Bildungsgängen:
I: 4 Jahre Grundschule +5 Jahre Hauptschule + 3 j. Berufsschule = 32178 DM;
II: 4 J. Grundschule + 6 J. Realschule + 3 J. Berufsschule = 31303 DM;
III: 4 Jahre Grundschule + 9 J. Gymn. + 5,5 J. Hochschule = 125474 DM.
Zum Vergleich die Zahlen für BRD pro Kopf für die verschiedenen Bildungsgänge: I 25324, II 27644, III 31024, IV 106449. Jede Säule 100%
Rechts: Aufwendungen pro Schüler und Schultyp, jährlich Raster BRD, Rahmen Nds. in Tsd. DM.

Ausstattung der Haupt- und Grundschulen auf das Niveau der Gymnasien ist nötig

r.düb. In einer Schrift mit dem Titel: „Die Wirtschaft zur Hauptschulkrise, zur Gestaltung und Aufwertung der Hauptschule", fordern die Kapitalisten bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Hauptschule. Man stutzt. Im weiteren wird aber gleich deutlich, daß es ihnen um die nackten Interessen des Geldsacks geht. Der Rückgang der Zahl der Hauptschüler

Rückgang der Zahl der Hauptschüler
bedeutet für sie, viele jugendliche Arbeitskräfte drücken sich zu lange auf der Schulbank, statt früh für den Produktionsprozess zur Verfügung zu stehen. Ihre Schrift reagiert auf die Tatsache, daß die Hauptschulen und Berufsschulen im Zuge der „Bildungsreform" immer mehr verkommen sind und wenn es irgendwie zu machen ist, die Arbeiterklasse ihren Kindern den Besuch einer weiterführenden Schule ermöglicht, oft durch harte Abstriche an der Reproduktion. Umso bitterer wird es dann empfunden, wenn die Noten dem Wunsch nach solider Ausbildung ein Ende setzen und sich diese vielen Jugendlichen ohne Abschluß und ohne Aussicht auf Facharbeiterausbildung auf dem Arbeitsmarkt wiederfinden.

Darin besteht die offene Flanke, die der gewerkschaftliche Flügel der SPD für die CDU-Schulpolitik abgibt, wenn das DGB-Grundsatzprogramm die Gesamtschule als Regelschule fordert, die Gewerkschaften nicht ausdrücklich dafür eintreten, das Schulwesen von den Grund-, Haupt- und Berufsschulen her zu verbessern.

1952 hat die SPD noch gefordert „für Schüler derselben Altersstufe sollen Klassenstärken, Lehrerzahl und Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel dem Stande der Mittel- und Oberschulen angeglichen werden, die Schulzeit in den Berufsschulen soll wöchentlich mindestens 12 Stunden betragen." In Niedersachsen werden für ein Schuljahr Gesamtschule pro Kopf 11774 DM aufgewandt, Grund- und Hauptschule 3213 DM und Berufsschule und Schüler ganze 1087 DM. Auch wenn Neubauten bei dem Betrag für die Gesamtschulen hoch zu Buche schlagen werden, ist die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln viel besser, auf einen Lehrer kommen 13,2 Schüler, bei den Hauptschulen 26 und den Berufsschulen 44. Darauf können bessere Abschlüsse in den Gesamtschulen teilweise zurückgeführt werden. Wiederum ist die Zahl der Schüler ohne Abschluß aber auch hoch, die Auslese beträchtlich und die Lage für die

beträchtlich und die Lage für die
Hauptschüler verschlechtert sich weiter.

In NRW konnte die CDU für die Abstimmung über die kooperative Gesamtschule 3,6 Mill. dagegen mobilisieren. Remmers spricht sich für die Gesamtschule als beschränkt mögliches Angebot aus, bei Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems: „Wir halten am gegliederten Schulsystem fest, weil es sich im Vergleich als die menschlichere und leistungsfähigere Form des Schulwesens bewährt", „in den ländlichen Raum passen Gesamtschulen nicht, es sei denn, man würde ganze Landstriche kulturell entvölkern", „unsere Lehrpläne sind stofflich überfrachtet." Den Vorteil, daß die meisten Gesamtschulen als Ganztagsschulen geführt werden, will die CDU auch für sich verbuchen: Remmers: „Ich möchte auch Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien wenigstens in *einigen* Fällen als Ganztagsschule anbieten." Mit den Kirchen, die Verlust an Einfluß fürchten und den Bourgeois, für deren Kinder die Gymnasien bleiben sollen, will es Remmers nicht verderben. Der Auslese für den Arbeitsmarkt mit unterschiedlichen Qualifikationen wollen CDU wie SPD nachkommen.

Die Forderung nach Einheitsschule und obligatorischer Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr kann ein Stück weit verwirklicht werden, wenn der Kampf darum geführt wird, daß der finanzielle Standard der Haupt- und Berufsschulen auf den Stand der Gymnasien angehoben wird, darüber Bedingungen geschaffen werden, daß in diesen Schulen ein Abschluß, dem Real- und Berufsfachschulabschluß vergleichbar, erreicht werden kann.

Von der „Chancengleichheit" kann man nicht abbeißen

r.sul. Über die Ausgaben, die für die vollschulpflichtigen Kinder der Arbeiter und Angestellten monatlich anfallen, gibt die offizielle Statistik keine Auskunft. Es gibt aber Erfahrungen und im folgenden ist eine Tabelle zusammengestellt, die auf Erfahrungen von 10 Familien mit vollschulpflichtigen Kindern verschiedener Altersstufen beruht, die durch weitere entsprechende Erfassungen genauer werden kann, aber die Größenordnungen werden stimmen.

Monatliche Ausgaben für ein vollschulpflichtiges Kind:	
Verpflegung mit Essen	200 – 300 DM
Mietanteil:	100 – 200 DM
Kleidung:	60 – 80 DM
Kleine Lernmittel und Bücher:	10 – 20 DM
Fahrgeld:	20 – 30 DM
Klassenfahrt:	15 – 20 DM
Material für Werken und Handarbeit:	2 – 5 DM
Turnkleidung:	3 – 5 DM
Nachhilfe:	0 – 100 DM
Spielzeug:	20 – 30 DM
Taschengeld:	10 – 40 DM
sonstige Ausgaben wie Anteil am Telefon, Autofahrten, Wäsche etc.:	100 – 150 DM
Summe:	540 – 980 DM

Verschiedene Posten in dieser Aufstellung werden sehr verschieden sein, je nachdem, ob die Frau mitarbeiten muß oder nicht. Z.B. der Posten Nachhilfe ist dann größer, wenn beide Eltern arbeiten und keiner Zeit hat, mit dem Kind die Hausaufgaben zu machen. Oder der Posten Spielzeug wird auch größer sein, weil ein Ersatz geschaffen werden muß für die mangelnde Zeit der Eltern. Der Posten sonstige Ausgaben wird wahrscheinlich noch mehr umfassen. Gerade wegen der Kinder wird es nötig sein, verschiedene Haushaltsgeräte anzuschaffen, um mehr Zeit für die Erziehung der Kinder zu haben. Drückende Probleme in geldlicher und zeitlicher Hinsicht, die den Erfahrungen zugrunde liegen, welche wir zu dieser Tabelle erstmal zusammengetragen haben.

Die Kämpfe an den Schulen beweisen dies ebenfalls. So gibt es um die kleine Lernmittelfreiheit, die der Hamburger Senat im Jahr 1975 gestrichen und 4,03 Mio. DM eingespart hat, einen ständigen Kleinkrieg und oft wird die Belieferung aus sog. grauen Beständen durchgesetzt.

Die Forderung nach kostenloser Verpflegung einschließlich warmem Mittagessen wird an vielen Schulen erhoben. In Form von kostenloser Milch, gibt es Ansätze dafür, was auf große Zustimmung stößt. Die IG Metall Hamburg unterstützt die Berufsschüler, die auch ein warmes Mittagessen und Einrichtung einer Kantine fordern.

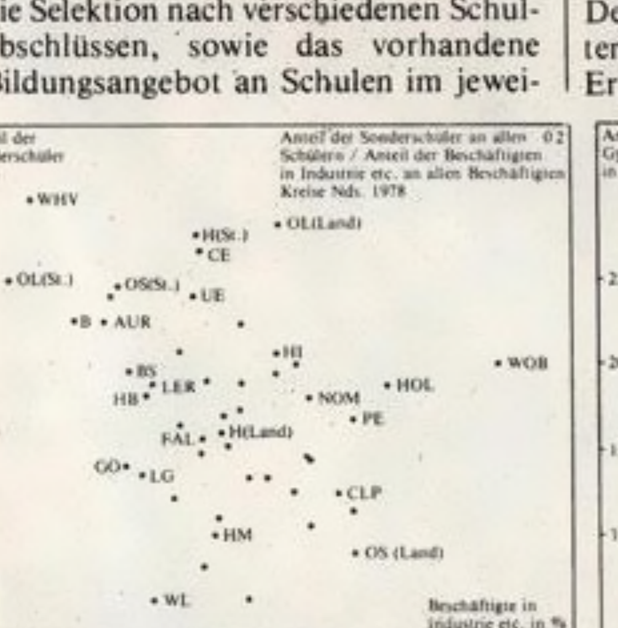
Die Schüler des Gymnasiums Kraussestr. in Hamburg haben auf der 1. Mai-Demonstration auf einstimmigen Beschluß des Schülerrates die Forderung „Erhöhung des BAFöG, Erhöhung der Freibeträge!" mitgetragen. Sie führen jetzt eine Untersuchung über das BAFöG, die Essensbedingungen und die Arbeit der Eltern durch, um gute Grundlagen für ihre Forderung nach kostenloser Verpflegung und höherem BAFöG zu schaffen. Sie sind dabei auf das Problem gestoßen, daß das BAFöG erst ab der 11. Klasse gilt und sie prüfen, welche Forderung für die unteren Klassenstufen aufgestellt werden kann.

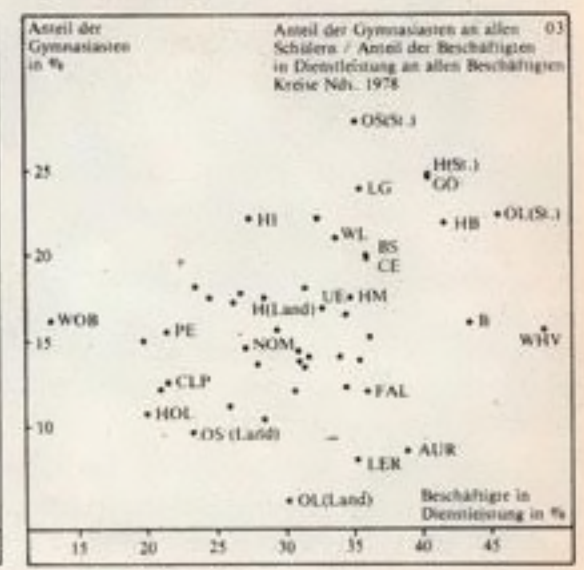
Das Nachhilfe-Problem könnte in einer Ganztagsschule bei ausreichendem Lehrpersonal gelöst werden. Mit den Forderungen nach der Ganztagsschule, kostenloser Verpflegung, Erhöhung des Kindergeldes so wie es ein Minister erhält, Erhöhung des BAFöG könnten einige der dringenden Probleme bei der Ausbildung berücksichtigt werden, Schüler- und Elternräte könnten sich darauf einigen und bei den Gewerkschaften Unterstützung finden.

Selektion der Schüler entsprechend
Selektion der Schüler entsprechend den Erfordernissen des Arbeitsmarktes

r.hob. „...Die junge Generation hat einen Anspruch auf Lebensbedingungen, die ihr die Chance zur beruflichen und zur sozialen Entfaltung geben", heißt es u.a. im Entwurf des Wahlprogramms der SPD zu den Bundestagswahlen, der am 9./10.6. beschlossen werden soll. Inwieweit diese *Chancen*, durch den Arbeitsmarkt, also den Bedarf der kapitalistischen Produktionsweise, vermittelt werden, haben wir in den Schaubildern dargestellt. Im Schaubild 01 ist der Anteil der Gymnasiasten an der Gesamtschülerzahl an allgemeinbildenden Schulen (ohne Abendschulen) gegenüber dem Anteil der in verarbeitendem Gewerbe, Bau, Energiewirtschaft etc., sowie Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl aufgetragen. Zunächst zeigt sich die Tendenz: je größer der Anteil der Beschäftigten in der Industrie, desto *kleiner* der Anteil der Gymnasiasten (01), je größer der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistung (einschl. Verkehr, Versicherungen, Behörden, Kirchen), desto größer der Anteil der Gymnasiasten. Im direkten Vergleich der großen Städte Hannover, Osnabrück, Oldenburg zu ihren Landkreisen im Umland wird das deutlich. Es sind alle Kreise Niedersachsens als Punkte eingetragen, entsprechende Punkte wurden zum Ländervergleich für Westberlin (B) und Bremen (HB) eingetragen.

Die CDU/CSU ist in ihrer Wahlprogramm-Aussage 1980 deutlicher: „...Die Hauptschule muß ihre eigenständige Aufgabe behalten..., den Schüler auf die Berufswelt vorbereiten und ihn zu einer sachlich begründeten Berufsentscheidung befähigen." Sachlich begründet (oder besser: vorgegeben) ist die Berufsentscheidung durch die Selektion nach verschiedenen Schulabschlüssen, sowie das vorhandene Bildungsangebot an Schulen im jeweiligen Kreis entsprechend den Erfordernissen des Arbeitsmarkts. Da ist auch mit der Forderung nach „Chancengleichheit" nichts zu erreichen. Folgendes läßt sich u.a. feststellen: deutlich erkennbare Unterschiede zwischen städtischen und *Land*kreisen; Städte (OS, OL, H, BS) mit hohem Gymnasiastenanteil, hohem Sonderschüleranteil, großem Dienstleistungsbereich, relativ niedrigem Industrieanteil (aber vorwiegend große Industrie) sind die Regel, daneben gibt es Städte mit überwiegend großer Industrie, relativ hohem Sonderschüleranteil und mittlerer Gymnasiastenzahl, wie Wolfsburg und Peine. Die städtische große Industrie erfordert einerseits ein Heer von unqualifizierten Arbeitern, andererseits einen gewissen Stamm von hochqualifizierten Arbeitern und Angestellten. Für den Bereich der Regierungsbezirke Detmold und Münster angestellte Untersuchungen haben zu ganz ähnlichen Ergebnissen geführt.





Jusos vor dem Wahlkampf – im Schlepptau der SPD

r.wop. Zu Beginn des Juso-Bundeskongresses, der am 31.5. und 1.6. in Hannover stattfand, bekannte P. von Oertzen, daß der „demokratische Wohlfahrtsstaat" vor einer Finanzkrise stehe, für die er keine Lösungsrezepte sehe. Folgt man der Berichterstattung in der Presse, geht es den Jusos offenbar ebenso. Zu den Problemen, die der Arbeiterklasse auf den Nägeln brennen – wie etwa den Steuern, dem Volksbildungswesen, der Kranken- und Rentenversicherung usw. – haben sie sich jedenfalls nicht geäußert. Das ist auch schwierig, wenn man wie die Jusos davon ausgeht, daß der Wahlsieg der SPD die Aufrechterhaltung der „sozialen und demokratischen Errungenschaften in der Substanz" bedeute und „wichtige Elemente für einen späteren Übergang zum Sozialismus erhalten" würden. Entsprechend entschied sich auch die Mehrheit gegenüber den revisionistischen Kräften, sich nur an solchen Anti-Strauß-Komitees zu beteiligen, die für die SPD werben. Der neugewählte Juso-Vorsitzende W. Piecyk versucht mit Themen wie dem „Kampf gegen die Aussperrung, gegen Berufsverbote und gegen die Kernenergie", mit der „Entrümpelung der Antiterror-Gesetzgebung" und einer Kampagne zur „gesellschaftlichen Ächtung der Bild-Zeitung" verlorengegangenen Boden bei den Jugendlichen gutzumachen. Die Anbiederungsversuche in Gorleben wurden allerdings reserviert aufgenommen.

„Fürsorge" ist Schwerpunkt beim neuen Landesjugendplan

r.thc. Der am 30.5. veröffentlichte neue Landesjugendplan der schleswig-holsteinischen Landesregierung umfaßt vom Landeshaushalt 118 Mio. DM (1978: 103 Mio. DM). Schwerpunkt ist im Rahmen der Jugendfürsorge das „Vorfeld der Heimerziehung". Die Zuweisungen an die Kreise für Erziehungsbeistände werden von Jugend- oder Vormundschaftsrichtern angeordnet oder auf Wunsch der Eltern vom Jugendamt bestellt, und sind diesem dann auch verpflichtet. Wenn die „leibliche, seelische oder geistige Entwicklung des Kindes gefährdet ist", haben die Beistände jederzeites Zutrittsrecht zum Kind. Außerdem sind Lehrer, Kapitalisten, und alle Personen, bei denen sich das Kind aufhält, auskunftspflichtig. Auf der anderen Seite werden dort völlig unzureichend Gelder zur Verfügung gestellt, wo kein unmittelbarer staatlicher Zugriff möglich ist. So erhalten die über 500000 Jugendlichen, die in Jugendverbänden organisiert sind, lediglich 525000 DM. Für die Arbeit der Landesschülervertretungen werden nur 10000 DM mehr zur Verfügung gestellt (60000 DM). Noch im letzten Jahr hat sich das Landesschulamt geweigert, ein Flugblatt gegen den Schulgesetzentwurf zu bezahlen.

Feuerwehrleute demonstrieren in Hannover

r.mid. Zu Beginn der INTERSCHUTZ 80 demonstrierten in der hannoverschen Innenstadt am Freitag, 6.6.80, über 1000 Feuerwehrleute. Auf der Demonstration, zu der die ÖTV aufgerufen hatte, standen Forderungen gegen Überstunden, für die Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre, für die Einhaltung der 40-Stunden-Woche, für die Anerkennung von Berufskrankheiten und gegen Schichtarbeit im Vordergrund. Nach einem Gutachten der WIBERA AG, einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft, sollen die Besatzungen der Löschzüge von 20 auf 12 Mann reduziert werden, was der noch geltenden Dienstvorschrift widerspricht. In Hannover wurde diese Maßnahme schon eingeführt. OB Schmalstieg mußte allerdings auf der Kundgebung vor der Demonstration zugestehen: „Wir werden in Hannover Lösungsmöglichkeiten finden".



Innenminister Möcklinghoff verschärft das Beamtenrecht

r.hob. Bisher ist nach §31 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) die Zustimmung des Beamten erforderlich, wenn er „zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet werden soll". Der dem Landtag Niedersachsen seit dem 23.5.80 vorliegende Entwurf des 7. Gesetzes zur Änderung des NBG sieht vor: „der Zustimmung bedarf es nicht, wenn in einem besonderen Ausnahmefall ein öffentliches Interesse die Abordnung zu einem anderen Dienstherrn zwingend erfordert und diese die Dauer eines Jahres nicht übersteigt." Begründung: „Aus Anlaß der Terroristenbekämpfung hat es sich als notwendig erwiesen, Abordnungen zu einem anderen Dienstherrn von weniger als einem Jahr nicht stets von der Zustimmung des Beamten abhängig zu machen..." Wird dies zunächst praktisch für Polizei und Kriminalpolizei angewandt (z.B. Einsätze und Spezialausbildung in anderen Bundesländern), sind hiermit Bedingungen geschaffen, schnelleres Abordnen (auf Zeit) und Versetzen (auf Dauer) von Lehrern und anderen Beamten bei Auflösung, Verlegung und Zusammenlegung von Behörden auch gegen deren Willen vornehmen zu können. §64 Abs. 2 NBG wird ergänzt: ein Beamter kann gegen eine „Anordnung" (=Befehl!) seines Vorgesetzten nichts unternehmen, wenn kein höherer Vorgesetzter vorhanden ist und braucht nicht mehr persönlich angehört zu werden – was bisher so geregelt ist.

„Woar di, Matthöfer, de Buur de kümmt!"

Bauernverbandskundgebung in Eutin mit 2500 Teilnehmern

r.ham. Am 30.5. hatten die EG-Agrarminister die 5%ige Erhöhung der EG-Preisordnung beschlossen. Zwei Tage vorher, als sich das Ergebnis abzeichnete, erweiterte der Landesvorstand des Bauernverbandes den ursprünglichen Eutiner Kreisbauerntag zu einer landesweiten Kundgebung. Viele Delegiertenversammlungen beschlossen, daß die Ortsvertrauensleute mit jeweils vollbesetzten PKW zur Kundgebung fahren sollten. Das Ziel ist voll erreicht worden. Einige Transparenttexte: Ertl und de Schwien sünd den Buuern sien Ruin! Matthöfer wir wollen unsere Millionen wieder – Anhebung der Vorsteuerpauschale um 1%! Dünger 18%, Pflanzenschutzmittel 25%, Kraftfutter 12%! Und was verdient der Bauer? So mußte Hauptredner Heeremann feststellen: „Der Landesverband ist entschlossen, auf der 7,9%igen Erhöhung zu bestehen, die eigentlich schon letztes Jahr notwendig gewesen wäre." Er forderte die Wiederaufnahme der Brüsseler Verhandlungen. Und: „Die Vorsteuerpauschale ist ab 1. Juli um 1% anzuheben." Als er aber versuchte, die EG zu verteidigen, riefen Bauern: *Wir* wollen mehr Geld! Die letzte Äußerung Heeremanns zeigt die schwierige politische Lage im Bauernverband: Die Bauern müssen ihre Kraft entwickeln, aber das Wie ist im Verband insgesamt nicht entschieden. Aber die Lage entwickelt sich zugunsten der Bauern: Obwohl vor einem halben Jahr sich die heutige wirtschaftliche Lage abzeichnete, mußte der Landesvorstand als schlafmützig, so am 17. Januar auf dem Flensburger Kreisbauerntag, kritisiert werden. Der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes Südtondern, Möller, Ellhöft, machte den Vorschlag, von den Gewerkschaften zu lernen, die eine starke Organisation aufgebaut hätten und beharrlich arbeiteten. Jetzt ist sich auf die Durchsetzung der 7,9% geeinigt worden und es gibt Beschlüsse in den Kreisverbänden dazu. So ist auch die Eutiner Kundgebung als erster Auftakt durchgesetzt worden. Die Teilnehmerzahl ist bedeutend, weil Zeit so einfach ja nicht da ist: Die Heu- und Silageernte ist in Gang, und die Rüben, wo vorhanden, müssen gehackt werden. Zudem mußte die Landwirtschaftskammer am gleichen Tag nicht unzufällig eine Vorführung „Futterernte" durchführen.

Aber manche Beschlüsse sind nicht oder zu spät durchgeführt worden. So hat die Landesdelegiertenversammlung Anfang März beschlossen, daß die Kreisvorsitzenden, die zugleich die Delegierten waren, auf Kreisebene Pressekonferenzen durchführen sollten zur Aufklärung über die Lage der Bauern. Sie sind, wenn überhaupt, erst wenige Tage vor dem Brüsseler Beschluß durchgeführt worden. Und Leute wie H.J. Rohr, Ertl's Staatssekretär, der die 7,9% für „überzogen" hält, haben auf dem Husumer Kreisbauerntag ausreden können, wenngleich er sich auch gewichtige Kritik anhören mußte, die ihn zur Beschwichtigung genötigt sah: „Ich weiß, meine Herren, wenn ich hier eine Abstimmung für unsere EG-Mitgliedschaft machen würde, die Mehrheit von Ihnen würde mit Nein stimmen."

Gegen Demonstrationen des Verbandes hat der Chefredakteur des schleswig-holsteinischen Bauernblattes, Thiessen, folgendes parat: 1. Wenn wir demonstrieren, kommen noch andere, die nicht zu uns gehören. 2. Mit Krawallmachern wollen wir nicht in einen Topf geworfen werden, Bremen! 3. Die Bevölkerung hat nicht genügend Verständnis für uns. Zum 5%-Beschluß hat er geschrieben: „Es hätte schlimmer kommen können." Er mag das ja für eine kluge Taktik gehalten haben, die 7,9% in Worten hochzuhalten, aber ansonsten politisch der Regierung nach dem Mund zu reden. Denn von der Aufgabe der Entwicklung der Kampfkraft der Bauern ist er nicht ausgegangen. Bei diesem Herumfuhrwerken muß man feststellen, daß es den Bauern schadet, daß das Bauernblatt gemeinsam von Bauernverband und Landwirtschaftskammer herausgegeben wird. Die Interessen der Bauern, die ihre Arbeitskraft bezahlt haben wollen, vertragen keine Kompromisse wie die 5%. Diese Linie haben die Bauern zunehmend satt. Ein Transparent in Eutin lautete deshalb: Von der Substanz leben heißt den Hof aufgeben!

Aus den Beschlüssen der Kreisverbände ragen zwei heraus: Die Delegiertenversammlung des Flensburger Kreisverbandes hat dazu aufgerufen, die Wahlveranstaltungen der Parteien zu besuchen, um sie „zu verbindlichen Aussagen zur Agrarpolitik aufzufordern, deren Einhaltung dann kontrolliert werden soll." Zweitens bereiten sich die Angler Bauern auf Demonstrationen nach der Heuernte, Ende Juni, an der dänischen Grenze vor. Es wird daran gearbeitet, sie gemeinsam mit den dänischen Bauern durchzuführen. Zu Punkt 3 von Herrn Thiessens Bedenken: Chauvinismus bringt keinen Kampf der arbeitenden Klassen voran, sondern stärkt die Kapitalistenklasse. Und dafür hat die große Mehrheit der Bevölkerung kein „Verständnis". Sie wird also die Aktionen der Bauern bei der Länder unterstützen.

Landfrauen spielen hervorragende Rolle in den Kämpfen der Bauern – Organisationsgrad steigt



z.doj. In den letzten Jahren haben sich die Bäuerinnen äußerst aktiv und zunehmend an den Kämpfen gegen die Zerstörung des landwirtschaftlichen Bodens und Landenteignung beteiligt. Landfrauenverbände organisieren politische Bewegungen gegen das Energieprogramm der Bundesregierung mit. 450000 der über eine Million auf dem Land arbeitenden Frauen – sie halten die meisten Nebenerwerbsbetriebe aufrecht – sind in den Landfrauenverbänden organisiert, der Organisationsgrad steigt. Die Landfrauen fordern über ihre Verbände dieselben Rechte zum Schutz ihrer Arbeitskraft wie die lohnabhängigen Frauen, z.B. Mutterschutz und Rente für Bäuerinnen. Bild: Bauerndemonstration in Eutin am 5.6.80; 3500 Bauern, unterstützt von den Landfrauen, fordern Durchsetzung der Erzeugerpreiserhöhung von 7,9%.

Aktion englischer Fischer gegen niedrige Abnahmepreise

z.elf.London. Am 30.5.80 fuhren etwa 50 Küstenfischer aus Grimsby an der Ostküste Englands die Themse nach London hinauf. Sie luden vor dem britischen Landwirtschafts-, Nahrungs- und Fischereiministerium Körbe frischen Fisches aus. In anderen englischen Städten verteilten die Fischer auf der Straße Fische an die Bewohner. Die englischen Küstenfischer besitzen meist nur ein eigenes Boot und arbeiten selbst darauf. Mit ihrer Aktion, die geführt wurde von der National Federation of Fishermen Organisations, der Nationalen Vereinigung der Fischerorganisationen, protestierten sie gegen die niedrigen Abnahmepreise für frischen Fisch. So erhalten sie häufig für ein englisches Pfund (453 Gramm) Kabeljau 15 Pence (etwa 60 Pfennig), in den Läden wird der Fisch für fast das Siebenfache verkauft. Sonderabkommen innerhalb der EG setzen die ansonsten für Großbritannien geltende 200-Meilenzone außer Kraft. Die großen Hochseeschiffe der britischen wie der Fischereikapitalisten aus den EG-Staaten können die Küste Englands leerfischen und den Fisch in England billiger verkaufen als die Küstenfischer, da sie auf größer Stufenleiter und mit Raubmethoden produzieren. Die Küstenfischer fordern von der Regierung Importbeschränkungen und finanzielle Unterstützung.

Schwierige Lage für Länder der 3. Welt auf dem Bananenmarkt

z.hot. Erfreut meldet die „Neue Zürcher", daß vorläufig nicht mit einem neuen internationalen Bananenabkommen zu rechnen sei. Auf der Mai-Sitzung der Hauptexportländer Ecuador, Costa Rica, Honduras, Philippinen und Panama konnte keine Einigung über Produktions- und Exportbegrenzungen erreicht werden. Die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) rechnet mit einer Ausweitung des Exportvolumens von Bananen von derzeit ca. 7,3 Mio. t auf 9,1 bis 9,6 Mio. t bis 1985. Das bedeutet eine Produktionssteigerung von 3–4% pro Jahr. Demgegenüber würde nach den FAO-Berechnungen eine Ausweitung des Imports von 2,7% stehen, was zu einem Überschuß von 0,75-1,3 Mio. t bis 1985 und weiteren Einbrüchen in das seit 1978 schon sinkende Preisniveau führen würde. – Seit 1965 haben sich die Bananenexportländer in Arbeitsgruppen der FAO zusammengeschlossen. Die Bedingungen für eine Einigung zu einem gemeinsamen Vorgehen auf dem Bananenmarkt sind jodoch schwierig, da Bananen ein sehr schnell verderblicher Exportartikel sind; einmal angepflanzt, kann ihre Ernte nicht beliebig verschoben werden, einmal geerntet, müssen sie schnell verkauft werden. Die Importländer, insbesondere die USA und die EG-Staaten, haben Importbeschränkungen erlassen, um den Ankaufpreis niedrig, den Verkaufspreis hoch zu halten. Dagegen kann sich die Arbeiterbewegung mit den Ländern der 3. Welt zusammenschließen.

Scharfe Widersprüche in der Landwirtschaft der CSSR

Hoher Sozialisierungsgrad – niedrige Erträge / Die Kleinproduktion als Ausweg

z.anb. Am gesamten Wertprodukt der gesellschaftlichen Produktion der Tschechoslowakei hat die Landwirtschaft einen Anteil von rund 10%; erst 1970 gab sie den Rang als zweitwichtigster Produktionszweig nach der Industrie an das Bauwesen ab. Die Zahl der ständig in der Landwirtschaft Beschäftigten beträgt heute mit rund 930000 nur noch 40% des Stands von 1949.

Die Bruttoproduktion von 1936 jedoch wurde erst wieder 1966 erreicht. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche geht seither beständig zurück. Von 1937 7,75 Mio. ha sind es heute noch 6,92 Mio. Drastischer noch der Rückgang des Ackerlandes: von 5,6 Mio. ha auf 4,8 Mio. Obwohl heute die Hektarerträge z.B. bei Weizen fast das Dreifache des Stands von 1948 aufweisen (1978: 44,1 dz), ist bei einem durchschnittlichen Wachstum der Agrarproduktion bis 1968 von 1,08% kaum mehr als ein Ausgleich für die Abnahme der genutzten Fläche erfolgt. Einen deutlichen Anstieg der Wachstumsraten pro Jahr stellt man mit 3,5% 1968–73 fest.

In diese Jahre unmittelbar nach der sowjetischen Invasion fällt eine neuerliche Konzentrationsbewegung, die den Sozialisierungsgrad in der CSSR zu einem der höchsten im RGW insgesamt vorangetrieben hat. 30% der Nutzfläche entfallen heute auf 250 Staatsfarmen, die alle stark spezialisiert sind und z.T. für Forschungszwecke und technische Kulturen verwandt werden. 177000 Landarbeiter sind dort beschäftigt, die durchschnittliche Größe der Staatsgüter betrug 1978 8138 ha, das Doppelte von 1965.

Den weitaus größten Anteil am agrarischen Wertprodukt haben die Genossenschaften (JZD), die 60,8% der Nutzfläche bearbeiten. Ihre Zahl ist von etwa 12000 Mitte der sechziger Jahre auf heute 2700 reduziert, die durchschnittlich von ihnen bearbeitete Hektarfläche beträgt für 56% der JZD 1000–2500ha, für 9,8% bis 4000 ha, für 2,4% über 4000 ha. Rund 650000 Genossenschaftsbauern produzieren 62% des Wertprodukts der Landwirtschaft, während die Staatsfarmen mit 30% Nutzfläche nur 26% davon produzieren. Der Sektor der privaten Kleinproduktion, sowohl die Hofland-wirtschaft der Genossenschaftsbauern (2,4% der JZD-Nutzfläche) als auch die 59000 Privatbauern (5,8% der landw. Nutzfläche), geht ständig zurück. Trotzdem stammen aus dieser Kleinproduktion noch immer ca. 13% der Bruttoproduktion.

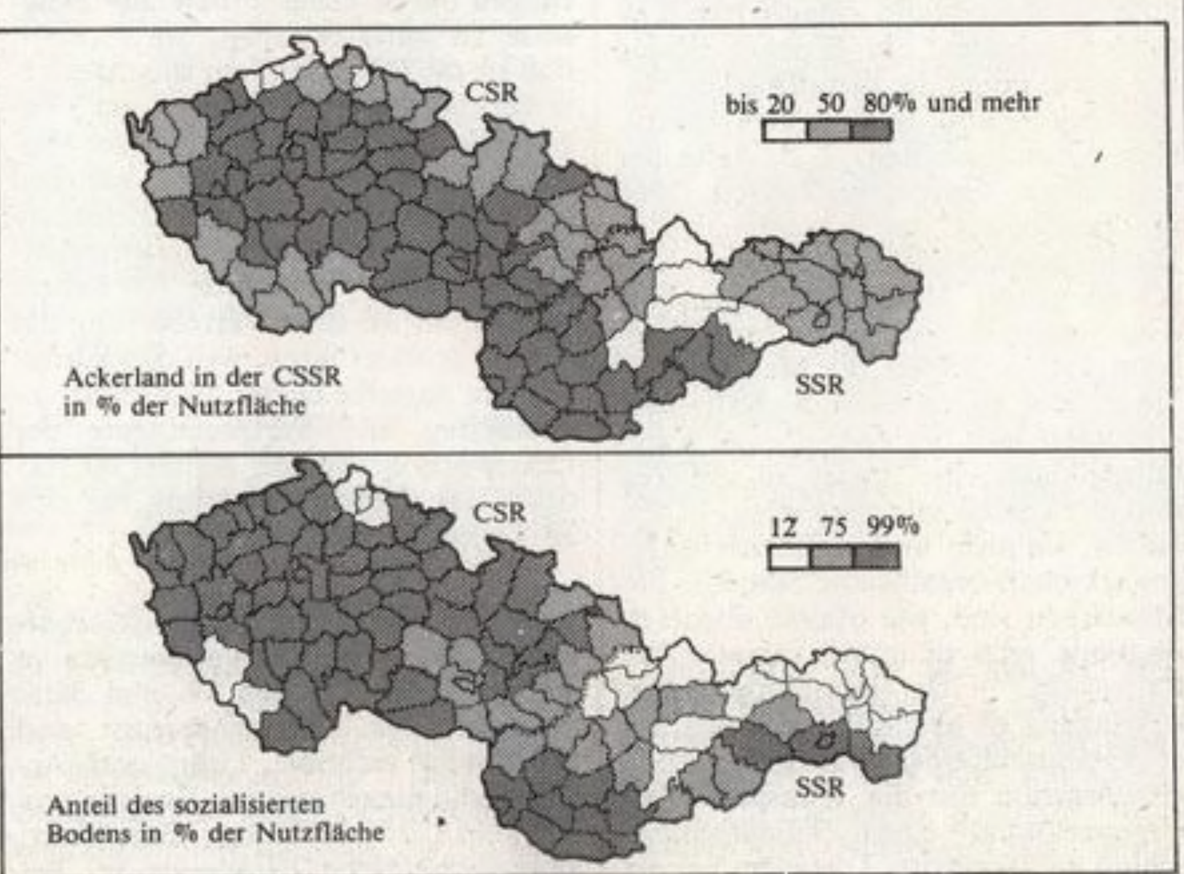
Wie sich auf der nebenstehenden Karte ablesen läßt, ist der Grad der Sozialisierung dort konzentriert, wo auch das Ackerland sich befindet. In der Ostslowakei z.B. gibt es heute noch die meisten Kleinbauern, die auf Boden minderer Qualität bei rauhem Klima und mit rückständigen Methoden Hackfruchtanbau betreiben.

An den Staatsfarmen zeigt sich inzwischen das Problem sinkender Kapitalproduktivität sehr deutlich. Der Wertzuwachs der Agrarproduktion im Vorjahr von 3,3 Mrd. Kronen (1 Krone = 0,33 DM) erforderte Investitionen von 3,9 Mrd. Kronen, dies vor allem auf den Staatsfarmen, wo aufgrund dessen die Produktionskosten pro Produkteinheit um 20–30% über denen der JZD liegen. Die intensive Mechanisierung und Chemisierung – der Düngereinsatz pro ha beträgt heute mit 245 kg das Zehnfache von 1949, das Niveau hatte aber die BRD z.B. bereits 1973 erreicht – die weitgehende Spezialisierung auf Zuckerrüben, Mais, Kartoffeln, Weizen hat den Boden z.T. ausgelaugt. Die Auswirkungen sind drastischer als in der eher noch stärker kapitalisierten Landwirtschaft der BRD. Hauptproblem ist der Wasserhaushalt des Bodens. Von den natürlichen Bedingungen her ist die CSSR ein Gebiet mit geringem Grundwasserreservoir (5%), weil keine Schmelzwasserzuströme das Reservoir auffüllen. Entscheidend aber ist, daß die Industrie, vor allem der Braunkohletagebau, sich unmittelbar in und am Rande der qualitativ besten Schwarzerdeböden befindet. Die gesamte Industrie greift auf das Grundwasser zurück, dies umso mehr, als die Flußläufe bereits einen Verschmutzungsgrad aufweisen, der sie zum Umkippen gebracht hat. Die Schwarzerdeböden sind deshalb von Kalkauslaugung betroffen, die Erträge sinken, die notwendigen Rekultivierungsmaßnahmen verschlingen immer mehr Kapital.

Auszugleichen versucht die neue Bourgeoisie dies durch immer höhere Konzentration der bearbeiteten Flächen, offensichtlich in mehrfacher Hinsicht eine Sackgasse. Oft genug werden die Landarbeiter für ihre mangelnde Einsatzbereitschaft gerügt, ihr Lohn liegt aber auch inzwischen unter dem der Genossenschaftsbauern, der Raubbau trägt seinen Teil dazu bei, daß diese Arbeiter wenig von der „sozialistischen Landwirtschaft" überzeugt sind.

Das Bodennutzungsrecht, das 1976 geändert wurde, ist keineswegs gegen Kleinproduktion, nur wurden für sie grundsätzlich die besseren Böden ausgenommen. Übrig bleiben hügelige, versteppte oder sandige Regionen, in denen sich die Zusammenlegung Tausender Hektar nicht lohnt oder nicht bewerkstelligen läßt. Dort kann ein Genossenschaftsbauer bis max. 0,5 ha Hofland erwerben. Nur sind die Betriebsmittel, die er von staatlichen Verkaufsgenossenschaften bezieht, so teuer geworden, daß vor allem Viehhaltung nicht mehr möglich ist. Der Anteil privat gehaltenen Viehs an der gesamten Viehhaltung ist seit 1963 drastisch gesunken: Rinder 2,9% (1963: 6,4), Schweine 6,2% (12,8), Kühe 4,9 (12,4), Geflügel 15,6 (27).

Der enorm gestiegene Fleischverbrauch, Gradmesser der intensiven Vernutzung der Arbeitskraft (1979: 81 kg, BRD: 83) ist zur Deckung auf diese Kleinproduktion angewiesen. Die neue Bourgeoisie nimmt das als Kehrseite der vergesellschafteten Profitproduktion zur Kentnnis. Am Rande der gesellschaftlichen Konsumtion der Arbeitskraft verwandelt sich deren unproduktive individuelle Konsumtion in Privatangelegenheit.



Ackerland in der CSSR in % der Nutzfläche

Anteil des sozialisierten Bodens in % der Nutzfläche

Philippinen: Einkommen der Reisbauern 1976–1979 halbiert

z.wos. Das reale Nettoeinkommen der Reisbauern pro Hektar ist von 560 Pesos (1976) auf 261 (1979) abgesunken (1 Peso = 0,25 DM). Dies mußte in einer Studie des regierungseigenen „Büros für Landwirtschaft" festgestellt werden. Die drastische Verschlechterung geht auf die Politik zurück, den Erzeugerpreis für Reis während einer Periode steigender Produktionskosten niedrig zu halten. Die Bauern sollen Opfer für die Inflationsbekämpfung bringen, nach dem Motto von Landwirtschaftsminister Tanco: „Wenn wir die Nahrungsmittel kontrollieren, kontrolieren wir 50% der Inflation." Andernfalls würden die Nahrungsmittelpreise für die städtischen Arbeiter explodieren, was bei niedrigsten Löhnen deren Kämpfe nur noch beschleunigen würde. Ferner: der Reisertrag pro ha ist um 10% zurückgegangen. In den letzten 3 Jahren stiegen die Erzeugerpreise nur um 5%, aber die Produktionskosten um 21%. Nur den Großbauern, die sich Kunstdünger und Insektizide kaufen können, gelang eine Steigerung der Produktion. Die armen Bauern werden zunehmend in landlose Arbeiter verwandelt. Aus ihren Reihen baut die Kommunistische Partei der Philippinen im ganzen Land Dorfmilizen auf. Auf der Insel Samar haben vor kurzem über 100 Milizangehörige, geführt von der Neuen Volksarmee, dem bewaffneten Arm der KP der Philippinen, die Bagacay-Mine besetzt und den Arbeitern vorenthaltene Löhne ausbezahlt.

Neue Pläne zur Steuerausplünderung durch die Bundesregierung

z.jöd. Das ,,Steuerentlastungsprogramm'' für 1981 ist noch nicht in Kraft, da plant die Bundesregierung bereits neue Steuer*erhöhungen*. Die Bundesregierung erklärte, daß neue Steuererhöhungen nur abzuwenden sind, wenn die Landesregierungen stattdessen ihre Steuerabgaben an den Bundeshaushalt erhöhen. Vertreter der Landesregierungen haben bereits angekündigt, daß sie das nicht tun wollen. Für den Fall sehen die Pläne der Bundesregierung vor: Die Mineralölsteuer soll um drei Pfennig je Liter, für Dieselkraftstoff um zwei Pfennig je Liter, und die Branntweinsteuer soll um 200 DM je Hektoliter erhöht werden. Das wären zusätzliche Steuereinnahmen von 1,8 Milliarden Mark. Begründet wird das mit zusätzlichen Abgaben an den EG-Haushalt in Höhe von 2,6 Mrd. Mark. Aber 1981 müßten davon erst 600 Millionen Mark (zu schon bereitgestellten 600 Mio.) gezahlt werden. In Wirklichkeit geht es darum, die in der Propaganda schon verkauften ,,Steuererleichterungen'' nochmals zusammenzustreichen und zugleich weitere Verschiebungen zugunsten von indirekten Steuern zu erreichen. Außerdem geht es um die Einnahmensicherung für den Nachtragshaushalt: ,,Steigende Verteidigungsausgaben, internationale Verpflichtungen (zum Beispiel Türkei-Hilfe)''. – Getroffen werden mit den neuen Steuerplänen vor allem die, die schon wenig Lohn haben, und durch Erhöhung der Steuern auf Dieselkraftstoff kleine und mittlere Bauern, die die zusätzlichen Kosten nicht auf die Preise überwälzen können. Die Kapitalisten werden die neuen Steuern zum Anlaß für weitere Preissteigerungen nehmen. – Auseinandersetzungen gegen die Steuerausplünderung sind Thema im Bundestagswahlkampf. Die IG Druck und Papier und die IG Metall werden im Herbst ihre Gewerkschaftstage durchführen. Im folgenden dokumentieren wir einige Anträge von Vertreterversammlungen der IG Metall an den 13. ordentlichen Gewerkschaftstag.

Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Münster: Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen: Der Vorstand der IG Metall wirkt beim Gesetzgeber darauf ein, eine wirksame Reform der Lohn- und Einkommensteuer durchzusetzen. Dabei sollen vor allem die unteren und mittleren Einkommensklassen durch eine Verdoppelung des Grundfreibetrages von derzeit 3690 auf 6800 (das sind etwa 25% des Durchschnittslohns) spürbar entlastet werden. Das Ziel der Gewerkschaft ist dabei weiter die alte Forderung der Arbeiterbewegung, die Steuer progressiv nach Einkommen, Vermögen und Erbschaft zu erheben. Dabei ist anzustreben, die Löhne und Gehälter bis in die Höhe des Durchschnittslohns prinzipiell steuerfrei zu lassen. Weiterhin möge sich der Vorstand dafür einsetzen, weiteren Erhöhungen der indirekten Steuern entgegenzutreten mit dem Ziel, die indirekten Steuern abzuschaffen.

Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Wiesbaden: Der Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen: Der Vorstand der IG Metall wirkt auf den Gesetzgeber dahingehend ein, daß der Lohnsteuer-Grundfreibetrag auf 25% des Durchschnittslohns der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben wird. Begründung: Arbeitnehmer stellen Jahr für Jahr eine höhere Besteuerung fest. Im Zeitraum von 1960 bis 1977 erhöhte sich der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 11,8% auf 30,3%, während der Anteil der Einkommen-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer von 23,8% auf 18,6% zurückging. Die Steuerbelastung der Gewinne ist also rückläufig, während sich die Lohnsteuerbelastung seit 1960 mehr als verdoppelt hat. Die Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn wird vor allem auch den unteren Lohngruppen eine deutliche Steuererleichterung bringen. Die prozentuale Anbindung des Grundfreibetrages an den Durchschnittsverdienst ergibt außerdem eine jährliche Anpassung an die Lohnentwicklung.

Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Stuttgart: Die Delegierten des Gewerkschaftstages mögen beschließen: Der 13. Ordentliche Gewerkschaftstag fordert die Bundesregierung und die im Parlament vertretenen Parteien auf, die steuerliche Belastung der Arbeitnehmerhaushalte spürbar zu senken. Als geeignete Maßnahmen werden angesehen: 1. Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages auf 1000 DM. 2. Erhöhung des Kilometergeldes für Fahrten zwischen der Wohnung und Arbeitsstätte auf mindestens 0,50 DM pro km bzw. eine entsprechende Entfernungspauschale für Wege von und zur Arbeitsstätte für alle Arbeitnehmer. 3. Erhöhung der Einkommensgrenze für vermögenswirksame Leistungen von 24000 DM bzw. 48000 DM auf 32000 DM bzw. 64000 DM. 4. Die Steuerprogression in ein vertretbares Verhältnis zu den angestiegenen Einkommen zu bringen. 5. Ein Steuerfreibetrag für das zusätzliche Urlaubsgeld in Höhe von 1000 DM.

Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Bebra: Der Vorstand wird beauftragt, sich für einen Lohnsteuer-Grundfreibetrag von 25% des Durchschnittslohns einzusetzen, sowie gegen eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern ...

Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Frankfurt: Erhöhung des Grundfreibetrages auf 700 DM monatlich.

Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Hamburg: Der Gewerkschaftstag spricht sich deshalb dafür aus: – den Grundfreibetrag und die Progressionsgrenze zu erhöhen und sie jährlich der Einkommensentwicklung anzupassen, – die indirekten Steuern, die speziell die unteren und mittleren Einkommensgruppen treffen, nicht zu erhöhen, – die Einkommensgrenzen für die Sparförderung der Entwicklung ab 1975 anzupassen und laufend zu dynamisieren sowie die nichtberufstätigen Ehegatten und die Arbeitslosen in die gesetzliche Sparförderung mit einzubeziehen.

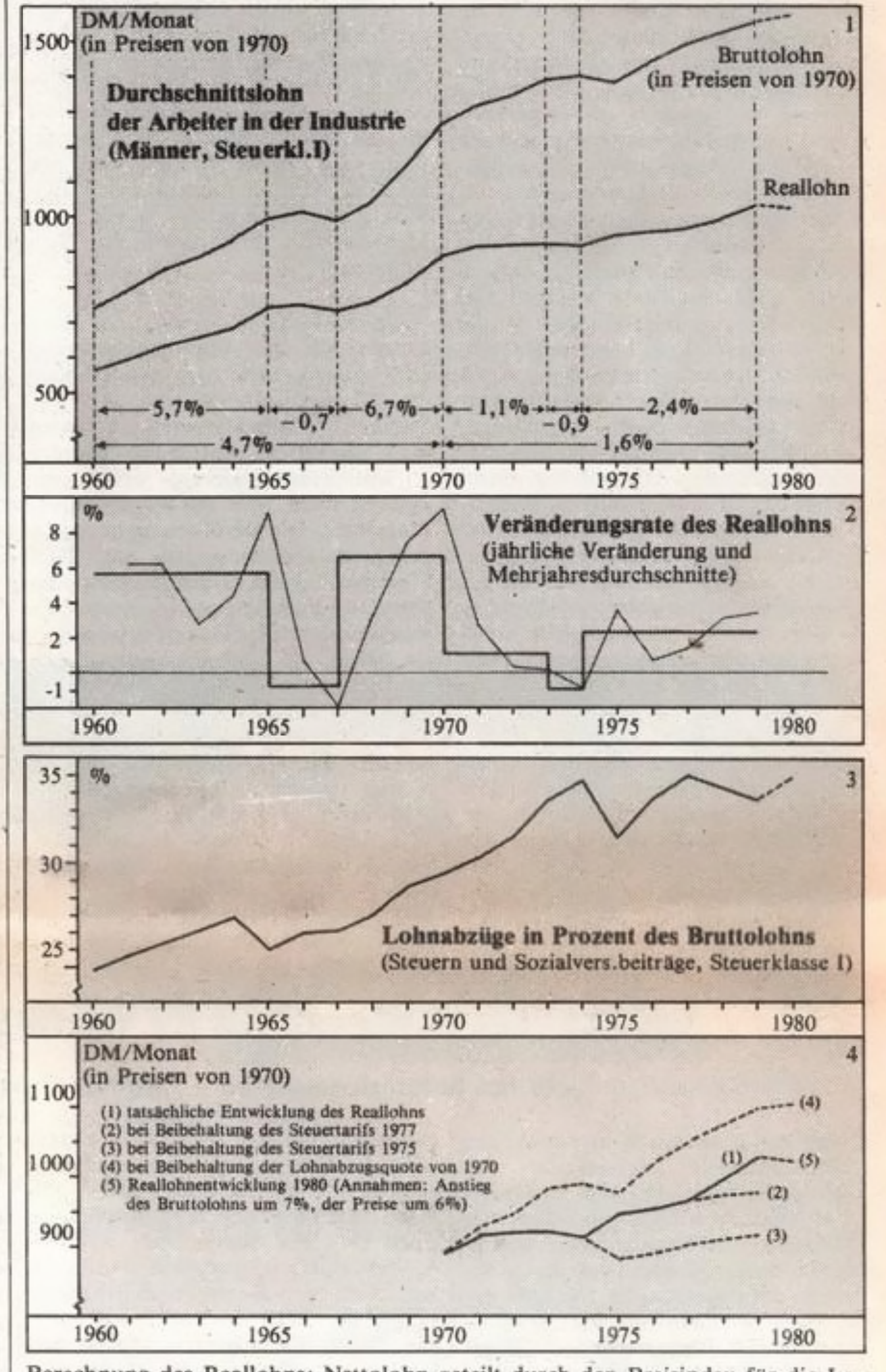
Die Bewegung des Reallohns: Seit 1970 zunehmende Kluft zu den Anforderungen der Reproduktion

z.jöd. Die SPD schreibt in ihrem Programmentwurf zur Bundestagswahl: ,,Der Lebensstandard der breiten Schichten ist erheblich gesteigert worden: Die Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten sind von 1969 bis 1979 real, also nach Abzug der Preissteigerungsrate, um 35% gewachsen.'' Man könnte der SPD entgegenhalten, daß der durchschnittliche Reallohn – der inflationsbereinigte Nettolohn – eines Industriearbeiters (Steuerklasse I) in demselben Zeitraum in unserer Rechnung nur um 26,5% gestiegen ist. Das ist keine Klärung der Frage, ob es der Arbeiterklasse besser geht. Die grundlegende Verdrehung der bürgerlichen Ökonomie und der bürgerlichen Propaganda besteht darin, eine Gleichsetzung zu vollführen: Lebensstandard = Reallohn. In Wirklichkeit hängt aber der Lebensstandard der Arbeiterklasse davon ab, ob und wie dem Arbeiter und seiner Familie die Reproduktion gelingt, also ob die Bezahlung des Werts der Arbeitskraft durchgesetzt werden kann. Der Lebensstandard bezeichnet daher das *Verhältnis* des Lohns zu den durch Arbeits- und Lebensverhältnisse bestimmten Anforderungen an Umfang und Qualität der Lebensmittel. Es ist die Grundlage jeden Lohnkampfes, daß der Lohn nicht hinreicht, um die Reproduktion zu sichern. Der Zweck der bürgerlichen Gleichsetzung von Lebensstandard und Reallohn besteht aber nicht nur darin, verbesserte Lebensbedingungen vorzutäuschen. Er besteht hauptsächlich darin, bereits jeden Versuch, einen objektiven Begriff von den Anforderungen der Reproduktion und ihrer Veränderungen zu gewinnen, als subjektives Hirngespinst hinzustellen. Die praktisch und millionenfach gemachte Erfahrung, daß der Lohn nicht hinreicht, um die Reproduktion zu sichern, ist dann bloß Ausdruck subjektiver Ansprüche, von willkürlichem Mehrhabenwollen.

Bei der Interpretation der Reallohnentwicklung muß man eine praktische Vorstellung von den Reproduktionsanforderungen voraussetzen. Die Bewegungsform der Reallohnsteigerung (Schaubild 1) hat eine unterschiedliche Verlaufsform. Seit Beginn der 70er Jahre hat ein drastischer Umbruch in der Reallohnentwicklung stattgefunden. Die relativ hohen Steigerungsraten des Reallohns von durchschnittlich 4,7% in den 60er Jahren wurden durch Stagnation oder bloß noch geringfügiges Wachstum des Reallohns abgelöst (durchschnittlich 1,6%). Das heißt, es muß eine Verengung der Reproduktion eingetreten sein. Oder wer will behaupten, daß die Anforderungen an die Reproduktion in den vergangenen 10 Jahren weniger rasch gestiegen sind als zuvor?

Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein Mittel für die Kapitalisten, Druck auf den Lohn durch höhere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auszuüben, sondern sie verengt zusätzlich die Reproduktion. Umgruppierungen und Arbeitsplatzwechsel führen bei Teilen der Arbeiterklasse direkt zu absolutem Sinken des Reallohns. Bei der Rechnung mit Durchschnittslöhnen verschwinden diese Erscheinungen. Der *durchschnittliche* Reallohn ist nur in zugespitzter Krise 1967 und 1974 absolut gefallen. Die Arbeitslosigkeit findet bei der Berechnung des Reallohns keine Berücksichtigung, weil der Arbeiter keinen Lohn erhält. Durch Arbeitslosigkeit werden besonders die unteren Lohngruppen betroffen und überproportional auf die Straße gesetzt. Solange hohe Arbeitslosigkeit anhält, wird dies die Umwälzung des Arbeiterkörpers in niedrige Lohngruppen beschleunigen. Was der Arbeiterklasse allein dadurch zur Reproduktion fehlt, daß Teile von ihr arbeitslos sind – abzüglich der Summe aller Arbeitslosenunterstützung –, ist seit 1970 dauernd gestiegen und liegt heute bei einer Summe von mindestens 15 Milliarden DM im Jahr.

Die leicht steigende Tendenz des durchschnittlichen Reallohns seit 1975 liegt hauptsächlich daran, daß der Anstieg der Steuerausplünderung zweimal kurzfristig aufgehalten wurde. Durch die Steuerreform wurde den Kapitalisten zusätzlich Spielraum für relative Senkung der Bruttolöhne und wurden zusätzliche Spaltungsmittel gegen den Kampf der Arbeiterklasse geschaffen. Die Zunahme der Kluft zwischen Reallohn und Erfordernissen der Reproduktion wird bei der Bewegungsform des Reallohns *seit 1970* deutlich. Wenn die Preise um 6% steigen – und wahrscheinlich werden sie stärker steigen – wird der durchschnittliche Reallohn in diesem Jahr absolut sinken.



Berechnung des Reallohns: Nettolohn geteilt durch den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte; Preisindex 1970 = 1,00. Die Lohnberechnung wurde auf Grundlage der amtlichen Effektivlohnstatistik mit dem jährlichen Durchschnittslohn männlicher Industriearbeiter vorgenommen. Für die Berechnung der Lohnabzüge wurden die Steuerklasse I sowie der jeweils durchschnittliche Beitragssatz für die Sozialversicherung verwendet. Die Wachstumsraten des Reallohns in den beiden oberen Schaubildern sind die jährlichen prozentualen Veränderungen, wobei für längere Perioden Durchschnittswerte gebildet wurden.



z.coi.Stockholm. **Am 4.6. hat der Vorstand der Schwedischen Hafenarbeitergewerkschaft die Fortsetzung des Streiks beschlossen.** Er lehnte damit den von der LO-Transportarbeitergewerkschaft frisch abgeschlossenen Tarifvertrag ab, nachdem sich der Stundenlohn der Stauer ab 1.7. um 3,40 Skr. (1,40 DM) und ab 1.1.81 um weitere 50 Öre erhöht. Gleichzeitig lehnte der Vorstand das Angebot der Transportarbeitergewerkschaft ab, die eigene Gewerkschaft aufzulösen und zwei Stauerabteilungen innerhalb von Transport zu bilden. Die Organisierung in LO komme nur in Frage, wenn die Hafenarbeiter ihre organisatorische Selbständigkeit behalten können. 1972 hatte der damalige Transportarbeitervorstand überfallartig die örtlichen Abteilungen u.a. in den Häfen mit lokalen Tarifverträgen und gewählten Leitungsgremien für aufgelöst erklärt und bezirkliche Großabteilungen mit vom Hauptvorstand eingesetzten Leitungen gebildet, ein gezielter Schlag vor allem gegen die kampfstarken Hafenarbeiter und ihre gewerkschaftlichen Grundeinheiten. Z.B. hatte der Göteborger Hafenarbeiterstreik 1969 die Beseitigung des Akkords in den Häfen beschleunigt. Nach dem Ausschluß ganzer Hafenabteilungen, die diese organisatorische Reform abgelehnt hatten, bildete die Mehrheit der Stauer eine eigene Gewerkschaft. Dies erleichtert jetzt die Versuche der Kapitalistenklasse, die Stauer zu isolieren und ihren Streik zu zerschlagen. In den Häfen, wo nicht in der Hafenarbeitergewerkschaft organisierte Stauer in der Minderheit sind, wie Malmö und Helsingborg, setzt sie immer rabiater ihre Polizei ein. – Die internationale Unterstützung ist ebenfalls erschwert, da in der internationalen Transportarbeiterföderation nur die Transportarbeitergewerkschaft einem Solidaritätsbeschluß entgegentritt. Trotzdem hat die französische Transportarbeitergewerkschaft in der CGT die Unterstützung des Streiks beschlossen.

z.bag.Aarhus. **An zahlreichen Gymnasien Dänemarks weigern sich die Lehrer seit zwei Wochen, die Abiturprüfungen durchzuführen bzw. die Zeugnisse zu unterschreiben.** Sie fordern, daß sie die für dieses Jahr durchgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Tage in Form einer Verkürzung der Wochenstundenzahl bekommen, während das Finanzministerium (als Dienstherr der Lehrer) eine 2tägige Ferienverlängerung plant. Das würde für Lehrer wie Schüler zu einer Verschärfung des Arbeitsdrucks führen, weil das Jahrespensum dasselbe bliebe. In Aarhus unterstützten alle Vertrauensleute der Lehrer und ein Teil der Schüler die Aktion. Das Finanzministerium hat sich zu Verhandlungen bereit erklärt.

z.ulg.Rom. **Ein Teil der Zivilbeschäftigten des NATO-Hauptquartiers in Verona/Italien hat am 29. und 30.5. gestreikt.** Die Lohnabhängigen sind vollständig rechtlos: Lohn und Arbeitsbedingungen werden einseitig von den NATO-Kommandos festgesetzt, gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb ist untersagt. Nach internationalen Verträgen sollen die Beschäftigten nicht schlechter als vergleichbare Lohnabhängige bezahlt werden; tatsächlich liegt der Lohn rund 150000 Lire (330 DM) niedriger. Ende März hatten elf Beschäftigte ein Arbeitsgerichtsurteil auf Nachzahlung von insgesamt 528 Mio. Lire (1,1 Mio. DM) erwirkt. Die NATO zahlt trotzdem nicht. Daher der Streik, mit dem zugleich Gewerkschaftsrechte und Abschluß eines normalen Tarifvertrags gefordert wurden.

z.inl.Paris. **Seit vier Wochen streiken die 140 Reinigungsarbeiter des Flughafens Roissy-Charles-de-Gaulle für höheren Lohn.** Zehn Tage nachdem die Metroreiniger ihren Kampf für 2800 FF siegreich beendeten, wurde in Roissy für dieselbe Forderung Streik beschlossen. 2100 FF (903 DM) vor Lohnsteuerabzug verdienen die ausländischen Arbeiter, in der Mehrzahl Frauen, heute. Die staatliche Flughafengesellschaft Aéroport de Paris verfolgt die Taktik, die auch – erfolglos – die Metrodirektion eingeschlagen hatte: Sie sei für Lohnverhandlungen nicht zuständig, weil die Reinigung durch Leihfirmen ausgeführt wird. Zuständig ist sie für nächtlichen Streikbruch in einer von der Bereitschaftspolizei ,,geschützten'' Säuberung. Dafür hat sie sich am nächsten Morgen eine Protestdemonstration auf dem Flughafen eingehandelt und eine geschlossenere Kampffront.

z.hef.London. **Die irischen Gewerkschaften führten erste Verhandlungen mit der Regierung über ein neues ,,National Understanding'' durch, ein nationales Abkommen über Löhne.** Seit 1970 ist es der Regierung gelungen, die Gewerkschaften in sieben solche Abkommen zu zwängen, die jeweils Höchstgrenzen für Lohnerhöhungen und Versprechen der Regierung auf Steuer- und Sozialmaßnahmen enthalten. Die Kapitalisten erklären offen, daß sie einen Lohnstopp bis Ende dieses Jahres wollen. Die Gewerkschaften verlangen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 20%, was in etwa der Inflationsrate entspricht. Die Regierung sagt, sie solle ,,vermitteln'', und gibt gleichzeitig bekannt, der Lebensstandard werde um mindestens 2% sinken. In der Gewerkschaftsbewegung gibt es große Empörung darüber, daß die Regierung ihr Versprechen aus dem letzten ,,Understanding'' vom Juli 1979, die Steuerbelastung ,,gerechter'' zu machen, durch Besteuerung des Ar-

Tarifkalender: Schlichtungsangebot Chemietarifbezirk Nordrhein

z.gih. **Chemie.** Am 6. Juni tagte in Mainz die Schlichtungskommission des Tarifbezirks *Nordrhein.* Zusammensetzung der Bundesschlichtungskommission 1980 – für die IG Chemie: Grützner (Hauptvorstand der IG Chemie), Blumenthal (BR-Vorsitzender BASF), Schlick – für die Kapitalisten: Jentzsch (BASF-Vorstand), Molitor (Geschäftsführer Arbeitsring Chemie), Bouillon (Hoechst-Vorstand). Im Schlichtungsspruch wurde den Arbeitern und Angestellten 7% angeboten. Am 7. Juni folgte die dritte Verhandlung für *Hessen* und am 11. Juni wird in Wiesbaden die Schlichtungsstelle für den Tarifbezirk *Rheinland-Pfalz* tagen. Bei der Leichtmetallgesellschaft in Borbeck haben rund 400 Beschäftigte für 2 Stunden die Arbeit niedergelegt und am 3.6. streikten rund 70 Beschäftigte bei Messer-Griesheim für 1½ Stunden, um den Forderungen der IG Chemie mehr Nachdruck zu verleihen.

Handel. Am 9.5. wurde für die Angestellten in den *Zeitschriftenverlagen in Hamburg und Schleswig-Holstein* ein neuer Gehaltstarif vereinbart. Die Gehälter werden rückwirkend zum 1.4. um 6,8% erhöht. Zusätzlich werden in der Gehaltsgruppe 1 die Gehälter um 1,5% und in der Gehaltsgruppe 2 in den Altersstufen unter 20 Jahren und unter 25 Jahren um 1,0% und in der Altersgruppe über 25 Jahren um 0,5% erhöht.

Stahl. Auf der Vertrauensleutevollkonferenz bei den Friedrich-Krupphüttenwerken Bochum wurde am 29.5. ein Antrag auf Erhöhung des Weihnachtsgeldes beschlossen. Tarifvertraglich soll erreicht werden, daß es auf 150% des Tariflohns erhöht wird, gegenüber jetzt 110%. Der Tarifvertrag darüber ist Mitte des Jahres kündbar.

Öffentliche Dienste, Transport, Verkehr. Ein neuer Tarifvertrag über die Bezahlung der *Ärzte bei den Einsätzen im Notarztwagen* wurde zwischen der ÖTV und den öffentlichen Arbeitgebern abgeschlossen. Dieser Tarifvertrag sieht eine Bezahlung nach Einsätzen vor. – Verhandlungen zur Situation der *Schichtdienstleistenden bei der Post* sind abgebrochen worden. Die Verhandlungen wurden von der DPG ergebnislos abgebrochen, da das Innenministerium kein neues Angebot vorlegte, sondern auf der 110%igen Zeitanrechnung beharrte. – Am 20.5. hat der *Südwestfunk mit der RFFU* einen neuen Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Am 1.6. werden die Gehälter um 6,3% erhöht. Für Angestellte, die unter besonders erschwerten Arbeitsbedingungen tätig sind, wurde die 38-Stundenwoche durchgesetzt. Das betrifft Ton- und Bildtechniker in künstlich belichteten und belüfteten Räumen, Sekretärinnen im Schichtdienst der Nachrichtenaufnahme und Telefonistinnen.

Azania: Streikbewegung gegen das Kolonialregime

Versuche der Imperialisten, azanische Gewerkschaften zu zerschlagen, scheitern

z.rül. Seit Ende Mai streiken 7000 Textilarbeiter in der südafrikanischen Hafenstadt Durban. Die schwarzen Arbeiter, die zu Hungerlöhnen von ca. 100 Rand pro Monat (nach Wechselkursen 220 DM) ausgebeutet werden, fordern eine sofortige Lohnerhöhung. Wenige Tage nach Streikbeginn ließ das Regime eine Demonstration der Arbeiter von Polizei mit Tränengas und Hunden überfallen. Kurz darauf erklärten die Kapitalisten, alle Streikenden seien fristlos entlassen. Aber die Streikfront steht.

Ebenfalls seit Ende Mai sind mehrere große Fleischfabriken in der westlichen Kapprovinz lahmgelegt. Ihre 3000 schwarzen und farbigen Arbeiter sind in der ,,Western Province General Workers Union" organisiert, einer der unabhängigen Gewerkschaften, die die azanische Arbeiterklasse in den letzten Jahren in schweren Kämpfen gegen das Kolonialregime aufgebaut hat. Seit Monaten kämpfen die Arbeiter um die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durch die Kapitalisten. Als diese Anfang Mai 800 Arbeiter wegen Beteiligung an früheren Streiks entließen, traten die Arbeiter in den Streik. Schwarze und farbige Ladenbesitzer weigerten sich, von den bestreikten Fabriken Fleisch zu kaufen, und wo sie es doch versuchten, vergammelte es in den Regalen, weil ihre Läden boykottiert wurden.

Inzwischen hat sich die Streikbewegung weiter ausgeweitet. Anfang Juni traten Textilarbeiter in Natal in den Streik. Am vergangenen Dienstag legten 4500 Arbeiter der Goldmine Stilfontein bei Johannesburg einen Tag lang die Arbeit nieder. Ermutigt durch die Fortschritte in Zimbabwe, verstärkt die azanische Arbeiterklasse ihren Kampf gegen die imperialistische Kolonialherrschaft. Gelingt es ihr, in den jetzigen Kämpfen den Aufbau ihrer Gewerkschaften und damit ihrer elementaren Klassenorganisationen voranzubringen, dann wäre der von den Imperialisten eingeleiteten ,,Liberalisierungskampagne", die in Wirklichkeit ein erneuter Versuch zur Spaltung und Unterdrückung des Befreiungskampfes ist, ein schwerer Schlag versetzt.

Erst im letzten Herbst hatte das Kolonialregime mehrere ,,Liberalisierungsgesetze", darunter ein neues Paßgesetz und ein neues Gewerkschaftsgesetz, verabschiedet (s. KVZ 46 und 49/79). Tatsächlich sah es anfangs so aus, als könne das Regime damit gefährliche Spaltungen unter den Arbeitern und zwischen Arbeitern und Bauern hervorrufen. Nur 10 der 27 unabhängigen azanischen Gewerkschaften forderten die Zurücknahme dieser Gesetze. Die übrigen 17 Gewerkschaften gaben, von denen 14 im Gewerkschaftsbund FOSATU zusammengeschlossen sind und von dem (sozialdemokratisch beherrschten) Internationalen Bund Freier Gewerkschaften unterstützt werden, beschlossen Anfang November, die Registrierung zu beantragen, wenn diese unbefristet bewilligt werde, wenn sie nicht zur Spaltung ihrer Organisation in eine für schwarze und eine für farbige Arbeiter gezwungen würden und wenn sie weiter als landesweite Gewerkschaften arbeiten könnten. Aber gleichzeitig trat der Zweck der neuen Gesetze schnell zutage. Die Kapitalisten begannen, selbst ,,Gewerkschaften" zu gründen, meist in Zusammenarbeit mit den ,,weißen" Siedlergewerkschaften, und diese als einzige Gewerkschaften in ihren Betrieben ,,anzuerkennen". Anfang des Jahres berichtete die FOSATU: ,,Multinationale Firmen scheinen die ersten zu sein, die solchen kürzlich gebildeten Parallelgewerkschaften Zugang gestattet haben. Beispiele dafür sind Leyland, Hella, wo das Management eine Parallelgewerkschaft, MIWU, einlud, die Arbeiter zu organisieren, um so die Gewerkschaft MAWU und die Gewerkschaft der Automobil- und Gummiarbeiter zu blockieren. GEC und Siemens sind weitere Beispiele." Die Leitung dieser ,,Gewerkschaften" ist in der Regel von den Kapitalisten selbst ernannt, die ,,Organisierung" der Arbeiter in diesen ,,Gewerkschaften" ist für die Kapitalisten ein weiterer Vorwand für Lohnabzüge, diesmal als Gewerkschaftsbeiträge getarnt.

Währenddessen wurde die Unterdrückung der nicht registrierten Gewerkschaften weiter verschärft. Die BMW-Kapitalisten, die in Rosslyn bei Pretoria ihre 850 schwarzen Arbeiter zu Löhnen unter dem offiziellen Existenzminimum von 150 bis 160 Rand im Monat (330 bis 350 DM, für eine fünfköpfige Familie) ausbeuten, stellten einen Polizeispitzel ein, als sie erfuhren, daß sich mehrere Arbeiter gewerkschaftlich organisiert hatten. Nicht anders die Mercedes-Benz-Kapitalisten in ihrem Werk in Port Elisabeth, die Henkel-Kapitalisten in Durban, die Hoechst-Kapitalisten in Johannesburg. Alle beuten sie 90 bis 95% ihrer Arbeiter zu Löhnen zwischen 200 und 300 DM aus. Alle weigern sich bis heute, die azanischen Gewerkschaften anzuerkennen.

Aber trotzdem kommen die Imperialisten in der Zerschlagung der azanischen Gewerkschaften nicht voran. Im Gegenteil. Die azanischen Gewerkschaften gewinnen weiter an Mitgliedern, und die von der sozialdemokratisch beherrschten Gewerkschaftsinternationale gegängelten Gewerkschaften kommen wegen ihrer Zugeständnisse an das Kolonialregime unter schweren Druck.

Mitte April kündigte daraufhin das Regime eine weitere Verschärfung der Paßgesetze an. Am 30. Mai, kurz nach Beginn der neuen Streiks, ließ Botha in allen wichtigen Städten des Landes Armeeinheiten und Panzer aufmarschieren. Zwei Tage später gab er die Bildung eines neuen ,,Beraterstabes" der Kolonialarmee bekannt. Die ,,Berater" sind 13 Vertreter der wichtigsten imperialistischen Monopole im Land: u.a. Barlow Rand, General Mining, Anglo-American Corporation, ein Vertreter der Johannesburger Börse und der Direktor der – britischen – Standard Bank, der zweitgrößten Bank in Südafrika.





Mit den Streiks der Textilarbeiter in Natal und in Durban und der Fleischereiarbeiter im Kapland verstärkt die azanische Arbeiterklasse ihren Kampf gegen das Kolonialregime. Links: Textilarbeiterstreik in Natal 1973.

Jahrestagung Bauhauptverband – Krach mühsam gekittet

z.hdm. Am 2. Juni hat die Jahrestagung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie stattgefunden. In der Lagebeurteilung sind sich die Kapitalisten soweit einig: Nach dem Rekordjahr 1979 ist die Lage 1980 immer noch günstig, die Kapazitäten sind ausgelastet und ,,bei verbesserter Ertragslage der Unternehmen werde auch die Investitionstätigkeit rege bleiben". – Für 1981 müsse jedoch mit Stagnation, möglicherweise sogar mit einem realen Rückgang der Bautätigkeit gerechnet werden. Nach 1967 und 74/75 das dritte Mal.

Während den Bau-Aktionären gerade die Aktionärsbriefe mit den satten Dividende-Meldungen für 1979 ins Haus flattern (Hochtief steigert gegenüber der guten Dividende von 78 nochmal um 2 DM auf 11 DM pro 50-DM-Aktie), zeichnet sich also die nächste Krise bereits ab – und verursacht handfesten Streit unter den Baukapitalisten. In der Vorbereitung der Jahrestagung hatten etliche der kleineren Baukapitalisten die Abwahl des Verbandspräsidenten Herion – vor zwei Jahren vom stellvertretenden Vorstandsvorsitz des größten westdeutschen Baukonzerns Hochtief auf den Posten des Verbandspräsidenten übergewechselt – verlangt. Er treibe sich zuviel in Bonn in Sachen öffentlicher Bauaufträge herum, und für den Verband komme nichts dabei heraus.

Tatsache ist, daß der bürgerliche Staat, der über Bund, Länder und Gemeinden 3/5tel aller Bauaufträge vergibt, sich in seinen Bauinvestitionen nicht anders verhält wie jeder hundsgewöhnliche Kapitalist, der investiert, solange das Geschäft läuft und bremst, sobald es zu Stockungen kommt. Gegen die konzentrationsfördernde Wirkung dieser Politik – die Pleiten in der Bauwirtschaft halten sich trotz des Höhepunkts 74/75 bis heute auf einem hohen Niveau – erheben die Baukapitalisten seit Jahren den Ruf nach ,,Verstetigung der Baunachfrage". Herion mußte zwecks Wiederwahl auf der Jahrestagung ausdrücklich den ,,Kampf gegen die Machtzusammenballung beim öffentlichen Auftraggeber" beschwören. – Für die Bauarbeiter und ihre Betriebsräte steht spätestens seit der letzten Krise fest, daß die Kapitalisten ihre Konkurrenz untereinander in der Wirklichkeit nicht mit guten Worten austragen, sondern um die Meisterschaft in der Ausbeutung der lebendigen Arbeit.

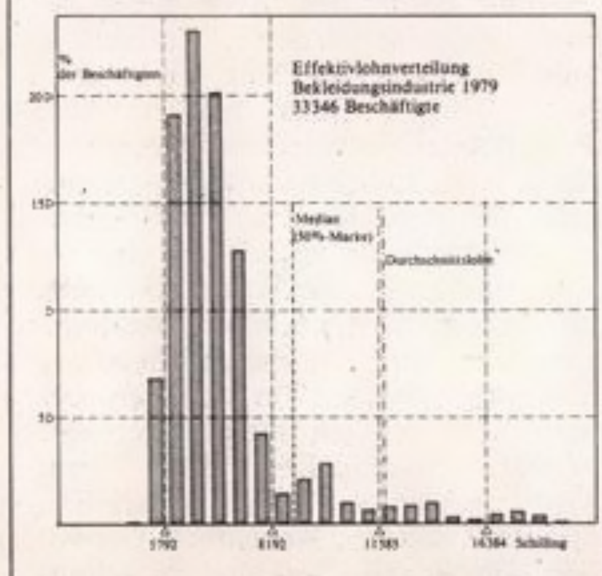
Jahr	I	II	Jahr	I	II
1963	94,7	2,7	1972	139,4	7,3
1964	106,8	12,7	1973	140,5	0,8
1965	111,1	4,0	1974	129,9	-7,5
1966	114,8	3,4	1975	123,0	-5,3
1967	109,5	-4,7	1976	127,3	3,5
1968	110,8	1,2	1977	128,8	1,2
1969	113,8	2,7	1978	134,3	4,3
1970	120,5	5,9	1979	142,3	6,1
1971	129,9	7,7	1980	149,5	5,0

I = Bauvolumen in Mrd. DM real, in Preisen von 1970 – II = Änderung in % – (Angaben für 1979 und 1980: Schätzung Bauverband).

beitslosen- und Krankengeldes einlösen wollte. Erst nach den Massendemonstrationen im Januar nahm sie das zurück (siehe S. 15).

z.pel.Paris. **Am 20. Mai mußte der Präsident des westafrikanischen Staates Gabun, Bongo, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. April zugestehen und einen Preisstopp für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln anordnen.** Seit dem 12.5. hatten die Gesamtheit der Grund- und Mittelschullehrer der Hauptstadt Libreville die Arbeit niedergelegt, nachdem die Regierung die schon seit März des Jahres versprochene Angleichung der Löhne an die Inflationsrate (weit über 20% 1979) immer wieder verzögert hatte. Die Masse der Schüler unterstützte den Streik mit Demonstrationen und Blockierung der Buslinien.

z.anb.Wien. **Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder fordert für die rund 32000 Beschäftigten der österreichischen Bekleidungsindustrie 8,16% Ist-Lohn-Erhöhung.** Bei Verzögerung des für 1.7.1980 fälligen Abschlusses wird die Forderung um 0,68% pro Monat erhöht. 50% der Arbeiter verdienen unter 1000 DM brutto, der Facharbeiterlohn liegt um 25% unter dem Metallecklohn. Nach drastischen Entlassungen (20% seit 1973), Ausweitung von Schicht und Akkord auf Grundlage dieses Niedrigstlohns notieren die Kapitalisten jetzt Konkurrenzvorteile bei den Arbeitskosten: 27% gegenüber der BRD. In Vorarlberg (30% der Arbeiter, eigener Tarifvertrag) drücken bis 25% höhere Lebenshaltungskosten zusätzlich das Reproduktionsniveau.



z.ans.Rom. **Mit Repressalien und kleinlich gehässiger Schikane wollen die Fiat-Kapitalisten den Arbeitern in den laufenden Firmentarifverhandlungen Stärke demonstrieren:** Entlassungen kranker Arbeiter wegen zu häufiger ,,Fehlzeiten", Verkürzung der Arbeitstakte, Versetzungen, Spitzel in den Werkhallen. 7000 Arbeiter haben im Lancia-Autowerk in Chivasso mit einem zweistündigen Streik geantwortet. Nach dem Selbstmordversuch eines alten Arbeiters, der versetzt werden sollte, haben die Lancia-Arbeiter erneut an zwei Tagen gestreikt. Gegen unpünktliche Lohnauszahlung streikten Gruppen von Arbeitern der Lackiererei in Turin-Miafiori. In den Firmentarifverhandlungen konnte die Gewerkschaft durchsetzen, daß die Löhne vollständig am Monatsende ausgezahlt werden und nicht erst im folgenden Monat.

z.krk. **Eine unlängst in Budapest durchgeführte Meinungsumfrage ergab, daß ⅔ der Bevölkerung die bestehenden Einkommensunterschiede für zu groß hält und sich dringend für deren Verminderung einsetzt.** Auf die Frage ob sie es für richtig hielten, daß die Höhe der Löhne von der Höhe der Profite der jeweiligen Betriebe abhängt, anworteten nur 16% der befragten Werktätigen mit ,,ja". Der Widerstand gegen die dieses Jahr eingeführte Lohndifferenzierung und die Abhängigkeit der betrieblichen Lohnfonds von der Höhe der Profite ist groß, da die großen Familien und die Rentner schwere soziale Sorgen haben, stellt die Studie fest, und: ,,Beim Zustandekommen des Widerstandes spielt die Verankerung der Gleichheitsidee des Sozialismus eine Rolle ..." Gegen diese Lohndifferenzierung hat eine Brigade der Csepel-Werke den Kampf auf ihre Art aufgenommen: nachdem der erste differenzierte Lohn ausgezahlt wurde, ging die gesamte Brigade wie gewohnt in die nächste Kneipe. Dort legte der Brigadeleiter seine Mütze auf den Tisch, wo jeder seinen differenzierten Lohn hineinlegte. Alsdann verteilte der Brigadier das Geld von neuem – für jeden gleich. Über den Vorfall – der inzwischen im Betrieb zu Legende geworden sein soll – berichtet Népszabadság, Zentralorgan der USAP, um dagegen schärfstens als ,,Entgleisung des Gerechtigkeitsgefühls" zu polemisieren.

z.bag.Aarhus. **Am 30. und 31. Mai fand in Kopenhagen die 4. Generalversammlung des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB) statt.** Erschienen waren 122 Delegierte aus den 9 EG-Ländern plus Norwegen und Schweden. In den Eröffnungsreden wurde mehrmals auf die gespannte Weltlage eingegangen. So fand z.B. IG Metall-Vorsitzender Eugen Loderer sehr scharfe Worte gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, nahm dabei allerdings gleichzeitig den US-Imperialismus in Schutz. Andere Redner wandten sich deutlich gegen beide Supermächte. – Bei der Aussprache über den Tätigkeitsbericht wurde herausgearbeitet, daß es im wesentlichen nicht gelungen sei, der Rationalisierungspolitik und den Angriffen auf die gewerkschaftlichen Rechte durch die Metallkonzerne wirkungsvoll entgegenzutreten. Der EMB habe aber Fortschritte gemacht in der Untersuchungsarbeit, unter anderem über die Auswirkungen der Mikroelektronik. Und mit dem Aktionstag zum Schiffbau am 15.9. 1978 sei dem EMB auch ein erstes gemeinsames Handeln nach außen gelungen. – Als wichtigster Antrag wurde eine Entschließung über die Tarifpolitik verabschiedet, die für die Anhebung der Niedriglöhne und gegen ,,die in vielen Ländern bestehenden Eingruppierungs- und Lohnsysteme, die auf analytischer Arbeitsbewertung beruhen", für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die generelle Einführung einer 5. Schicht eintritt.

„Fortentwicklung" des Strafvollzugs: Mehr Gefangene sollen arbeiten.

z.klm. Am 13.5.1980 hat der Bundestag ein neues Gesetz zur Fortentwicklung des Strafvollzuges – Erstes Strafvollzugs-Fortentwicklungsgesetz (1. StVollzFG) – beschlossen. Streit gab es vorher um die Finanzierbarkeit. Erhöhung der Gefangenenlöhne von 5 auf 7 oder 10% der Bemessungsgrundlage war die Frage. Für den Gefangenen geht es um 2,10 DM oder 5,25 DM täglich mehr. 10% wurden beschlossen. Bei gleichzeitiger Einbeziehung der Gefangenen in die Krankenversicherung und ab 1.1.1985 in die Rentenversicherung entstehen den Ländern Kosten in Höhe von 109 Mio. DM (ab 1985 zusätzlich 236 Mio. DM). Darum gab es Gerangel im Rechtsausschuß. Ansonsten war man sich einig. Die Abgeordneten Hartmann (CDU/CSU) und Heyenn (SPD) schreiben in ihrem Bericht an den Bundesrat: „Das Arbeitsentgelt für die Gefangenen ist zur Zeit so niedrig, daß der Gefangene nur in geringem Umfang Geld zur Überbrückung der Zeit nach seiner Entlassung ansparen kann. Diese soziale Schlechterstellung der Gefangenen gegenüber freien Arbeitnehmern wirkt sich nicht nur für die Wiedereingliederung der Gefangenen nach ihrer Entlassung ungünstig aus, sie benachteiligt auch deren Familien." Gemeinsame soziale Ader von Regierung und Opposition?

Nach der Erhöhung wird der Ecklohn nach heutiger Berechnung 10,50 DM betragen. Nach der Strafvollzugsvergütungsordnung vom 11.1.1977 gibt es fünf Lohngruppen. Der Ecklohn kann hier von 75% bis 125% gezahlt werden. Das ist Sache der Anstalt. Der Lohn unterliegt der Kontrolle durch die Anstalt. Pfändungen von Teilen des Lohnes sind Tür und Tor geöffnet. In Niedersachsen werden z.B. Pfändungen bis auf 30 DM des verdienten Lohnes durchgeführt. Was bei der Entlassung noch übrig sein sollte, bedeutet Entlastung der Sozialämter.

Die Versicherung ist gekoppelt an die Arbeit. Legt ein Gefangener die Arbeit wegen zu hoher Pensen nieder, verliert seine Familie, die durch ihn mitversichert ist, den Versicherungsschutz. „Durch die Einführung der Krankenversicherung stehen ab 1981 bei den Sozialhilfeaufwendungen Entlastungen (an), die gegenwärtig auf etwa 10 Mio. DM geschätzt werden." Arbeitsdisziplin und Entlastung der Sozialämter sind die Triebfeder des „Entwicklungsgesetzes".

Gleichstellung der Gefangenen mit dem „freien" Arbeitern durch die Anerkennung eines „Arbeitnehmerstatus" tut not. Die daraus folgenden Rechte (tarifliche Bezahlung wie „freie" Arbeiter, gewerkschaftliche Betätigung und Streikrecht) schaffen die Voraussetzung, daß sich der gefangene Arbeiter nach seiner Entlassung in seine Klasse einreihen kann. Das jetzt verabschiedete „Entwicklungsgesetz" geht auf die Disziplinierung der Gefangenen zur Arbeit zum niedrigen Lohn. Ein Angebot an die Kapitalisten, mehr qualifizierte Arbeitsaufträge in die Gefängnisse zu vergeben.

Bremer Vulkan: Teilnahme der über 18jährigen an den Jugendversammlungen erkämpft

z.hek. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen gelang es den Lehrlingen der Bremer Vulkan Werft, eine Betriebsvereinbarung gegen die Betriebsführung durchzusetzen, die es allen Lehrlingen möglich macht, an den Jugendversammlungen teilzunehmen.

Im § 60(1) BetrVG wird das Vertretungsrecht der Jugendvertretung auf die Jugendlichen beschränkt, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Es stellt sich jedoch heute so, daß große Teile der Lehrlinge bei Antritt der Lehre das 18. Lebensjahr überschritten haben. Den § 60 benutzen die Kapitalisten folglich zur Spaltung der Lehrlinge, indem sie ihnen eine Möglichkeit zur Verständigung über

– 2. Wenn sie eine Versammlung besuchen, haben sie die Pflicht, entweder an diesem Tag während der Normalarbeitszeit auf dem Bremer Vulkan anwesend zu sein oder die Zeit vor und nach den Versammlungen am Berufsschulunterricht teilzunehmen.
– 3.a) Die Zeit der Teilnahme ist vom Versammlungsleiter/Betriebsrat zu bestätigen.
– 3. b) Bei Einladungen zu Versammlungen wird auf diese Bekanntmachung hingewiesen.

Diese Vereinbarung macht *allen* Lehrlingen die Teilnahme bei entsprechender Auswahl der Tage an den Versammlungen möglich. Am 27.5. wurde dies erstmals praktiziert. Der Ausbil-

Bremer Vulkan: Teilnahme der über 18jährigen an den Jugendversammlungen erkämpft

z.hek. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen gelang es den Lehrlingen der Bremer Vulkan Werft, eine Betriebsvereinbarung gegen die Betriebsführung durchzusetzen, die es allen Lehrlingen möglich macht, an den Jugendversammlungen teilzunehmen.

Im § 60(1) BetrVG wird das Vertretungsrecht der Jugendvertretung auf die Jugendlichen beschränkt, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Es stellt sich jedoch heute so, daß große Teile der Lehrlinge bei Antritt der Lehre das 18. Lebensjahr überschritten haben. Den § 60 benutzen die Kapitalisten folglich zur Spaltung der Lehrlinge, indem sie ihnen eine Möglichkeit zur Verständigung über
die notwendigen Schritte gegen die Ausbeutung und kleinlichst gehässige Schikane seitens der Kapitalisten nehmen wollen.

Die jetzt abgeschlossene Betriebsvereinbarung beinhaltet folgendes:

– 1. Alle Auszubildenden können auf der Basis der Freiwilligkeit auch an Berufsschultagen diese Versammlungen (gemeint sind Betriebs-, Jugend- und Abteilungsversammlungen) besuchen, wenn sie sich mindestens eine Woche vorher bei der Schule abgemeldet haben.

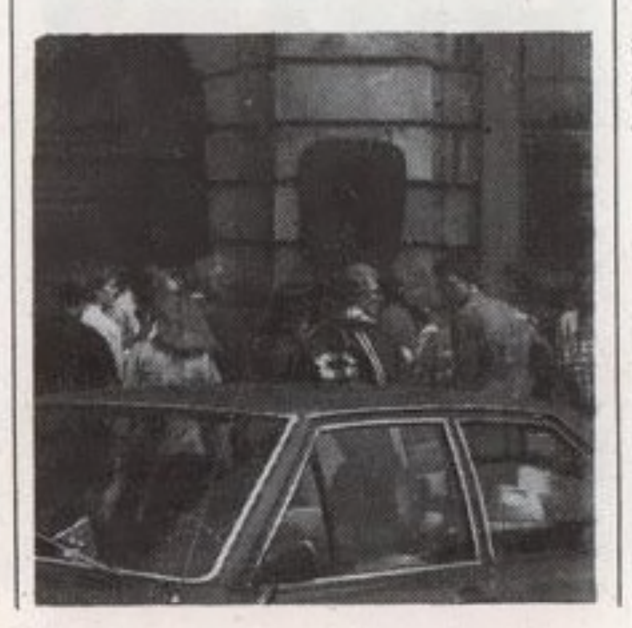
– 2. Wenn sie eine Versammlung besuchen, haben sie die Pflicht, entweder an diesem Tag während der Normalarbeitszeit auf dem Bremer Vulkan anwesend zu sein oder die Zeit vor und nach den Versammlungen am Berufsschulunterricht teilzunehmen.
– 3.a) Die Zeit der Teilnahme ist vom Versammlungsleiter/Betriebsrat zu bestätigen.
– 3. b) Bei Einladungen zu Versammlungen wird auf diese Bekanntmachung hingewiesen.

Diese Vereinbarung macht *allen* Lehrlingen die Teilnahme bei entsprechender Auswahl der Tage an den Versammlungen möglich. Am 27.5. wurde dies erstmals praktiziert. Der Ausbil-dungsleiter, der wie die Betriebsführung mit solch einem Verlauf nicht rechnete, telefonierte im gesamten Betrieb herum, daß den über 18jährigen die Teilnahme an der Versammlung verboten sei. Gleichzeitig setzte er sich mit den entsprechenden Schulleitungen in Verbindung, um eine Befreiung vom Unterricht zu verhindern. Da alles nichts fruchtete, drohte er auf der Versammlung mit Nichtbezahlung und Verwarnungen. Beides ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Jugendlichen planen im Falle von Disziplinierungen geeignete Schritte dagegen.

Kampf gegen die Einführung von Studiengebühren an den bayerischen Hochschulen

z.div. Zum 1.Juni sollte an den staatlichen bayerischen Hochschulen die „Verordnung über die Erhebung von Studiengebühren" in Kraft treten. Grundlage ist ein vom Landtag beschlossenes Änderungsgesetz zum BayHschG, das die Abschaffung der Gebührenfreiheit beinhaltet. Zwischen 400 und 600 DM pro Semester soll zahlen, wer die BAFöG-Höchstförderungsdauer um mehr als zwei Semester überschreitet oder den Studiengang wechselt.

Der Widerstand der Studenten hat ein Inkrafttreten der Verordnung zum vorgesehenen Zeitpunkt verhindert. Bei deren Bekanntwerden durch ein Schreiben des Kultusministeriums an die Hochschulleitungen sind an nahezu allen Hochschulen Kampfmaßnahmen eingeleitet worden; Go-in von 60 Studenten beim Kanzler der FAU Erlangen-Nürnberg (s. Bild), Demonstration in München und Regensburg, Verhandlungen der Studentenvertretungen mit den Universitätspräsidenten an mehreren Orten. Letztere haben aus „verwaltungstechnischen Gründen" und wegen erwarteter „zahlreicher Streitigkeiten" mehrheitlich negativ zur Gebührenverordnung Stellung bezogen, zur Höhe der Gebühren hat sich keine Hochschulleitung zu äußern gewagt. Auf der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Würzburg von Studenten gestellt, bekannte Kultusminister Maier, er sei „jetzt etwas unglücklich über den Beschluß". Die Erlanger Fachschaften bereiten für die zweite Juniwoche Urabstimmung über Streik vor, am 25. wird in München eine regionale Demonstration stattfinden. Verschiedene Gewerkschaftskörper der ÖTV und GEW haben sich in Beschlüssen sowie mit Unterschriftensammlungen gegen die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen und unterstützen den Kampf der Studenten.



Zum Beispiel Astrid, ein autistisch behindertes Kind

z.paw. Astrid K. ist in diesem Artikel eine Erfindung, in der Wirklichkeit ist sie eine Zusammenstellung von Erfahrungen, die für die 600 als autistisch bekannten und auf 7–8000 geschätzten autistischen Kinder in der BRD typisch sind. – Nach normaler Entwicklung wird Astrid mit 12 Monaten auffallend passiv, sie macht keine Fortschritte im Sprechen mehr, sieht einen nicht an, spielt nicht mehr, schreit ohne Grund. Die erste Phase in dem jetzt veränderten Leben vor allem der Mutter, die den Beruf nicht wieder aufnehmen kann, besteht darin, sich bei verschiedenen Ärzten und Institutionen Diagnosen anzuhören: Entwicklungsverzögerung; leichte Taubheit: Aber das Hörgerät führt dazu, daß Astrid noch mehr schreit; Verdacht auf kindliche Schizophrenie. Mit fünf spricht Astrid etwas, aber sie spricht schematisch, von sich selbst spricht sie nur mit Namen und nennt andere ‚ich', Fragen wiederholt sie, statt sie zu beantworten. Sie wird entweder dauernd abgelenkt von dem, was sie gerade sieht, oder aber sie ist von einer Tätigkeit, wie Papier aufeinander kleben, überhaupt nicht abzubringen. Entsprechende Spezialisten in Göttingen oder Münster, allein 60 DM Fahrtkosten, stellen schließlich die Diagnose: frühkindlicher Autismus. Unter diesem Begriff wird in der bürgerlichen Medizin und Psychologie ein lockeres Bündel von Erscheinungen zusammengefaßt: Die soziale Zurückgezogenheit hat dem Erscheinungsbild den Namen gegeben: „autistisch" (= selbstbezogen); extreme Vorlieben für bestimmte Empfindungen, wie das Fühlen rauher Flächen und gleichsam Abschalten anderer Sinne – scheinbare Taubheit bei intaktem Gehör; stereotype Handbewegungen, insbesondere in angespannten Situationen; Ängstlichkeit, insbesondere gegenüber neuen Situationen; von Nichtsprechenkönnen über schematisches, nicht von der Situation abstrahierendes Sprechen bis zu normalem Sprechen, aber eingeschränkt auf ein enges, absonderlich erscheinendes Interessengebiet. Schwer abzugrenzen von z. B. geistiger Behinderung, zumal da es häufig in Verbindung mit anderen Erscheinungen wie spastischen Lähmungen auftritt. Gemeinsam ist den sehr unterschiedlichen Erscheinungen höchstens die besonders einseitige und und unselbständige Art der Auseinandersetzung mit der sozialen und der gegenständlichen (entgegen der *Wort*bedeutung) Umwelt. Für die bürgerliche Wissenschaft ist das manchmal bizarre Erscheinungsbild hauptsächlich ein Anlaß, diese Behinderung zu mystifizieren und zu verklären: „die *einsame* Seele". So wird das Gefühl der Einsamkeit hineingelegt gerade dort, wo häufig jeglicher soziale Kontakt gar nicht ausgebildet ist – und man das Gefühl der Einsamkeit gar nicht annehmen kann, so wenig wie bei Blinden das Gefühl der Dunkelheit oder bei Tauben die Empfindung der Stille.

An den Universitäten wird vor allem die Theorie eines wissenschaftlichen Lumpen namens Bruno Bettelheim ausgebreitet: „Verschiedene einst stumme Kinder haben uns später erzählt, daß sie deshalb nicht reden, weil sonst die Leere in ihrem Kopf vollständig geworden wäre." – Wie sollen Kinder, die nicht sprechen können und nur ganz konkrete Sprache verstehen, in abstakten, sprachlich vermittelten Bildern denken können („leerer Kopf")? Durch Bettelheims Buch „Erwachendes Selbst" zieht sich die Vorstellung, daß die Kinder mit fertigem Bewußtsein, einer Seele also, auf die Welt kommen. Da die „gefühlskalte" Mutter den „Erwartungen" nicht nachkomme, ziehe es sich vor der „gefühlskalten Welt" zurück. So abstrahiert er von dem jeweiligen Entwicklungsstand, der bedingt ist durch die inneren nervlichen Voraussetzungen und die äußeren Erfahrungen. Diese Beschuldigung der Mutter kann nur ankommen, indem die autistische Behinderung als auf die „Oberschicht" begrenzt hingelogen wird. So wird die Erscheinung für den Staat bequem. In Wirklichkeit kommt die Behinderung in den verschiedenen sozialen Klassen vor, und man muß wegen des qualitativ abgesonderten Erscheinungsbildes annehmen, daß demselben eine biochemische Beeinträchtigung der höheren Nerventätigkeit, insbesondere dessen Flexibilität, zugrunde liegt. Einiges weist darauf hin, daß es in einigen Fällen Folge von unauffälliger Gehirnentzündung nach Impfungen ist, die offenbar wenig erprobt sind (siehe „Autismus", 7/79). Forschung *darüber* gibt es nicht.

Astrids Eltern müssen praktisch jeden Schritt Betreuung und Ausbildung zäh erkämpfen: Verweis vom Kindergarten, Sonderkindergarten, 8 km entfernt; zweimal Zurückstufung von der Einschulung, schließlich Sonderschule für geistig Behinderte oder für Lernbehinderte. Um Astrid die Zukunft von Werkstätten oder Psychiatrie zu ersparen, muß die Mutter ihre Zeit damit verbringen, Astrid zu verschiedenen Stellen zu bringen, wo unter verschiedenen Namen Ähnliches mit Astrid geübt wird, was eigentlich Aufgabe der Schule wäre: zum Logopäden (Sprechausbildung), zur Gymnastik, zur Verhaltens- und Beschäftigungstherapie. Jegliche Beschulung und die Bezahlung der verschiednen Übungsstunden wurden überhaupt erst in den letzten Jahren vom dem Elternverein „Hilfe für das autistische Kind" erkämpft. Die Erfahrung zeigt, daß durch beharrliche Übung zwar nicht die Ursachen beseitigt, aber weitgehend kompensiert werden können. Behinderungen werden staatlicherseits als das individuelle Problem behandelt, es sei denn, es läßt sich unmittelbar etwas aus ihnen herausholen. Eintreten muß man für die gesellschaftliche Behandlung dieses Problems, für die Ausbildung in der Ganztagsschule, mit entsprechenden inneren, vor allem personellen, Voraussetzungen.



Mundübungen vor dem Spiegel, als Vorstufe zum Sprechen. Einige Kinder lernen das Sprechen über Buchstabenlesen.

dungen, wie das Fühlen rauher Flächen und gleichsam Abschalten anderer Sinne – scheinbare Taubheit bei intaktem Gehör; stereotype Handbewegungen, insbesondere in angespannten Situationen; Ängstlichkeit, insbesondere gegenüber neuen Situationen; von Nichtsprechenkönnen über schematisches, nicht von der Situation abstrahierendes Sprechen bis zu normalem Sprechen, aber eingeschränkt auf ein enges, absonderlich erscheinendes Interessengebiet. Schwer abzugrenzen von z. B. geistiger Behinderung, zumal da es häufig in Verbindung mit anderen Erscheinungen wie spastischen Lähmungen auftritt. Gemeinsam ist den sehr unterschiedlichen Erscheinungen höchstens die besonders einseitige und und unselbständige Art der Auseinandersetzung mit der sozialen und der gegenständlichen (entgegen der *Wort*bedeutung) Umwelt. Für die bürgerliche

Wirklichkeit kommt die Behinderung in den verschiedenen sozialen Klassen vor, und man muß wegen des qualitativ abgesonderten Erscheinungsbildes

lung dieses Problems, für die Ausbildung in der Ganztagsschule, mit entsprechenden inneren, vor allem personellen, Voraussetzungen.



Mundübungen vor dem Spiegel, als Vorstufe zum Sprechen. Einige Kinder lernen das Sprechen über Buchstabenlesen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21., Tel. 39 45 90
Kommunistischer Studentenbund (KSB)

Kiel
27. Mai 1980
22a2b0800p

Agrar-Praktikanten im landesweiten Tarifvertrag aufgenommen

Am 7.5. 1980 haben der Landwirtschaftliche Arbeitgeberverband Schleswig-Holstein und die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten einen Tarifvertrag abgeschlossen. Vorausgegangen waren dem langjährige Bemühungen und Kämpfe, in denen die Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, ein Zusammenschluß aller Fachbereiche dieser Richtungen in der BRD, zusammen mit der GGLF die Forderung nach der Einbindung der Praktikanten und Auszubildenden in die Tarif- und Manteltarifverträge erhoben haben. Notwendig war dies wegen der völlig rechtlosen Position der Praktikanten und Auszubildenden, denen weder ein einheitlich festgelegtes Entgeld noch, bei den Praktikanten, allgemein gültige Ausbildungsrichtlinien, Kündigungsrechte, Urlaubsregelungen und Bestimmungen zur Überstunden-, Nacht- und Wochenendarbeit vorlagen. Nach dem abgeschlossenen und seit dem 1.05.80 gültigen Tarifvertrag gelten jetzt folgende Tarife:

„§1: Die Gesamtbruttomonatsvergütungen betragen B. für Praktikanten ohne einschlägige fachpraktische Vorkenntnisse 542,30 DM, mit einschlägigen fachpraktischen Vorkenntnissen 621,30 DM. §2: Soweit Auszubildenden oder Praktikanten ganz oder teilweise Kost und Wohnung gewährt wird, sind hierfür die in der jeweils geltenden Sachbezugsverordnung festgesetzten Werte anzusetzen und von der vereinbarten Vergütung abzuziehen.

Protokollnotiz: 1. Der volle Wert für Kost und Wohnung beträgt in Schleswig-Holstein ab 1. Januar 1980 350 DM für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und für Auszubildende 297,50 DM je Monat. 2. Von den vereinbarten Bruttomonatsvergütungen sind die Anteile an den Beiträgen zu den Sozialversicherungen sowie die Lohn- und Kirchensteuer einzubehalten."

Der Abschluß dieses Tarifvertrages ist ein Fortschritt, aber noch kein Grund zu feiern. Erstens fallen die geldlichen Bezüge weit hinter die Forderung nach 700 DM brutto für alle gleich und Bezahlung der Sozialversicherung durch den Arbeitgeber zurück. Zweitens ist dieser Tarifvertrag kein Mittel, die Ersetzung von Landarbeitern durch billige und rechtlose Praktikanten zu ersetzen. Wie aus einer Untersuchung hervorgeht, die auf einer Umfrage unter ca. 170 ehemaligen Praktikanten an der Uni Kiel beruht, sind gerade die Arbeitszeiten weit über eine 40-Stunden-Woche hinausgegangen. Im Rahmentarifvertrag Schleswig-Holstein für Landarbeiter wird die Arbeitszeit wie folgt geregelt: Januar – März: 40h/w.; April – Juli: 41h/w.; August 49h/w.; September, Oktober: 46h/w.; November, Dezember: 40h/w. (§3). Das sind im Schnitt 42 Wochenstunden.

§5 Rahmentarifvertrag, Ziffer 6 (Zuschläge für Überstundenarbeit): Die Zuschläge betragen: a) für Mehrarbeit: 25 vH, b) für Nachtarbeit: 20 vH, c) für Sonntagsarbeit: 150 vH zum jeweiligen Stundenlohn. Wenn Nacht- und Mehrarbeit zusammenfallen, sind beide Zuschläge zu bezahlen.

Ziffer 3: „Jede in der Zeit zwischen 21 Uhr und 4 Uhr geleistete Arbeit ist Nachtarbeit."

Alle diese Bestimmungen gelten für Praktikanten nicht. Sie sind also nach wie vor als Lohndrücker einsetzbar.

Weiterhin regelt der abgeschlossene Tarifvertrag nicht die Ausbildungsbedingungen für Praktikanten. In dem von GGLF und Fachtagung ELFG geforderten Praktikantenvertrag heißt es z.B. in §2: „Pflichten des Betriebsinhabers und Ausbildungsleiters:

Der Ausbildende verpflichtet sich:

1. Die Ausbildung so zu gestalten, daß der Praktikant vielseitige Fähigkeiten und Kenntnisse sowohl im handwerklich-technischen als auch im sozioökonomischen Bereich erwirbt, eigene Erfahrungen sammelt und Vergleiche anstellen kann ..." Für die Durchsetzung der Regelung der Ausbildung, der Arbeitsbedingungen und der Aufhebung der Spaltung zwischen Landarbeitern und Praktikanten steht der Kampf für die Einbindung des Praktikantenvertrages in den Rahmentarifvertrag nach wie vor auf der Tagesordnung, bundesweit allemal. Der Tarifvertrag ist ein erster Erfolg in dieser Auseinandersetzung.

Die Konsequenzen gehen weit über den Fachbereich Agrar hinaus: in einer ganzen Reihe von Studiengängen ist nämlich ein Betriebspraktikum Bedingung für die Abschlußprüfung, und die Bestrebungen nach Einbindung in die Tarifverträge sind entsprechend weit verbreitet. Der Erfolg auf dem Agrar-Sektor wird von diesen Studiengängen gut genutzt werden können.

Die Bourgeoisie betreibt den Krieg, deshalb muß sie Clausewitz verleugnen

z.scc. Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel gedachte des preußischen Offiziers und Militärtheoretikers Carl von Clausewitz (1780 – 1831) kurz vor dessen 200. Geburtstag in eigentümlicher Absicht: ,,Von dem Augenblick an, da Moskau und Washington über Fernraketen verfügten, verlor der Clausewitz-Satz vom Krieg als der ‚Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel' seinen Sinn. Der Krieg im Atomzeitalter ist zu einer politischen Absurdität geworden.'' Und: ,,Machtgleichgewicht und die Vorstellung von Politik als Kampf um Macht mit den Mitteln des Krieges schließen sich gegenseitig aus. In dieser Auffassung von Politik haben wir uns heute eindeutig gegen Clausewitz entschieden.'' Nun, wollte Apel ,,entscheiden'', daß U künftig X sei, würde das Alphabet diesen Angriff wohl schadlos überstehen, doch die Frage aufgeworfen sein, warum ein X für ein U zu gelten habe.

Clausewitz, der einer protestantischen Theologen- und Beamtenfamilie entstammt, hat den grundlegenden Beitrag dazu geliefert, den Krieg aller idealistischen Verhüllungen zu entkleiden. Mit der kalten Nüchternheit der die feudalen Fesseln sprengenden Bourgeoisie hielt er auf die Streitfrage, ob man den Krieg als Kunst oder als Wissenschaft zu behandeln habe, entgegen, daß er sich viel besser ,,mit dem Handel vergleichen'' lasse, ,,der auch ein Konflikt menschlicher Interessen und Tätigkeiten ist.'' Wie der Handel den Vorteil sucht, so der Krieg. ,,Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen ... Gewalt ... ist also ein Mittel, dem Feind unseren Willen aufzudringen, der Zweck. Um diesen Zweck sicher zu erreichen, müssen wir den Feind wehrlos machen, und dies ist dem Begriff nach das eigentliche Ziel der kriegerischen Handlung.''

Nichts hat die Herrschaftsepoche der Kapitalistenklasse daran geändert, nur, daß sie mit dem Welthandel den Weltkrieg hervorgebracht, mit der Stufenleiter der Produktion ihre räuberischen Gelüste und die Mittel ihrer Gewalt gesteigert hat. Wie aber sollten sich diese Mittel gegen die Gelüste selber wenden? ,,Wir behaupten ..., der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer'' – nämlich gewaltsamer – ,,Mittel'', konnte Clausewitz in einer Zeit schreiben, in der die Interessen der Bourgeoisie revolutionären Fortschritt bedeuteten, Fortschritt auch in dem Sinn, daß ,,die Menschen endlich gezwungen (sind), ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen''. (Manifest der Kommunistischen Partei) Diese Nüchternheit haben nicht zuletzt die Revolutions- und napoleonischen Kriege der deutschen Bourgeoisie einprügeln müssen. Insofern, als sie die feudalen Gesellschaften Europas schwer erschütterten und die gewaltige Überlegenheit der bürgerlichen Gesellschaft auch auf dem Kriegsfeld erwiesen. Diese Überlegenheit – ,,Der Krieg war urplötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden'', darin ist sie begründet – führte Clausewitz auf die Überlegenheit der Politik zurück. ,,Diese Politik hatte andere Mittel, andere Kräfte aufgeboten und dadurch eine Energie der Kriegführung möglich gemacht, an welche außerdem nicht zu denken gewesen wäre.'' Folgerichtig trat Clausewitz zusammen mit Scharnhorst und anderen im Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich für eine Reform der Heeresverfassung ein: ,,Preußen hat das Bedürfnis, sein ganzes Volk zu bewaffnen, damit es den beiden Kolossen widerstehen könne, die es von Osten und Westen her stets bedrohen werden.'' Daß diese Reform auf halbem Weg stecken blieb, die allgemeine Wehrpflicht einführte, aber das stehende Heer als Instrument der Reaktion unangetastet ließ, kennzeichnet die Feigheit der deutschen Bourgeoisie, die sich mit dem Adel verschwägerte, weil sie die Volksmassen fürchtete.

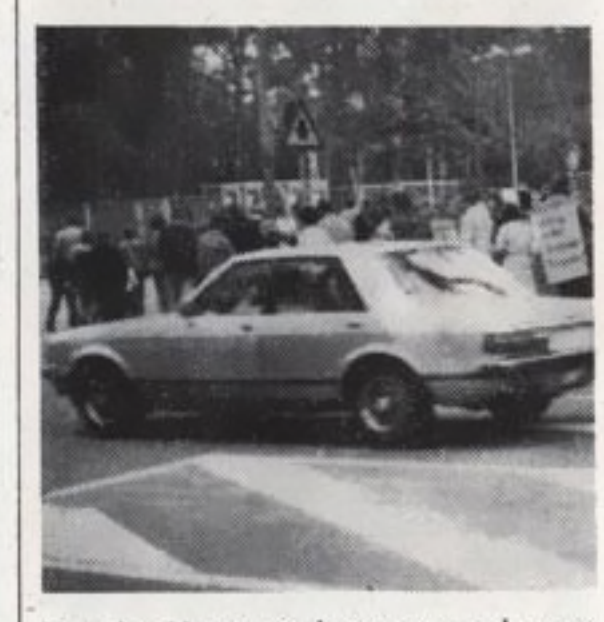
Heute, nach den geschichtlichen Erfahrungen jahrhundertelanger kapitalistischer Ausbeutung, zweier imperialistischer Weltkriege, aber auch der sozialistischen Revolution in einigen Ländern, müssen die Bourgeois jede Theorie, die an der Feststellung vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ansetzt, unterdrücken. Weil sie unweigerlich zu der Antwort führt, welche Politik, die Politik welcher Klasse der Krieg fortsetzt, und weil sie dem revolutionären Krieg gegen den imperialistischen Krieg und die imperialistische Herrschaft selbst dient. Der Krieg sei ,,absurd'', sagt Apel, und die Entspannungspolitik auf seine Verhinderung gerichtet. Aber ist es nicht die Entspannungspolitik, unter deren Zeichen die BRD-Monopolbourgeoisie seit über zehn Jahren ihre imperialistische Expansion vorangetrieben und so die Faktoren des Krieges gestärkt hat? Während die Drohungen mit den atomaren Vernichtungsmitteln zum Zwecke des politischen Drucks noch hallen, sind die realen Vernichtungsmittel, die zum konkreten Zweck des Niederwerfens geeignet sind, auf allen Seiten zunehmend in Stellung.

Ein ,,erfolgreicher Tag der offenen Tür'' – aber nicht für die Bundeswehrführung!

r.reh. Kaum ein Soldat außer den Offizieren wollte begeistert die Propagandaschau des Kommandeurs des Jägerbataillons 172 in Lübeck am Tag der offenen Tür mitmachen. Während einige sich an Petrus wandten und schlechtes Wetter herbei wünschten, entschieden sich die Soldaten, etwas gegen solch verlogen inszenierte Schau zu machen. Sie schrieben einen Leserbrief an die Lübecker Nachrichten, in dem die Verhältnisse in der Armee enthüllt wurden, insbesondere die schlechte soziale Lage und die Überarbeit angegriffen wurden. Innerhalb eines Tages unterstützten 75 Soldaten diesen Brief, was umso mehr wiegt, als nur drei Kompanien erfaßt werden konnten, weil die anderen Pfingstdienstbereitschaft hatten. So unterstützten in einer Kompanie über 90% der Mannschaften diesen Brief. Die Lübecker Nachrichten haben ihn nicht abgedruckt, aber als Flugblatt ist er in der Stadt verteilt worden. Gestützt auf Untersuchungen, die die Soldaten durchführten, sollte der Tag genutzt werden, den Jugendlichen, die geworben werden sollten, die Augen zu öffnen und die Besucher für die Unterstützung der Forderungen nach Dienstausgleich, bessere Bezahlung und gegen die tagtägliche Schinderei und Unterdrückung in der Armee zu gewinnen. In dem Brief heißt es: ,,Die Soldaten der 5.Kp. sollen so in der Zeit vom 22.5. bis 13.6. 7 - 9 Tage Zusatzdienste machen, für die es keinen Ausgleich gibt. Danach fährt das Bataillon 15 Tage auf Übung, was für viele drei zusätzliche Wochenenden Dienst bedeutet, so daß einige sechs und mehr Wochen nicht nach Hause kommen. Rechnet man diese Dienste zu den täglichen Diensten hinzu, kommt man auf eine Wochenarbeitszeitbelastung von über 90 Stunden. Dafür gibt es einen Sold von durchschnittlich 277 DM im Monat. In einer Kompanie haben wir einmal untersucht, wie die Soldaten mit der hohen Dienstzeitbelastung und dem wenigen Geld überhaupt über die Runden kommen. Keiner kommt mit dem Geld aus ... 64% der Soldaten müssen zwischen 200 und 300 DM zu ihrem Sold dazugeben, um überhaupt mehr schlecht als recht leben zu können. Die durchschnittliche Differenz zwischen dem Sold und den nötigsten Ausgaben liegt bei 244 DM im Monat ..., wobei in den 15 Monaten im Schnitt über 3500 DM herauskommen...''

Die Debatte um diese Untersuchungen sowie über die Verhältnisse bei der Ausbildung, bei Übungen, über Unterkünfte und das Essen, über die Beschneidung politischer und gewerkschaftlicher Rechte in der Armee an diesem Tag hat bei vielen Besuchern, die sowieso zu 70% Angehörige waren, gefruchtet.

Die Reaktion der Offiziere auf diesen Zusammenschluß war, daß sie die Soldaten über den grünen Klee gelobt haben, wie gut sie mitgemacht hätten. Mit dieser Begründung wurde ein Tag Dienstausgleich gewährt, wobei sich die Soldaten nichts vormachen lassen und wissen, daß ohne diesen Zusammenschluß kaum etwas herausgekommen wäre.



Vor der Hanseatenkaserne wurden am Sonntagvormittag 700 Flugblätter verteilt

Schnelles ,,Husarenpferd'' für Aufklärungs- und Erkundungsfahrten

z.hop. Nach rund 40 Jahren haben die Bayerischen-Motorenwerke BMW wieder ein militärisch geeignetes schweres Geländekrad entwickelt, die BMW-GS-80. Sie folgt der Tradition von Motorrädern, die im 2. Weltkrieg eingesetzt wurden für Aufklärung, Erkundung, Kurierfahrten und als Gespann für leichte und schnelle Infanterie.

Mit der Entwicklung von einem neuen Geländekrad begann BMW schon vor 1975 in Zusammenarbeit mit einer Privatwerkstatt. In einem Artikel der Militärzeitschrift ,,Kampftruppen'' 1/75 wurde berichtet: ,,Als schmales, schnelles, wendiges und stets einsatzbereites Einspurfahrzeug für Straße und Gelände hat das Krad in unserem Kriegsbild einen festen Platz. Die BMW-R 60/5 Military wäre für mögliche Kradspähtrupps eine bereits vorhandene technische Grundlage.'' Die neue BMW-GS-80 wiegt bei einem Radstand von knapp 1,5 m fahrfertig nur 138 kg. Der 798 ccm – 40,5 KW (55 PS) Zweizylinder-Boxermotor ist so hoch im Rahmen eingebaut, daß er der Maschine eine große Bodenfreiheit und eine große Watfähigkeit gibt. Der Doppelschleifen-Rohrrahmen aus Chrom-Molybdän-Stahl ist für große Belastungen im Gelände dimensioniert. Ein Fünfganggetriebe und eine Kardanwelle bringen die Motorkraft an das Hinterrad. Mit dieser technischen Ausrüstung ist sie an Schnelligkeit, Wendigkeit, Leichtigkeit, Anzug und Durchzug allen anderen möglichen Militärfahrzeugen überlegen.

Die neue BMW soll dort eingesetzt werden, wo die Leistung der vorhandenen leichten Maico-Meldekräder mit Einzylinder-Zweitaktmotor aus ,,taktisch-technischen Gründen'' nicht ausreicht und die Lautstärke der Einzylindermaschinen zu groß ist.

Die ,,möglichen Einsatzgebiete werden in ,,Kampftruppen'' 1/80 beschrieben: ,,... z.B. Gebirge, Wald, dichter Bodenbewuchs, Forst- und landwirtschaftliche Kulturen, dicht bebaute und eng besiedelte Kultur-, Wirtschafts- und Industrielandschaften, durchzogen von breiten Verkehrsbändern mit den drohenden Möglichkeiten nuklearer Zerstörung und Verwüstungen in zukünftigen Konflikten, aber auch ungeordnete Naturlandschaften mit Wege- und Brückenlosigkeit, Sand- und Sumpfboden, Dauerfrostböden, Schnee und Eis u. dgl. ...''

Über die Anwendungsmöglichkeiten der neuen BMW heißt es in dem Artikel weiter: ,,... Je mehr die großen und teuren gepanzerten Aufklärungs- und Erkundungsfahrzeuge in ihrer Qualifikation für schnelle und extensive Einsätze nach der Art der alten Husaren unter den genannten geographischen Zuständen angezweifelt werden, um so stärker bietet sich das schwere Krad mit stabilem Soziussitz oder kleinem, weitreichendem Sozius-Funkgerät als rezentes Husarenpferd mit kongenialem Reiter an.'' Derartige Krad-Spähtrupps sind nicht neu, große Kradverbände waren bei dem Überfall auf die Sowjetunion im Einsatz und wurden auch als Ersatz für fehlende Spähfahrzeuge und zur Patisanenbekämpfung verstärkt gegen Ende des Krieges eingesetzt.



VR China: Modernisierung der Landesverteidigung ist notwendig

Die Volksbefreiungsarmee verstärkt eigene Waffenentwicklungen / Lernen vom Ausland

z.krk. Zwischen dem 18. und 21.5. hat die VR China das erste Mal eine Langstrecken-Interkontinentalrakete erprobt. Der Test verlief erfolgreich, die Rakete schlug im vorgesehenen Gebiet des Pazifik ein. Sie ist aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln in der VR China gebaut worden.

Einige Tage später, am 30.5., besuchte der für Militärfragen zuständige chinesische stellvertretende Ministerpräsident Geng Biao die USA und führte dort Verhandlungen über den Ankauf von modernen technischen Ausrüstungen für die Landesverteidigung. Die VR China und die USA vereinbarten, daß die US-Regierung die Lizenz für die Lieferung folgender Gerätschaften erteilt: Radargeräte für die taktische Luftverteidigung, Geräte für ,,passive Gegenmaßnahmen'', wie die Störung der elektronischen Geräte angreifender Flugzeuge, Fernmelde- und Funkausrüstungen, eine Antenne für das Frühwarnsystem, Transporthubschrauber, das Transportflugzeug C-130 und Sattelschlepper. Journalisten, die angesichts der Abkommen ein chinesisch-amerikanisches Militärbündnis witterten, erklärte US-Verteidigungsminister Brown: ,,Es ist möglich befreundet, ohne alliert zu sein.'' Eine Vereinbarung über den Bau einer Bodenstation für chinesische Erdbeobachtungssatelliten durch die USA existiert bereits.

Mit den kleineren imperialistischen Ländern der NATO hat die VR China bereits früher Verhandlungen über den Ankauf moderner Militärtechnik geführt. 1975 hatte sie von Rolls Royce (GB) Spey-Flugzeugtriebwerke sowie ihre Lizenz gekauft. Spey-Triebwerke sind für Militärflugzeuge geeignet und ermöglichen eine Beschleunigung auf Mach 2. Seit 1978 laufen Verhandlungen mit England über den Ankauf von ,,Harrier-Senkrechtstartern; mit Frankreich über die Lieferung von ,,Super-Frelon'' Hubschraubern und Panzerabwehr-Raketen, darunter auch des französisch-westdeutschen Koprodukts ,,Milan''.

Seit der Verabschiedung des Programms der vier Modernisierungen (von denen eine ja die Modernisierung der Landesverteidigung ist) unternehmen die Partei und der Staat große Anstrengungen zur Versorgung der Armee mit modernen Ausrüstungen und zur Entwicklung einer der heutigen innen- wie außenpolitischen Lage entsprechenden Militärstrategie.

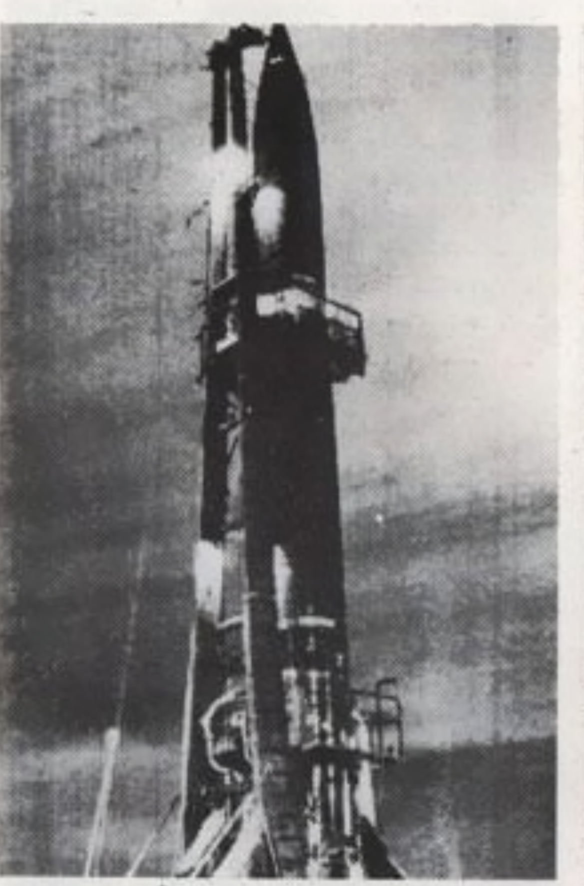
Die schnelle Zuspitzung der Rivalität der beiden Supermächte, insbesondere die immer bedrohlichere Aggressivität der SU auf der einen Seite, die mangelnde Reaktion auf diese Lage sowie schwerwiegende militärpolitische Fehler, die unter der Herrschaft der Viererbande begangen wurden, auf der anderen sind die Faktoren, die zur heutigen schwierigen Lage der chinesischen Landesverteidigung führten.

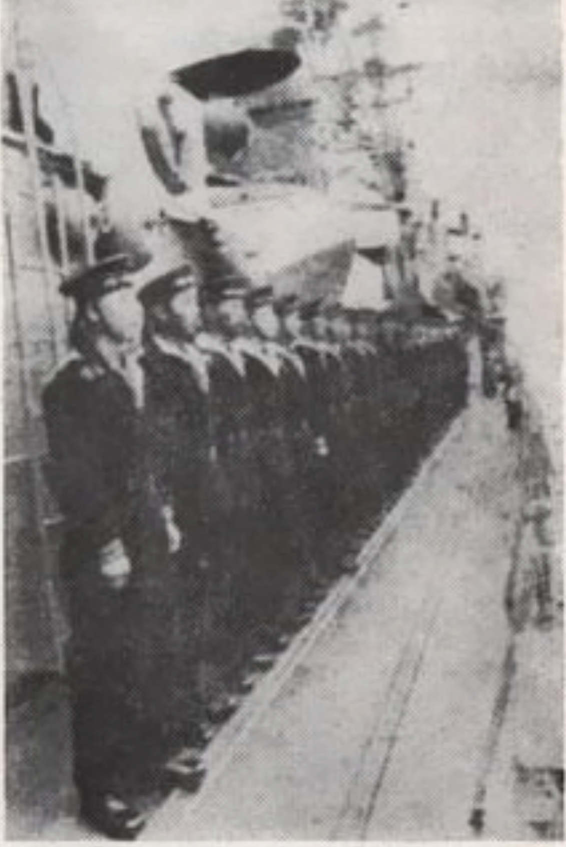
Mit 3,5 bis 4 Millionen Menschen in Waffen ist heute die Volksbefreiungsarmee (VBA) die größte Armee der Welt. Sie ist eine sozialistische Armee, die sich auf die Volksmassen und deren unmittelbare bewaffnete Einheiten, auf die Volksmiliz, stützen kann. Das ist ein strategischer Vorteil, der sie allen imperialistischen Armeen überlegen machen kann.

Die Ausrüstung der VBA ist jedoch veraltet und der Kampftechnik der Imperialisten kaum gewachsen. Man sollte allerdings nicht unterschätzen, daß die VR China in der Waffenproduktion Selbstversorger ist. Die 3500 – 4000 Kampfflugzeuge sind hauptsächlich nachgebaute MiG 19 und 21, die 450 – 500 Bomber sind ebenfalls nachgebaute ältere sowjetische Modelle: die TU 16, TU 2 und Il 28. Die VBA verfügt über 30 – 40 selbstgebaute und entwickelte Mittelstreckenraketen (Reichweite von 2400 bis 2800 km), die zum Transport von nuklearen Sprengköpfen geeignet sind. Seit 1964 verfügt die VR China über die Atom-, seit 1967 über die Wassestoffbombe. Veraltet sind auch die Panzer, sie sind den russischen T 59, T 60 und T 62 nachgebaut. Große Probleme gibt es in der Logistik insgesamt, verschärft durch die unterentwickelte Infrastruktur des Landes. Durch den geringen Entwicklungsgrad der Computertechnologie sind die Raketen nicht treffsicher, das Frühwarnsystem ist schwach.

,,Der Mensch entscheidet'' – mit diesem Argument verhinderte die Viererbande und ihr Anhang über Jahre hinweg die Modernisierung der Armee. Wenn es auch anders geklungen hat, war ihre Theorie zynischste Menschenverachtung: durch Menschenopfer die technische Überlegenheit der imperialisten auszugleichen, das sei *die* Besonderheit, die eine sozialistische Armee auszeichne. ,,... Wir wollen die Verteidigungsindustrie vorantreiben, sie bezeichneten das als ‚die Theorie vom Primat der Waffe'; wir wollen die militärische Ausbildung verstärken, sie stellten das als ‚den rein militärischen Gesichtspunkt' hin ...' – so stellte Ye Jianying anläßlich des 50. Jahrestages der VBA die Auseinandersetzung dar.

Eine sozialistische Armee muß neben der Überlegenheit der Kampfmoral ihrer Truppen die Überlegenheit des Sozialismus auch in der Entwicklung der Kampftechnik zu nutzen wissen. China will keine dezimierte Bevölkerung, kein Elend und kein verwüstetes Land, auch wenn der Sieg am Ende steht. Die Bedingungen dafür müssen *schnell* geschaffen werden.





Selbstentwickelte chinesische Mittelstreckenrakete – Küstenwachboot

Jugoslawien: Nach Beschlüssen der Arbeitskollektive 20% Produktionssteigerung

z.anb. In den ersten vier Monaten dieses Jahres hat Jugoslawien sein Exportvolumen um 40% gegenüber dem Vorjahrszeitraum gesteigert. Die Importe stiegen im selben Zeitraum wertmäßig um 21%, dies hauptseitig aufgrund der Teuerung der Industriegüter der imperialistischen Staaten auf dem Weltmarkt, denn das Import*volumen* stieg nur noch um 8%.

In den letzten vier Wochen haben die Organe der Selbstverwaltung in den Betrieben Beschlüsse gefaßt, mit denen sie ihre Unterstützung für den Kurs der Kollektiven Führung des Staatspräsidiums, für das Festhalten an dem von Präsident Tito eingeschlagenen Weg bekräftigen. „Tito, das sind wir alle." – In der Vorbereitung des neuen Wirtschaftsplans beteiligen sich über 2 Mio. Werktätige an den politischen Beratungen der Organe der Selbstverwaltung über die gegenwärtigen Hauptaufgaben: Abbau der Zahlungsbilanz (1979: 3 Mrd. $), weitere Senkung der Importe und ihr Ersatz aus inländischer Produktion. – Tausende Arbeiter haben in den letzten vier Wochen eine Produktionssteigerung von rund 20% erzielt. Und dies in allen wichtigen Produktionszweigen und in allen Teilrepubliken. 5000 Arbeiter der Zellulosewerke, Eisenbahnarbeiter in Sarajewo, Metall- und Bergarbeiter in Serbien, Stahlarbeiter in Montenegro, Textilarbeiterinnen in Mazedonien. Die Belegschaft des Holzkombinats „Crn Bor" beschloß, eine Stunde mehr zu arbeiten, um den Plan zu 20% überzuerfüllen.

Mitte Mai hat die Kollektive Führung die von Präsident Tito initiierten Änderungen der Bundesverfassung vorgenommen: die Leitung des Staates, die Funktion des Vorsitzenden des Staatspräsidiums ist auf ein Jahr Amtszeit beschränkt, bei der turnusmäßigen Neuwahl wird das Prinzip umgesetzt, daß nach vereinbarter Reihenfolge jede Teilrepublik einmal den Vorsitzenden stellt.



Stuttgart 18.5.: Kundgebung von 40000 Jugoslawen zum Tag der Jugend: Titos Weg – Einziger Weg

Diplomatische Offensive der Dritten Welt zur Unterstützung des kämpfenden Volkes Namibias

z.pel. Am 1. Juni ging in Algier die dreitägige Sitzung des „Rates der Vereinten Nationen für Namibia" zu Ende. In seiner Schlußerklärung fordert der Rat alle UNO-Mitgliedsstaaten zu „verstärkten Anstrengungen zur vollständigen und wirkungsvollen Isolierung Südafrikas" auf. Er verlangt eine Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates, auf der Maßnahmen ergriffen werden sollen, die die Durchführung der von diesem Gremium 1979 beschlossenen Wahlen in Namibia unter UNO-Aufsicht sichern.

Einen Tag später erklärte der tansanische Präsident Nyerere zum Abschluß einer Sitzung der afrikanischen Nachbarstaaten Namibias, daß diese Staaten die Abhaltung von Wahlen unter UNO-Aufsicht mit allen Kräften unterstützen, erinnerte jedoch: „Es gibt zwei Lösungen, die Verhandlung und den bewaffneten Kampf." Und sein Premierminister Sokonie deutete auf der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des OAU-Befreiungsausschusses an, was geschehe, wenn sich das südafrikanische Siedlerregime mit Unterstützung der westlichen Imperialisten weiterhin gegen die UNO-Wahlen sperre. Für diesen Fall forderte er die afrikanischen Länder auf, die Volksbefreiungsorganisation SWAPO „mit der Macht des Gewehres zu unterstützen".

Am 15.6. läuft die von der UNO gesetzte Frist für die Einleitung der Wahlvorbereitungen ab. Die jetzige diplomatische Offensive der Dritten Welt kann sich auf vermehrte Erfolge der SWAPO im bewaffneten Kampf stützen. So griffen SWAPO-Kämpfer Anfang Mai die Luftbasis der Siedler Ondagna im Norden Namibias an und zerstörten mehrere Hubschrauber und Flugzeuge. Am 24.4. und 9.5. konnten sie zwei Kampfflugzeuge abschießen. Das Siedlerregime, von den Kämpfen der azanischen Volksmassen erschüttert, kann sich nur noch aufgrund der fortgesetzten Hilfe der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der BRD halten, die permanent gegen die auch von ihnen gefaßten UNO-Beschlüsse verstoßen. Auf dem Spiel steht für diese die weitere Plünderung der riesigen Diamanten- und Uranvorkommen, wie der größten Uranmine der Welt in Rossing, wo ihnen namibische Arbeiter fast 5000 t Uran pro Jahr fördern müssen, und der für die NATO vorgesehene Hafen Walvis Bay. Die Entschlossenheit der Völker der Dritten Welt jedoch macht ihnen die Mißachtung der UNO-Beschlüsse immer schwerer.

Weltbank-Kredit soll Thailand dem imperialistischen Kapital weiter öffnen

z.sta.Sydney. Nach zwei Monaten Amtszeit kündigte der Wirtschaftsminister der neuen Regierung Thailands die Öffnung aller Wirtschaftsbereiche einschließlich des öffentlichen Dienstes für das imperialistische Kapital an. Damit hat die Regierung eine grundlegende Forderung des Weltbank-Programms erfüllt, das mit der Vergabe eines 1-Mrd.-Dollar-Kredits an Thailand verknüpft ist. Die „Empfehlungen" des Berichts der Weltbankkommission verlangen außerdem, daß die bisherige Politik, Importwaren durch eigene Produkte zu ersetzen, zugunsten einer massiven Exportförderung ersetzt wird. U.a. sollen Kreditbegünstigungen für exportorientierte Investitionen und Zollermäßigungen für Zwischenprodukte von Exportgütern gewährt werden.

Die durch die sowjetisch-vietnamesische Aggression in Kampuchea entstandene schwierige Lage nutzend, wollen die US-Imperialisten Thailand jetzt fester an die Kreditleine nehmen. Ihre Waffenlieferungen in Höhe von 400 Mio. Dollar 1978 haben das Defizit in der Zahlungsbilanz Thailands von 369,6 Mio. (1977) auf 652 Mio. Dollar vergrößert. Die Regierung General Kriangsaks war an dem Versuch gescheitert, den Druck der Imperialisten auf die thailändischen Volksmassen abzuwälzen. Sie hatte Steuererhöhungen auf Diesel und Benzin zwischen 40 und 60% beschlossen, später eine Erhöhung der Elektrizitätspreise um 55%. Massendemonstrationen der Arbeiter, Bauern und Studenten zwangen sie zum Rücktritt. Den Imperialisten war die alte Regierung im Wege, weil sie sich der Kontrolle durch den Internationalen Währungsfonds, gekoppelt an einen Stand-By-Kredit widersetzen und den Kredit nicht in Anspruch nehmen wollte. US-Außenminister Muskie gab kürzlich den Hoffnungen Ausdruck, die die US-Imperialisten in die neue Regierung hegen: Die USA bekräftigen ihre langjährigen Verpflichtungen für die Sicherheit Thailands gemäß dem Manila-Pakt. Mit dem Manila-Pakt hatten die USA 1954 den Militärpakt SEATO gegründet, dem als asiatische Länder Thailand und die Philippinen bis zu seiner Auflösung 1975 angehörten. Ob die Regierung Prem für die Einrichtung von US-Militärstützpunkten in Thailand ein offenes Ohr hat, ist nicht heraus.



Belaunde in Peru zum Präsidenten gewählt

Noch können die bürgerlichen Parteien die Arbeiter und Bauern an sich binden

z.gkr. Die am 16. Mai 1980 in Peru nach 12jähriger Herrschaft einer Militärjunta durchgeführten Präsidentschaftswahlen (gleichzeitig fanden auch Parlamentswahlen statt) haben ein von vielen Seiten nicht erwartetes Ergebnis gebracht. Mit 43,6% entfiel eine deutliche Mehrheit der Stimmen auf Belaunde Terry, den Kandidaten der AP (Acción Popular), die im wesentlichen die nationale Bourgeoisie repräsentiert. Er war schon einmal von 1963 bis 1968 Präsident, bis er von den Militärs gestürzt wurde. Mit deutlichem Abstand folgte mit 26,5% der Stimmen Armando Villanueva, Kandidat der reformistischen Partei APRA (Revolutionäre Amerikanische Volksallianz). Der Kandidat der rechtsgerichteten PPC (Christliche Volkspartei), Bedoya Reyes, erhielt 11,4% der Stimmen, und schon an vierter Stelle folgte die UNIR-PCR, ein Bündnis marxistisch-leninistischer Organisationen, mit 3,7% vor dem Kandidaten der trotzkistischen PRT, mit 3,5%. Am 28. Juli soll der neue Präsident sein Amt antreten.

Zur Einschätzung der Wahl erklärte der Genosse Manuel Dammert, Generalsekretär der PCR und führende Kraft im Bündnis UNIR-PCR: „Der Belaundismus nutzte die Folgen der Spaltung der Linken und orientierte seine Wahltaktik danach, indem er sich als einzige demokratische Alternative darstellte. Damit gewann er die Unterstützung eines großen Teils der Stimmenabgabe für die Linken (viele stimmten für Belaunde als Präsident, aber für Linke als Parlamentarier). Die Belaundisten stellten die APRA als „Kontinuisten" der Linie der Militärs und als mögliche faschistische Diktatur dar, und Bedoya von der PPC wurde als Alliierter der APRA bezeichnet. Belaunde griff dagegen die Linke nicht an, sondern wies nur darauf hin, daß die Linke keine Alternative sei, und übernahm scheinheilig einige ihrer Forderungen, wie z.B. die Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit." Warum erscheint es zunächst erstaunlich, daß Belaunde die Wahl gewonnen hat? Als 1963 Belaunde gewählt wurde, erreichte er dies in erster Linie durch die Unterstützung der nationalen Bourgeoisie, von Teilen des Industrieproletariats und vor allem großer Teile der Bauern. Diese hatten schon heftige Kämpfe gegen die Ausbeutung auf den Haciendas und Plantagen geführt. Als Reaktion versprach die AP eine Bodenreform. Unter Führung der nationalen Bourgeoisie aber konnte sich die Regierung nicht gegen den US-Imperialismus durchsetzen: Die Agrarreform wurde nur zögernd unter dem Druck der Bauernmassen angepackt, die Industrialisierung ging relativ rasch voran (1966 waren die Investitionen dreimal so hoch wie 1950), vor allem aber nahmen die Investitionen des US-Imperialismus in Peru rasch zu: 1963 betrugen sie 448 Mio. $, bis 1968 waren sie auf 692 Mio. $ gestiegen. Sie konzentrierten sich besonders auf den Bergbau, dort verdoppelten sie sich innerhalb der 5 Jahre Präsidentschaft von Belaunde, für den Handlanger der US-Imperialisten wurde, fast von 240 Mio. $ auf 421 Mio. $, drei große US-Konzerne kontrollierten 1968 65% des Bergbaus.

1968 übernahm eine Militärjunta unter Führung von Velasco die Macht, um einerseits der Kämpfe der Landarbeiter Herr zu werden und andererseits die selbständigen Interessen gegenüber dem US-Imperialismus durchzusetzen. In dem Programm der Militärjunta heißt es: „Die Revolution der Streitkräfte wird einen Prozeß der Veränderung der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen mit dem Ziel durchführen, eine neue Gesellschaft zu errichten, in der der peruanische Mann und die peruanische Frau in Freiheit und Gerechtigkeit leben. Die Revolution wird nationalistisch, unabhängig und humanistisch sein, weil sie von den hohen Werten des Vaterlandes, den Interessen des peruanischen Volkes und von unserer eigenen Realität inspiriert ist." Die ersten Maßnahmen waren denn auch Verstaatlichung verschiedener ausländischer Konzerne, allerdings bei hoher Entschädigung, und eine nationalbürgerliche Agrarreform. Die Haciendas wurden gegen Entschädigung enteignet, 10% ihrer Fläche wurde an ca. 240 Dorfgemeinschaften verteilt, der Rest vor allem in staatlich kontrollierte Genossenschaften umgewandelt. Die Landfrage wurde dadurch keineswegs gelöst, im Gegenteil, und so nahmen die Landbesetzungen durch die indianischen Landarbeiter und kleinen Bauern rapide zu (vgl. KVZ 2/80).

Auch unter der Herrschaft der Militärjunta setzten sich die US-Imperialisten durch. Die Direktinvestitionen der US-Imperialisten hatten sich allein in den Jahren von 1968 bis 1976 auf 1,37 Mrd. $ nahezu verdoppelt. Die Auslandsschulden Perus beliefen sich 1979 auf 9,37 Mrd. $ und waren damit nicht viel geringer als das Bruttosozialprodukt von 11 – 12 Mrd. $. 87,5% der Auslandsschulden entfallen auf den öffentlichen Sektor. Besonders über Umschuldungsverhandlungen konnten die Imperialisten so eine Politik durchsetzen, die bei einer Arbeitslosigkeit von ca. 60% Reallohnsenkungen von beinahe 50% zwischen 1973 und 1979 zur Folge hatte und gleichzeitig brutalste Unterdrückung der Volksmassen bedeutete. Erst in diesem Jahr konnten die Arbeiterklasse eine merkliche Anhebung des Mindestlohns von 12000 auf jetzt 22000 Soles (150 DM) (gültig für Lima) durchsetzen.

Die Durchführung der Wahlen war so ein Ausdruck der Stärke der Arbeiterklasse und der Bauern und Landarbeiter. Und sie war im Ergebnis auch Ausdruck der Stärkung der revolutionären Kräfte in der Arbeiterbewegung und unter den Landarbeitern. „Wir Marxisten-Leninisten haben die meisten Stimmen erhalten (unter den Linken) und diesmal nicht mehr mit unabhängigen Persönlichkeiten an der Spitze, sondern mit unseren eigenen Parteiführern. Die Vertretung der Linken im Parlament wird trotz ihrer geringen Anzahl nicht nur qualitativ besser sein, sondern sie wird direkt in Verbindung mit den Aktionen der Massen stehen. Damit ist eine bessere Koordination zwischen beiden Kampfformen, Massenbewegung und Parlament, gewährleistet." Das führte Manuel Dammert in dem erwähnten Interview aus. Vor allem in Gebieten mit überwiegend indianischen Landarbeitern wie den Ketschua erhielt die UNIR-PCR die meisten Stimmen, z.B. in Maquegua ca. 21%, im Department Huancavelica z.T. 30%. Dies auf der Grundlage eines Programms der Einheitsfront. Dagegen verloren die Trotzkisten gegenüber den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung 1978 66% der Stimmen, und auch den Revisionisten gelang es nicht, aus der Verschärfung der Widersprüche zwischen nationaler Bourgeoisie und Arbeitern einerseits und der Abhängigkeit vom US-Imperialismus kapital zu schlagen, ihr Stimmenanteil ging von 13% auf 3% zurück

Die Widersprüche wird Belaunde nicht lösen können. Auch wenn er jetzt gewählt wurde, weil die Massen gegen die Militärjunta sind. Genosse Manuel Dammert stellte dazu fest: „Der Wahlsieg von Belaunde wird schnell eine starke Oppositionsbewegung hervorrufen ... Es ist wichtig festzustellen, daß die stärkste Konfrontation auf dem Lande stattfinden wird, da AP und PPC versuchen werden, die Agrarbourgeois und die Großgrundbesitzer zu stärken. Von dem Resultat der Kämpfe wird viel abhängen für den Klassenkampf in der Zukunft."



Massenkundgebung in Lima gegen den US-Imperialismus

Imperialistische Manöver gegen Unabhängigkeit von Vanuatu

z.mat.Sydney. Die französischen und britischen Imperialisten haben die Verschiebung der Unabhängigkeit von Vanuatu, das sie unter dem Namen Neue Hebriden als Kondominium verwalten, von Mai auf den 30. Juli erreichen können. Bis dahin hoffen sie, sich Bedingungen für direktes militärisches Eingreifen geschaffen zu haben oder zumindest die größte und fruchtbarste Insel Espiritu Santo für direkten imperialistischen Zugriff sichern zu können. Ihr Instrument ist eine Bande internationaler Abenteurer, die als Phoenix Foundation in den USA registriert sind und die Errichtung eines neuen Staates des „unbeschränkten Privateigentums und der Steuerfreiheit" proklamieren. Ihr erster Versuch einer „Staatengründung" scheiterte 1972 in Tonga am Eingreifen der Staatsgewalt, einem zweiten Versuch in Barbados machte die dortige Regierung ein Ende. Jetzt haben die Phoenix Foundation und französische Siedler Santo zum eigenen Staat ausgerufen. Offiziell sind bis zum 30. Juli die Kolonialmächte für die staatliche Verwaltung zuständig, und sie weigern sich trotz Aufforderung durch die Vanuaaku Pati, die die zukünftige Regierung von Vanuatu stellen wird, die Sezession zu beenden. Gleichzeitig erteilen ihre Grenzbehörden Einreisevisa für weitere „Privatleute" aus den USA und Australien. Die Vanuaaku Pati hat inzwischen die Vereinten Nationen um Hilfe gebeten. Von den Briten wird berichtet, daß sie Fallschirmspringer zum Einsatz auf Santo vorbereiten.

Malediven geben keiner Supermacht Stützpunktrechte

z.mif. Maumoon Gayoom, Präsident der Malediven, hat die Entschlossenheit seiner Regierung bekräftigt, keiner Supermacht Stützpunktrechte einzuräumen. Die Unabhängigkeit sei seinem Land wertvoller als jeder Geldbetrag. Die Malediven sind eine Gruppe von 2000 Inseln und Atollen im Indischen Ozean westlich der Südspitze von Indien, von der sie etwa 500 km entfernt liegen. Erst 1976 gelang es dem Volk der Malediven, die britische Besatzung von dem Flugplatz auf der Insel Gan zu vertreiben. Zwei Jahre später boten die Sozialimperialisten eine Million Dollar jährlich für Stützpunktrechte auf Gan. Sie spekulierten auf die Armut des kleinen Volkes von 143000 Einwohnern, das vor allem von Landwirtschaft und Fischfang lebt. Das aber hält an dem Grundsatz der strikten Blockfreiheit fest.

Erste Schritte zu lateinamerikanischem Gemeinsamen Markt

z.pel. Am 17.5. kam es mit der Reise des brasilianischen Staatspräsidenten Figureido nach Argentinien zum ersten Staatsbesuch seit 35 Jahren. Die Präsidenten unterzeichneten zehn Abkommen über politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, darunter Gemeinschaftsprojekte bei Nukleartechnik, Wasserkraftwerken und Telefon- und Funkverbindungen sowie der Entwicklung eines Nachrichtensatelliten. Über die Entfaltung des Warenaustausches und den Abbau von Zollschranken sollen die ersten Ansätze für einen lateinamerikanischen Gemeinsamen Markt geschaffen werden. Die brasilianische Regierung reduzierte

Soziales Netz Irland: Nutznießer sind die imperialistischen Kapitalanleger

z.hef.London. 15,6% der Summe, die die Kapitalisten 1977 in der Republik Irland für den Ankauf von Arbeitskraft zahlten, blieb in ihrem „Netz der sozialen Sicherheit" hängen. Das ist weniger als in den imperialistischen Ländern Westeuropas. Unsere entsprechenden Untersuchungen haben z.B. für die BRD 30,1% Beute ergeben, für Frankreich 29,1%, für Großbritannien 28%, für Italien 21%.

Aber die Steuerbelastung der irischen Lohnabhängigen ist *höher* als in den genannten Ländern, mit Ausnahme Großbritanniens. 457 Mio. Punt von einer Bruttolohnsumme von 2781 Mio. Punt wurde den irischen Arbeitern und Angestellten als Lohnsteuer abgezogen – das sind 16,4%, mehr als in Westdeutschland (15,6%), in Frankreich (10,6%) und in Italien (7%). Nur die britischen Imperialisten konnten mit 18,5% einen höheren Satz gegen ihre Arbeiterklasse durchsetzen.

Geringer als in anderen Ländern sind allerdings die Zahlungen in die Sozialversicherungen – vor allem die Zahlungen der Kapitalisten. In einer für 1975 erstellten Untersuchung wies das statistische Amt der Republik Irland nach, daß die gesetzlich vorgeschriebene Zahlung für die Sozialversicherungen mit 5,6% der Gesamtlohnkosten niedriger als in allen anderen EG-Ländern mit Ausnahme Dänemarks war. In Westdeutschland betrug sie 15,4%, in Großbritannien 6,9%, in Frankreich 18,3%, in Belgien 20%. Für einen Kapitalisten, der seine Produktion von Westdeutschland nach Irland verlegt, macht allein schon das eine Lohnkostensenkung von fast 9% aus. Was sich also relativ weniger aus dem sozialen Netz in den Taschen der irischen Bourgeois sammelt, ist keineswegs auf größere Enthaltsamkeit in der Ausplünderung zurückzuführen, sondern darauf, daß das imperialistische Anlagekapital seinen Anteil verlangt.

Neben billigen Lebensmitteln ist die Ausbeutung irischer Arbeitskraft immer wichtiger für die Imperialisten. Typisch sind die Elektrokonzerne, die Montagewerke für das Zusammenstecken bzw. Zusammenlöten von fertig gelieferten Komponenten errichten. In den letzten Jahren kamen z.B. Amdahl, Memorex, DTS und Compugraphic aus den USA, Nixdorf aus Westdeutschland, Ericsson aus Schweden, Philips (Holland) und Nippon Electric (Japan). Sie beuten vor allem Frauen aus, die bis jetzt entweder überhaupt nicht als Lohnarbeiter oder in der Landwirtschaft gearbeitet hatten. Die Kapitalisten haben durchgesetzt, daß ihre Firmen kaum Steuern zahlen (Höchstsatz auf Profite ist 10%, Exportsteuern werden erlassen) und außerdem noch fette Zuschüsse einstreichen, bis zu 50% der Kapitalanlagen für Gebäude und Maschinen und bis zu 100% der Ausbildungskosten für Arbeiter und Angestellte. Die Ausbeuter kassieren so also einen Teil des Lohns, den die Arbeiter als Steuer wegzahlen müssen, direkt als Zuschüsse wieder ein.

700000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten am 22. Januar 1980 gegen die Steuerausplünderung, mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung. „Nehmt's von Charlies Freunden", stand auf einem Spruchband. Premierminister Charles Haughey ist bekannter Kapitalist und Landbesitzer. Die Arbeiter und Angestellten forderten die Besteuerung der Reichen und Kapitalisten. Die bürgerlichen Politiker in der Bewegung ließen nichts unversucht, diese Forderung vor allem gegen die Bauern zu richten.

Der Augenschein spricht dafür, daß die Bauern gut wegkommen. 1977 zahlten sie 2,8% der Einkommensteuer, dabei machen die Bauern und mithelfenden Familienangehörigen 20% der „wirtschaftlich aktiven Bevölkerung" aus. Die Kapitalisten und die übrigen Selbständigen zahlten 9,7%, und die Arbeiter und Angestellten, die etwa 75% der Bevölkerung ausmachen, zahlen 87,5%.

Außerdem erhalten die Bauern – vor allem die großen Bauern – Zuschüsse von mehr als 100 Mio. Punt im Jahr. Es gelang diesen bürgerlichen Politikern mit solchen Argumenten, die Forderung nach höherer Besteuerung der Bauern neben der Forderung nach höherer Besteuerung der Kapitalisten im Steuerprogramm der Gewerkschaften unterzubringen.

Inzwischen hat die Regierung Haughey die Steuern für die Bauern erhöht – vor allem für die kleinen Bauern, denn sie hat die Steuerschranke, die vom Bodenbesitz abhängt, um 20% gesenkt. 9000 kleine Bauern müssen jetzt Steuer zahlen, die bis jetzt überhaupt nicht einkommensteuerpflichtig waren. Steuererleichterungen für andere kleine Bauern hat die Regierung abgeschafft.

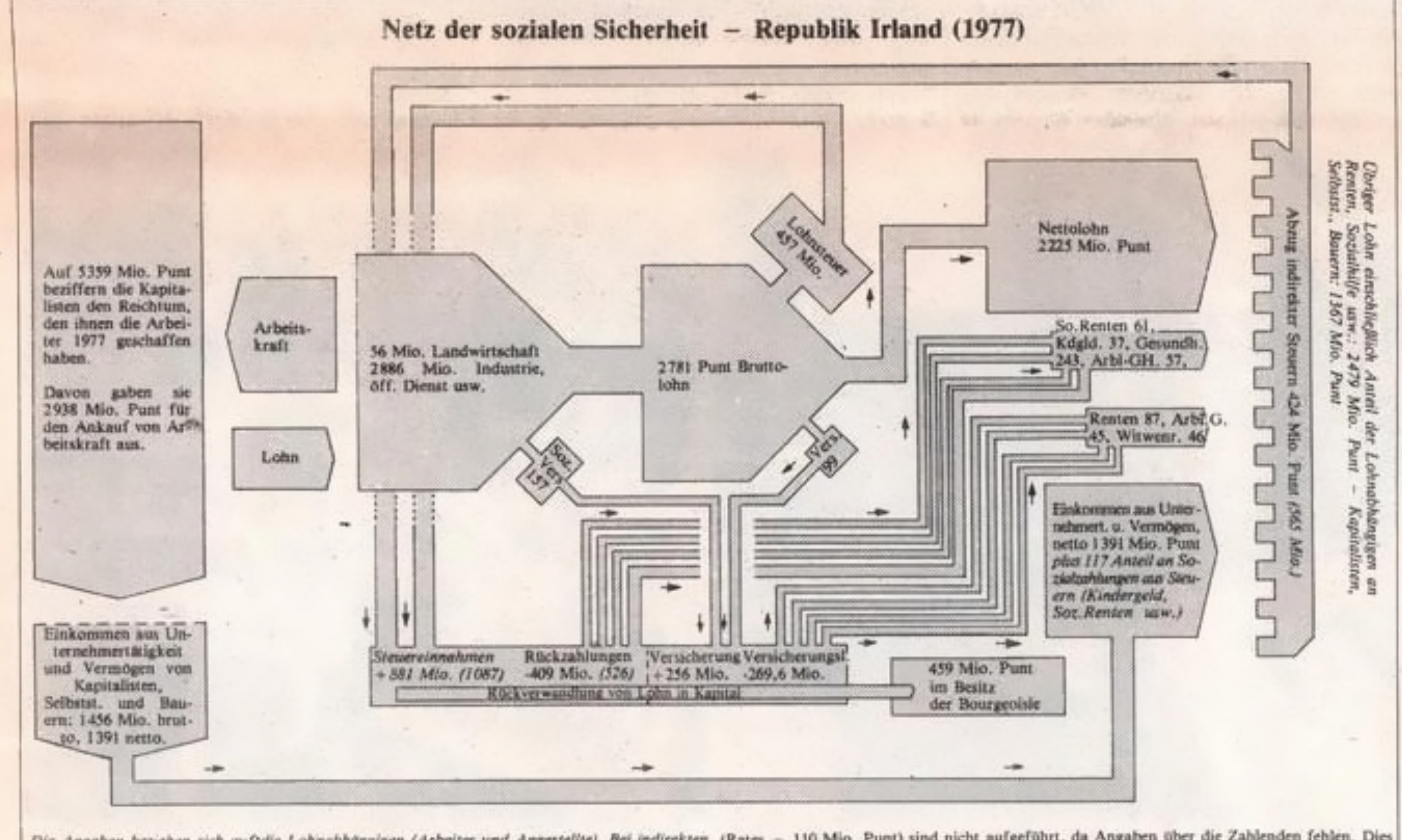
Aber es sind sowieso nur scheinbar die Bauern Nutznießer der hohen Besteuerung der irischen Massen und ihrer eigenen relativ niedrigeren Besteuerung. Den Nutzen haben die imperialistischen Monopole, die Riesenprofite mit in Irland produzierten billigen Lebensmitteln machen.

Irland ist in jahrhundertelanger Kolonialherrschaft von den britischen Imperialisten eines Großteils seiner Bevölkerung, seiner Industrie und jeder anderen wirtschaftlichen Entwicklung beraubt worden, die nicht der Produktion billiger Lebensmittel für den englischen Verbrauch diente. Irlands natürliche Funktion sei es, Viehweide und Menschenlieferant für England zu sein, behaupteten die britischen Bourgeois. Irland ist immer noch größtenteils Agrarland. 1977 arbeiteten von den 1,16 Mio. Werktätigen 208000 direkt in der Landwirtschaft und mindestens 50000 in der Lebensmittelverarbeitung. Landwirtschaftliche Exporte machen immer noch ein Drittel aller Exporte aus, wobei die Exportstatistik wegen der vielen Re-Exporte sowieso zuungunsten der Landwirtschaft verfälscht.

Billige Lebensmittel aus Irland sind direkt im Interesse der Imperialisten, vor allem der Briten und der anderen Imperialisten in der EG, die fast 90% aller irischen Lebensmittelexporte importieren. Landwirtschaftliche Steuern gehen direkt in den Kostpreis dieser Lebensmittel ein, den aber wollen die Imperialisten so niedrig wie möglich halten. Die irischen Bauern haben von den niedrigen Steuern nichts. 1977 betrug das Durchschnittseinkommen außerhalb der Landwirtschaft (einschließlich Kapitalisten usw.) 335 Punt im Monat (1340 DM), in der Landwirtschaft 298 Punt (ca. 1190 DM). Wegen der Einbeziehung von Kapitalisten usw. sind die Schlußfolgerungen aus diesen Zahlen beschränkt. Aber offensichtlich sorgen die Imperialisten durch niedrige Preise dafür, daß die Bauern und ihre Familienangehörigen für ihre Arbeitskraft am Ende weniger erhalten als die Arbeiter in der Fabrik und im öffentlichen Dienst, was ja auch die Ursache der Landflucht ist. Und obwohl das Einkommen der Bauern 1979 schon um 4% sank, bereitet die EG-Kommission neue Preissenkungen vor allem für Milch und Zuckerrüben vor. Die Bauern sind es jedenfalls nicht, die von der hohen Besteuerung der Arbeiter profitieren, und die Forderung nach höherer Besteuerung der Bauern nutzt den Arbeitern nichts in ihrem Kampf.

Vor dreißig Jahren gab es weder Einkommensteuer für die Arbeiter noch für die kleinen Bauern. Heute hat Irland einen der höchsten Einkommensteuersätze der Welt und indirekte Steuern, die dem in nichts nachstehen (der Mehrwertsteuer-Höchstsatz beträgt 25%). Das „Soziale Netz" wurde parallel zu einer großen Landvertreibung und Verwandlung von Bauern und Landarbeitern in Fabrikarbeiter entfaltet. Die hohen Steuern begründen die Kapitalisten mit den nötig gewordenen Sozialleistungen. Aber diese „Notwendigkeit" ist selbst Resultat des Wirkens des imperialistischen Kapitals in Irland. Z.B. ist die Zahl der Bauern und der mitarbeitenden Familienangehörigen von 1960 bis 1975 um mehr als ein Drittel gesunken. Das heißt, ein Drittel aller Bauern aus dem Jahr 1960 hat inzwischen ihren Hof aufgeben müssen. Damit hängt z.B. die hohe Zahl der Sozialrentner unmittelbar zusammen. 1978 erhielten 135000 Rentner Sozialrente und keine Versicherungsrente, d.h. sie waren nicht versichert (das ist mehr als doppelt soviel wie die Zahl der versicherten Rentner). Die Sozialrente beträgt 21,00 Punt pro Woche für Ledige (340 DM im Monat) und 40 Punt für Ehepaare (ca. 700 DM im Monat). Wo früher ein Hof den alten Bauern ernährte, tritt jetzt die Sozialfürsorge auf den Plan, weil der Hof verkauft und Söhne und Töchter in den Fabriken sind.

Daß die irische Bourgeoisie beim „Sozialen Netz" ein Geschäft macht, haben wir nachgewiesen. Das größte Geschäft aber machen die imperialistischen Monopole, die Irlands Arbeiter und Bauern ausbeuten. Nicht ohne Grund spricht die US-Handelskammer davon, daß in Irland die höchsten Profite in ganz Westeuropa zu machen seien. Niedrige Arbeitslosengelder (360 DM für eine ledige Person), Bespitzelung der Krankengeldempfänger, Mobilitätshilfen usw. sind Bestandteile dieses Systems. Als Errungenschaft wird gefeiert, daß 38% der Bevölkerung zu kostenloser medizinischer Versorgung berechtigt sind. Um dazu berechtigt zu sein, muß man als ledige Person weniger als 28 Punt in der Woche und als Ehepaar mit zwei Kindern weniger als 51 Punt verdienen. 38%, mehr als ein Drittel aller Arbeiter und Bauern, fallen also in diese Kategorien des Elendslohns.



Die Angaben beziehen sich auf die Lohnabhängigen (Arbeiter und Angestellte). Bei indirekten Steuern wurde der Anteil geschätzt. Die Angaben in kursiv sind die Gesamtzahlen, also einschließlich der Zahlungen durch bzw. an Kapitalisten, Bauern und Selbständige. Grundsteuern (Rates – 110 Mio. Punt) sind nicht aufgeführt, da Angaben über die Zahlenden fehlen. Diese Steuer ist inzwischen größtenteils aufgehoben. Quellen: National Income and Expenditure 1977 Statistical Abstract of Irland 1977



700000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten am 22. Januar gegen die Steuerausplünderung. In Dublin allein waren es 300000 (Bild).

gleichzeitig den erlaubten Rücktransfer der Profite der imperialistischen Konzerne auf die Höhe der im Land getätigten Investitionen. Weiteres ausländisches Kapital soll nur noch bei Firmen mit mindestens 50%iger brasilianischer Beteiligung ins Land gelassen werden. Obwohl Brasilien mit 55 Mrd. $ und Argentinien mit 20 Mrd. $ bei den Imperialisten, v.a. den USA und der BRD, verschuldet sind, werden diese unruhig. Noch halten die USA, Japan und die EG knapp 50% der Importe beider Länder (1978: 38 Mrd. DM), deren Bruttosozialprodukt zusammen ca. 200 Mrd. $ beträgt. Der argentinische Wirtschaftsminister auf Besuch in Europa vermerkte „besonderes Interesse für die argentinisch-brasilianische Entente."

Kanada: Trudeaus Verfassungskonferenz zielt auf Landraub

z.mif. Für den 9. Juni hat der kanadische Ministerpräsident Trudeau eine Verfassungskonferenz einberufen. Das Versprechen einer Verfassungsreform zur Abschaffung der britischen Verfassungshoheit und Stärkung der Rechte der kanadischen Provinzen war eines der Mittel der kanadischen Finanzbourgeoisie zur Spaltung des Kampfes der frankokanadischen Volksmassen von Quebec für das Selbstbestimmungsrecht. Gewisse Streitpunkte gibt es auch zwischen anderen Provinzregierungen und der Zentralgewalt. Am 30. Juni läuft das Preisabkommen zwischen Zentralregierung und der Provinz Alberta über das in Alberta geförderte Öl aus. Die Zentralregierung hält den Ölpreis bisher unter Weltmarktniveau, die Provinzregierung von Alberta verlangt die alleinige Entscheidungsgewalt über den Ölpreis. – Aber hauptsächlich geht es der kanadischen Zentralregierung darum, über das Mittel der Verfassungsreform die geringen Zugeständnisse, die die britische Bourgeoisie bei der Kolonisierung Kanadas den Indianern und Inuit im Britisch-Nordamerika-Gesetz von 1867 machen mußte, ganz zu beseitigen. Vor zwei Jahren hat die kanadische Regierung diesen Plan der Verfassungsänderung bekanntgegeben. Die alten Verträge will sie aufheben und gleichzeitig die bestehenden Rechtsansprüche der Indianer und Inuit auf weitere Landstriche, über die die Siedler niemals Raubverträge durchsetzen konnten, beseitigen. Die Indianer und Inuit haben sich in den Kämpfen der letzten Jahre gegen den imperialistischen Raub an Land und Bodenschätzen gut organisiert. Von Britannien fordern sie, dieser Verfassungsreform nicht zuzustimmen.

Rekordinvestitionen britischer Kapitalisten in den USA

z.hef.London. Britische Kapitalisten nutzen den gegenwärtig hohen Wechselkurs des Pfund Sterling, sich verstärkt an der Ausbeutung von Arbeitern in den USA zu beteiligen. Drei Banken – Barclay's, Standard Chartered und National Westminster – haben kleinere Banken in den USA aufgekauft. Imperial Chemical Industries beteiligt sich vor allem an Kunststofffabriken. Shell kauft die Ölfirma Belridge Oil in Kalifornien. Die General Electrical Company (GEC) will den größten Teil von 1,5 Milliarden Dollar „Überschußkapital" in den USA anlegen. Die Büromaschinenfirmen A.B. Dick und Scriptomatic hat GEC schon gekauft. – Hinter Holland hat Großbritannien die höchsten Kapitaldirektanlagen in den USA. 1977 waren es 6,38 Milliarden US-Dollar. Die US-Imperialisten hatten zur gleichen Zeit 17,42 Milliarden Dollar in Großbritannien angelegt, ihre höchsten Kapitalanlagen in Westeuropa überhaupt. Das ist die Grundlage des „besonderen Verhältnisses" USA/GB. Die US-Imperialisten versuchen über Kapitalanlagen in England auch, die britischen Kolonialeinflüsse zu beerben. Aber gerade um die koloniale Ausplünderung z.B. Südafrikas wird die Konkurrenz zwischen dem ältesten und dem größten Räuber immer schärfer.

Frankreich: „Die Sozialversicherung den Lohnabhängigen!"

z.pel.Paris. „Stoppt das Honorarabkommen!" Unter diesen Parolen waren am 5.6. zum dritten Mal innerhalb von drei Wochen Hunderttausende auf der Straße. Weit über eine Million Lohnabhängige, unter ihnen allein 200000 Krankenhausbeschäftigte, streikten, 80% der Arztpraxen blieben an diesem Tag geschlossen. In Paris marschierten über 5000 Ärzte auf das Gesundheitsministerium, ihre Forderung: Der Minister darf das zwischen den Krankenkassen und einem kleinen Ärzteverband abgeschlossene neue Honorarabkommen, das Verschreibungshöchstgrenzen diktiert und eine Zweiklassenmedizin je nach Geldbeutel installiert (s. KVZ 21 und 22), nicht gegenzeichnen. Minister Barrot ließ die Polizei gegen die Ärzte knüppeln und unterzeichnete. Am 1.7. soll das Abkommen in Kraft treten. *Daß* es so kommt, ist nicht sicher. Die Gewerkschaften werden zu weiteren Massenaktionen aufrufen, ein Großteil der Ärzte in den Verwaltungsstreik treten.



Im ersten Weltkrieg haben die USA alle, selbst die reichsten Länder, tributpflichtig gemacht

„Genossen! Ein russischer Bolschewik, der an der Revolution von 1905 teilgenommen hatte und dann viele Jahre in Eurem Lande verbrachte, erbot sich, meinen Brief an Euch zu übermitteln. Ich habe seinen Vorschlag mit um so größerem Vergnügen angenommen, weil gerade jetzt die amerikanischen revolutionären Proletarier eine besonders große Rolle zu spielen berufen sind als die unversöhnlichen Feinde des amerikanischen Imperialismus, des stärksten Imperialismus, der noch frisch ist, der sich als letzter in das weltweite Völkergemetzel um die Aufteilung der kapitalistischen Profite eingeschaltet hat. Gerade jetzt haben die amerikanischen Milliardäre, diese modernen Sklavenhalter, in der blutigen Geschichte des blutigen Imperialismus eine ganz besonders tragische Seite aufgeschlagen, indem sie – ganz gleich ob direkt oder indirekt, offen oder heuchlerisch verbrämt – ihre Einwilligung zu dem Feldzug der englischen und japanischen Räuber gaben, dessen Ziel es ist, die erste sozialistische Republik zu erwürgen.

Die Geschichte des modernen, zivilisierten Amerikas wird durch einen jener großen, wahrhaften Befreiungskriege, wahrhaft revolutionären Kriege eingeleitet, deren es so wenige gegeben hat neben der riesigen Zahl der Raubkriege, die, ebenso wie der jetzige imperialistische Krieg, durch den Streit der Könige, Gutsbesitzer und Kapitalisten wegen der Teilung der erbeuteten Länder oder der zusammengeraubten Profite hervorgerufen worden waren. Das war der Krieg des amerikanischen Volkes gegen die englischen Räuber, die Amerika unterdrückten und in kolonialer Sklaverei hielten, genauso wie diese ‚zivilisierten' Blutsauger bis auf den heutigen Tag Hunderte von Millionen Menschen in Indien, in Ägypten und an allen Ecken und Enden der Welt unterdrücken und in kolonialer Sklaverei halten.

Seitdem sind etwa 150 Jahre vergangen. Die bürgerliche Zivilisation hat all ihre herrlichen Früchte gezeitigt. Hinsichtlich des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte der vereinten menschlichen Arbeit, der Anwendung von Maschinen und aller Wunder der modernen Technik hat Amerika unter den freien, zivilisierten Ländern den ersten Platz eingenommen. Aber zugleich rückte Amerika auch hinsichtlich der Tiefe des Abgrunds, der zwischen einer Handvoll skrupelloser, in Laster und Luxus erstickender Milliardäre und den Millionen der ewig an der Grenze des Elends lebenden Werktätigen klafft, mit an die erste Stelle. Das amerikanische Volk, das der Welt das Vorbild eines revolutionären Krieges gegen die feudale Sklaverei gegeben hatte, geriet in die moderne, die kapitalistische Lohnsklaverei unter einer Handvoll Milliardäre, und so kam es, daß es die Rolle eines gedungenen Henkers spielte, der 1898, dem reichen Pack zuliebe, unter dem Vorwand, die Philippinen zu ‚befreien', diese abwürgte und jetzt, 1918, der Russischen Sozialistischen Republik unter dem Vorwand, sie vor den Deutschen zu ‚schützen', an die Gurgel fährt.

Doch die vier Jahre des imperialistischen Völkermordens waren nicht umsonst. Der Betrug, den die Schurken aus beiden Räubergruppen, der englischen wie der deutschen, am Volke verübt haben, ist durch unbestreitbare, offensichtliche Tatsachen restlos entlarvt worden. Die vier Kriegsjahre haben an ihren Resultaten das allgemeine Gesetz des Kapitalismus in seiner Anwendung auf den Krieg um die Teilung der Beute zwischen den Räubern gezeigt: Wer am reichsten und mächtigsten war, der hat am meisten profitiert und zusammengerafft, wer am schwächsten war, der wurde bis aufs Letzte ausgeplündert, gepeinigt, ausgepreßt und gewürgt.

Die englischen imperialistischen Räuber waren hinsichtlich der Zahl ihrer ‚Kolonialsklaven' stärker als die anderen. Die englischen Kapitalisten haben nicht einen Fußbreit ihres ‚eigenen' (d.h. durch Jahrhunderte hindurch zusammengeraubten) Landes verloren, sie haben dagegen alle deutschen Kolonien in Afrika eingesteckt, Mesopotamien und Palästina an sich gerissen, Griechenland erdrosselt und gehen daran, Rußland auszuplündern.

„Dicker Knüppel" und „Dollardiplomatie"

Mit dem I. Weltkrieg werden die USA zum Gläubiger der alten imperialistischen Mächte Europas

z.bew. „Sprecht sanft und habt immer einen dicken Knüppel bei euch, und ihr werdet es weit bringen." So hatte Theodore Roosevelt die Prinzipien der Außenpolitik der USA formuliert und er hat in seiner Amtszeit als US-Präsident (1901–1909) von dem „dicken Knüppel" häufig Gebrauch gemacht: Intervention und Entsendung von Truppenkontingenten nach Kolumbien 1901–1903, Honduras 1903, Dominikanische Republik 1904, Panama 1904–1914, Korea 1904–05, Kuba 1906–1909, Honduras 1907. Sein Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl, William H. Taft (1909–1913), kennzeichnete die Herrschaftsmethoden der US-Bourgeoisie, nachdem die USA mit Ende des 19. Jahrhunderts zu einer imperialistischen Macht geworden waren, etwas weniger offen: „Die Diplomatie der derzeitigen Regierung hat versucht, sich den modernen Bedingungen der wirtschaftlichen Beziehungen anzupassen. Unsere Politik möchte Granaten durch Dollars ersetzen." Die bewaffneten Interventionen gingen weiter: Nikaragua 1909/1910, Honduras 1911/1912, Kuba 1912, Nikaragua 1912–1925. Der „dicke Knüppel" und die „Dollardiplomatie" waren die Methoden, mit denen der US-Imperialismus versuchte, im Kampf um Anteile am Weltmarkt, die alten europäischen imperialistischen Mächte auszustechen.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatten sich die USA zur stärksten Industrienation entwickelt. (vgl. KVZ 22/80 S. 16/17). Der Aufschwung der industriellen Produktion hielt auch nach der Jahrhundertwende weiter an. Die Steinkohleförderung erhöhte sich zwischen 1900 und 1910 um nahezu das Doppelte; die Eisenerzgewinnung stieg im gleichen Zeitraum von 35 Mio. t auf 54 Mio. t; die Ölgewinnung von 8,4 Mio. t auf 27,6 Mio. t; die Länge des Eisenbahnnetzes verdoppelte sich innerhalb von 10 Jahren auf knapp 400000 km (1911). Im Verhältnis zu den anderen imperialistischen Mächten konnten die USA ihre Anteile an der industriellen Produktion weiter ausbauen. So stieg der Anteil an der Weltrohstahlerzeugung von 16,2% (1870) über 35,4% (1900) auf 39,6% (1913). (Angaben nach Kommunismus und Klassenkampf 6/80, S. 18/20).

Weltindustrieproduktion
(Anteile in Prozent)

	USA	GB	DR	F
1900	31	18	16	7
1910	35	14	16	7
1913	36	14	16	6
1920	47	14	9	5

Quelle: Kuczynski, Lage der Arbeiterklasse, Bd. 30

Obwohl die USA die größte Industrienation waren, lagen ihre Anteile am Welthandel 1910 noch hinter denen Großbritanniens und des Deutschen Reichs. Die rasche Entwicklung der industriellen Produktion diente vor allem der Befriedigung der Binnennachfrage. Die Bevölkerung wuchs zwischen 1900 und 1910 um 16 Mio. auf 92 Mio. Trotz restriktiver Einwanderungsgesetze betrug der Anteil der Einwanderung an der Bevölkerungszunahme in diesem Zeitraum 42% und war damit der zweithöchste in der Geschichte der USA. Trotz Außenhandelsüberschuß ähnelte die Handelsstruktur der USA bis zum Ersten Weltkrieg eher einem Agrarland als der führenden Industriemacht. Die Ausfuhr bestand hauptsächlich aus Baumwolle, Weizen, Mais sowie Kupfer und Erdölerzeugnissen. Einen nennenswerten Fertigwarenexport gab es nicht. Dagegen wurden vornehmlich Fertigwaren eingeführt.

Schärfer stellte sich die noch relativ schwache Ausgangsposition des US-Imperialismus beim Kapitalexport zu Beginn des imperialistischen Weltkrieges dar. Die US-Direktinvestitionen im Ausland waren von 2 Mrd. Mark (1900) auf 12,5 Mrd. Mark (1913) gestiegen, betrugen damit aber lediglich ⅓ der Auslandsinvestitionen des Deutschen Reiches und Frankreichs und ein Sechstel des Kapitalexports Großbritanniens. Den 12,5 Mrd. Mark US-Direktinvestitionen im Ausland standen 28,0 Mrd. Mark Direktinvestitionen des Auslandes in den USA, davon drei Fünftel aus Großbritannien, gegenüber.

Verteilung der Kapitalanlagen im Ausland (1914)
(Mio. $, %-Anteil im Anlagegebiet)

	GB	F	DR	USA
Europa	1050 (9%)	4700 (39%)	2550 (21%)	700 (6%)
Lateinamer.	3700 (42%)	1600 (18%)	900 (10%)	1650 (18%)
Ozeanien	2200 (96%)	100 (4%)	–	–
Asien	3550 (50%)	1250 (18%)	700 (10%)	250 (3%)
Afrika	2450 (60%)	900 (22%)	500 (12%)	–
Nordamerika	7050 (63%)	500 (4%)	1150 (10%)	900 (8%)

Quelle: Cipolla / Borchardt: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaft Bd. 4, Stuttgart / New York 1977

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die territoriale Aufteilung der Welt nahezu abgeschlossen. Die aufkommenden imperialistischen Mächte, die USA und das Deutsche Reich, hatten sich zu Konkurrenten der alten Kolonialmächte herausgebildet. Während die deutsche Reichsbourgeoisie versuchte, durch die Entfesselung des Ersten Weltkrieges in Europa gewaltsam eine Neuaufteilung der Welt zu erreichen, richteten die US-Imperialisten ihr Augenmerk zuerst auf den amerikanischen Kontinent, wo sie den englischen Konkurrenten verdrängen mußten. US-Präsident William Taft erklärt 1912, nach über 20 US-Interventionen in den ersten 10 Jahren des 20. Jahrhunderts in Staaten Lateinamerikas: „Der Tag liegt nicht mehr fern, an dem drei Sternenbanner an drei gleich weit entfernten Punkten die Ausdehnung unseres Territoriums anzeigen werden: eins am Nordpol, das andere am Panamakanal und das dritte am Südpol. Es wird zur Tatsache werden, daß die ganze Hemisphäre uns gehört, wie sie uns auch, dank unserer rassischen Überlegenheit, moralisch schon jetzt gehört."

Die US-Imperialisten konnten bis 1914 ihren Anteil am Handel mit den lateinamerikanischen Staaten auf 24% ausdehnen und damit mit dem engli-

Manifest

Zur Gründung der Industrial Workers of the World, 4.1.1905

Gesellschaftliche Verhältnisse und Gruppierungen spiegeln nur Zustände in Handwerk und Industrie wider. Die wichtigsten Fakten der gegenwärtigen Industrie sind die Verdrängung der menschlichen Fähigkeiten durch Maschinen und das Anwachsen der Macht der Kapitalisten durch die Konzentration des Besitzes an den Produktionsmitteln, mit denen der Reichtum erzielt und verteilt wird.

Auf Grund dieser Tatsachen verschwinden die Einteilung der Arbeiter nach Berufen und der Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten gleichermaßen. Die Klassenunterschiede verhärten sich, und die Klassenantagonismen verschärfen sich ständig. Ganze Berufszweige sind in der allgemeinen Versklavung aller Arbeiter an die Maschinen, die sie bedienen, untergegangen. Neue Maschinen, die fortwährend die weniger produktiven ersetzen, fegen ganze Berufe hinweg und treiben neue Massen von Arbeitern in das ständig anwachsende Heer der berufslosen, hoffnungslosen Arbeitslosen. Da die Menschen und die menschlichen Fähigkeiten durch den technologischen Fortschritt ersetzt werden, brauchen die Kapitalisten die Arbeiter nur in der kurzen Periode zu beschäftigen, in der die Muskeln und Nerven am intensivsten arbeiten. In dem Moment, da aus dem Arbeiter nicht mehr Höchstprofite herauszuholen sind, wird er auf den Schrotthaufen geworfen, wo er neben der ausrangierten Maschine verhungern kann ...

Der Arbeiter, der völlig vom Boden und von den Arbeitsmitteln getrennt und dessen handwerkliches Können nutzlos ist, wird in die gleichförmige Masse der Lohnsklaven hinabgedrückt. Er sieht seine Widerstandskraft durch Scheidungen in Berufsgruppen gebrochen, die noch von überlebten industriellen Entwicklungsstadien herrühren. Seine Löhne sinken ständig, während seine Arbeitszeit länger wird und die monopolisierten Preise steigen. Für den Arbeiter existiert kein festes Zuhause mehr, da er je nach dem Bedarf der Profitmacher hierhin und dorthin geschoben wird. In dieser unglücklichen Lage ist er gezwungen, noch so erniedrigende Bedingungen anzunehmen, die ihm sein Arbeitgeber aufzwingt. Er wird einer gründlicheren körperlichen und geistigen Prüfung unterzogen als der Sklave bei der Versteigerung. Die Arbeiter werden nicht mehr nach den Unterschieden in ihren beruflichen Fähigkeiten klassifiziert, sondern der Unternehmer teilt sie nach den Maschinen ein, an die sie gestellt werden ...

Während die Kapitalisten diese überlebten Einteilungen unter den Arbeitern beleben, passen sie selbst sich sorgfältig den neuen Bedingungen an. Sie löschen alle Unterschiede unter sich aus und treten in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse als geeinte Front auf. Durch Unternehmerverbände versuchen sie, alle Widerstandsbestrebungen mit brutaler Gewalt unter Zuhilfenahme gerichtlicher Verfügungen und Militärgewalt zu unterdrücken ... Die Kampfordnung der Unternehmer und ihre Methoden der Kriegführung entsprechen der Solidarität der Konzentration in Technik und Industrie, während die Arbeiter ihre Kampforganisationen immer noch nach den Grundsätzen längst verschwundener Berufszweige ausrichten. Die Kämpfe der Vergangenheit unterstreichen diese Lektion. Die Textilarbeiter von Lowell, Philadelphia und Fall River, die Fleischer aus Chicago, durch die zersetzende Wirkung der Unterteilung in Berufszweige geschwächt, die Maschinisten auf der Santa Fé, die nicht von ihren Kollegen unterstützt wurden, die denselben Arbeitgebern dienen, die seit langem kämpfenden Bergleute in Colorado, durch die fehlende Einigkeit und Solidarität auf dem industriellen Schlachtfeld behindert: Sie alle bezeugen die Hilflosigkeit und Unfähigkeit der Arbeiterklasse in ihrer jetzigen Organisationsform ...

Dieses System läßt nur einen ewigen Kampf um geringe Erleichterungen innerhalb der Lohnsklaverei zu. Es ist blind gegenüber der Möglichkeit, eine Industriedemokratie zu errichten, in der es keine Lohnsklaverei mehr geben wird, sondern in der den Arbeitern die Werkzeuge, mit denen sie umgehen, und die Produkte gehören werden, in deren Genuß sie allein kommen werden.

Es sprengt die Reihen der Arbeiter auseinander und macht sie somit hilflos und schwach auf dem industriellen Schlachtfeld. Die Trennung der Gewerbe untereinander macht die betriebliche und finanzielle Solidarität unmöglich. Gewerkschafter brechen den Streik von Gewerkschaftern; unter den Arbeitern wird Haß gesät, und die Arbeiter sind den Kapitalisten hilflos und zersplittert ausgeliefert. Der Neid unter den Berufsgruppen führt zu dem Versuch, Berufsmonopole zu schaffen.

Unerschwingliche Aufnahmegebühren werden festgelegt, die die Menschen zwingen, gegen ihren Willen Streikbrecher zu werden. Wer auf Grund der Verhältnisse oder seiner Mannhaftigkeit aus einer Branche vertrieben worden ist, wird dadurch mit einer Geldstrafe belegt, wenn er die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft eines anderen Berufszweiges erwerben will.

Die Unterteilung der Berufszweige begünstigt die politische Unwissenheit unter den Arbeitern und spaltet ihre Klasse somit an der Wahlurne ebenso wie in der Werkstatt, im Bergwerk und in der Fabrik.

Gewerkschaften der Berufszweige können, wie auch geschehen, dazu benutzt werden, den Unternehmern dabei behilflich zu sein, Monopole zu errichten und Preise anzuheben. Die eine Gruppe von Arbeitern wird dazu benutzt, die Lebensbedingungen einer anderen Arbeiterschicht zu erschweren.

Die Unterteilung in Berufszweige behindert das Wachsen des Klassenbewußtseins der Arbeiter und fördert die Theorie von der Harmonie der Interes-

schen Konkurrenten (27%) fast gleichziehen. Aber die Direktinvestitionen Großbritanniens in Süd- und Mittelamerika, betrugen zu diesem Zeitpunkt mit 3,6 Mrd. Dollar noch das zweieinhalbfache der US-Direktinvestitionen in diesem Gebiet (1,4 Mrd. Dollar). Die lateinamerikanischen Staaten waren 1914 mit 1,5 Mrd. Dollar bei den britischen Imperialisten verschuldet, gegenüber 93 Mio. Dollar beim US-Imperialismus (302 Mio. Dollar, bzw. 47 Mio. Dollar gegenüber Frankreich und Deutschland). Bei den Direktinvestitionen hatten die US-Imperialisten es aber bereits erreicht, in einigen Schlüsselbereichen den englischen Konkurrenten auf dem südamerikanischen Kontinent zu überflügeln und sich teilweise ein Monopol aufgebaut, so in der Mineralölindustrie mit Direktinvestitionen von 136 Mio. Dollar bei einem gesamten Bestand an ausländischen Direktinvestitionen von 140 Mio. Dollar; 415 Mio. von 530 Mio. Dollar im Bergbau und 239 Mio. von 255 Mio. Dollar in der Landwirtschaft.

Als 1914 die deutsche Reichsbourgeoisie in ihrem Streben nach Neuaufteilung des Weltmarktes den ersten Weltkrieg entfesselte, erklärte der US-Präsident Wilson die Neutralität der USA. Den Kampf der alten imperialistischen Mächte mit dem aufstrebenden deutschen Imperialismus nutzte die US-Bourgeoisie, ihren Herrschaftsbereich in Süd- und Mittelamerika weiter auszudehnen und gleichzeitig den Sprung über den Pazifik nach Asien vorzubereiten: 1914 Intervention in Mexiko, weitere Besetzung Nikaraguas (bis 1925), 1915 militärische Besetzung Haitis (bis 1934), 1916 Besetzung der Dominikanischen Republik (bis 1924), 1917 Interventionen in Kuba (bis 1933) und Costa Rica, Puerto Rico zum US-
und Costa Rica, Puerto Rico zum US-
Hoheitsgebiet erklärt, 1918 Übernahme von „Polizeifunktion" in Panama, 1919 zweimal Intervention in Honduras, 1920 in Guatemala. Kuba, Nikaragua, Haiti und die Dominikanische Republik waren zu Protektoraten gemacht, Puerto Rico annektiert worden.

Gleichzeitig wurden die USA zum Lieferanten für die kriegführenden Alliierten. Die gesteigerte Nachfrage nach Kriegsmaterial und Lebensmitteln halfen den USA 1913 aus der schärfsten Krise seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Zwischen 1914 und 1916 stiegen die Warenlieferungen an die Alliierten von 825 Mio. Dollar auf 3,2 Mrd. Dollar. Bis zum Frühjahr 1917 hatten US-Banken bereits Kredite in der Höhe von 2,3 Mrd. Dollar gegeben. Insgesamt konnte der US-Außenhandel zwischen 1914 und 1918 verdoppelt werden. Bei einem Warenexport von 5,8 Mrd. Dollar (1918) wurde ein Exportüberschuß von fast 3 Mrd. Dollar erzielt. Durch den Kriegsbedarf verändert sich auch die Exportstruktur des US-Imperialismus: Eisen- und Stahlexporte stiegen von 251 auf 1 133 Mio. Dollar (1914 – 1917), chemische Produkte von 21 auf 181 Mio. Dollar, Sprengstoffe von 6 auf 802 Mio. Dollar. Die US-Imperialisten konnten den Weltkrieg nutzen und, ohne selbst einzugreifen, ihre Position auf dem Weltmarkt stärken, indem sie zum Waren- und Kapitallieferanten für die alliierten Mächte wurden.

Am 6. April 1917 erkärten die USA den Mittelmächten den Krieg, nachdem seit Anfang des Jahres die deutschen Imperialisten den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärt hatten und das Zimmermann-Telegramm vom Januar bekannt geworden war, in dem Deutschland Mexiko auffordert, an seiner Seite in den Krieg zu treten, falls die USA eingreifen sollten. Mexiko sollte die USA angreifen und hätte bei einem Sieg der Mittelmächte, die 1845 von den USA annektierten Gebiete Texas, Neumexiko und Arizona zurückerhalten. Die USA änderten ihre bis dahin strikte Neutralitätspolitik und traten in den Krieg ein. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die USA eine für ihre Verhältnisse relativ kleine Armee: 300000 Mann einschließlich der Reserve, die über 2000 Maschinengewehre und kaum schwere Waffen verfügten. Auf Grund des Wehrpflichtgesetzes vom Mai 1917 wurden im Laufe des Krieges über 24 Mio. Männer gemustert und 2,8 Mio. Mann eingezogen. Gleichzeitig nutzte die Bourgeoisie den Kriegseintritt, um die demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung und des Volkes aufs schärfste einzuschränken: mit dem Spionagegesetz von 1917 wurde jegliche Art von Wehrkraftzersetzung und Kritik an der Regierungspolitik mit Gefängnis bestraft, das Sabotagegesetz von 1918 stellte schon pazifistische Haltung unter Strafe. „Was den Eintritt Amerikas in den Krieg anbelangt, möchte ich folgendes sagen ... Sie (die Milliardäre) haben ganz Amerika finanziell in ihrer Gewalt, sie bereiten die Versklavung Mexikos vor und werden unvermeidlich um die Aufteilung des Stillen Ozeans in den Krieg gegen Japan ziehen. Dieser Krieg wird schon einige Jahrzehnte vorbereitet ... Und der wirkliche Zweck des Eintritts Amerikas in den Krieg ist die Vorbereitung auf den künftigen Krieg gegen Japan. Das amerikanische Volk
gegen Japan. Das amerikanische Volk
genießt immerhin eine beträchtliche Freiheit, und man kann kaum annehmen, daß es die allgemeine Militärdienstpflicht und die Aufstellung einer Armee für irgendwelche Eroberungsziele, beispielsweise für einen Kampf gegen Japan, ruhig hinnehmen würde. Die Amerikaner sehen am Beispiel Europas, wohin das führt. Und da mußten sich die amerikanischen Kapitalisten in diesen Krieg einmischen, um unter dem Vorwand für hohe Ideale, für die Rechte der kleinen Völker, zu kämpfen, ein starkes stehendes Heer zu schaffen." (Lenin, Krieg und Revolution, 1917)

Mit dem Ersten Weltkrieg hatte die US-Bourgeoisie im Innern der USA die Arbeiterbewegung mit diktatorischen Maßnahmen unter dem Banner des „Kreuzzugs für die Demokratie" niedergedrückt und gleichzeitig ausgeplündert. 33,5 Mrd. Dollar hatte der Krieg gekostet, 23 Mrd. davon waren durch „Friedensanleihen" und „Siegesanleihen" dem amerikanischen Volk abgepreßt worden, die restlichen durch Steuern. Die alten imperialistischen Mächte waren mit 10,5 Mrd. Dollar beim US-Imperialismus nach Kriegsende verschuldet. Die USA waren vom Schuldner- zum Gläubigerland geworden, bei dem alle bis zum Ersten Weltkrieg führenden imperialistischen Mächte tief in der Kreide standen. Im Waren- und Kapitalexport konnten sie Großbritannien vom ersten Platz verdrängen. Der US-Imperialismus ging als unumstrittene Vormacht der imperialistischen Mächte aus dem Ersten Weltkrieg hervor.

Der Kampf für die Gleichberechtigung der Schwarzen wird organisiert

z.brb. Die schwarzen Volksmassen hatten am amerikanischen Bürgerkrieg mit Begeisterung teilgenommen und ihn als Kampf gegen die Sklaverei geführt. Die konsequenten schwarzen Kämpfer waren ein wichtiger Faktor für den Sieg der nordamerikanischem Bourgeoisie über die südlichen Plantagenbesitzer. Nach dem Bürgerkrieg war die Bourgeoisie gezwungen, dieser Bewegung neben der Aufhebung der Sklaverei demokratische Rechte zuzugestehen. So wurde die Diskriminierung der Schwarzen in der Öffentlichkeit aufgehoben. Eine geforderte Landreform, die den ehemaligen Sklaven die Existenz gesichert hätte, wurde jedoch verhindert. Die von der Sklaverei befreiten Neger waren nun zu Massen land- und arbeitslos und wurden von der erstarkenden Bourgeoisie gegenüber der sich entwickelnden Arbeiterbewegung als Spaltkeil benutzt, als Billigstarbeiter anstelle der weißen Arbeiter verpflichtet oder als Streikbrecher eingesetzt.

Dagegen schlossen sich die Schwarzen bereits 1869 in der National Colored Labor Union zusammen, nachdem es nicht gelungen war, eine gemeinsame Organisation mit den weißen Arbeitern in der National Labour Union zu schaffen. Die Union der Neger forderte die rechtliche Gleichstellung und führte dazu Aufklärungskampagnen durch. Da es nicht gelang, die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse zu überwinden, scheiterte diese Bewegung an der verschärften Unterdrückung durch die Bourgeoisie. 1883 wurde das Bürgerrechtsgesetz, das die öffentliche Diskriminierung der Schwarzen verbot, aufgehoben und systematisch durch die Jim-Crow-Gesetze ersetzt, die die Segregation der Schwarzen festschrieben. Begleitet wurde diese Verschärfung von einer terroristischen Verfolgung der Neger.

Unter den schwarzen Kleinhändlern und Handwerkern entwickelte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts dagegen eine kleinbürgerliche Bewegung. Ihre Sprecher, wie Booker T. Washington, sprachen sich für die Aufrechterhaltung der Segregation aus und forderten den Aufbau einer handwerklichen Negergesellschaft. Die amerikanische Bourgeoisie unterstützte diese Bewegung begeistert, sie spendete Geld für die Erziehungseinrichtungen von Washington, die auf das Erlernen von handwerklichen Fähigkeiten abgestellt waren, und vermehrte so das Reserveheer für billige und geschickte Arbeiter für die Großindustrie.

Gegen diese Politik der Unterwerfung bildete sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zuerst unter den Intellektuellen und dann immer breiter unter den schwarzen Arbeitern, eine Bewegung gegen die Unterdrückung der Schwarzen. Ihr Führer war W.E.B. Dubois, der zum Widerstand aufrief, wo B. Washington die Unterwerfung forderte. 1905 gründete Dubois die nach ihrem Tagungsort benannte Niagara-Bewegung, die den Kampf um gleiche Rechte für schwarze und weiße Amerikaner zu ihrem Ziel erhob. 1910 löste sie sich wieder auf und ging in die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) über. Neben den Versuchen, auf rechtlichem Weg die Gleichberechtigung der Schwarzen durchzusetzen, organisierte sie die Kämpfe für das Wahlrecht der Neger.



Schweigemarsch des NAACP gegen die terroristische Verfolgung der Schwarzen, 28. Juni 1917, New York

Vor und während des I. Weltkrieges: Die amerikanische Arbeiterbewegung kämpft um ihre Einheit

z.mam. Die Gründung der American Federation of Labor (AFL) 1886 als Dachverband der verschiedenen Einzelgewerkschaften, die hauptsächlich aus den Knights of Labor entstanden waren, stellte einen Fortschritt dar, wenn auch einen beschränkten. Nicht gelungen war die Bildung einer Einheitsgewerkschaft, die AFL nähm nach wie vor nur qualifizierte Facharbeiter auf, Schwarzen war sie vollständig verschlossen. Die große Masse der halb- und unqualifizierten Arbeiter, an deren Ausbeutung die aufstrebende imperialistische Bourgeoisie der USA das größte Interesse hatte, mußte sich eine eigene gewerkschaftliche Organisation schaffen, die Industrial Workers of the World. (IWW), die für die Organisation aller Industriearbeiter in einer Einheitsgewerkschaft kämpfte und häufig in regionalen und örtlichen Streiks mit den dortigen Mitgliedern der AFL den Kampf gemeinsam führte. In der IWW organisierten sich die am meisten ausgebeuteten Arbeiter, wie die Wanderarbeiter im Westen oder die Textilarbeiter im Osten der USA.

Mit Kriegsbeginn mußten die Kapitalisten ihre Taktik der „closed shops", keine Einstellung von Gewerkschaftsmitgliedern und auch keine Anerkennung von Tarifverträgen, aufgeben. Von der Regierung wurde Planung und Verwaltung der Produktion festgelegt, sie bestimmte Produktionsmengen und Preise. Infolge des Einwanderungsverbots und der gestiegenen Kriegsproduktion war der Arbeitsmarkt leergefegt, eine Tatsache, die die Arbeiterbewegung für sich ausnutzen konnte. Gezwungen, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation anzuerkennen und Tarifverträge abzuschließen, setzten die Kapitalisten auf die AFL. Sie verpflichtete sich, Streiks zu verhindern, dafür durften ihre Mitglieder nicht entlassen werden.

Trotz des „Washinton Agreements", eines Vertrages zwischen AFL, Regierung und Kapitalisten, der feste Lohnsätze für die Kriegszeit festlegte, nahm die Kampftätigkeit der amerikanischen Arbeiterklasse zu. Die ungeheure Inflation, allein zwischen 1915 und 1919 hatten sich die Lebenshaltungskosten verdoppelt, während die Löhne lediglich um 50% stiegen, führte zu einer Streikwelle im ganzen Land. In den Jahren 1916 – 1918 wurde 2,4 mal soviel gestreikt wie 1915. Die Fichtenholzproduktion wurde praktisch lahmgelegt, zu Beginn des Krieges mußten die wichtigsten Kupferminen des Landes schließen. In Bridgeport (Connecticut) bestreikten die Arbeiter die größte Munitionsfabrik des Landes trotz heftiger Proteste des Kriegsministeriums und der AFL-Führung.

Mit Ende des 1. Weltkrieges nahmen Umfang und Militanz der Streiks zu, angefeuert einerseits durch die Erfolge der Oktoberrevolution, andererseits durch die nicht eingehaltenen Versprechen der US-Kriegspropaganda über das „neue Zeitalter". Nur durch die Zusammenarbeit der AFL-Führung mit Regierungstruppen konnten sie niedergeschlagen werden.



Zwischen 1919 und 1922 befanden sich die Grubenarbeiter in allen Teilen der USA fast ständig im Streik, bewaffnet gegen die Regierungstruppen

sen zwischen dem Ausbeuter und dem Sklaven. Sie gestattet die Vereinigung der Verführer der Arbeiter mit den Kapitalisten in der Civic Federation (vergleichbar etwa mit der Konzertierten Aktion, d. Red.), wo Pläne für die Verewigung des Kapitalismus und die ständige Versklavung der Arbeiter durch das Lohnsystem gemacht werden ...

Allgemeine ökonomische Übel, die die Arbeiterklasse plagen, können nur von einer weltweiten Bewegung der Arbeiterklasse ausgerottet werden. Solch eine Bewegung der Arbeiterklasse ist unmöglich, solange unterschiedliche Lohnabkommen in den Berufszweigen getroffen werden, die den Unternehmer gegenüber anderen Gewerben derselben Industrie bevorzugen, und solange Energien in fruchtlosen Zuständigkeitsstreitigkeiten vergeudet werden, die nur dazu dienen, die persönliche Macht von Gewerkschaftsfunktionären zu vergrößern. Eine Bewegung, die diese Bedingungen erfüllt, muß aus einer einzigen großen Industriegewerkschaft bestehen, die alle Industriebereiche umfaßt und für die Selbständigkeit der Berufszweige im lokalen Bereich, für die Autonomie der Industrien im internationalen Rahmen und für die Einheit der Arbeiterklasse generell Sorge trägt.

Sie muß auf dem Klassenkampf basieren, und sie muß in voller Erkenntnis des unüberbrückbaren Widerstreits zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse geleitet werden. Sie sollte die ökonomische Organisation der Arbeiterklasse bilden, ohne Bindung an irgendeine politische Partei. Alle Macht sollte bei der kollektiven Mitgliedschaft liegen.

Der Hauptvorstand soll eine Veröffentlichung herausgeben, die die gesamte Gewerkschaft und ihre Prinzipien vertritt. Sie sollte allen Mitgliedern jedes Industriebereiches in regelmäßigen Abständen zugehen.

Ein zentraler Verteidigungsfonds, zu dem alle Mitglieder in gleichem Maße ihren Beitrag leisten, sollte eingerichtet werden.

Deshalb werden alle Arbeiter, die den hier dargelegten Prinzipien zustimmen, auf der Tagung am 27. Juni 1905 in Chicago zusammenkommen, mit dem Ziel, eine ökonomische Organisation der Arbeiterklasse nach den im Manifest niedergelegten Grundsätzen zu gründen.

Die Reformisten verraten den Kampf der Schwarzen gegen den Krieg

z.brb. Das entscheidende Hindernis im Zusammenschluß der amerikanischen Arbeiterklasse war der Reformismus, der sich in wesentlichen Fragen der Arbeiterbewegung durchsetzen konnte. So wurde der Kampf um Gleichberechtigung der Schwarzen, wie auch der anderen Farbigen nie zum gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse erhoben.

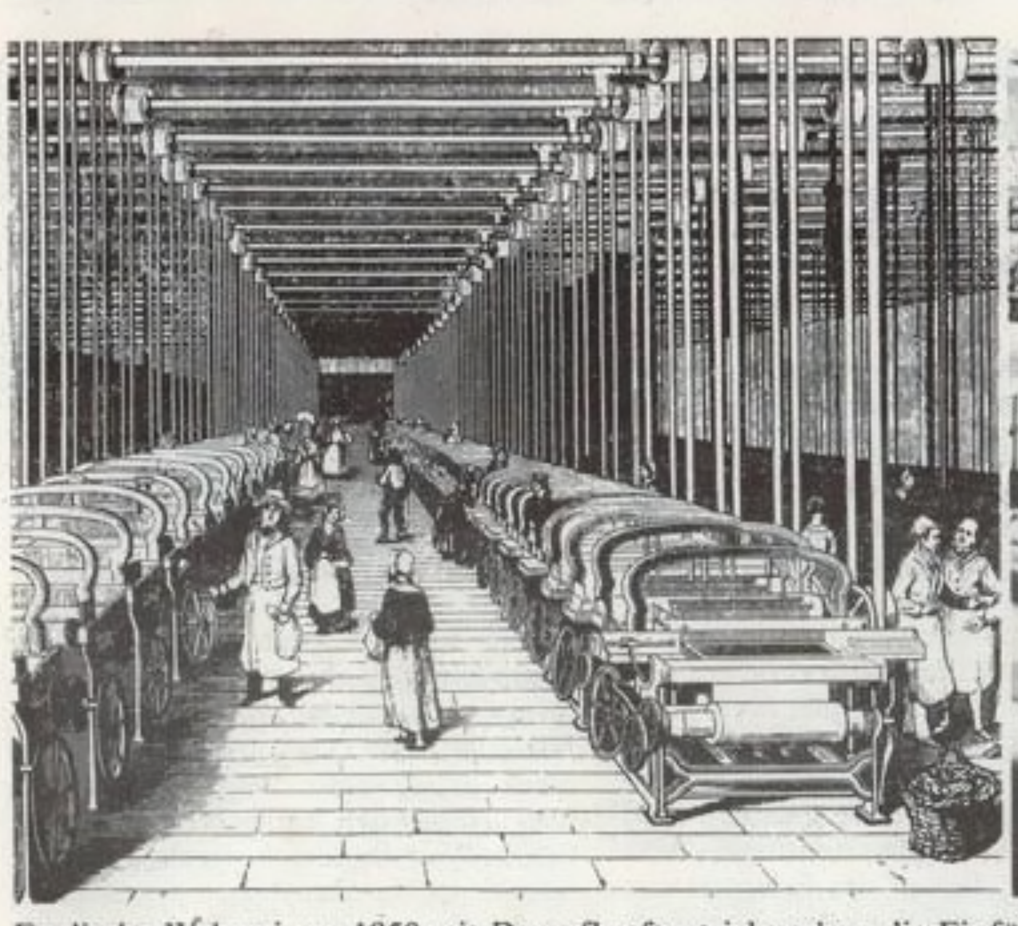
Die Führer der Arbeiterparteien betonten immer wieder die Einheit der gesamten Arbeiterklasse, doch selbst Revolutionäre, die sonst eine richtige politische Linie vertraten, wie der Sozialistenführer Debs, erklärten: „Die soziale Gerechtigkeit ... ist wahrhaftig ein Schwindel und dient nur dazu, das wirkliche Problem zu vertuschen, welches nicht die soziale Gerechtigkeit, sondern die wirtschaftliche Freiheit ist." Auf Grundlage dieser Haltung konnten die Reformisten 1910 eine Resolution der Labour Party durchsetzen, die aufforderte, Chinesen und andere Asiaten, die auf den Lohnstandard drückten, nicht ins Land zu lassen.

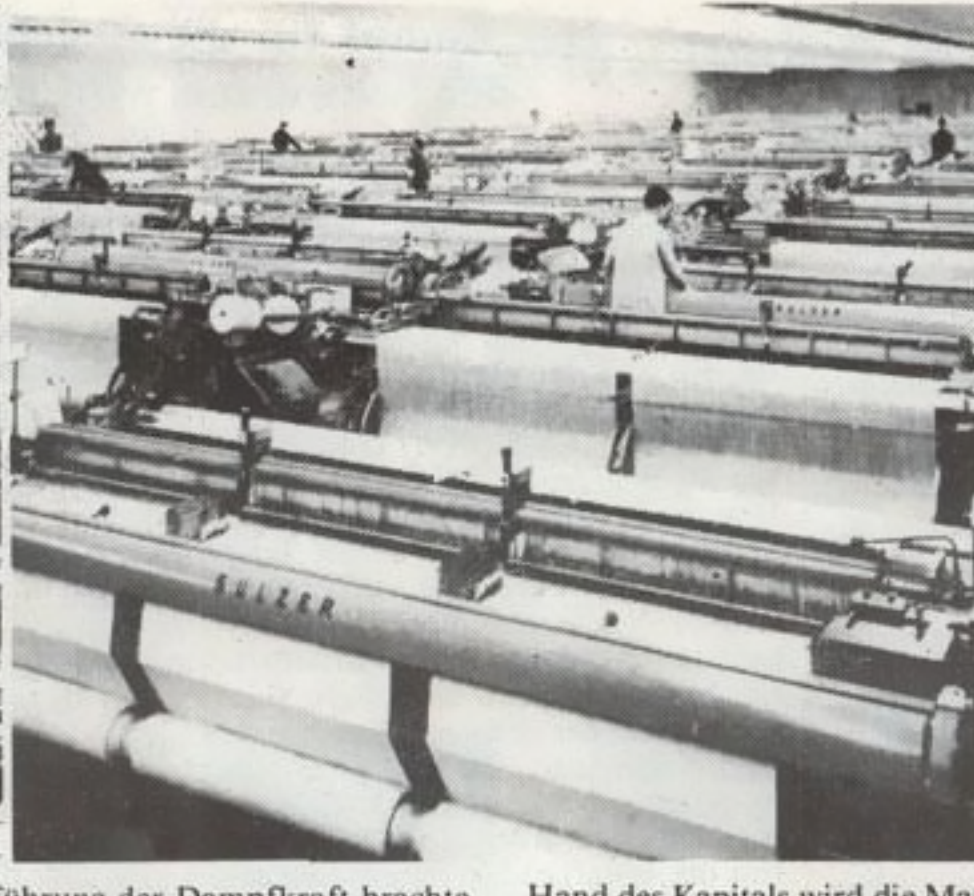
Gestützt auf diesen Reformismus gelang es breiten Teilen der Sozialdemokratie, bei Eintritt Amerikas in den ersten Weltkrieg offen Verrat zu begehen. Bereits zu Kriegsbeginn hatte die Führung der Labour Party zur Bewilligung der Kriegskredite durch die deutschen Sozialdemokraten in ihrem Zentralorgan erklärt: „Wir erlauben uns kein Urteil über die Haltung unserer Bruderparteien in Europa. Wir verstehen, daß sie Opfer des heutigen fehlerhaften wirtschaftlichen, politischen und militärischen Systems sind und daß sie das Beste taten, was sie unter den gegebenen Umständen tun konnten."

1917 trat dann die reformistische Gewerkschaftsführung für die Zustimmung zum Kriegseintritt Amerikas ein und erklärte auf einer allgemeinen Gewerkschaftskonferenz: „Sollte unser Land in den Strudel des europäischen Konflikts hineingezogen werden, so ... bieten wir unsere Dienste an ... und fordern unsere Kollegen auf, ... loyal und patriotisch unserem Beispiel zu folgen."



1. Mai-Demonstration in New York 1912. Die Arbeiter bekämpfen den Krieg, heißt die eine Forderung.







Englische Weberei um 1850 mit Dampfkraftantrieb; schon die Einführung der Dampfkraft brachte, kapitalistisch angewandt, nicht Erleichterung sondern Erschwernis der Arbeit. – Webmaschinenhalle 1953; elektrisch angetrieben und ,,schützenlos" – Serienfertigung von Farbfernsehgeräten. In der Hand des Kapitals wird die Maschine zum systematisch angewandten Mittel, mehr Arbeit in derselben Zeit zu erpressen, erstens durch erhöhte Geschwindigkeit der Maschine, zweitens durch Erweiterung des Arbeitsfeldes.

Die grundlegenden, heute geltenden gesetzlichen Regelungen der Arbeitszeit finden sich in der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938.

Sie gilt für Beschäftigte mit über 18 Jahren in Betrieben und Verwaltungen aller Art. Ausgenommen sind unter anderem Landwirtschaft und Fischerei. Für die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien und in Krankenhäusern gelten eigene Verordnungen. §2 bestimmt den Begriff der Arbeitszeit: ,,Arbeitszeit ist die Zeit vom Beginn bis zum Ende der Arbeit ohne die Ruhepausen." §3 legt die regelmäßige Arbeitszeit fest: ,,Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten." §5 enthält Ausnahmeregelungen für Verlängerung der Arbeitszeit in bestimmten Fällen. §6 enthält eine Generalklausel für Arbeitszeitverlängerung: ,,Die Gefolgschaftsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen an dreißig Tagen im Jahr über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden täglich, jedoch nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden." §7 erlaubt Verlängerung der Arbeitszeit durch Tarifordnung: ,,Die regelmäßige Arbeitszeit kann durch Tarifordnung bis zu zehn Stunden täglich verlängert werden." §8 läßt Arbeitszeitverlängerung durch das Gewerbeaufsichtsamt zu. Es kann beim ,,Nachweis eines dringenden Bedürfnisses" eine von §3 abweichende befristete Regelung der Arbeitszeit" zulassen: ,,Eine über zehn Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit kann das Gewerbeaufsichtsamt nur zulassen, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft fällt oder wenn die Arbeitszeitverlängerung aus dringenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist."

erforderlich ist."

§10 regelt die ,,ununterbrochene Arbeit": ,,Bei Arbeiten, die werktags und sonntags einen ununterbrochenen Fortgang erfordern, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Gefolgschaftsmitglieder innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen einmal zu einer Schicht von höchstens sechzehnstündiger Dauer einschließlich der Ruhepausen herangezogen werden, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von je vierundzwanzig Stunden gewährt wird. Das Gewerbeaufsichtsamt kann eine abweichende Regelung zulassen." Die ,,arbeitsfreien Zeiten und Ruhepausen" werden in §12 geregelt: ,,Den Gefolgschaftsmitgliedern ist nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren. In Gast- und Schankwirtschaften, im übrigen Beherbergungswesen und im Verkehrswesen darf die ununterbrochene Ruhezeit auf zehn Stunden verkürzt werden. Das Gewerbeaufsichtsamt kann beim Nachweis eines dringenden Bedürfnisses weitergehende Ausnahmen zulassen." §15 regelt die Sondervergütung von Überstunden. §16 enthält Beschäftigungsverbote für Frauen in Bergwerken etc. sowie im Transport von Rohstoffen bei Bauten. §17 regelt die Höchstarbeitszeit bei Frauen, die zehn Stunden nicht überschreiten darf. ,,An den Tagen vor Sonn- und Feiertagen darf die Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten." Dies gilt nicht ,,für das Verkehrswesen, für Gast- und Schankwirtschaften, für das übrige Beherbergungswesen, für das Friseurhandwerk, für Badeanstalten, für Krankenpflegeanstalten, für Musikaufführungen, Theatervorstellungen, andere Schaustellungen, Darbietungen oder Lustbarkeiten, für Filmaufnahmen, für Gärtnereien, für Apotheken, für offene Verkaufsstellen und für die mit ihnen verbundenen Änderungswerkstätten sowie für den Marktverkehr."

§18 regelt die Ruhepausen bei Frauen bei einer Arbeitszeit von mehr als viereinhalb Stunden. §19 legt fest: ,,Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von zwanzig bis sechs Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach siebzehn Uhr beschäftigt werden." Gegen diesen § laufen die Kapitalistenvertreter Sturm. Er findet schon in der Arbeitszeitordnung selber Einschränkung: ,,In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeite-

selber Einschränkung: ,,In mehr-
schichtigen Betrieben dürfen Arbeite-

rinnen bis dreiunzwanzig Uhr beschäftigt werden." Und §20: ,,Der Reichsminister kann aus betriebstechnischen oder allgemein wirtschaftlichen Gründen Ausnahmen von den Vorschriften des §17 über Höchstarbeitszeit und des §19 über Nachtruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen zulassen." Für alle Festlegungen der Arbeitszeitordnung gibt es ,,Ausnahmen im öffentlichen Interesse": ,,Der Reichsarbeitsminister kann über die in der Arbeitszeitordnung oder in anderen Arbeitsschutzvorschriften vorgesehenen Ausnahmen hinaus widerruflich weitergehende Ausnahmen zulassen, wenn sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden."

Allseitig beschränkter Normalarbeitstag, eine Hauptforderung der Arbeiterbewegung

z.ges. Die wirklichen Geheimnisse der bürgerlichen Gesellschaft sind die Geheimnisse des kapitalistischen Produktionsprozesses, aus dem der Reichtum der Kapitalistenklasse entspringt. Im Wahlkampf der bürgerlichen Parteien ist vom kapitalistischen Produktionsprozeß nicht viel die Rede. Es wird vorausgesetzt, daß die Ausbeutung funktioniert. Der bürgerliche Staatsapparat überzieht alle Bereiche der Gesellschaft mit seinen Gesetzesvorschriften. Aber bei der Arbeitszeitordnung kommt er heute noch mit den gesetzlichen Bestimmungen von 1938, mitten aus der Nazizeit, aus. Wenn im Parlament von Änderung der Arbeitszeitordnung die Rede ist, dann fast nur, um die wenigen Beschränkungen der Ausbeutung, die in ihr enthalten sind, aufzuheben.

23,065 Millionen waren 1979 als Lohnabhängige auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen. 1950 waren es noch 13,963 Millionen und 1960 waren es 20,257 Millionen. 1950 machten die Lohnabhängigen 68,5% der Erwerbstätigen aus, 1960 schon 77,2% und 1979 waren 87,5% der Erwerbstätigen lohnabhängig. Diese Zahlen spiegeln die unwiderstehliche Vernichtung der selbständigen Kleinproduktion, der kleinen Bauern, kleinen Handwerker und kleinen Händler durch den Kapitalismus wider. Immer größere Teile der Produktion und des Handels werden durch Kapitalisten und Ausbeutung der Lohnarbeit betrieben. Wachsende Teile der Volksmassen stehen in Produktion, Handel und Verwaltung direkt dem bürgerlichen Ausbeuter und seinen Handlangern gegenüber.

direkt dem bürgerlichen Ausbeuter
und seinen Handlangern gegenüber.

Den Käufern von Arbeitskraft kommt es auf die Ausbeutungsfähigkeit der Arbeitskraft an und auf sonst nichts: Der Kapitalismus ist gleichmacherisch, gleichgemacht wird man in der Ausbeutung. 1950 waren 4,168 Millionen Frauen lohnabhängig, das waren 29,9% der Lohnabhängigen überhaupt. 34,5% der Lohnabhängigen, 6,994 Millionen, waren 1960 Frauen. 8,529 Millionen Frauen waren 1979 der Lohnabhängigkeit unterworfen, also 36,9% aller Lohnabhängigen.

Den Kapitalisten kommt es darauf an, die Arbeitskraft auszubeuten. Würden die Lohnabhängigen nur solange arbeiten, wie zur Erhaltung ihres eigenen Lebens notwendig, wäre der Kauf der Arbeitskraft für die Kapitalisten sinnlos. Ungefähr zwei Drittel des Arbeitstages arbeiten die Lohnabhängigen heute umsonst für den Kapitalisten oder den bürgerlichen Staat, ein Drittel des Arbeitstages arbeiten die Lohnabhängigen, um den Kapitalisten und sonstigen Aufkäufern von Arbeitskraft die Löhne wieder in die Tasche zu arbeiten (vgl. Kommunismus und Klassenkampf Nr. 3/80). Das gilt nicht nur für die Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen, die den Kapitalisten den Mehrwert produzieren, alle Aufkäufer von Arbeitskraft zahlen nur den Lohn und zwingen die Lohnabhängigen zu Mehrarbeit, über die Reproduktion ihrer Arbeitskraft hinaus.

Die Arbeitszeitordnung von 1938 legt den Normalarbeitstag auf 8 Stunden fest. Durch Tarifvertrag haben heute fast alle Gewerkschaften die 40-Stundenwoche durchgesetzt. Aber die Arbeitszeitordnung enthält Löcher, so daß der Normalarbeitstag fast zur Ausnahme werden kann. Durch Tarifvertrag sind diese Löcher schwer zu schließen. Die Gewerkschaften konnten die tarifliche Arbeitszeit verkürzen, aber die Zahl der Überstunden konnten sie demgegenüber kaum beschneiden. Überstunden machen aber nicht nur kaputt; selber Ergebnis niedriger Löhne, führen sie auf die Dauer auch zu Lohnsenkungen. Mögen Überstunden zunächst als Möglichkeit, den Lohn aufzubessern, erscheinen, immer werden sie zum Hebel, die Löhne zu senken und damit zu ökonomischem Zwang. Die Kapitalisten zahlen nicht die Arbeit, sondern den Wert der Ar-

Zwang. Die Kapitalisten zahlen nicht
die Arbeit, sondern den Wert der Ar-

beitskraft. Wird durchschnittlich 42 Stunden gearbeitet, dann wird der Wert der Arbeitskraft für 42 Stunden gezahlt statt für 40. Man kann ohne Überstunden nicht mehr leben. Deshalb ist gesetzliche Festlegung des Normalarbeitstages und das Verbot von Überstunden notwendig. Der Abgeordnete Immer (SPD) hat am 5. Mai 1977 die Bundesregierung mal danach gefragt, was sie tun wolle, um die Überstunden abzubauen. Am 13. Mai 1977 hat der Abgeordnete Wüster (SPD) nochmal gefragt. Die Bundesregierung meinte, das sei ein schwieriges Problem. Seither ist im Bundestag nicht mehr danach gefragt worden.

Die Arbeitszeitordnung von 1938 enthält keine wirkliche Beschränkung von Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Die Arbeitszeitordnung ist gemacht worden, als die Gewerkschaften verboten und zerschlagen waren. Aber auch jetzt können die Gewerkschaften die Ausdehnung der Schicht-, Nacht- und Sonn- und Feiertagsarbeit nicht verhindern. Das geht kaum von Betrieb zu Betrieb, das geht nur durch allgemeines Gesetz, das die gemeinsame Kampfkraft aller Gewerkschaften erzwingt. Die Zahl der Schichtarbeiter ist von 1959 mit 2,6 Millionen auf 3,7 Millionen in 1975 gestiegen. 1965 gab es 2,4 Millionen Nachtarbeiter, 1975 2,5 Millionen. 2,1 Millionen mußten 1965 regelmäßig an Sonn- und Feiertagen arbeiten, 1975 waren es schon 3,2 Millionen. Wie sich die Lage seither entwickelt hat, muß man schätzen, weil diese für die Arbeiterwegung wichtigen Daten durch das Statistische Bundesamt nicht regelmäßig erhoben werden. Schichtarbeit und Nachtarbeit wie Sonn- und Feiertagsarbeit werden zugenommen haben, weil vor allem die vollkontinuierliche Schichtarbeit zugenommen hat. 1975 hatten schon 500000 in vollkontinuierlicher Schicht gearbeitet, davon 259000 in der Industrie, 335000 in den Dienstleistungsbereichen, 532000 Männer und 67000 Frauen. Frauen in der Industrie sind durch die Arbeitszeitordnung bisher gegen Nachtarbeit geschützt, nicht in den Dienstleistungsbereichen und beim Staat. Wenn die Kapitalisten von Änderung der Arbeitszeitordnung sprechen, dann meinen sie die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen in der Industrie. Die Parteien machen

des Nachtarbeitsverbotes für Frauen in
der Industrie. Die Parteien machen

sich zu ihrem Büttel, wenn auch nicht lauthals. Am 19.1. hat Annemarie Renger (SPD) im Parlament die Anfrage gestellt, was geschehen solle, um die Einschränkung der Gleichberechtigung der Frau durch die Arbeitszeitordnung aufzuheben. Staatssekretär Buschfort meinte, etliche Einschränkungen seien schon aufgehoben. Zur Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes äußerte er sich hier nicht. Aufgehoben sind bisher lediglich Beschränkungen der Zugänge zu bestimmten Berufen. Das erhöht den Druck auf den jeweiligen Arbeitsmarkt und führt dazu, daß Frauen durch wirtschaftlichen Zwang Arbeiten übernehmen müssen, die sie besonders belasten. Aber an die Aufhebung

---

,,Von ganz elastischen Schranken abgesehn, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Schranke des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke des Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also Antinomie (Gegensatz) statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse."
Karl Marx, Kapital I, S. 249

,,Das konstante Kapital, die Produktionsmittel, sind vom Standpunkt des Verwertungsprozesses betrachtet, nur da, um Arbeit und mit jedem Tropfen Arbeit ein proportionelles Quantum Mehrarbeit einzusaugen. Soweit sie das nicht tun, bildet ihre bloße Existenz einen negativen Verlust für den Kapitalisten, denn sie repräsentieren während der Zeit, wo sie brachliegen, nutzlosen Kapitalvorschuß, und dieser Verlust wird positiv, sobald die Unterbrechung zusätzliche Auslagen nötig macht für den Wiederbeginn des Werks. Die Verlängerung des Arbeitstages über die Grenzen des natürlichen Tags in die Nacht hinein wirkt nur als Palliativ (Linderungsmittel), stillt nur annähernd den Vampyrdurst nach lebendigem Arbeitsblut. Arbeit während aller 24 Stunden des Tags anzueignen, ist daher der immanente Trieb der kapitalistischen Produktion. Da dies aber physisch unmöglich, würden dieselben Arbeitskräfte Tag und Nacht fortwährend ausgesaugt, so bedarf es zur Überwindung des physischen Hindernisses, der Abwechslung zwischen den bei Tag und Nacht verspeisten Arbeitskräften, eine Abwechslung, die verschiedene Methoden zuläßt, z.B. so geordnet sein kann, daß ein Teil des Arbeiterpersonals eine Woche Tagdienst, Nachtdienst die andre Woche versieht usw. ... Von den allgemeinen schädlichen Wirkungen der Nachtarbeit abgesehn, bietet die ununterbrochene, vierundzwanzigstündige Dauer des Produktionsprozesses höchst willkommene Gelegenheit, die Grenze des nominellen Arbeitstages zu überschreiten. Z.B. in den vorhin erwähnten, sehr anstrengenden Industriezweigen beträgt der offizielle Arbeitstag für jeden Arbeiter meist 12 Stunden, Nachtstunden oder Tagstunden. Aber die Überarbeit über diese Grenze hinaus ist in vielen Fällen, um die Worte des englischen offiziellen Berichts zu brauchen, ‚wirklich schauderhaft'."
Karl Marx, Kapital I, S. 273

,,Die kapitalistische Produktion, die wesentlich Produktion von Mehrwert, Einsaugung von Mehrarbeit ist, produziert also mit der Verlängerung des Arbeitstages nicht nur die Verkümmerung der menschlichen Arbeitskraft, welche ihrer normalen moralischen und physischen Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeit beraubt wird. Sie produziert die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft selbst. Sie verlängert die Produktionszeit des Arbeiters während eines gegebenen Termins durch Verkürzung seiner Lebenszeit."
Karl Marx, Kapital I, S. 281

,,Man muß gestehen, daß unser Arbeiter anders aus dem Produktionsprozeß herauskommt, als er in ihn eintrat. Auf dem Markt trat er als Besitzer der Ware ‚Arbeitskraft' andren Warenbesitzern gegenüber, Warenbesitzer dem Warenbesitzer. Der Kontrakt, wodurch er dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkaufte, bewies sozusagen schwarz auf weiß, daß er frei über sich selbst verfügt. Nach geschloßenem Handel wird entdeckt, daß er ‚kein freier Agent' war, daß die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, ‚solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Bluts auszubeuten.' Zum ‚Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ‚unveräußerlichen Menschenrechte' tritt die bescheidne Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet, und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt."
Karl Marx, Kapital I, S. 319f.


Schichtarbeit in der Steuerung bei der Stahlproduktion; wo Belastungen wegfielen, treten jetzt neue, intensivere auf. Dem Kapitalisten sind die Arbeitsmittel Kapital, rund um die Uhr sollen sie lebendige Arbeit einsaugen.

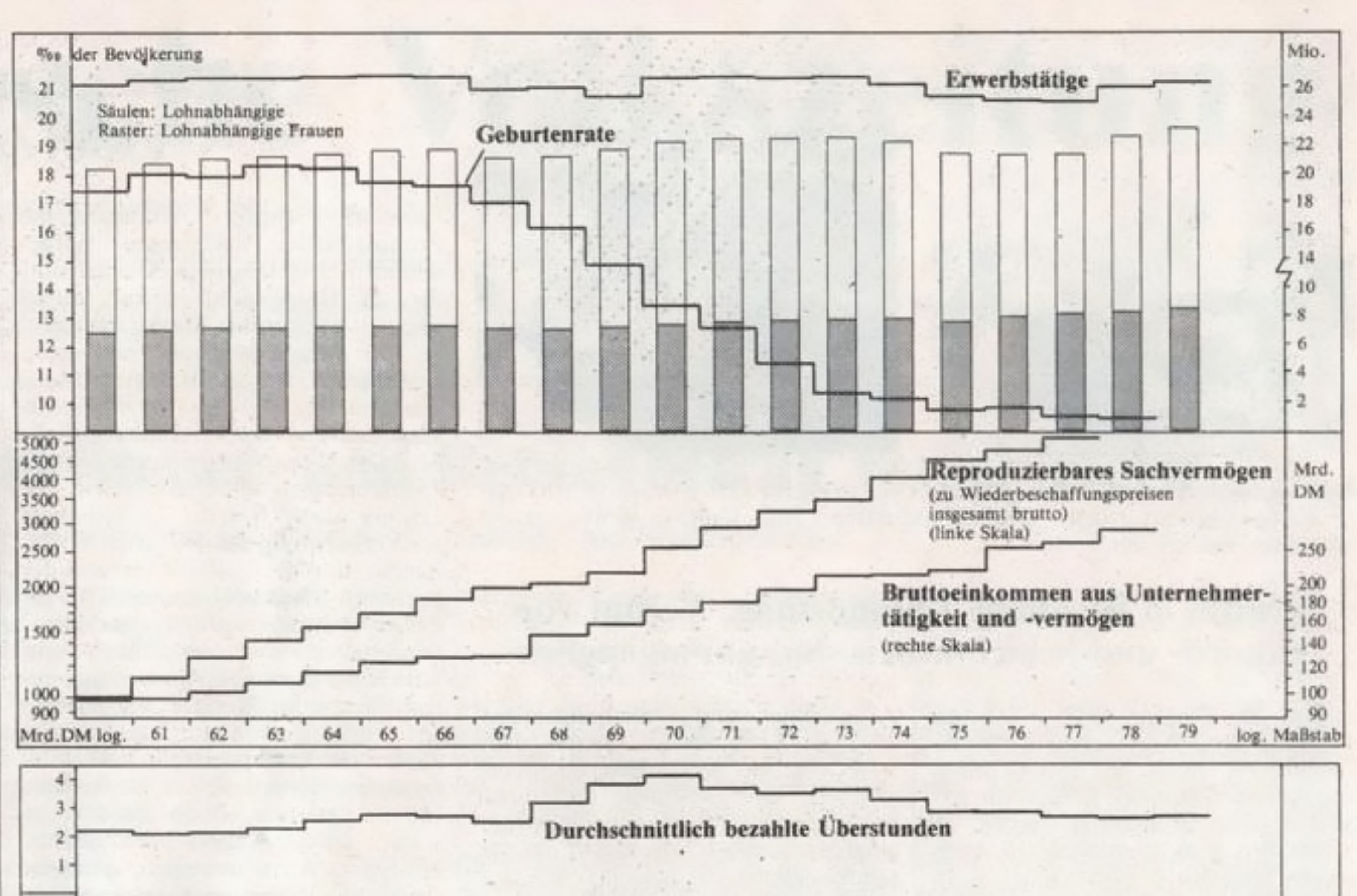
des Nachtarbeitsverbotes für Frauen konnte sich die Regierung noch nicht heranwagen. Meistens berufen sich die Kapitalisten und die Politiker auf Wünsche der Frauen. 1963 wurden einmal im Rahmen einer Erhebung 1039 Frauen mit Schicht- und Nachtarbeit befragt. 93% lehnten die Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen ab. Nur 3% waren für „Gleichberechtigung". 27% der Dauernachtschichtlerinnen hatten Magenbeschwerden, 35% der Wechselschichtlerinnen mit Nachtschicht.

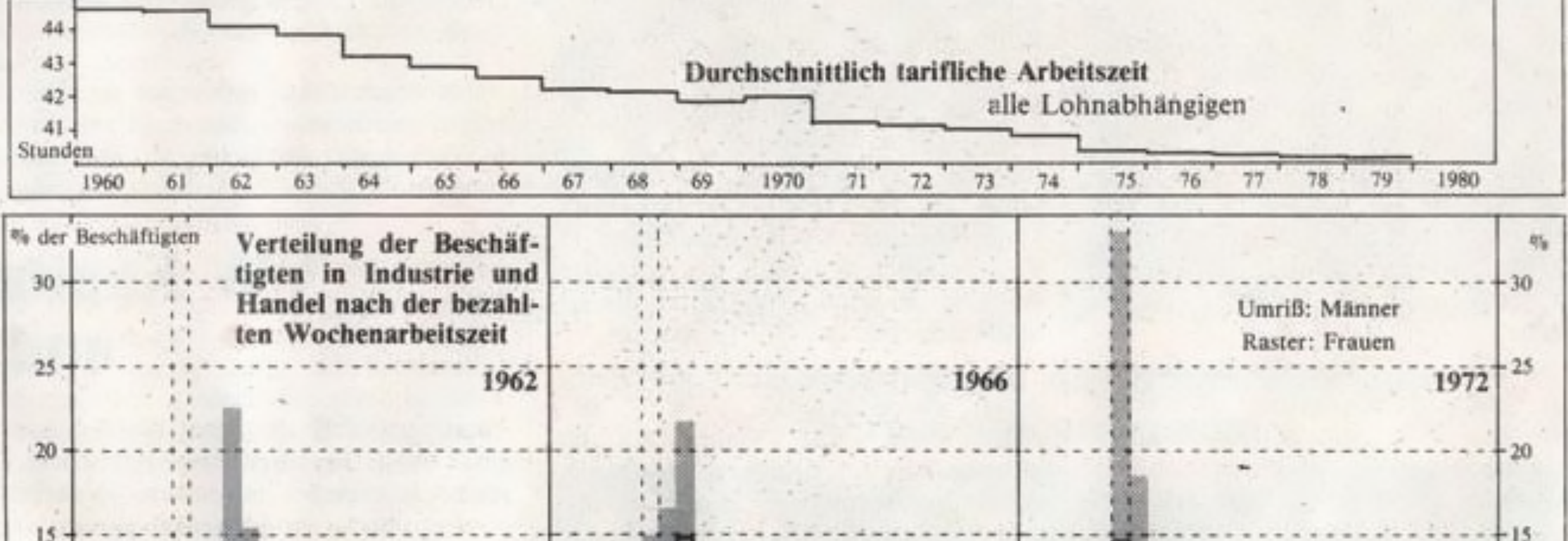
Ein Arbeitskreis „Novellierung der Arbeitszeitordnung" beim Arbeitsministerium sieht eine Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen vor. Dr. Peter Müller-Seitz, eine Kapazität auf diesem Gebiet, schreibt in „Blick durch die Wirtschaft" vom 21. Februar 1980: „Dieser Neufasssungsentwurf gründet auf der arbeitsmedizinischen Erkenntnis, daß für eine bislang unterstellte besondere Gefährdung weiblicher Arbeitnehmer durch Nachtarbeiten wissenschaftlich haltbares Beweisgut noch nicht vorliegt." Der völlig unbezweifelbare Nachweis, daß Schicht- und Nachtarbeit überhaupt Schicht- und Nachtarbeit überhaupt gesundheitsschädigend ist und zwar erheblich, soll also nicht reichen, um das Nachtarbeitsverbot für Frauen zu halten. Zufrieden stellt die Kapazität fest: „Sollte der zitierte Novellierungsentwurf Gesetzeskraft erlangen, so könnten Frauen weit über den bisher üblichen Rhythmus hinaus industrielle Schichtarbeiten auch in Form von Nachtschichtsystemen leisten. Dies würde zu einer beträchtlichen Ausweitung des für Schichtarbeiten unter Einfluß von Nachtschichtarbeiten zum gegebenen Zeitpunkt verfügbaren Arbeitskräfteangebotes führen. Offensichtlich liegt hier ein die Expansion von Schichtarbeit wesentlich begünstigender Faktor." Hauptsächlich die Elektrokonzerne und Textilkonzerne forcieren diese Pläne. Sie haben die Löhne der Frauen niedrig gehalten. Sie weinen Krokodilstränen über Mangel an Gleichberechtigung, solange solch billige Arbeitskraft nachts „brachliegt". Buschfort vom Arbeitsministerium ist nicht zu trauen, wenn er am 16.5.79 auf Anfrage des Abgeordneten Grobecker (SPD) wegen gesellschaftlicher Benachteiligung von Frauen antwortete: „Wenn Nachtarbeit für alle Arbeitnehmer gesundheitlich schädlich ist, wäre es ein falscher Schritt, bestehende Nachtarbeitsverbote, z.B. das für Arbeiterinnen, aufzuheben."

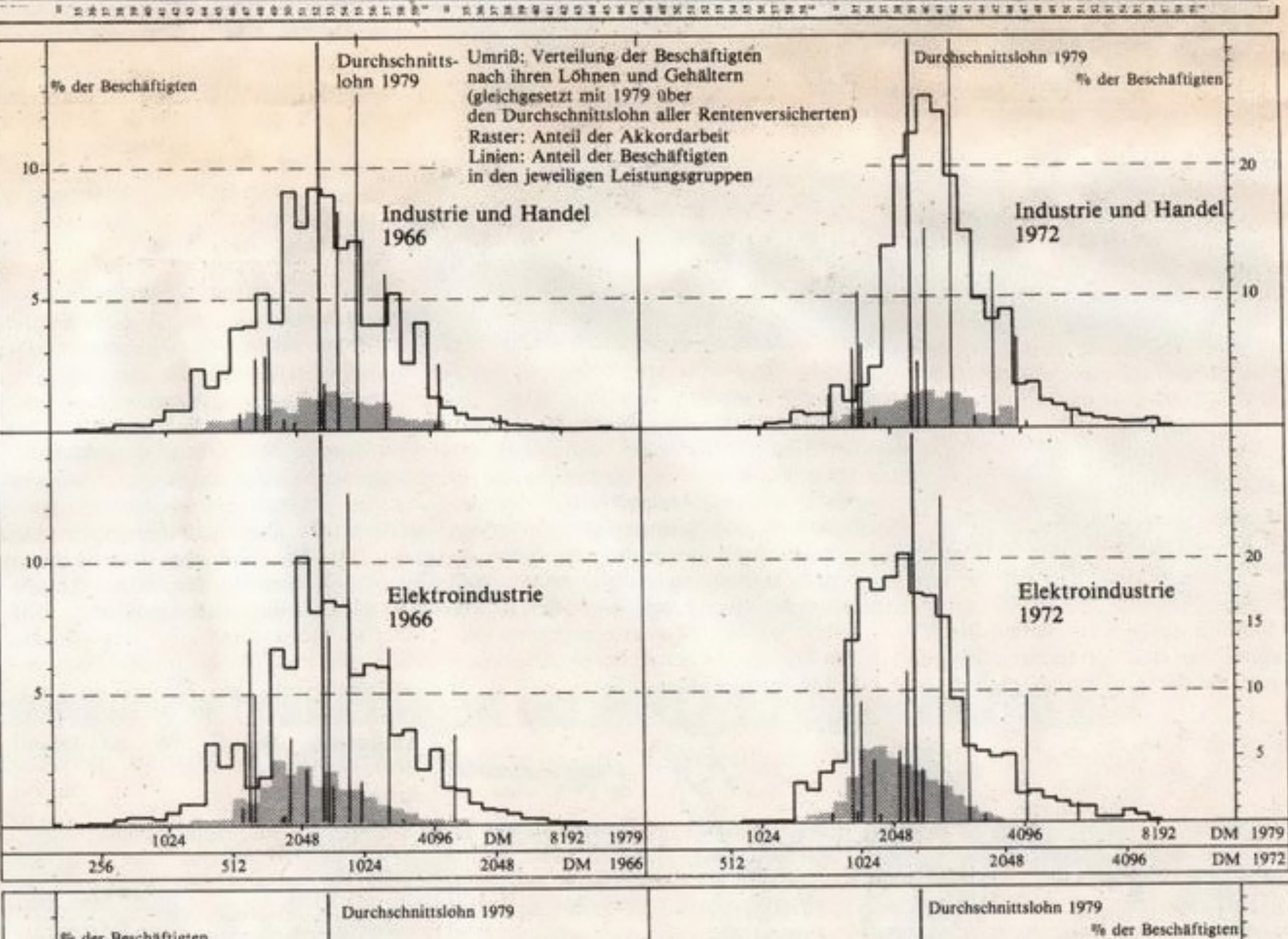
Vor den Bundestagswahlen will das Ministerium von Ehrenberg jedenfalls mit seinen Plänen nicht mehr herauskommen. Die SPD will dafür die 35-Stundenwoche in ihr Wahlprogramm aufnehmen. Höchste Vorsicht ist am Platze und die Forderung nach Verbot der Nachtarbeit um so dringlicher. Aber wie sagte Anke Fuchs vor einer Tagung der AFA zur Schichtarbeit: „So eine plakative Forderung nach Abschaffung" der Nacht- und Schichtarbeit sei „gar nicht realisierbar". Je mehr die bürgerlichen Parteien, und das gilt für alle, von Abbau der Belastungen von Nacht- und Schichtarbeit sprechen, um so mehr schielen sie nach Möglichkeiten, diese auszubauen. Demgegenüber weist die IG Metall in einem Report zu Nacht- und Schichtarbeit darauf hin, daß selbst in der Stahlindustrie Nachtarbeit nicht technisch bedingt ist: „Als wir Kurzarbeit gemacht haben, hat sich doch gezeigt, daß es durchaus möglich ist, die Konti-Arbeit zu unterbrechen. Warum soll das nicht auch im Normalfall möglich sein? Wenn wenigstens schon der Sonntag frei wäre", wird ein Thyssenarbeiter zitiert. Im „Gewerkschafter" vom Februar wird auch erinnert, wie gerade neue Formen der Ausbeutung gerade neue Formen der Ausbeutung erschwerend auf die Schichtarbeiter wirken: „Nach einer Schicht auf einer nicht automatisierten Walzstraße bist du so müde, daß du ins Bett fällst und schläfst. Doch hast du eine Schicht lang den Walzvorgang nur beobachtet, verfolgt dich das noch stundenlang in deiner Freizeit. Du findest einfach keinen Schlaf und schreckst immer wieder auf, weil du meinst, jetzt gerade in dem Augenblick könnte etwas passieren."

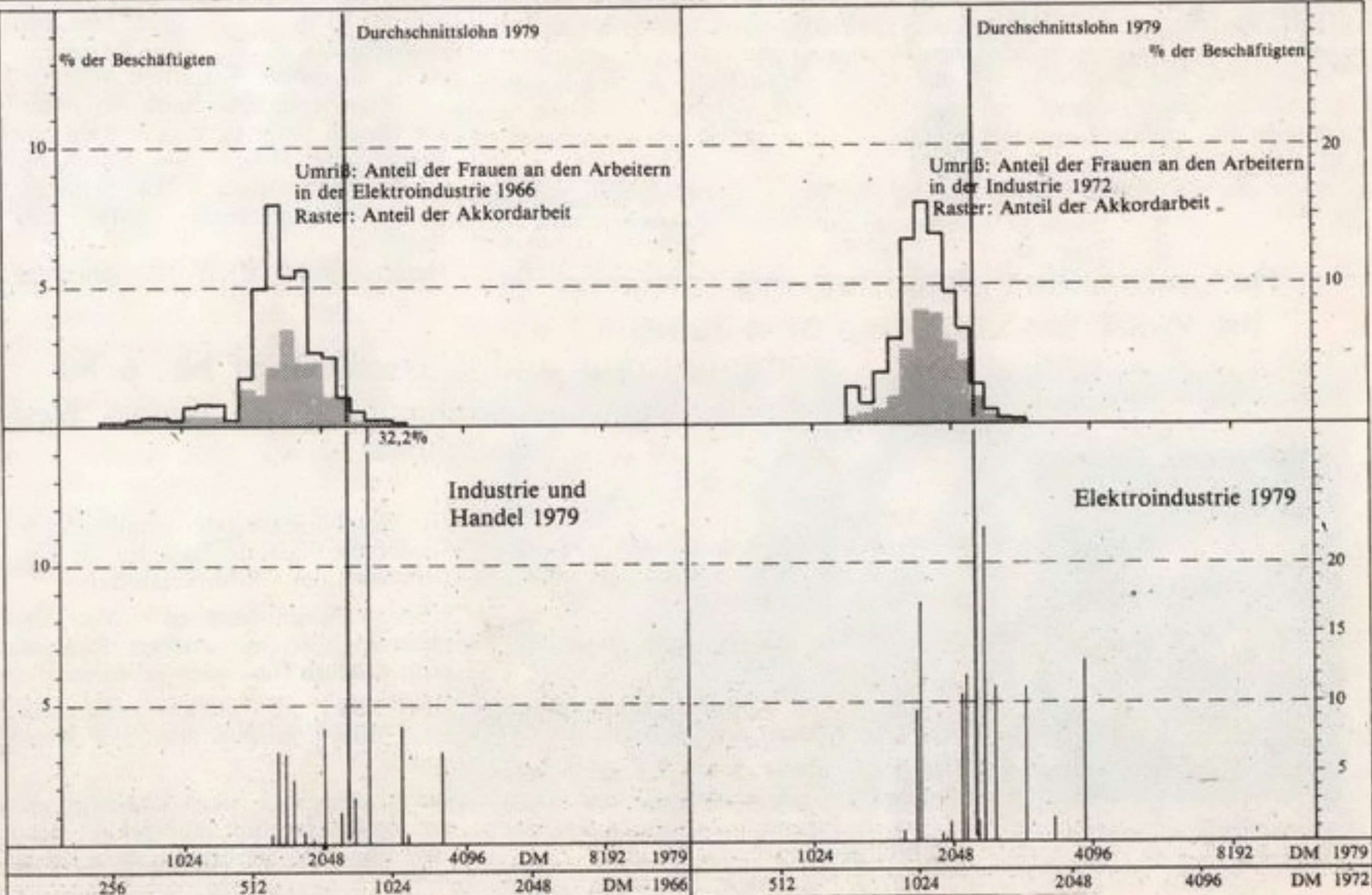
Solche Auswirkungen hat jede Intensivierung der Arbeit, die die Zeit gespanntester Aufmerksamkeit immer mehr verdichtet. Durch Akkordarbeit wird der Zwang zur Anpassung an immer intensivere Arbeitsprozesse in den Arbeiter selbst verlegt, dem zudem der Druck des kapitalistischen Ausbeuters als Konkurrenzdruck des Nebenmannes erscheinen mag. So selten Anfragen im Bundestag zu Vorgängen in der kapitalistischen Produktion überhaupt sind, wobei diese sowieso fast nur von SPD-Abgeordneten kommen, die im Ortsverein oder in ihrem Gewerkschaftsbezirksverband etwas vorweisen müssen: zur Akkordarbeit, gar deren Verbot, gab's in der letzten Legislaturperiode kein Wort im Bundestag. Der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien wird jenseits der Produktionssphäre stattfinden, die für Abermillionen im Kapitalismus die Ausbeutung zum Schicksal macht.

z.wig/vol. Für die **Schaubilder** wurden folgende Quellen verwandt: Die Daten über die Erwerbstätigkeit, Lohnabhängigkeit, die Lohnabhängigkeit der Frauen, Geburtenrate, Lebenserwartung sind den Statistischen Jahrbüchern der BRD seit 1960 entnommen. Die Entwicklung des materiellen Reichtums zeigt das reproduzierbare Sachvermögen, das Anlagen, Bauten und Vorräte zu Wiederbeschaffungspreisen umfaßt. Brutto wie hier verwendet, da es Zahlen über die Nettoentwicklung seit 1960 noch nicht gibt, sind der Verschleiß des Anlagevermögens nicht abgerechnet. Dies findet sich in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie auch das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Letzteres gibt einen Anhaltspunkt für die steigende Aneignung von Mehrarbeit durch die Kapitalistenklasse. Die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit ist aus Untersuchungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Verteilung der bezahlten Arbeitszeit ist aus den Lohn- und Gehaltsstrukturuntersuchungen des Statistischen Bundesamtes. Diese sind bisher für die Jahre 1951, 1957, 1962, 1966 und 1972 veröffentlicht, 1978 soll in den nächsten Wochen erscheinen. Auch die folgenden Daten zur Akkordarbeit, Frauenarbeit und die Verteilung der Löhne in der Elektroindustrie und in der Industrie und Handel sind aus diesen Untersuchungen. Sie geben ein relativ genaues Bild über die Arbeitszeit, die Mehrarbeitszeit, Akkordarbeit und die Verteilung der Löhne, die z.B. für Arbeiter in den verschiedenen Branchen beim Stundenlohn in 20 Pfg.-Schritten erfaßt wird. Darüberhinaus werden in diesen Untersuchungen die Lohnabzüge wie auch die Abzüge der Sozialversicherungen in den einzelnen Leistungsklassen erfaßt. Die Stabdiagramme der Leistungsklassen für 1966, 1972 und 1979 stammen aus der Effektivlohnstatistik des Bundesamtes, die vierteljährlich herausgegeben wird. Die Verteilung von 1966 und 1972 sind, was die Höhe des Lohnes angeht, nicht direkt zu vergleichen, weil den Erhebungen unterschiedliche Klassenbreiten zugrundeliegen.












Endmontagehallen VW-Käfer 1950 und Golf 1979. Bis 1976 wurden 19 Mio. Käfer weltweit gebaut. Nach 4 Jahren Produktion 1 Mio. Golf, in Wolfsburg 278 pro Band und Schicht.

Schritte in Richtung 7-Stundentag, Verbot von Akkord- und Schichtarbeit sind unumgänglich

r.uwp. Im Februar 1979 schloß die IGM mit der VW AG einen Lohnrahmentarifvertrag ab, mit dem 48 Minuten bezahlte Pause pro Schicht für Akkordarbeiter durchgesetzt wurden, ab 1.9.81 pro Schicht 64 Minuten. Dem stehen wesentliche Zugeständnisse an die VW AG gegenüber: Festschreibung des Akkords als „VW-Standardleistung"; Abgrenzungsschema für die Einordnung im Akkord- oder Zeitlohn, das die Ausweitung des Akkords erlaubt; Anerkennung der verschiedenen Systeme zur Festlegung von Vorgabezeiten und Stückzahlen bis hin zu MTM; Springerregelung, die jederzeit die gemeinsamen Pausen ersetzen kann.

Im Nov. 79 wurde der Tarifvertrag zur Lohndifferenzierung unterzeichnet. Die 1970 eingeführten B-Lohngrupppen wurden aufgehoben und die insgesamt 28 Akkord- und Zeitlohngruppen in 12 Lohnniveaus zusammengefaßt. Vor allem für die früheren A-Lohngruppen brachte das eine Erhöhung der Stundenlöhne. Der Spreizungsfaktor vom niedrigsten bis höchsten Stundenlohn blieb aber nicht nur mit 1,5 derselbe, die mit dem Lohntarif vom Feb. 79 abgeschafften untersten Akkordlohngruppen 2A und 2B tauchten als Lohnniveau C wieder auf. Die analytische Arbeitsplatzbewertung wurde abgeschafft. Neu eingeführt wurde die summarische Bewertung: Bildung von Arbeitssystemen, Einordnung der Arbeitssysteme in jeweils ein Lohnniveau nach dem Kriterium „als was beschäftigt". Abgruppierung ist aber bei „wesentlichen Änderungen im Arbeitssystem" weiterhin möglich. Weiterhin gilt: Nicht mehr herabgestuft werden kann man erst nach 25jähriger Werkszugehörigkeit oder aus gesundheitlichen Gründen, wer 50 Jahre alt ist und mindestens 10 Jahre bei VW gearbeitet hat.
bei VW gearbeitet hat.

Die beiden Tarifverträge sind die Reaktion Schmückers auf den Widerstand der Arbeiter gegen die Intensivierung der Arbeit und die Abgruppierungen mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung, insbesondere nach der Umstellung von Käfer auf Golf.

Ständig ausgedehnt haben die VW-Kapitalisten den Anteil der Akkordarbeiter an der Gesamtbelegschaft (mit Angestellten und Auszubildenden): 1977 – 47,8%, 1978 – 49,0%, 1979 – 49,5%. Alle Akkordarbeiter sind in Wechsel- oder 3-Schicht und damit doppelter Belastung unterworfen (insgesamt arbeiteten 1979 82,5% der Gesamtbelegschaft in Schicht). Resultat der Doppelung ist die fortschreitende Ruinierung der Gesundheit: 1978 kamen auf 100 Mitglieder der VW-BKK 67 Fälle von Erkrankungen der Atmungsorgane (gegenüber 11 bei den freiwillig Versicherten), 35 Erkrankungsfälle des Skeletts (5), 32 Erkrankungsfälle der Verdauungsorgane (3) – gegenüber der BKK der Salzgitter AG sind bei allen Krankheiten die Erkrankungsfälle doppelt so häufig.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft wurde gesenkt: 1974 – 39,3 Jahre, 1978 – 38,9 Jahre. An den Montagebändern sind Arbeiter über 30 schon die Ausnahme. Immer wiederkehrende Handgriffe und Bewegungen, in kürzestmöglichen Taktzeiten zusammengepreßt, z.B. 23,4 sec. an zwei Motorbändern im Werk Salzgitter.

Höhere „Flexibilität" und „Mobilität" hofft Schmücker durchsetzen zu können, ohne dafür mehr zu zahlen. Die Hoffnung gründet sich auf fehlende konkrete Anlehnungsbeispiele im Tarifvertrag zur Einordnung der Arbeitssysteme in Lohnniveaus und auf das sehr dehnbar auslegbare Ordnungsprinzip. Durch die hohe Intensität und einseitige Vernutzung der Arbeitskraft ist für viele Arbeiter schon ein vorübergehender Wechsel an einen anderen Arbeitsplatz eine Erleichterung geworden. Der Satz im Lohnrahmen: „Die Arbeitsmethoden müssen biologisch und sozial zumutbar sein" bietet weder Schutz gegen den Akkord noch gegen die zusätzliche Belastung durch die Schichtarbeit. Der Erfolg bei der Verlängerung der bezahlten Pausen kann so von Schmücker ins Gegenteil verkehrt werden: in eine Bedingung für noch größere Auspowerung der Arbeitskraft. Nicht umsonst hat er in den Lohnrahmen die Festlegung hineingebracht, daß nur in solchen Abteilungen schon vor dem 1.9.81 die vollen 64 Minuten bezahlte Pausen genommen werden können, in denen bereits alles nach MTM festgelegt ist.

1939: „Kraft durch Freude-Wagen" – 1980: „VW – mehr als Autos"

r.pee. 1939 wurde in Wolfsburg die Produktion des „Volkswagens" aufgenommen. Die Deutsche Arbeitsfront, der die Organisation „Kraft durch Freude" beigeordnet wurde, finanzierte über Mitgliedsbeiträge und einen monatlichen Sparfonds von 5 Mark den Bau des Werkes. 150 Millionen Mark kamen so als Startkapital zustande. Die Produktion wurde durch Zwangsdeportierte aufgenommen. Die Leitung wurde von der „Gesellschaft zur Vorbereitung des deutschen Volkswagen" und dem „Reichsverband der deutschen Automobilindustrie" gestellt. Produziert wurde außer Minen, Panzerteilen usw. der Kübel- und Schwimmwagen, eine Abwandlung des von Porsche in Stuttgart im Auftrag des Reichsverbandes entwickelten PKW (VW-Käfer-Vorläufer) mit luftgekühltem Heckmotor. 1940 lief der 1000ste Kübelwagen vom Band. Vom Schwimmwagen wurden 70000 gebaut. Produziert wurde in Hallen, an deren Decken die Fahrzeugteile transportiert wurden – freischwebend.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus wurde das zu ⅔ zerstörte Werk unter britisches Kommando gestellt und von Oberst Hirst verwaltet, der 1948 Heinrich Nordhoff, ehemaliges Mitglied im Reichsverband, als Leiter einsetzte. Insgesamt wurden bis 1948 19000 Fahrzeuge für die britischen Besatzer produziert. Gestützt auf eine annähernde Monopolstellung auf dem Automobilmarkt konnte der VW-Konzern zügig ausgebaut werden.

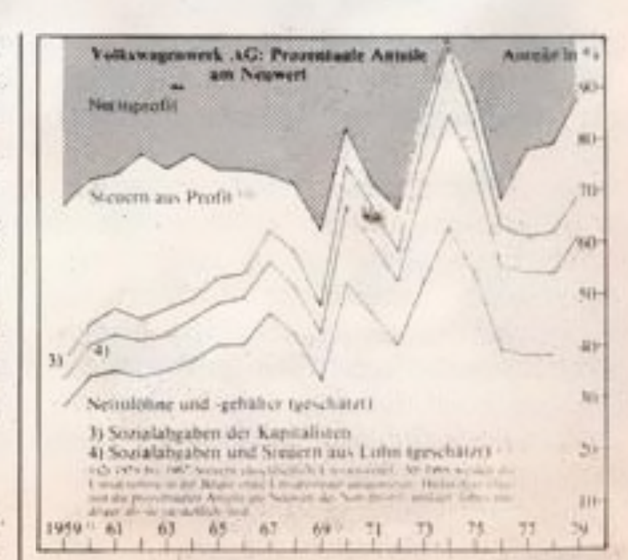
Bis 1968 wurden nahezu sämtliche ausländischen Werke aufgebaut und Vertriebsgesellschaften gegründet (siehe Karte). VW wurde zum Stoßkeil des westdeutschen Imperialismus in alle Länder der Welt. 1966/67 die erste große Krise des westdeutschen Kapitalismus: Über 100000 von 109000 wurden auf Kurzarbeit gesetzt. An der damaligen Produktionstechnik und der Produktpalette mit dem Käfer als Hauptmodell und dem 1500er und später dem 1600er Stufen-, Fließheck und Variant wird festgehalten. Nach dem Tod von Nordhoff (1968) übernimmt K. Lotz den Vorstandsvorsitz. 1969 wird AUDI und NSU zur AUDI NSU Autounion AG fusioniert. Durch die schon 1965 erworbene Autounion GmbH (von Daimler Benz) hält VW nun 60% der Aktien. 1971 zeichnet sich die nächste Krise ab, das Management wird ausgewechselt, Leiding, von AUDI NSU, übernimmt den Vorstand. In diesen Jahren wurde der Rohertrag, bei einer um rund 1700 Arbeiter verringerten Belegschaft, von 35000 DM auf 74000 DM mehr als verdoppelt. 1975 übernimmt T. Schmücker, zweimaliger Manager des Jahres, den Vorstand. Schmückers erste Handlung war die Verringerung der Belegschaft um rund 25000, Senkung des damaligen Durchschnittslohns um 5 Pfennig, versuchte Stückzahlerhöhung an den Golf-Bändern von 285 auf 300 Wagen pro Band und Schicht und die Einführung der Kastenbauweise durch die selbsttragende Golfkarosse. Die Arbeitsstundenleistung pro Monat ist 1976 bereits wieder um 5,5% gegenüber 1973 gestiegen. Die Arbeiter bekämpfen die ausufernde Schinderei. Die geplanten Stückzahlerhöhungen werden zurückgeschlagen. Schmücker kreiert das Modell der „kontrollierten Expansion". In den Jahren von 1974 bis 79 sind 12 Mrd. DM Profit angefallen. Bis 1982 sollen 10 Mrd. profitlich angelegt sein, bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeit und geplanten Rationalisierungsüberprüfungen, vorerst im Bereich der Angestellten. Das alles unter dem Motto: „VW – mehr als Autos".

VW-Kapitalexport – wo Niedrigstlöhne und Höchstprofite winken

r.haa. „Von rund 20000 Firmen aus aller Welt beziehen wir Rohstoffe, Halbfertig- und Fertigwaren. In mehr als 150 Ländern sind Volkswagen und ihr Service vertreten. (...) Mit unseren Auslandswerken helfen wir, Regionen in der Dritten Welt zu entwickeln. Dort bilden wir Menschen aus und bringen ihre Wirtschaft zum Wachsen. Dank Volkswagen können mehr Menschen besser leben. Und daran haben wir ein vitales Interesse: Denn nur wer gut verdient, kann auch sein eigenes Auto fahren. VW – Mehr als Autos." Aus einer sozialchauvinistischen Anzeigenserie des VW-Konzerns, die mittwochs seit fünf Wochen in der Braunschweiger Zeitung erscheint und die propagandistisch und ideologisch den Kapitalexport und die neue Lohnsenkungs- und Rationalisierungswelle vorbereiten soll.

Die VW-Arbeiter in Mexiko bekommen umgerechnet ca. 3 DM/Stunde und haben 800 bis 900 DM bei einer 48-Stunden-6-Tage-Woche, das berichteten mexikanische Ingenieure, die gegenwärtig im VW-Werk Salzgitter mit Filmstudien den Aufbau des Motorenwerks in Mexiko vorbereiten, wo der hiesige Intensitätsgrad bereits Ausgangspunkt der Schweißauspressung sein soll. Die geplanten Investitionen für das 2. Werk in den USA betragen 800 Mio. Dollar und 1 Milliarde DM für das Motorenwerk in Mexiko, das 75% der Produktion in die USA exportieren soll. Dies Kapital muß erst noch aus den Arbeitern herausgepreßt werden. Sowohl die mexikanischen als auch die US-amerikanischen VW-Arbeiter haben – wie dieses Jahr die brasilianischen VW-Arbeiter – wiederholt im Streik gestanden gegen die Lohndrückerei des VW-Konzerns. Die amerikanischen VW-Arbeiter liegen mit ihrem erstreiktem Lohn von ca. 3 Dollar immer noch unter denen der metallverarbeitenden Industrie (ca. 4,8 Dollar).

Es ist das Streben nach Höchstprofit und keine Wohltätigkeit, was das VW-Kapital um den Erdball treibt. Nachdem Anfang der siebziger Jahre der Warenexport ins Stocken kam, antwortete der VW-Konzern mit verstärktem Kapitalexport in die USA. Das Sachanlagevermögen in den USA wurde seit 1974 verdreifacht von 245 auf 829 Mio. DM (1979). Ein Viertel der Investitionen von 3,1 Mrd. DM (Vorjahr 1,9 Mrd. DM) wurden 1979 im Ausland investiert. Wie in den sechziger Jahren bereits wird der Kapitalexport nach Lateinamerika verstärkt. Durch Aufkauf von Chrysler do Brasil wurde die Monopolstellung von VW ausgebaut. Diversifikation durch Aufkauf von Triumph/Adler, die ihrerseits weltweit aktiv sind. Der Vorsprung in der Technologie und in der Schweißauspressung der Arbeiter soll mit Hilfe der Computerindustrie ausgebaut werden, während der Konkurrenzkampf sich verschärft gegenüber Japan und den USA.



Im Schaubild kann man anhand der prozentualen Verteilung des Neuwerts (= 100%) deutlich die krisenhafte Entwicklung der VW AG (nur inländische VW-Werke, ohne AUDI) seit 1970 sehen. Bis 1967 enthalten die Steuern aus Profit auch die Umsatzsteuer, während wir davon ausgehen, daß die Umsatzsteuern nicht aus dem Profit gezahlt, sondern auf die Preise übergewälzt werden. Der Prozentanteil der Nettolöhne liegt 1979 bereits unter dem von 1966 und der Anteil der Sozialabgaben und Steuern aus dem Lohn hat sich fast verdoppelt. Bei der Neuwertberechnung haben wir nur die produktiven Vorgänge (also Neuerzeugung von Waren) berücksichtigt, nicht aber die spekulativen Vorgänge (Beteiligungen, Verleihen von Geld, Wertpapiere usw.), was 1979 bei der VW AG mit rund 500 Mio. DM zu Buche schlägt.

Auslandsgesellschaften des VW Konzerns

○ *Produktionsstätten der VW AG*
● *Montagestätten der VW AG*
× *Montagestätten der VW-Importeure*

Produktionsst. USA, Umsatz: 4,9 Mrd., Belegschaft: 9012
Produktionsst. VW-de Mexico, Umsatz: 1,2 Mrd., Belegschaft: 10873
Produktionsst. VW-Chrysler Motors do Brasil, Umsatz: 187 Mio., Belegschaft: 3423
Produktionsst. VW do Brasil, Umsatz: 3,2 Mrd., Belegschaft: 43959
Produktionsst. VW South Africa, Umsatz: 551 Mio., Belegschaft: 5419

In 140 weiteren Ländern ist VW mit Handelsniederlassungen vertreten. In Brasilien an mehr als 300 Betrieben beteiligt.

Allgemeine Daten VW AG-Inland 1979:

Arbeiter:	99227
Angestellte:	16189
Auszubildende:	3277
Ausländer:	10511
Umsatz 1979:	24257 Mio. DM

Aufsichtsrat: Ratjen, Ffm (Metallges. AG), Birnbaum (Salzgitter AG), Dr. Christians (Deutsche Bank AG), Merkle (Bosch GmbH), Leisler Kiep und Breuel (nds. Finanz- und Wirschaftsminister), Lahnstein u. Dr. Schlecht, Bonn (Staatssekretäre BMW und BMF).
Hauptprodukte: PKW, Nutzfahrzeuge

VW-AG Aktienanteil: Bund 20%, Land 20%
Rest Streubesitz (rnd. 590000 Aktionäre)

Audi/NSU 99%/215 DM.	**VW Nigeria** 40% 10 N	**VW Siedlungsges.** 100%/20 DM	**VW Wohnungsbau** 100%/2 DM
Triumph 51,89%	**TAS Tvornika** 49%/211 Din	**V.A.G. Kreditb.** 100%/52 DM	**Deutsche Autom.** 50%/5 DM
VW Bruxeles S.A. 100%/425 bfrs.	**VW Canada** 100%/0,5 $	**Inter Rent** 100%/12 DM	**VW Products** USA 100%
VW Mexiko 100%/2989 mex $	**VW France** 100%/22 F	**V.A.G. Leasing** 100%/36 DM	Über 30 weitere Beteiligungen im In- und Ausland die hier nicht aufgeführt sind.
VW South Afrika 99%/2,4 R	**Weser Ems Vertr.** 81,3%/8 DM	**V.A.G. Transp.** 25% InterR.	
VW do Brasil 80%/6000 Cr $	**VW-Audi Vertr.** Weser Ems 26,9%	**VW Swenska** 33%/42 skr.	
Forgaria Sao Bernando 33,3%	**VW-Audi Vertr.** Bremen 26%	**VW i Stockholm** 100%/6 skr.	*Zahlen in Mio. d. Landesw.*